IMT Nuremberg Archives

H – 1668

International Court of Justice

H1668 – 0001

GOERING

H1668 -0002

(Goering Doc. 40 and 41)

~~Defendants~~ Goering's Exhibit No. 1

Filed March 22, 1946

HB ed.

H-1668

H1668 - 0003

H1668 – 0004

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NUREMBERG, GERMANY
Jodl Exhibit 1
Filed March 22, 1946

AdL

H1668 – 0005

WINSTON S. CHURCHILL

SCHRITT FÜR SCHRITT

1936—1939

2. Auflage

1940

ALLERT DE LANGE

AMSTERDAM

H1668 – 0006

H1668 – 0007

Ins Deutsche übertragen von Franz Fein

Gedruckt bei
N.V. Drukkerij v.h. L. E. Bosch & Zoon
Utrecht (Holland).

H1668 – 0008

INHALT

		Seite
	Vorwort	9
1936	*13. März:* Grossbritannien, Deutschland und Locarno	11
	3. April: Jetzt ein Ende machen!	15
	17. April: Wo halten wir?	19
	1. Mai: Wie Deutschland rüstet	24
	15. Mai: Unsere Flotte muss stärker werden	29
	29. Mai: Die Organisierung unseres Kriegsbedarfs	34
	12. Juni: Wie soll der Krieg abgewendet werden?	39
	26. Juni: Warum die Sanktionen versagten	43
	13. Juli: Es beginnt zu dämmern	47
	10. August: Die spanische Tragödie	52
	21. August: Hände weg von Spanien	57
	4. September: Feinde links	63
	18. September: Eine Zeit der Prüfungen für Frankreich	66
	2. Oktober: Was an den Vorgängen in Spanien zu lernen ist	70
	16. Oktober: Das kommunistische Schisma	74
	30. Oktober: Das Gewitter zieht auf	79
	13. November: In den Gewässern des Mittelmeers	83
	27. November: Deutschland und Japan	89
	11. Dezember: Das Versprechen Frankreichs	93
	28. Dezember: Mr. Baldwins Wiedergeburt	97
1937	*8. Januar:* Keine Intervention in Spanien	102
	22. Januar: Rüstungsfinanzierung	106
	5. Februar: Der europäische Friede	110
	19. Februar: Frankreich steht vor einer neuen Krise	115
	5. März: Deutschlands Anspruch auf Kolonien	120
	22. März: Der Wiederaufbau der Schlachtflotte	124

H1668 – 0009

Seite

1937 2. *April:* Können die Mächte Spanien den Frieden bringen? 128
16. *April:* Die neue Phase in Indien 132
7. *Mai:* Deutschland und die Niederlande 137
13. *Mai:* Der Schutz des Reiches 141
31. *Mai:* Amerika blickt auf Europa 146
11. *Juni:* Die Achse Rom—Berlin 151
25. *Juni:* „Vive la France!" 157
9. *Juli:* Der Rückgang des Sozialismus 161
23. *Juli:* Palästina-Teilung 166
6. *August:* Englisch-italienische Freundschaft — aber wie? 171
20. *August:* Ein offenes Wort an die Nazis 175
3. *September:* Der verwundete Drache 179
17. *September:* Freundschaft mit Deutschland 184
1. *Oktober:* Die Diktatoren haben gelächelt 190
15. *Oktober:* Der Krieg steht nicht vor der Tür ... 194
29. *Oktober:* Jugoslavien und Europa 198
11. *November:* Waffenstillstand — oder Friede? 202
26. *November:* Spaniens Weg zum Frieden 207
10. *Dezember:* Was wir von den Vereinigten Staaten erwarten 211
23. *Dezember:* Panorama 1937 215

1938 7. *Januar:* Grossbritannien rüstet 220
21. *Januar:* Wie Japan über uns denkt 224
4. *Februar:* Völkerbundsdämmerung 229
17. *Februar:* Noch ist nicht alles vorüber 234
4. *März:* Weiter machen! 240
18. *März:* Die österreichische Katastrophe 245
5. *April:* Roter Sonnenuntergang in Spanien 250
14. *April:* Die neue französische Regierung 255
28. *April:* Die Mängel in der Flugzeugproduktion Grossbritanniens 260
12. *Mai:* Grossbritannien und Italien 266
26. *Mai:* Japan in Schwierigkeiten 272

H1668 – 0010

Seite

1938 *9. Juni:* Nationale Dienstpflicht 278
23. Juni: Schatten über der Tschechoslovakei 283
6. Juli: Die Vergewaltigung Österreichs 288
26. Juli: Gedanken über den Königsbesuch 293
4. August: Die Vereinigten Staaten und Europa . 298
18. August: Deutsche Manöver 304
1. September: Ist die Luftwaffe entscheidend? 309
15. September: Die europäische Krise 314
4. Oktober: Frankreich nach München 319
20. *Oktober:* Palästina 325
3. November: Japans Sorgenlast 330
17. November: Die Zeit nach München 336
1. Dezember: Frankreich und England 340
15. Dezember: Neue Gesichtspunkte in Osteuropa .. 345
30. Dezember: Das spanische Geschwür 350
1939 *12. Januar:* Das englisch-deutsche Flottenabkommen 356
30. Januar: Mussolinis Sorgen 362
9. Februar: Die Windstille in Europa 368
23. Februar: Hoffnung in Spanien..... 373
9. März: Ist das Friede? 378
24. März: Der Knacks 384
13. April: Mussolinis Alternative 390
20. April: Nach der Botschaft des Präsidenten Roosevelt 396
4. Mai: Das russische Gegengewicht 402
15. Mai: Das englisch-türkische Bündnis..... 407
Nachwort 412

H1668 – 0011

Im Laufe der letzten Jahre habe ich alle zwei Wochen Artikel geschrieben, die sich hauptsächlich mit Fragen der Aussenpolitik und der Landesverteidigung befassten. Als ich diese Artikel wieder durchlas, gewann ich zu meiner Überraschung den Eindruck, dass sie die Geschichte dieser drei ereignisreichen und verhängnisvollen Jahre fortlaufend und kontinuierlich zu erzählen scheinen. Sie bilden einen laufenden Kommentar zu den Ereignissen, wie sie eintraten oder bevorstanden, und gleichzeitig eine Aufzeichnung dessen, was wir erlebt haben. Ich hielt es daher für richtig, sie den Lesern Grossbritanniens, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Skandinaviens vorzulegen, welche, wie ich zuversichtlich hoffe, diesen Band und seine Übersetzungen als wahrheitsgetreuen Bericht akzeptieren werden.

Ich habe keinen einzigen Artikel weggelassen, noch habe ich in irgendeinem wesentlichen Punkt korrigiert, was seinerzeit geschrieben wurde. Wo ich meine Meinung im Lauf der Ereignisse geändert habe, habe ich aus dieser Änderung kein Hehl gemacht; die Gründe dafür werden aus den Aufzeichnungen selbst ersichtlich. Der Leser möge für sich beurteilen, inwieweit die Zeit die Richtigkeit dieser Bemerkungen und Voraussagen bestätigt hat, welche in den meisten Fällen zur Aufzeichnung gelangten, ehe die Ereignisse Tatsache geworden waren. Es bereitet mir Genugtuung, dass die Regierung Seiner Majestät, gemächlich ihre Bahnen wandelnd, sich die hier niedergelegte Politik mit ihren Prinzipien endlich sogar in ihren Einzelheiten zu eigen gemacht hat. Meinen Kummer darüber, dass sie zu diesen Schlussfolgerungen nicht schon früher gelangte, kann ich nicht verhehlen. Diese einander widerstrebenden Empfindungen veranlassen mich, die Sammlung dieser Artikel zusammenhängend und in dauerhafterer Gestalt in aller Bescheidenheit der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

21. Mai 1939. WINSTON S. CHURCHILL.

H1668 – 0012

VORWORT

Im Mai 1935, nachdem die deutsche Luftrüstung die englische bereits überflügelt hatte, erklärte Herr Hitler, dass er die Klauseln des Versailler Vertrages, die die Grösse des deutschen Heeres auf 100.000 langdienende Soldaten beschränkten, nicht mehr anerkenne, und führte die allgemeine Militärdienstpflicht ein. Die Minister Grossbritanniens, Frankreichs und Italiens kamen in Stresa zusammen und erörterten ein gemeinsames Vorgehen zur Verhütung weiterer einseitiger Vertragsaufkündigungen. Der Völkerbundsrat wurde aufgefordert, Protest zu erheben, und tat dies auch in einer formellen Entschliessung. Mr. Ramsay MacDonald übergab das Amt des Ministerpräsidenten Mr. Baldwin, und Sir Samuel Hoare trat als Aussenminister an die Stelle Sir John Simons. Am 18. Juni wurde das englisch-deutsche Flottenabkommen unterzeichnet, welches Deutschland von den Versailler Flotteneinschränkungen befreite. Das bedeutete im Effekt eine nachträgliche Gutheissung des Bruchs der Militärklauseln und stand daher im Gegensatz zu der Haltung, die Grossbritannien kurz vorher bei der Stresa-Konferenz sowie in Genf eingenommen hatte. Auf jeden Versuch, die deutsche Aufrüstung durch einen Kollektivdruck auf das Reich zu verhindern, wurde verzichtet, und als im weiteren Verlauf des Jahres der italienische Einmarsch in Abessinien zu einem Zwist zwischen Grossbritannien und Italien führte, wurde die sogenannte „Stresafront" aufgelöst und die Entwicklung eingeleitet, die das Entstehen der Achse Berlin—Rom mit sich brachte.

Im November appellierte Mr. Baldwin in Sachen der Sanktionspolitik gegen Italien an die Wähler, um Signor Mussolini zum Aufgeben seines abessinischen Feldzugs zu

H1668 – 0013

zwingen. Das Ergebnis der allgemeinen Wahlen war eine überwältigende Mehrheit für Mr. Baldwin.

Am 7. März 1936 besetzte Herr Hitler das Rheinland und kündigte die Verträge von Versailles und Locarno auf, wies aber darauf hin, dass die Besetzung ein rein symbolischer Akt sei. Die Locarno-Staaten unternahmen nichts, um gemeinsam die militärische Räumung des Rheinlandes zu fordern, und es wurde auch nicht der geringste Versuch gemacht, Garantien dafür zu schaffen, dass das Gebiet nicht befestigt werde. Die überaus grossen Gefahren, die sich aus der deutschen Besetzung und Befestigung des Rheinlandes ergaben, wurden zum Teil erkannt, und Mr. Eden, der auf Sir Samuel Hoare als Aussenminister gefolgt war, gab dem Parlament bekannt, es würden Generalstabsbesprechungen mit Frankreich eingeleitet werden, damit England nötigenfalls in der Lage sei, den ihm aus dem Vertrag von Locarno erwachsenden Verpflichtungen nachzukommen. Dieser Schritt lief im Prinzip auf ein Militärbündnis zwischen Grossbritannien und Frankreich hinaus, aber lange Zeit wurde nur sehr wenig dazu getan, es zu einer Tatsache zu machen. Das ist der Zeitpunkt, in dem dieses Buch einsetzt.

H1668 – 0014

GROSSBRITANNIEN, DEUTSCHLAND UND LOCARNO

13. März 1936

Nur selten hat es eine Krise gegeben, in der Hoffnung und Gefahr gleichzeitig mit solcher Lebendigkeit auf die Weltbühne traten. Als Herr Hitler am letzten Samstag den Vertrag von Locarno zerriss und seine Truppen im Rheinland einmarschieren liess, stellte er den Völkerbund vor seine schwerste Heimsuchung, aber auch vor seine grossartigste Gelegenheit. Wenn der Völkerbund diese Feuerprobe übersteht, ist nicht einzusehen, warum dem furchtbaren, trostlosen, unerbittlichen Gang der Ereignisse, der einen Kriegsausbruch im Jahre 1937 oder 1938 unvermeidlich erscheinen lässt, und dem vorbereitenden Aufstapeln gewaltiger Mengen von Waffen und Kriegsmaterialien in allen Ländern nicht endgültig Einhalt getan werden sollte. Es könnte eine Herrschaft der Rechtsordnung in Europa errichtet, es könnte der Heiligkeit der Verträge Achtung verschafft werden, und von diesem alles beherrschenden Punkt aus könnte man Deutschland unter Bedingungen, die ihm eine sichere und ehrenhafte Zukunft gewährleisteten, in der Völkerfamilie wieder willkommen heissen. Die Gefahren jedoch, denen man sich aussetzen muss, soll dieser Preis gewonnen werden, sind in höchstem Masse ernsthaft. Dass man ihnen in unerschütterlicher Überzeugung und frei von allen Illusionen fest ins Auge sieht, ist unerlässlich.

Frankreich glaubt, dass Deutschland ihm schwere Kränkungen zugefügt habe, und spricht diese Überzeugung aus. Wenn wir viermal in hundert Jahren Invasionen zu erdulden gehabt hätten, würden wir besser verstehen, wie

H1668 – 0015

furchtbar diese Kränkungen sind. Seit nahezu tausend Jahren hat England nicht mehr die Lagerfeuer einer Invasionsarmee gesehen. Die Lawine von Feuer und Stahl, die vor zwanzig Jahren über sie hereinbrach, und die Leiden der darauf folgenden deutschen Besetzung sind für Frankreich und Belgien eine alles überschattende Erinnerung und Anfechtung. Die entmilitarisierte Zone, welche sie unter furchtbaren Opfern erkämpften, ist für sie nicht bloss ein Bollwerk, sie gewährleistet ihnen auch eine Atempause vor dem Herandringen des tödlichen Unheils. Wie würden wir uns — um ein anderes Bild zu gebrauchen — dabei fühlen, wenn wir sähen, wie ein Tiger, von dessen Zähnen und Klauen wir Narben an jedem Glied unseres Leibes tragen, daherkäme und sich genau in Sprungdistanz vor uns niederkauerte? Ob diese Befürchtungen gerechtfertigt sind oder nicht, darüber lässt sich streiten. Aber es ist von ausschlaggebender Bedeutung für uns, dass uns klar wird, wie den Franzosen und den Belgiern zu Mute ist.

Statt mit der Macht der Waffen zu antworten, wie es noch eine Generation vorher geschehen wäre, hat Frankreich den richtigen, ordnungsmässigen Weg eingeschlagen und sich an den Völkerbund gewendet. Es ist mit seinem Fall vor Gericht gegangen und fordert dort Gerechtigkeit. Sollte der Gerichtshof befinden, dass Frankreich im Recht sei, ihm aber keine Genugtuung bieten können, so wäre das eine sehr ernste Erschütterung seines Ansehens. Die Völkerbundsatzung würde sich als Humbug, und die kollektive Sicherheit als Trug erwiesen haben. Wenn der beleidigten Partei keine Möglichkeit einer dauerhaften, gesetzmässigen Wiedergutmachung geboten werden kann, müsste die ganze Doktrin von internationaler Gesetzgebung und Zusammenarbeit, auf welche sich die Hoffnungen für die Zukunft gründen, schmählich zusammenbrechen. An ihre Stelle träte augenblicklich ein System der Bündnisse und Völkergruppen, die, aller Garantien ausser der des eigenen rechten Armes beraubt, sobald sich ihnen die beste Chance böte, augenblicklich das Gesetz selbst in die Hand nehmen und

H1668 – 0016

zur Sicherung ihres Lebens losschlagen könnten. Wäre der Völkerbund jedoch imstande, eines der mächtigsten Länder der Welt, das als Angreifer erklärt wird, zur Unterwerfung unter seinen Spruch zu bringen, dann stünde die Autorität des Völkerbundes auf einem so erhabenen Piedestal, dass er von da an die anerkannte höchste Autorität sein müsste, die über alle Völkerstreitigkeiten Gewalt zu haben und sie zu entscheiden vermöchte. So könnten wir bei dieser Gelegenheit mit einem einzigen Schritt zur Verwirklichung unserer teuersten Träume gelangen.

Aber die Gefahr! Sie darf von niemand ignoriert werden. Was für eine Möglichkeit haben wir, sie auf ein Mindestmass zu beschränken? Es gibt eine einfache Methode: die Konzentrierung überwältigender Macht, moralischer sowie physischer, zur Verfechtung des internationalen Rechtes. Wenn die einander gegenüberstehenden Kräfte einander gerade so ziemlich das Gleichgewicht halten, kann ein Krieg in wenigen Wochen ausbrechen, und dann vermag niemand zu ermessen, welchen Verlauf er nehmen, wer in seinen Strudel gerissen werden und wie ihn die Beteiligten, wenn überhaupt, überstehen mögen. Wenn aber die Kräfte, die der Völkerbund zur Verfügung hat, vier bis fünf Mal so gross sind wie die, die dem Angreifer bis nun zu Gebote stehen, sind die Aussichten auf eine friedliche und freundschaftliche Lösung sehr gut. Darum sollte jede Nation, ob gross oder klein, die Rolle spielen, die ihr gemäss der Völkerbundsatzung zugewiesen ist.

Mit welchen Kräften kann der Völkerbund in diesem hochwichtigen Augenblick rechnen? Hat er Gendarmen und Polizisten, mit deren Hilfe er seinen Urteilssprüchen Geltung verschaffen kann, oder ist er verlassen, ohnmächtig, eine hohle Spottfigur inmitten unentschlossener oder zynischer Anhänger, die sich in frömmlerischen, seichten Redensarten ergehen? Es mag seltsam im Hinblick auf das Geschick der Welt sein, aber noch nie gab es einen Augenblick oder eine Gelegenheit, da der Völkerbund über so überwältigende Kräfte verfügen konnte. Die Polizeitruppe

H1668 – 0017

der Welt ist zur Hand. Auf allen Seiten Genfs stehen, in Waffen und bereit, grosse Nationen, die sowohl durch ihre Interessen wie durch ihre Verpflichtungen gehalten sind, dem Völkerrecht Beistand zu leisten und, im äussersten Fall, Gehorsam zu erzwingen. Eine solche Gelegenheit kehrt vielleicht nie wieder. Der schicksalsschwere Moment der Wahl zwischen dem neuen Zeitalter und dem alten ist da.

Vor allen anderen aber gibt es ein Volk, das die Möglichkeit hat, der Welt einen edlen Dienst zu erweisen. Herr Hitler und das grosse unglückliche Deutschland, das er führt, haben jetzt die Chance, sich an die allervorderste Front der Zivilisation zu stellen. Durch eine stolze und freiwillige Unterwerfung, nicht vor einem einzelnen Land oder einer Ländergruppe, sondern vor der Heiligkeit der Verträge und der Autorität des Völkerrechtes, durch eine augenblickliche Räumung des Rheinlandes könnten sie eine neue Aera für die ganze Menschheit eröffnen und Bedingungen schaffen, unter denen der deutsche Geist seinen höchsten Ruhm erlangen mag. So viel zur Hauptfrage.

Ich habe nicht von den Verpflichtungen gesprochen, die der Vertrag von Locarno Grossbritannien auferlegt. Diese sind absolut. Sich ihnen zu entziehen, kommt nicht in Frage. In England lebt eine starke Zuneigung für Deutschland und ein tiefes Sehnen nach dem Tag, da die Wolken zerstreut sind und die drei grossen Völker Westeuropas einander die Hand zu dauernder Freundschaft reichen dürfen. Dass Grossbritannien aber, wenn es schliesslich angerufen wird, die ihm sowohl von der Völkerbundsatzung wie vom Locarnovertrag auferlegten Verpflichtungen erfüllen wird, braucht wohl nicht ausdrücklich erklärt zu werden.

H1668 – 0018

JETZT EIN ENDE MACHEN!

3. April 1936

Es ist ein Irrtum, anzunehmen, dass die Antwort, die Herr Hitler den Locarnomächten gegeben hat, oder die Generalstabsbesprechungen zwischen Grossbritannien und Frankreich oder Belgien, die nunmehr beschlossene Sache sind, für die Verhütung eines zweiten europäischen Krieges, oder wahrscheinlich Weltkrieges, auch nur einigermassen Ausschlag geben. Herr Hitler setzt seine Bemühungen fort, Grossbritannien von Frankreich und gleichzeitig die öffentliche Meinung Englands von der englischen Regierung und dem Unterhaus zu isolieren. Die britische Regierung andererseits ist ängstlich darauf bedacht, Frankreich angesichts der grossen Zurückhaltung, die es sich, vor allem aus Rücksicht auf britische Wünsche, gegenüber dem deutschen Vertragsbruch und der militärischen Besetzung der Rheinzone auferlegt hat, ermutigend zur Seite zu stehen. Die harten Wirklichkeiten sind viel bedeutungsvoller und inhaltschwerer als diese beiden Züge auf dem diplomatischen Schachbrett.

An erster Stelle steht die rapide und gewaltige Aufrüstung Deutschlands, die Tag und Nacht vor sich geht und aus dem fast siebzig Millionen zählenden tüchtigsten Volk Europas unaufhaltsam eine gigantische hungrige Kriegsmaschine macht. Das Zweite ist, dass alles Vertrauen zu Deutschlands Achtung vor Verträgen, seien sie nun infolge des verlorenen Krieges auferlegt oder vom Nachkriegsdeutschland freiwillig abgeschlossen und durch das Naziregime anerkannt, durch die jüngsten Ereignisse zerstört worden ist. Drittens hat man das deutsche Volk so gut wie in seiner Gesamtheit gelehrt, in der Vereinigung der deutsch

sprechenden Bevölkerungen der Nachbarstaaten mit dem Reich ein natürliches, rechtmässiges und unvermeidliches Ziel der deutschen Politik zu sehen. Schliesslich nehmen der finanzielle und der wirtschaftliche Druck in Deutschland eine solche Intensität an, dass die Regierung Herrn Hitlers in verhältnismässig kurzer Zeit keine andere Wahl haben wird, als die zwischen einer Explosion nach innen und einer Explosion nach aussen.

Wer dieser furchtbaren und düsteren Wirklichkeiten stets eingedenk ist, wird jenes Gefühl für Proportionen bekommen, ohne das die täglichen Gesten und Reden der Herrscher, Politiker und Diplomaten einfach irreführend werden müssen. Alle, die sich diesen unentbehrlichen Beurteilungsmasstab erworben haben, werden sehen, dass das, worum es geht, in Wirklichkeit nicht ein Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich ist, noch einer zwischen Deutschland und den Locarnomächten. Es ist ein Konflikt zwischen Deutschland und dem Völkerbund. Es ist sogar, am gründlichsten ausgedrückt, ein Kampf auf Leben und Tod zwischen dem Naziregime in Deutschland und den Prinzipien der Völkerbundsatzung, die im Kelloggpakt noch einmal niedergelegt sind.

Es geht also alle Nationen an, einschliesslich des deutschen Volkes selbst: aber es geht sie alle in sehr verschiedenem Masse an. Die Länder, die an den Grenzen Deutschlands oder in ihrer Nähe liegen, sind in der vordersten Linie. Sie müssen zusehen, wie die wunderbaren Strassen, auf denen vier Truppensäulen oder vier Kolonnen von Motorfahrzeugen sich nebeneinander vorwärtsbewegen können, bis zu ihren eigenen Grenzen fortgeführt werden. Sie leben ständig im Schatten einer furchtbaren Bedrohung. Diejenigen, die den deutschen Arsenalen und Ausbildungszentren ferner sind, fühlen sich natürlich weniger gefährdet. Aber, das hat das Erlebnis des letzten Krieges gelehrt, kein Volk, und sei es auch vom Meer geschützt, kann es sich leisten, den Vorgängen, die bereits auf dem Marsch sind, gleichgültig zuzusehen.

H1668 – 0019

Das tiefste Verlangen aller Völker, vielleicht sogar einschliesslich eines wesentlichen Teils des deutschen Volkes selbst, geht dahin, einem zweiten furchtbaren Krieg zu entgehen, in dem ihr Leben und ihre Heimstätten zerstört oder vernichtet würden und das bisschen Zivilisation, das wir zu schaffen imstande waren, in einem Chaos von Schutt und Trümmern aufginge. Noch nie zuvor verfügten grosse Gemeinschaften über so uneingeschränkte Möglichkeiten, die Grösse des auf sie eindringenden Unheils zu ermessen. Noch niemals schienen sie weniger fähig zu sein, wirksame Massnahmen zu seiner Verhütung zu treffen. Schwatzend, geschäftig, Sport treibend, sich abrackernd, Tag um Tag von Zeitungsschlagzeilen und Nacht um Nacht von Kinos zerstreut, können sie dennoch spüren, wie sie abgleiten, sinken, stürzen, zurück zu dem Zeitalter, da die Erde wüst und leer war und Finsternis über den Wassern lag. Das, worum es geht, ist sicherlich eine höchste Anstrengung wert, ist es wert, dass jedes Hindernis beiseite geräumt werde, dass man den fundamentalen Tatsachen klaren Blicks ins Auge sehe, dass man in guter Haltung die Gefahren auf sich nehme, die von jedem heroischen Trachten untrennbar sind — es geht darum, sich zum Herrn über den grässlichen Gang der Ereignisse zu machen und die Katastrophe noch auf der Schwelle abzuwehren. Ein Ende machen! *Jetzt* ein Ende machen! Es ist höchste Zeit!

Als Herr Hitler an jenem Freitag vor drei Wochen den Truppen gegen den Rat seiner Generäle den Befehl gab, über den „Fetzen Papier" hinwegzumarschieren, das Rheinland zu besetzen und zu befestigen, leitete er eine Reihe von Begebenheiten ein, die für die Menschheit nichts Geringeres in Bereitschaft halten als Segen oder Fluch. Welches Schicksal unser ist, steht nicht mehr bei ihm, sondern bei der Welt. Die Welt, nein, Europa allein ist überwältigend stark im Vergleich mit jedem Einzelmitglied seiner Familie. Aber was notwendig ist, sind Zusammenarbeit und Planung, geleitet von weitblickender Selbstlosigkeit und durchgeführt von unerschütterlichem Entschluss. Das ist keine Aufgabe

H1668 – 0020

für Frankreich; keine Aufgabe für Grossbritannien; keine Aufgabe für die Locarnomächte oder irgendeine Mächtegruppe; keine Aufgabe für kleine Staaten oder grosse: es ist eine Aufgabe für alle. Die Mittel sind zur Hand; die Gelegenheit ist da. Noch mag es Zeit sein.

Mögen die Staaten und Völker, die in Furcht vor Deutschland leben, sich mit ihren Besorgnissen an den Völkerbund in Genf wenden. Mögen die Grössten unter ihnen vorangehen und sich an die Spitze der Versammlung stellen. Saumseligkeit oder Unentschlossenheit darf es in ihren Reihen nicht geben. Wenn der Völkerbund die Gewissheit hat, dass ihre Befürchtungen wohl begründet sind, ermächtige, nein, beschwöre er sie, von nun an alle notwendigen Massnahmen zum gegenseitigen Schutz zu treffen, und fordere von ihnen, sie sollen gleichermassen bereit sein, sich der Herrschaft des internationalen Rechtes zu unterwerfen und ihr nötigenfalls Gehorsam zu erzwingen. Was wir haben wollen, ist, wie ein Mitarbeiter der Times sich ausdrückte, „ein Block friedlicher, aber standhafter Nationen, die entschlossen sind, sich jeder Aggression entgegenzustellen, welche Gestalt sie auch annehme." Dann möge der Völkerbund sich *kollektiv* an das Reich wenden und nicht nur die Vertragsbrüche zur Sprache bringen, sondern auch Deutschlands eigene Kümmernisse und Sorgen und, vor allem, seine Rüstungen. Dann soll Deutschland von der Gemeinschaft der Nationen eine Garantie dafür erhalten, dass seine Grenzen unverletzt bleiben, wenn es nicht über die Grenzen anderer hinwegmarschiert. Unerschütterliche Macht und gerechtestes Entgegenkommen mögen Hand in Hand gehen. Lasset uns in wohlabgemessenem Tempo ohne Hast und ohne Unterbrechung auf eine billige und dauernde Regelung zusteuern, die den Bedürfnissen der Allgemeinheit entspricht.

H1668 – 0021

WO HALTEN WIR?

17. April 1936

Wo halten wir mit Italien und Abessinien?

Die Vergangenheit erzählt eine beklagenswerte Geschichte. Als Mr. Baldwin im Juni letzten Jahres sowohl dem Namen nach wie de facto Ministerpräsident wurde, war sein erster Schritt, Sir John Simon aus dem Aussenamt zu entfernen und einen seiner nächsten Anhänger, Sir Samuel Hoare, an seine Stelle zu setzen. Diesem tüchtigen Minister war es endlich gelungen, die indische Verfassungsvorlage, an der Mr. Baldwins Herz hing, zum Gesetz zu machen. Seine Beförderung ins Auswärtige Amt bedeutete nicht nur eine Belohnung für diese Leistung, sie war auch ein Ausdruck des besonderen Vertrauens, das sein Chef in ihn setzte. Um sich jedoch eine überaus genaue Kontrolle über die Aussenpolitik zu sichern, griff Mr. Baldwin zu dem ausserordentlichen Experiment, einen zweiten Vertreter des Aussenamtes in sein Kabinett zu nehmen. Er ernannte den jungen und fähigen Mr. Anthony Eden zum Minister für Völkerbundsangelegenheiten. Ein solches Arrangement konnte offenbar nur auf der Grundlage funktionieren, dass der Ministerpräsident selbst ununterbrochen persönlich die Führung behielt. Dadurch, dass er praktisch zwei Aussenminister geschaffen hatte, war er in der Lage, zwischen ihnen zu balancieren und beide in der Hand zu behalten. Wir müssen darum dem Ministerpräsidenten eine Verantwortlichkeit zuschreiben, die noch über das Mass dessen hinausgeht, was ohnedies schon untrennbar zu seinem hohen Amt gehört. Alle Macht lag in seinen Händen. Nun wollen wir uns die Hauptzüge seiner Politik ins Gedächtnis zurückrufen.

H1668 – 0022

Es stand eine allgemeine Wahl bevor, bei der die auswärtigen Angelegenheiten eine ungewöhnlich grosse Rolle spielen mussten. Früher im Jahr hatte die Völkerbundsliga eine Abstimmung veranstaltet, bei der sich nicht weniger als elf Millionen Menschen in Grossbritannien für ein energisches Festhalten an der Völkerbundsatzung, und ein grosser Teil von ihnen für ernste und sogar militärische Massnahmen ausgesprochen hatten, um ihr Geltung zu verschaffen. Auf Grund dieses starken von der Nation gegebenen Impulses setzten sich beide Aussenminister Mr. Baldwins bis zum äussersten für Sanktionen gegen Italien ein. Grossbritannien übernahm die Führung in Genf. Mr. Eden kämpfte dort in den Ausschüssen tatkräftig für die Sanktionen und peitschte die Nationen für eine Unterstützung des britischen Standpunkts ein, als ob es sich um eine Abstimmung im Unterhaus handelte. Anfangs September, als der Boden auf diese Art vorbereitet war, flog Sir Samuel Hoare nach Genf und hielt zugunsten der Geltung der Völkerbundsatzung eine Rede, welche nicht nur in ganz Europa, sondern überall in der Welt als eine der bedeutendsten Erklärungen über internationale Angelegenheiten hingenommen wurde, die seit den Tagen des Präsidenten Wilson abgegeben worden waren. Alle Kleinstaaten in Genf spendeten ihm hingerissen Beifall, und nicht nur sämtliche Parteien in England, sondern auch alle Dominien des Britischen Weltreichs liessen ihm ihre Unterstützung zuteil werden.

Mr. Baldwins Politik und Mr. Baldwins Minister gelangten so auf die höchste Höhe, und die britische Aussenpolitik wurde zum Leitstern, auf den sich die Aufmerksamkeit der ganzen Welt richtete. Die prononcierte Stellung, die Grossbritannien gegen Italien einnahm, galvanisierte den Völkerbund, und mehr als fünfzig Länder gaben ihrer Missbilligung Ausdruck und verhängten Sanktionen über den italienischen Angreifer. Die Abessinier wurden durch das Gefühl, dass die ganze Welt und vor allem Grossbritannien hinter ihnen stehe, zu verzweifeltem Widerstand ermuntert.

H1668 – 0023

Diese Schritte erweckten den lebhaftesten Unmut Italiens. Drohungen füllten die von der Regierung kontrollierte italienische Presse. Es wurde dringend notwendig, die britische Flotte im Mittelmeer zu verstärken und alle unsere wichtigen Niederlassungen in diesem Binnenmeer und in seiner Umgebung in Kriegszustand zu versetzen. Als diese Schiffs-, Truppen- und Flugzeugbewegungen sichtbar wurden, zeigte sich der englischen Öffentlichkeit plötzlich die Möglichkeit eines Krieges zwischen Grossbritannien und Italien. Eine grosse Mehrheit der Labour-Party und der Gewerkschaften unterstützte mit ihrem ganzen Gewicht die Regierung und ihre Sache. Ihr pazifistischer Führer, Mr. Lansbury, wurde verabschiedet, und ein gewaltiger Riss ging durch ihre Reihen. Diese Umstände brachten es mit sich, dass die allgemeine Wahl unter den günstigsten Voraussetzungen für Mr. Baldwin ausgefochten wurde. Es ergab sich eine kolossale Majorität zugunsten seiner Politik, und er erlangte eine persönliche Machtstellung, wie sie noch kein Ministerpräsident seit dem Ende des Krieges innegehabt hatte.

So kam es, dass Parlament und Öffentlichkeit mit gewaltiger Überraschung und geradezu mit Ekel reagierten, als ihnen die Hoare-Lavalschen Vorschläge, den italienischen Angreifer mit einem grossen Teil Abessiniens zu belohnen, präsentiert wurden. Diese Gefühle waren um so lebhafter, weil damals der italienische Feldzug festgefahren zu sein schien. Mr. Baldwin billigte den Hoare-Laval-Plan und ging seinem Kabinett in dieser Billigung voran; er erklärte vor dem Unterhaus, wenn ihm nicht der Mund verschlossen wäre, würde niemand gegen ihn stimmen. Als er jedoch einige Tage später den vollen Druck der allgemeinen Empörung zu spüren bekam, zwang er seinen Aussenminister zum Rücktritt und räumte feierlich ein, einen Fehler begangen zu haben. Er suchte die Völkerbundsliga und die elf Millionen, die für sie gestimmt hatten, dadurch zu versöhnen, dass er das Aussenamt Mr. Eden allein übergab. Er wies die Hoare-Lavalschen Vorschläge zurück und

H1668 – 0024

nahm die Politik der beschränkten Sanktionen wieder auf, von der er und Sir Samuel Hoare wegen ihrer grossen Gefahr abgerückt waren. Von diesem Augenblick an sahen wir Mr. Baldwin und sein Kabinett eine Politik durchführen, von der ihnen ihr besseres Urteil gesagt hatte, sie sei zu gefährlich.

Unterdessen war Frankreich von Grossbritanien auf dem Weg der Sanktionen so weit mitgerissen worden, dass seine guten Beziehungen zu Italien empfindlich geschädigt wurden. Die sogenannte Stresafront war zerbrochen. Herr Hitler sah seine Gelegenheit und befahl den deutschen Legionen die Besetzung des Rheinlandes. Daraufhin entwickelte sich eine Krise allererster Grössenordnung, welche seitdem die europäischen Angelegenheiten beherrscht. Grossbritanien ist durch seine Verträge gezwungen, sich nötigenfalls Frankreich und Belgien zur Verteidigung zur Verfügung zu stellen, und zur Zeit werden Generalstabsbesprechungen über den Kriegsplan abgehalten. Indem es aber die Politik der Sanktionen gegen Italien verfolgt, die sich im Herbst als so populär erwiesen hatte, verurteilt es sich gleichzeitig dazu, Frankreich zu schwächen und die Kraft und das Prestige des deutschen Naziregimes zu vermehren. Wir sind auf diese Weise während der letzten neun Monate zu einem Widerspruch der Ziele gebracht worden, der ebenso gefährlich wie grotesk ist. Auf den Sanktionen zu beharren, ist sicherlich gefahrvoll und wahrscheinlich müssig. Ein Rückzug setzt Mr. Baldwin und seine Minister vor aller Welt einer Demütigung aus, die, wäre sie nicht tragisch, lächerlich wäre.

Wie ist es mittlerweile dem Negus und seinen barbarischen Hochlandskriegern ergangen? Ich werde nicht versuchen den Propheten zu spielen, aber offensichtlich haben die italienischen Heere in ihrem Feldzug unerwartete gewaltige Fortschritte gemacht. Von Giftgas versengt und erstickt, von Maschinengewehren niedergemäht, von Artillerie zusammengehauen, von der Luft aus bombardiert, ist die primitive militärische Organisation der Aethiopier in grau-

H1668 – 0025

enhafter Auflösung begriffen. Können sie ausharren, bis die Regenzeit einsetzt? Und wenn, sind sie in der Lage, Guerillakämpfe bis zum Herbst zu führen? Wenn sie das können, werden Mussolini und seine Goldreserve es fertig bringen, dem Druck standzuhalten? Und was immer davon geschehen mag, was für andere Ereignisse werden im Verlauf dieser Monate stets wachsender Spannung in Europa zu verzeichnen sein? Sollen wir Abessinien durch schwache und halbe Sanktionen zu weiterem Widerstand ermuntern? Oder sollen wir an einer Regelung teilnehmen, deren Bedingungen unvergleichlich schlechter wären als die, die im Hoare-Lavalschen Vorschlag die Empörung Englands hervorriefen?

Eines hebt sich klar und deutlich aus diesem katastrophalen Durcheinander ab. Die Regierung darf einen Friedensschluss nicht hinauszögern, wenn der Negus dazu gezwungen ist, und seien die Bedingungen auch noch so abstossend und demütigend für die britische öffentliche Meinung. Das Kabinett darf nicht an sich oder an seine politische Position denken. Wenn Mr. Baldwin nicht bereit ist, eine wirksame Aktion einzuleiten, die dem äthiopischen Volk tatsächlich hilft, und den Konsequenzen dieser Aktion, wie immer sie aussehen mögen, ins Auge zu schauen, dürfen er und seine Minister sich nicht anmassen, Europa ihre Führung anbieten zu wollen.

H1668 – 0026

WIE DEUTSCHLAND RÜSTET

1. Mai 1936

Wir sehen die Menschen ihr Tagewerk erledigen, sich geschäftig in den Strassen drängen, ihren Lebensunterhalt verdienen, die Fussballplätze und Kinos füllen. Wir lesen ihre Zeitungen, die immer interessante Schlagzeilen bringen, ob nun Grosses oder Kleines geschieht. Ist ihnen klar, wohin die Ereignisse treiben? Und wie äussere Kräfte in alles, was sie arbeiten und was ihnen Vergnügen macht, in all ihre Zufriedenheit, all ihre Freiheit, in alles, was sie besitzen, und alles, was sie lieben, eingreifen können? Ich vermag nur eines zu sehen. Ich sehe es mit jedem Tag in schärferen und härteren Umrissen. Deutschland rüstet hartnäckiger, methodischer und in einem grösseren Masstab, als jemals zuvor eine Nation gerüstet hat. Ich leiste meinen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung. Ich äussere Warnungen, wie schon einige Male zuvor. Ich gebe mich nicht mit vagen Behauptungen ab. Ich nenne Tatsachen und Zahlen, die, wie ich glaube, richtig sind.

Wieviel gibt das Hitlerregime für Rüstungen aus? Das ist schwer zu erfahren. Alles, was an Zahlen veröffentlicht wird, ist in Rätsel gehüllt. Es werden keinem Parlament Schätzungen vorgelegt. Budgets existieren nicht mehr. Es gibt keine Kritik, keine Debatte. Wir müssen es selbst herausfinden. Vor einigen Monaten behauptete ich, dass Deutschland im Kalenderjahr 1935 allein mehr als £ 800.000.000 für Kriegsvorbereitungen ausgegeben habe. Da ich aufgefordert worden bin, zu erklären, was mich zu dieser wahrhaft erstaunlichen Aussage berechtigt, unterbreite ich der öffentlichen Beurteilung vier verschiedene Berechnungswege, die zu meiner Schlussfolgerung oder zu etwas sehr Ähnlichem führen.

H1668 – 0027

Laut öffentlichen und halböffentlichen deutschen Darstellungen stieg die deutsche Verschuldung zwischen März 1933 und Juni 1935 um £ 600 Millionen und das deutsche Steueraufkommen um £ 400 Millionen, zusammen £ 1000 Millionen (RM. 12.227 Millionen). Dass diese gewaltige Zahl weit hinter der Wahrheit zurückbleibt, wird der zweite Berechnungsweg zeigen. Für jeden Inlandswechsel ist in Deutschland eine Stempelgebühr in Höhe von einem Tausendstel des ausgestellten Betrages zu entrichten. Ausserdem laufen Wechsel für gewöhnlich drei Monate, und selbst wenn sie eine längere Laufzeit haben, werden sie in der Form von Dreimonats-Wechseln ausgestellt und am Ende der Laufzeit prolongiert und verstempelt, als ob sie neu wären. Aus diesen Stempelerträgnissen ersehen wir, dass im Februar 1933 die ausgestellten Wechsel sich auf 8,5 Milliarden Mark beliefen, aber im Mai 1935 war die Summe um 18,3 Milliarden Mark oder annähernd £ 1.500.000.000 angewachsen, die von der deutschen Regierung im ganzen neben ihren normalen Ausgaben, wie sie früher existierten, in diesen drei Jahren verbraucht wurden.

Der dritte Weg ist folgender: unter dem Hitlerregime ist die Wirtschaft als Ganzes einer scharfen Beaufsichtigung und Regulierung durch die Regierung unterworfen. Insbesondere ist der Kapitalaufwand für Privatunternehmen von einer speziellen Genehmigung der deutschen Regierung abhängig. Infolge des beschränkten Vorrats an wesentlichen Rohmaterialien gestattet die deutsche Regierung grossen Kapitalaufwand für Privatunternehmen nur, insoweit der Aufwand direkt oder indirekt Rüstungszwecken zugute kommt. In ihrem Ende 1935 veröffentlichten Bericht teilt die Reichskreditgesellschaft mit, dass die Vermehrung der Bauten für Nicht-Wohnzwecke, die 1933 einsetzte, nur in sehr geringem Masse auf Bautätigkeit für rein private Unternehmen zurückzuführen sei. Die folgenden Ziffern sind dem Ende 1935 veröffentlichten Bericht der Reichskreditgesellschaft entnommen:

H1668 – 0028

Gesamtkapitalaufwand für Bauten, Materialien und Vorräte, abzüglich der für Wohnbauten ausgegebenen Beträge

		In Millionen RM.
	1933	4.740
	1934	7.700
(vorläufig)	1935	10.700
		23.140

Also nahezu £ 2.000 Millionen.

Der vierte Berechnungsweg ergibt sich aus dem Anwachsen des normalen Einkommens Deutschlands während der letzten drei Jahre. Dieses kann nur Aufwendungen der deutschen Nation für Kapitalzwecke zuzuschreiben sein. Dass nichts von diesem vermehrten Einkommen dem Verbrauch zugeleitet worden ist, zeigt sich an der Tatsache, dass in der betrachteten Periode sowohl Löhne wie Lebenshaltungskosten stationär geblieben sind. Ausserdem ist das Niveau der Engrospreise für alle Fertigwaren ausser den Verbrauchsgütern in diesem Zeitabschnitt gefallen, während die Verbrauchsgüter eine ziemlich wesentliche Preissteigerung erfahren haben. Die unvermeidliche Schlussfolgerung ist, dass das vermehrte deutsche Nationaleinkommen Geld darstellt, das von der Regierung für Kriegsvorbereitungen ausgegeben worden ist.

Die folgenden Ziffern sind dem *Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches, 1935*, Seite 485, entnommen. Die Ziffer für 1935 ist eine Schätzung auf Grund von Ziffern, die in dem von der Reichskreditgesellschaft Ende 1935 herausgegebenen Bericht auf Seite 33 genannt sind.

Steigerung des Nationaleinkommens im Vergleich mit 1932

		In Millionen RM.
	1933	1.200
	1934	7.200
(vorläufig)	1935	11.500
		19.900

Also nahezu £ 1.700 Millionen.

Nun möge der Leser die oben genannten Zahlen für den deutschen Kapitalaufwand und die Steigerung des deutschen Nationaleinkommens betrachten. Ihre Vermehrung

H1668 – 0029

läuft praktisch parallel. Der Kapitalaufwand beträgt in runden Zahlen fünf, acht und elf Milliarden für die drei Jahre 1933, 34, 35, und die Steigerung des deutschen Nationaleinkommens beträgt 1.200, 7.200 und 11.500 im gleichen Zeitabschnitt. Was bedeutet das? Es bedeutet die natürliche Ausweitung eines Kriegsvorräteprogramms, welches neben der Aufgabe, Leib und Seele zusammenzuhalten, die Gesamtheit der deutschen Industrie umfasst und in Anspruch nimmt. Der Leser beachte auch, dass die Zahl: 11.000 Millionen Mark in beiden Fällen im wesentlichen dieselbe ist. 11 Milliarden Mark sind bei einem Umrechnungskurs von 12 mehr als £ 900.000.000. Ich habe mit £ 800.000.000 gerechnet; aber man belasse es, wenn man will, bei £ 700.000.000 oder £ 600.000.000. Es handelt sich lediglich um Unterschiede in dem Gewicht, das der Bedeutung der Tatsachen beizumessen ist. Ich gebe noch zu bedenken, dass der Schatzkanzler, als ich ihn aufforderte, diese Zahlen in Abrede zu stellen, keineswegs andeutete, dass sie nicht einigermassen der Wahrheit entsprächen.

Zur Kontrolle können wir uns Rechenschaft darüber geben, was Deutschland netto an Rüstungsmaterial importiert hat. Seit 1932 sind die deutschen Einfuhren an Eisenerz um 309 % gestiegen, Kieselgur um 145 %, Bauxit um 153 %, Asbest um 197 %, Nickel um 64 %, Mangan um 273 %, Wolframerz um 345 %, Chromerz um 127 %, Gummi um 64 % und Graphit um 220 %.

All dies ist zur Erzeugung der tödlichsten Kriegswaffen und Kriegsgeräte, die man jemals gekannt hat, verwendet worden: und mit diesen Arbeiten befassen sich vier bis fünf Millionen aktiver, intelligenter, leistungsfähiger Deutscher, die, wie uns General Göring gesagt hat, Tag und Nacht beschäftigt sind. Sicherlich sind das Tatsachen, die im Denken gewöhnlicher friedlicher Menschen nicht weniger Raum einnehmen sollten als ein Pferderennen, ein Boxkampf, ein Mordprozess oder neunzehn Zwanzigstel der normalen Speisekarte der Zeitungen. Wozu ist das alles? Sicherlich nicht bloss zum Spass. Irgendetwas ganz Ausser-

H1668 – 0030

H1668 – 0031

ordentliches ist im Gange. Alle Signale sind auf Gefahr gestellt. Die roten Lichter blinken durch das Dunkel. Friedliebende Menschen mögen auf der Hut sein. Es ist eine Zeit, in der man wachsam und wohl vorbereitet sein muss.

H1668 – 0032

UNSERE FLOTTE MUSS STÄRKER WERDEN

15. Mai 1936

Bestürzung, in die sich auch Trauer mischte, wurde durch die Verlautbarung der Regierung ausgelöst, dass zur Erfüllung des Londoner Vertrages nicht weniger als sieben Kreuzer der Klasse „C" [1]) noch vor Ende dieses Jahres verschrottet, dass ein Schiff der Hawkins-Klasse mit einem Kostenaufwand von £ 270.000 desarmiert und die anderen drei von 7,5-zölligen auf 6-zöllige Bestückung umgestellt werden sollen. Es ist uns von der Regierung gesagt worden, die Admiralität brauche zum Schutze unserer Nahrungsmittelzufuhr mindestens 70 Kreuzer. Wir haben jetzt nur 56, und der erste Schritt, der zu ihrer Vermehrung auf 70 getan wird, besteht darin, dass ihre Zahl auf 48 herabgesetzt wird oder noch weniger, wenn wir die Zeit in Betracht ziehen, in der die Hawkins-Klasse auf kleinere Geschütze umgestellt wird. Während der Steuerzahler eine ungeheure Summe für den Bau neuer Schiffe zu zahlen haben wird, soll er gleichzeitig zusehen, wie diese durchaus verwendungsfähigen Schiffe vernichtet oder desarmiert werden. Auf solche Art rüsten wir gleichzeitig ab und auf. Zu diesem tollen, irrationalen Ende sind wir durch Mr. Ramsay MacDonalds Londoner Vertrag von 1931 geführt worden.

Man hätte annehmen sollen, es wäre in Anbetracht der Tatsache, dass Japan auf die weitere Teilnahme an Verträgen verzichtet hat und dass wir uns in Flottenangelegenheiten so guter Beziehungen zu den Vereinigten Staaten erfreuen, bei der letzten Flottenkonferenz möglich gewesen, die Steigerungsklausel unter allseitiger Zustimmung anzurufen. Es wurde nichts derartiges unternommen, und

[1]) Diese Kreuzer blieben schliesslich erhalten.

H1668 – 0033

wenn die Regierung hartnäckig auf ihrer Ansicht besteht, dass die anderen Mächte keine über den Rahmen hinausgehenden Kreuzerbauten vorgenommen haben, müssen wir selbstverständlich unser Wort halten. Ein mit Händen zu greifender Beweis für den Schaden, der der Königlichen Flotte und dem Steuerzahler durch den Londoner Vertrag zugefügt worden ist.

Das ist nicht der einzige Vertrag, der uns schädigt. Das englisch-deutsche Flottenabkommen von 1935 bedeutete ein Gutheissen der deutschen Vertragsbrüche, welches unser Bestehen auf der Heiligkeit der internationalen Abmachungen und unsere hauptsächlich auf den Völkerbund gestützte Haltung in den Augen des Auslands im grossen Ganzen lächerlich zu machen schien. Durch das Abkommen ermächtigten wir Deutschland, eine U-Boot-Flotte von der Grösse unserer eigenen zu bauen. Durch das Abkommen machten wir es uns unmöglich, alte Schiffe in der Materialreserve zu behalten, ohne gleichzeitig Deutschland zum Neubau eines Drittels seiner Tonnage zu ermächtigen. Deutschland baut jetzt so schnell wie möglich eine starke Flotte auf. Es wird natürlich mehrere Jahre dazu brauchen, auch nur ein Drittel unserer Gesamttonnage zu bauen, und nachher kann uns unter Umständen gesagt werden, das Wetter habe sich geändert und die Beschränkung auf ein Drittel sei nicht mehr anwendbar. [1]) Das Hitlerregime hat also auf unsere Kosten einen beträchtlichen Prestigegewinn verzeichnet, und die deutsche Flottenbautätigkeit wurde nicht im geringsten behindert.

Es steht ausser Frage, dass Deutschland die Methode, U-Boote in Teilen zu konstruieren und diese mit ausserordentlicher Geschwindigkeit, fast exerzierreglementmässig, zu montieren, in noch nie dagewesener Art vervollkommnet hat. Den Bau dieser Bestandteile zu kontrollieren, ist völlig unmöglich. Im Krieg kam der deutsche U-Boot-Bau so weit,

---

[1]) Der Vertrag wurde von Herrn Hitler am 28. April 1939 aufgekündigt.

H1668 – 0034

dass durchschnittlich alle fünf Tage ein neues U-Boot fertiggestellt wurde. Es ist nicht einzusehen, warum es in der nächsten Zukunft nicht zu einer ähnlichen oder noch grösseren Baugeschwindigkeit an den Flüssen und in den Arsenalen Deutschlands kommen sollte.

Die Admiralität ist nunmehr entschlossen, die Schlachtflotte neu zu bauen. Die unter dem Minister für Zusammenfassung der Verteidigungsmassnahmen eingeleitete Untersuchung, die in einigen Wochen hätte vollendet sein können, soll nicht einmal abgewartet werden, bevor diese wichtige Entscheidung getroffen wird. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands in Panzerplatten, grossen Geschützanlagen und gewaltigen Geschützlafetten ist der unseren im Augenblick wahrscheinlich weit voraus. Niemand kann wissen, welchen Gebrauch das Reich in der Zukunft davon machen wird. Beim Wiederaufbau der deutschen Flotte, insbesondere der deutschen U-Boote, ist unter Umständen mit peinlichen Überraschungen derselben Art zu rechnen, wie sie sich im Falle des deutschen Luftprogramms ergeben haben. Man wird darauf einwenden: „Vertrag hin, Vertrag her, nichts kann sie daran verhindern, zu tun, was sie wollen." Wir hätten eben jeden Bruch der Flottenklauseln des Friedensvertrages als weiteres Mittel dazu verwenden sollen, diejenigen Nationen, die in Furcht vor der gewaltigen deutschen Aufrüstung leben, zum Zwecke des gegenseitigen Schutzes zusammenzufassen.

Das letzte Flottenabkommen scheint freilich den Mächten, die daran beteiligt sind, nur Beschränkungen aufzuerlegen. Es beschneidet in wesentlichen Dingen unsere Konstruktionsfreiheit, deren Wiedererlangung einer der wichtigsten Punkte der englischen Flottenpolitik ist. Von den Verträgen gefangen, sind wir dazu gezwungen worden, unter grossem Kostenaufwand ungünstige Schiffstypen zu bauen, deren Konstruktion sich auf keine richtige Auffassung des Seekrieges gründet. Sowohl Grossbritannien wie die Vereinigten Staaten besitzen eine grosse Anzahl dieser zehntausendtonnigen Vertragskreuzer, die zum grössten Teil

H1668 – 0035

ausgesprochen schlechte Musterexemplare der Schiffsbaukunst sind. Japan und Deutschland, die ausserhalb des neuen Vertrages stehen, geniessen völlige Freiheit und können ungehindert Typen schaffen, die die besten Fahrzeuge unserer existierenden Kreuzerflotte in entscheidender Art übertreffen. Es ist von grösster Wichtigkeit für das Parlament, völlig eindeutige Versicherungen dafür zu erhalten, dass wir jederzeit aus dieser Lage entrinnen können, wenn Staaten, die sich dem neuen Abkommen nicht angeschlossen haben, derartige Schritte unternehmen. Aber selbst dann ist es sehr wahrscheinlich, dass einige Jahre vergehen würden, bevor eine solche Gefahr ersichtlich würde. Eine Heckjagd ist eine lange Jagd.

Welch ein Ausmass von Torheit liegt in dem Bestreben der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens, einander in Flottenangelegenheiten niederzuhalten! Wir haben uns aus Freundschaft den amerikanischen Wünschen gefügt. Die beiden grossen friedliebenden Seemächte haben sich aneinander gefesselt, einander die Hände gebunden, einander die Aktionsfreiheit genommen, mit dem Ergebnis, dass kriegerische Mächte ihnen gegenüber sowohl im Fernen Osten wie in Europa gewaltige Vorteile errungen haben. Wohl keine bewusste Handlung derer, die den Frieden suchen und die durch den Krieg alles zu verlieren haben, hat den Krieg näher gebracht und die Aggression mehr in den Bereich des Möglichen gerückt als die Flottenbeschränkungen, die die beiden englisch sprechenden Nationen einander auferlegt haben. Zwischen uns und den Vereinigten Staaten gibt es keine Flottenrivalität. Kein Mensch auf dieser Insel würde sich bedroht fühlen, nähme Amerika eine Vergrösserung seiner Flotte vor. Wenn es mehr Schiffseinheiten bauen wollte, als wir haben, würden sich die meisten Menschen nur um so sicherer fühlen. Aber wir müssten Handlungsfreiheit gegenüber unseren Spezialgefahren haben, welche weitaus ernster und viel näher sind als die der Vereinigten Staaten.

Das einzige Sicherheit gewährende und vernünftige Ab-

H1668 – 0036

kommen zwischen unseren beiden Ländern wäre eines, das nicht ein Maximum der Seestreitkräfte vorschriebe, sondern ein Minimum. Und es mag sein, dass noch einmal der Tag kommt, an dem ein solches Prinzip anerkannt wird.

H1668 – 0037

DIE ORGANISIERUNG UNSERES KRIEGSBEDARFS

29. Mai 1936

Bei einer Diskussion über die dringend notwendige Schaffung eines Rüstungs-Ministeriums (oder Ministeriums für Kriegsbedarf) mit einem neuen Kabinettsbeamten an der Spitze ist es vor allem notwendig, nachdrücklichst zu betonen, dass die britische Flotte in einer ganz anderen Position ist als das Heer und die Luftflotte. Die Flotte hat bereits eine überragende Stärke, sie ist paritätisch mit der der Vereinigten Staaten und sowohl an Grösse wie an Qualität den Flotten zweier beliebiger europäischer Mächte zusammengenommen ausserordentlich überlegen. Die Admiralität besitzt ihre eigenen Arsenale und Werften und hat ihre Beziehungen zu den Rüstungsfirmen, mit denen sie seit jeher vertrauensvoll arbeitet, niemals unterbrochen. Die Flotte auf ihrem Stande zu erhalten oder selbst sehr beträchtlich zu vergrössern, bereitet also keine Schwierigkeit; dazu ist nicht mehr notwendig, als ihre bereits existierenden Bezugsquellen in vergrössertem Masstabe auszunützen. Die Erhaltung oder Verstärkung der britischen Marinemacht ist daher lediglich eine Geldfrage, und das Unterhaus ist jederzeit gern bereit, für diesen Zweck jede, auch die grösste Summe zu bewilligen, die die Regierung Seiner Majestät fordern mag. Da also dieses Hauptbollwerk unserer Stärke in der Lage ist, allen Gefahren, die Gegenwart und unmittelbare Zukunft bringen mögen, Widerstand zu leisten, können wir mit um so grösserer Freiheit über die ganz anderen und bedeutend weniger befriedigenden Zustände sprechen, um die es sich bei dem Heer und der Luftflotte handelt.

Das Heer braucht einen sehr grossen Notvorrat an Aus-

H1668 – 0038

rüstungsgegenständen und Kriegsvorräten aller Art, damit seine Reserven umfassend genug sind. Die Luftflotte ist in dem Prozess einer annähernden Verdreifachung begriffen. Hier geht es um eine kolossale Erweiterung, die an unsere Fabrikationsmöglichkeiten die gewaltigsten Ansprüche stellt. Aber ganz abgesehen von diesen unmittelbaren Bedürfnissen besteht die bedeutend grössere Aufgabe, die heimische Industrie Englands so zu organisieren, dass sie in den Stand gesetzt wird, die Gesamtheit ihrer riesigen und elastischen Kapazität in die Kanäle der Kriegsproduktion zu leiten, sobald sich eine ernsthafte Notwendigkeit dazu ergeben sollte. In diesem dritten Fall handelt es sich nicht um eine auch nur einigermassen ausschlaggebende Störung unseres sehr grossen aktiven Friedenshandels. Wir müssen unsere Industrien, wenn ich so sagen darf, „zweihändig" machen, so dass jede grosse Werkstatt nicht nur auf dem Papier darauf vorbereitet ist, notfalls auf Kriegsproduktion umgestellt zu werden, sondern für diesen Zweck auch mit den geeigneten Vorrichtungen versehen ist. Diese Aufgabe ist in ganz Deutschland bereits mit bewundernswertem Erfolg durchgeführt worden, und das deutsche Beispiel wurde und wird in beträchtlichem Ausmass in Frankreich, Italien, Russland und vielen kleineren Staaten befolgt.

An Geld fehlt es nicht. Die vom Schatzkanzler mit so grosser Sorgfalt wiederhergestellten englischen Finanzen sind sicherlich bedeutend grösseren Beanspruchungen gewachsen als die aller anderen Länder der Welt mit Ausnahme der Vereinigten Staaten. Die Regierung hat sich auf ein Rüstungsprogramm festgelegt, das in den nächsten wenigen Jahren sehr wohl mehrere hundert Millionen Pfund Sterling kosten kann, und das Parlament ist bereit, diese Summen augenblicklich zu bewilligen, wenn sie angefordert werden. Die Schwierigkeit liegt nicht darin, das Geld zu bekommen, sondern darin, es auszugeben. Infolge der grossen Vernachlässigung, Kurzsichtigkeit und Zeitvergeudung der letzten zwei, drei Jahre ist nicht mehr möglich als ein allmähliches und langsames Vergrössern der Ausrüstung von Heer

H1668 – 0039

und Luftflotte. Eine Erweiterung der Programme auf dem Papier ist nutzlos; denn die Lieferanten können nur einen Bruchteil der Zahlungen auf die bereits vorhandenen Regierungsaufträge aufnehmen. Wie kann das Tempo beschleunigt werden? Und wie können die Industrien ausserdem so adaptiert werden, dass sie Kriegsbedürfnissen gewachsen sind? Das sind die beiden Probleme, die auf ihre Bewältigung durch ein Rüstungs-Ministerium warten.

In einer langen Friedenszeit, in welcher die Bedürfnisse unseres kleinen Heeres und unserer bescheidenen Luftflotte nicht wuchsen und zum grössten Teil eine Routineangelegenheit waren, konnte ihre Materialversorgung sehr wohl den betreffenden Abteilungen des Kriegsamtes und des Luftfahrt-Ministeriums anvertraut werden. Aber wenn eine Vergrösserung in dem jetzigen Masstab dringend erforderlich, wenn die Anpassung der ganzen Industrie Grossbritanniens an einen ganz anderen Zweck eine gebieterische Notwendigkeit ist, dann ist das Problem nicht mehr eines, dessen Bewältigung von Ministerialabteilungen mit ihren Beamten, und seien sie noch so pflichttreu und eifrig, erwartet werden kann. Ebensowenig ist es ein Problem, mit dem die Staatssekretäre für Krieg und Luftfahrt belastet werden sollten. Sie müssen sich mit der Leistungsfähigkeit und Verbesserung der ihnen unterstehenden Streitkräfte befassen. Die gewaltige, komplizierte Handhabung der Produktion müssen sie Geschäftsleuten und Fabrikanten anvertrauen. Es handelt sich nicht mehr um eine Verwaltungsfrage, sondern um ein nationales, industrielles und wirtschaftliches Problem.

Das ist nicht eine Aufgabe, die stückweise bewältigt werden kann. Diese Last dem neu ernannten Minister für Zusammenfassung der Verteidigungsmassnahmen (Sir Thomas Inskip) zu seinen Hauptpflichten aufzubürden, wäre unfair gegenüber dem Mann und verhängnisvoll für die Aufgabe. Denn diesen Minister herumzujagen und eine Reihe von zusammenhanglosen Untersuchungen der hundertundein dornenreichen Probleme leiten zu lassen, die auf den Ge-

H1668 – 0040

bieten der Strategie und der Materialbeschaffung Aufmerksamkeit erfordern, würde lediglich zu Verwirrung und Ohnmacht führen. Die erste Lehre des Krieges, ja die erste Lehre aller sehr grossen Transaktionen ist, dass an der Spitze eine geeignete Organisation geschaffen werden muss, welche alles unter sich zusammenfasst und ihre Aufsichtsfunktionen allmählich nach allen notwendigen Richtungen ausbaut. Kein menschliches Gehirn, nicht einmal das Napoleons selbst, könnte sich unmittelbar mit den zahllosen Komplikationen der modernen Kriegsvorraterzeugung befassen.

Der erste Schritt besteht darin, ein zusammengesetztes Gehirn zu schaffen, das zwanzigmal so viel Erkenntnisvermögen und Widerstandsfähigkeit hat wie das des begabtesten und erfahrensten Menschen. Etwa ein Dutzend der besten Geschäftsleute und Fabrikanten der jüngeren Generation des Landes sollte unverzüglich zu einem Kriegsversorgungsamt zusammengefasst werden. Jedem von ihnen sollte sein Gebiet zugewiesen werden: Entwürfe, Geschütze, Geschosse, Explosivstoffe, Rohmaterialien, Stahl usw. — jedes mit einem Buchstaben des Alphabets bezeichnet. Durch Permutation dieser Buchstaben können Ausschüsse gebildet werden, genau wie sie jeweils für die Behandlung einer speziellen Angelegenheit gebraucht werden, während die allgemeine Geschäftsbewegung fest in den Händen eines „Zusammenfassungsausschusses" bleibt und von einem starken Beamtenkader aufrecht erhalten wird. Eine solche Körperschaft wäre, sobald sie einmal existiert, in der Lage, rasch alle vorhandenen Vorratsbeschaffungsabteilungen und -aufgaben des Kriegsamtes und des Luftfahrt-Ministeriums Zug um Zug zu übernehmen, und würde, in ihrer Entwicklung einen eigenen Apparat ausbauend, den ganzen Prozess der Ausrüstung unserer wachsenden Streitkräfte und der Adaption der Industrie für ihre Kriegsalternativen sehr bald in Gang bringen.

Bis jetzt hat die Regierung es abgelehnt, diese Massnahmen zu treffen. Sie findet ungezählte Entschuldigungen

H1668 – 0041

für ein Hinauszögern. Sie gibt zu, dass ihr die Notwendigkeit aufgezwungen werden könnte. Mittlerweile verharrt sie in einem Zustand der Unschlüssigkeit. Das kann nicht so weitergehen. In sechs Monaten oder noch weniger, wenn es klar wird, dass alle ihre Programme ausser dem Flottenbauprogramm hoffnungslos in Verzug geraten, und wenn die Besorgtheit der Allgemeinheit wächst, wird sie gezwungen werden, zu tun, was sie jetzt tun sollte, was sie eigentlich schon vor einem Jahr hätte tun sollen. Je mehr Zeit sie vergeudet, desto schlimmer wird unsere Lage sein, und desto gewaltsamer wird sich der Übergang von dem einen System zum anderen abspielen. Die gewöhnlichen Friedensmethoden können die als unerlässlich erklärte Arbeit nicht leisten. Nichts zwingt dazu, die Umschaltung auf Kriegserfordernisse mit einem Ruck vorzunehmen — das ist weder notwendig, noch ist es möglich. Aber was gebraucht wird, ist nicht nur eine neue Organisation, sondern auch eine neue Atmosphäre. Zwischen dem Schlendrian des Friedens und dem rasenden Tempo in Kriegszeiten gibt es viele Zwischenstadien. Es besteht keine Notwendigkeit, das Gros der britischen Industrie zu stören. Wir sollten an die Organisation eines Rüstungs-Ministeriums schreiten und eine Periode der Notstandsvorbereitung proklamieren [1]).

[1]) Im April 1939 gab die Regierung die Schaffung eines Ministeriums für Kriegsbedarf bekannt.

H1668 – 0042

WIE SOLL DER KRIEG ABGEWENDET WERDEN?

12. Juni 1936

Sicherlich sollte diese Frage die Gedanken der Menschheit an allervornehmster Stelle beschäftigen. An ihr gemessen, ist jedes andere menschliche Interesse geringfügig und jeder andere Gegenstand trivial. Nahezu alle Länder und die meisten Menschen in jedem Land wünschen vor allem anderen, den Krieg zu verhüten. Das ist auch kein Wunder, denn wenn wir von einer Handvoll finsterer Romantiker und niederträchtiger Profitjäger absehen, bedeutet der Krieg nichts als Plage, Vergeudung, Kummer und Qual für die grosse Masse der gewöhnlichen Menschen in jedem Land. Warum sollte ihnen dieses Grauen, das sie fürchten und verabscheuen, aufgezwungen werden? Wie kommt es, dass sie nicht Verstand und Manneskraft genug haben, es abzuwenden? Heute haben die Massen in allen demokratischen Ländern die Macht. Selbst unter den Diktaturen könnten sie leicht die Macht wieder gewinnen, wenn ein grosser Teil der Individuen, aus denen die Massen sich zusammensetzen, diese Frage aus allen anderen herausgriffen und dementsprechend voll Entschlossenheit und nötigenfalls voll Selbstaufopferung dächten, sprächen und handelten.

Die moderne Welt bietet ein ganz ausserordentliches Schauspiel: fast alle wünschen den Krieg zu verhüten oder zu vermeiden, und doch rückt der Krieg fast allen unbarmherzig näher. Fraglos wird dies das grosse Rätsel sein, das künftige Generationen in den Berichten, und vielleicht in den Ruinen, aus unserem Zeitalter finden werden. „Wie kam es", werden die Historiker der Zukunft fragen, „dass diese grossen, einigermassen intelligenten, gebildeten und

alles in allem tugendhaften Gemeinschaften so hilflos und impotent waren, sich zu Opfern ihrer eigenen Handlungen und dessen, was sie am meisten verabscheuten, machen zu lassen?" Die Antwort wird lauten: „Sie hatten keinen Plan. Die denkenden Menschen in den verschiedenen Ländern konnten sich nicht auf einen Plan einigen; die übrigen hörten nicht auf, verblüfft und unter leerem Geschwätz auf die nahende Gefahr zu starren, bis sie von ihr verschlungen wurden. Sie liessen sich Tag um Tag von einer endlosen Reihe von Schlagzeilen über Bagatellen zerstreuen, unter denen sie den Kern der Angelegenheit nicht wahrnehmen konnten oder sich gar nicht wahrzunehmen bemühten." Wir sind auf der schiefen Ebene, die zum Abgrund führt, jetzt bereits so weit unten angelangt, dass sehr grobe, scharfe Massnahmen notwendig sein werden. Schon beginnt der Boden unter unseren dahingleitenden Füssen abzubröckeln. Eine gewaltige Anstrengung muss gemacht werden, und es muss vor allem eine Anstrengung der Tat sein. Das Gefühl allein taugt nichts; schöne Reden sind schlimmer als nutzlos; kurzsichtiger Optimismus ist ein Unfug; glatte, beruhigende Redensarten sind ein Verbrechen.

Und hier haben wir schon ein bitteres Paradoxon, das unser Kollektivdenken seiner Logik zu berauben scheint. Kein Plan zur Abwendung des Krieges ist zu dieser vorgerückten Zeit auch nur von geringstem Wert, wenn er nicht hinter sich Kräfte hat und den Entschluss, diese Kräfte einzusetzen. Der einfache passive Widerstand einiger Nationen würde das Unheil nur beschleunigen, wenn andere Völker oder ihre Führer bereit sind, ihn sich zu Nutze zu machen. Es ist sehr leicht, den Pazifisten zu verhöhnen, der bereit ist, für den Frieden zu kämpfen. Trotzdem wird die Sicherheit nur zu erreichen sein durch eine Zusammenfassung friedliebender Nationen, die mit überwältigender Macht ausgerüstet und derselben unendlichen Opferfreudigkeit, ja, und auch derselben Härte fähig sind, die bis jetzt die Attribute des kriegerischen Geistes gewesen sind. Die Waage der Justitia taugt nichts ohne ihr Schwert. Der

H1668 – 0043

Friede braucht in seiner jetzigen Notlage Polizisten. Um es klipp und klar zu sagen: was geschaffen werden muss, ist ein grosses Bündnis aller friedliebenden Nationen gegen den potentiellen Angreifer, wer immer es sei. [1]) Rufen wir also dieses grosse Bündnis unverzüglich ins Leben.

Man fordere alle Nationen und Staaten auf, sich auf einer einzigen, einfachen Grundlage zu verbinden: „Wer einen anfasst, fasst alle an." Wer einen angreift, dem wird von allen Widerstand geleistet werden, Widerstand mit solchem Ingrimm und solchen Hilfsmitteln, mit solcher Kameradschaft und solchem glühenden Eifer, dass schon die blosse Aussicht darauf vielleicht durch ihre furchtbare Majestät das Verbrechen abwendet.

Sicherlich gibt es keinen anderen rettenden Gedanken in der Welt als diesen. Aber wie soll er in die Wirklichkeit umgesetzt werden? Da liegt die Schwierigkeit. Was geschah mit dem Negus von Abessinien, als er die Heiligkeit der Verträge und die Treue der Regierungen anrief, die ihn in ihre Pakte aufgenommen hatten? Welche Moral ist aus seinem traurigen Schicksal zu ziehen? Doch gewiss nicht die Moral, dass der Grundsatz der gegenseitigen Hilfeleistung falsch war, sondern vielmehr, dass es an dem Willen fehlte, ihm Geltung zu verschaffen. An der Wirksamkeit dieses Grundsatzes unter anderen Umständen zu verzweifeln und ihn aufzugeben, könnte sehr wohl heissen, dass wir uns zu einem ähnlichen, aber unendlich vergrösserten Verhängnis verurteilen. Die Moral heisst fraglos: von nun an für Massnahmen sorgen, die eine Gewähr dafür bieten, dass es das nächste Mal weder an dem Willen noch an den Mitteln fehlen wird.

Es ist zu beachten, dass der potentielle Angreifer sich verschiedenen Ländern in verschiedenen Gestalten zeigt — die einen fürchten den, die anderen einen anderen — und dass in jedem Einzelfall einige der Gefahr ganz nahe, andere

---

[1]) Diese Politik machte sich im März 1939 Mr. Chamberlain endlich im wesentlichen zu eigen.

H1668 – 0044

weniger nahe und dritte weit von ihr entfernt sind. Theoretiker würden verlangen, dass in jedem Fall alle grundsätzlich und rangmässig gleich verpflichtet sein sollen. Das zu fordern, heisst mehr verlangen, als die Menschheit auf ihrer jetzigen Entwicklungsstufe durchführen kann. Damit würde man sich von der Wirklichkeit entfernen. Es muss nicht nur regionale Pakte geben, sondern auch Zonen verschiedener, wenngleich genau umschriebener Verantwortlichkeit. In der vordersten Linie, feierlich zu allen notwendigen Massnahmen verpflichtet, wohl ausgerüstet, eng miteinander verbunden, stehen diejenigen, die in der nächsten Nähe des potentiellen Angreifers leben; in der zweiten Linie diejenigen, die von seiner Aggression wahrscheinlich als nächste betroffen oder indirekt betroffen sind. Weiter weg und am wenigsten streng verpflichtet werden die Staaten sein, die, wenn sie auch diesen speziellen potentiellen Angreifer nicht fürchten, nichtsdestoweniger erkennen, dass eines Tages, unter anderen Umständen, die Reihe an sie kommen kann.

Die unmittelbare, unerlässliche Aufgabe ist, die verschiedenen regionalen Pakte zu einer weltumfassenden Organisation zu verknüpfen, in der jede einzelne Nation ihre entsprechend dem Anlass vorgeschriebene Verpflichtung hat und von jedem pflichttreuen Mitglied alle notwendigen Vorbereitungen getroffen sind. Schwierigkeiten dürfen uns nicht schrecken. Wenn einige die Teilnahme verweigern, müssen die anderen sich um so fester zusammenschliessen. Um so gründlicher müssen sie vorbereitet sein. Denn was ist die Alternative? Dass einer nach dem anderen vernichtet wird. Wenn der Krieg einmal ausbricht, wer will dann sagen, wann und wo er halt macht? Darum ist eine schleunige und solide Organisierung der grössten Macht gegen potentielle Angreifer in einer Reihe von regionalen Pakten, die zu einer grossen Allianz oder Liga zusammengefasst sind, das einzige, worauf wir die Hoffnung gründen können, den Krieg zu verhüten oder, sollte es zum Krieg kommen, das Verderben derer abzuwenden, die nichts Böses getan haben.

H1668 – 0045

WARUM DIE SANKTIONEN VERSAGTEN

26. Juni 1936

Die Sanktionen sind mit Ach und Krach fallen gelassen worden. Ein ruhmloses Kapitel der britischen Aussenpolitik ist zu Ende gegangen. Bei allen Parteien des Unterhauses herrschte nur geringer Zweifel an der Unvermeidlichkeit dieses Schrittes. Sogar Mr. Lloyd George erklärte, obwohl er die Regierung tadelte, dass die Sanktionen in der Form, in der sie angewendet wurden, wertlos waren. Es bereitete der Regierung daher keine Schwierigkeit, zu beweisen, dass die Politik, die sie so lange verfolgt, über die sie so viele zündende Reden gehalten, in deren Namen sie bemerkenswerte Vorteile bei der Wahl gewonnen hatte, müssig und sinnlos gewesen sei. Aber bevor Mr. Baldwins Sanktionspolitik stromabwärts davonschwimmt, wollen wir noch einen Blick auf sie werfen. Hatte sie jemals Aussicht, wirksam zu sein; hatte sie eine reelle Basis, oder war es eine Scheinpolitik?

Ich begann diese Sanktionen in ihren Einzelheiten erst zu Anfang dieses Jahres zu verstehen, als ich das Prinzip begriff, das ihnen zugrunde lag. Das Parlament hätte von Anfang an dahinter kommen müssen. Die Basis, auf der die Sanktionspolitik vom ersten bis zum letzten Augenblick stand, war nicht rational. Erstens hatte der Ministerpräsident erklärt, dass die Sanktionen Krieg bedeuteten; zweitens war er entschlossen, dass es keinen Krieg geben dürfe; und drittens entschied er sich für die Sanktionen. Diesen drei Bedingungen nachzukommen, war offenbar unmöglich. Jetzt können wir sehen, dass sie unweigerlich zu einem Fiasko führen mussten. Schon in einem sehr frühen Stadium gab Signor Mussolini zu verstehen, er werde sich Sanktionen unterwerfen, die lediglich dem italienischen

H1668 – 0046

Volk Entbehrungen auferlegten, wenn sie aber die Operationen seiner Armeen gegen Abessinien behinderten, werde er sie als Kriegshandlung betrachten. Er dachte, Entbehrungen oder Unbequemlichkeiten, die dem italienischen Volk auferlegt würden, müssten das Ergebnis haben, es zu stärken und seinen Zielen dienstbarer zu machen. Er dachte, er könne den Druck der Sanktionen dazu benützen, Italien zu einem vollständiger autarken und kriegsmobilisierten Land zu machen. Das Resultat hat sein Urteil gerechtfertigt. Was er nicht dulden wollte, war alles, was seine Armeen daran verhindern würde, Abessinien zu erobern.

Bewusst oder unbewusst — wir müssen hoffen, unbewusst — fügte sich der mit der Ausarbeitung der Sanktionen betraute Völkerbundsausschuss gehorsam den vom Angreifer vorgeschriebenen Beschränkungen. Er schritt an die Rettung Abessiniens auf der Grundlage, dass nichts getan werden dürfe, was die italienischen Invasionsarmeen behindere. Man gestatte mir, einige Beispiele zu geben. Wir alle wissen, wie wichtig Aluminium für Kriegszwecke ist. Die Ausfuhr von Aluminium nach Italien wurde vom Völkerbund streng verboten. Aber Aluminium ist fast das einzige Metall, das Italien in grösseren Mengen erzeugt, als es selbst braucht. Die Einfuhr von Schrotteisen und Eisenerz nach Italien wurde im Namen der allgemeinen Gerechtigkeit streng untersagt. Aber die metallurgische Industrie Italiens verarbeitet davon nur wenig, und da man sich um Stahlbarren und Roheisen nicht kümmerte, blieb Italien unbehindert. Es wäre leicht, diese Beispiele zu vervielfältigen. So waren die Sanktionen, von denen wir so viel Aufhebens machten, gar keine wirklichen Sanktionen zur Lähmung des Friedensstörers, sondern bloss halbherzige Sanktionen, wie er sie wohl dulden würde, weil sie in Wirklichkeit den italienischen Kriegsgeist aufstachelten. Allerdings waren unter den Sanktionen viele Massnahmen, vor allem finanzieller Natur, die auf die Dauer Italiens Finanzkraft vernichtet und es ihm unmöglich gemacht hätten, seinen Bedarf im Ausland zu decken, und allerdings hätten

H1668 – 0047

diese Massnahmen sich schliesslich auf Italiens Kriegspotential ausgewirkt. Aber die wichtigsten darunter, die finanziellen Sanktionen, brauchten nicht Genf, um auferlegt zu werden. Der Kredit Italiens war bereits tief gesunken und musste weiter sinken, so dass die gewöhnlichen Marktfaktoren ebenso wirksam gewesen wären wie der Völkerbundsbeschluss. Der Völkerbund leitete also eine Politik der Sanktionen ein, über welche folgendes zu sagen ist: zum grossen Teil waren sie illusorisch, viele von ihnen ergaben sich ohnedies von Natur aus, und die Auswirkung aller musste lange Zeit brauchen. Die allgemeine Politik in Genf war: „Zahnlose Sanktionen". Ich muss offen gestehen, dass mir dies erst vor wenigen Monaten bewusst wurde.

Es ist also nicht richtig, zu sagen, dass die wirtschaftlichen Sanktionen versagt haben. Was versagt hat, war die Willenskraft, sie ernsthaft und scharf durchzuführen. Sie versagte wegen des geistigen Vorbehalts der daran beteiligten Hauptmächte, dass nichts geschehen dürfe, was einen Krieg provozieren würde. Wenn die wirtschaftlichen Sanktionen von Anfang an mit unbarmherziger Härte auferlegt worden wären, hätten sie die Invasionsarmeen verkrüppelt. Aber noch bevor es dazu kam, hätte Signor Mussolini die britische Flotte angegriffen oder bekanntgegeben, dass er es tun würde, und darum war es, da ein Krieg nicht in Betracht gezogen werden sollte, nicht möglich, sie in wirksamer Art durchführen. Man mache sich jedoch völlig klar, dass von allen Sanktionsmächten Grossbritannien die ehrlichste war. Es führte seine Aufgabe mit peinlichster Genauigkeit durch; es erlitt den grössten Verlust, und wäre es infolge eines Überschreitens der Grenzen, die Mussolini gezogen hatte, zu einem Krieg gekommen, so hätte Grossbritannien praktisch die ganze Schwere des Angriffs zu fühlen bekommen.

Die Lehren, die sich daraus ergeben, sind folgende: erstens, man mache nicht in Scheinpolitik. Zweitens, wenn es bekannt ist, dass man nicht vorhat zu kämpfen und nichts tun wird, was die andere Seite zwingen wird, anzugreifen,

H1668 – 0048

ist es besser, in erbitterten Streitigkeiten nicht die Führung zu übernehmen. Eine Führung auf dem Prinzip der beschränkten Haftung kann es nicht geben. Wir wollen hoffen, dass diese Lehren nicht nur vom britischen Volk, sondern auch von allen anderen Nationen genützt werden. Keine von ihnen kann — es sei denn, wegen unserer Führerschaft — verächtlich mit dem Finger auf uns zeigen, ohne sich selbst gleichzeitig noch mehr zu verdammen. Es gibt weiss Gott Grund genug, die schwache Bluffmethode zu verurteilen, die, fraglos aus den allerbesten Motiven, befolgt wurde. Aber das ist kein Grund, an Kollektivaktionen gegen den Angreifer zu verzweifeln. Wenn eine genügende Anzahl machtvoll gerüsteter Nationen bereit wäre, wirtschaftliche Sanktionen durchzuführen, würde der Angreifer in vielen Fällen sich unterwerfen oder die vereinigten Nationen angreifen müssen.

Der Völkerbund hat seinen ersten schwachen Versuch im Handeln gemacht. Wir wollen hoffen, dass er das nächste Mal entweder mit überwältigender Machtenfaltung ans Werk gehen oder beiseite stehen wird.

H1668 – 0049

ES BEGINNT ZU DÄMMERN

13. Juli 1936

Die erste Sitzung des neuen Parlaments nähert sich ihrem Ende. Wird das nicht vielleicht auch das Ende eines Kapitels der modernen Geschichte sein?

Seit dem Sturz der Lloyd George-Koalition vor dreizehn Jahren haben wir ununterbrochen unter einem Regime gelebt, das man vielleicht als das „Baldwin-MacDonald-Regime" kennen wird. Diese beiden Staatsmänner haben, erst abwechselnd, dann, die letzten fünf Jahre lang, in politischer Brüderschaft, das Land regiert. Nominell Vertreter gegnerischer Parteien, entgegengesetzter Doktrinen und einander widerstrebender Interessen, erwiesen sie sich de facto als so verwandt in Aussehen, Temperament und Methode wie keine zwei anderen Staatsmänner, die, seitdem dieses Amt der Verfassung bekannt ist, Ministerpräsidenten waren. Merkwürdigerweise reichten die Sympathien eines jeden der beiden weit in das Gebiet des anderen hinein. Ramsay MacDonald hegte viele der Gefühle des alten Tory. Stanley Baldwin hatte wohl die in Fleisch und Blut übergegangene Vorliebe des Fabrikanten für den Protektionismus, aber abgesehen davon ist ein echterer Repräsentant des sanften Sozialismus, als er es seiner Veranlagung nach ist, auch in den Reihen der Labour-Party wohl kaum zu finden. Besonders in Reichsfragen, wie hinsichtlich Indiens, Ägyptens, der Mandatsgebiete und vor allem der nationalen Verteidigung, entsprachen seine Gefühle und seine Auffassungen dem, was „Lib.-Lab." Standards genannt zu werden pflegte.

Beide Männer zeichneten sich darin aus, politische Probleme als geringfügig darzustellen, grosszügige Änderungspläne zu durchkreuzen, die Temperatur der Nation herunter-

H1668 – 0050

zudrücken und die parlamentarische Tätigkeit zu einer langweiligen und trägen Angelegenheit zu machen. Ihr Ideal des Regierens scheint von dem edlen Lord in der Gilbert-Sullivanschen Oper, der „nichts Besonderes tat, aber das sehr gut", treffend charakterisiert zu sein. Kein Wunder, dass sie so glücklich und befriedigend harmonierten, als sie sich, statt einander den Ball über den Parlamentstisch zuzuwerfen, als Kollegen nebeneinander niederliessen. Wie dieses bemerkenswerte Regime in der Geschichte betrachtet werden wird, hängt davon ab, ob die Epoche, durch die es uns geführt hat, eine Zeit grosser Angelegenheiten und angespannter Bemühungen aller Klassen war, welche nach kämpferischer, energischer Aktivität des Staates verlangte, oder ob Grossbritannien nach den Erschöpfungen des Krieges eine ungestörte Periode des Dahindämmerns und Ausruhens brauchte. Wenn das wichtigste Bedürfnis John Bulls nach dem Krieg und seinen Nachwirkungen eine Liegekur war, hätten sich keine Pfleger finden lassen können, die besser geeignet gewesen wären als diese beiden, für Ruhe im verdunkelten Zimmer zu sorgen und den Patienten vor jeglicher geistigen Anstrengung und starken Gemütsbewegung zu bewahren.

Das sind Funktionen, die niemand verunglimpfen sollte. Im Gegenteil, es ist durchaus möglich, dass die Geschichte erklären wird, die beiden seien dem wirklichen Bedürfnis des englischen Volkes nach den furchtbaren Erfahrungen, die es durchgemacht hatte, entgegengekommen und hätten dem nicht zu bezweifelnden Wunsch der Nation Ausdruck gegeben. Die Unterdrückung des Parteigeistes, die gleichzeitige Kaltstellung von Toryismus und Sozialismus, die Bildung von kompromisslerischen und liebenswürdig ohnmächtigen Regierungen, das Nachlassen der Landes- und der Reichsmoral, was alles zur Behandlung gehörte, mögen sehr wohl bei einer so kräftigen Konstitution wie der John Bulls die Voraussetzungen für einen natürlichen Heil- und Erholungsprozess geliefert haben. Ja, wenn unsere Insel tausend Meilen weit draussen im Atlantischen Ozean läge,

H1668 – 0051

wüsste ich nicht, warum diese Liegekur nicht unbegrenzt lang hätte fortgesetzt werden sollen, und in der Tat haben grosse Mehrheiten der britischen Wählerschaft den Ausspruch propagiert: „Glücklich die Nationen, deren Annalen leere Seiten im Buch der Geschichte sind."

Unglückseligerweise ist es auf dem Luftweg nur zehn Minuten vom Kontinent zu uns, und die harten Misstöne äusserer Ereignisse haben dieses verschlafene, wenn auch nicht notwendigerweise unerquickliche oder betrübliche Idyll gestört. Als es sich vor vier Jahren zu zeigen begann, dass der teutonische Riese sich heimlich die Waffen wiederholte, mit denen er nahezu die Welt erobert hatte, wandelte sich die gesamte Situation auf das grauenhafteste. Dieses unwillkommene — nein abscheuliche — Eindringen der Aussenwelt auf unsere beiden armen hervorragenden Freunde wurde von ihnen zunächst mit der altgewohnten Ungläubigkeit quittiert. So wenig bereit, die deutlichsten Zeichen der Gefahr zur Kenntnis zu nehmen, waren sie, dass sie sich behaglich in eine Wolke wohlmeinender Platitüden hüllten. Sie verschlossen ihre Augen vor dem, was sie nicht zu sehen wünschten. So gingen die Jahre rasch dahin, und ununterbrochen trieben die unheilvollen Geschehnisse, die in ihrem Verlauf den Frieden Europas unterminieren sollten, mit voller Kraft vorwärts.

Im Frühjahr 1934 war die Ungläubigkeit schon sehr fadenscheinig geworden. Auf sie folgten halbe Massnahmen und Bestürzung. Es wurde keine Anstrengung gemacht, die europäische Situation mutig anzupacken, solange sie noch zu meistern gewesen wäre. Ebensowenig wurden auch nur die einfachsten Vorsichtsmassnahmen getroffen, die Grossbritannien rasch ausser Gefahr gebracht hätten. Vor einem Jahr übergab Mr. MacDonald, dessen Kräfte erschöpft waren, die wachsende Last seinem Partner. Mr. Baldwin wurde zum dritten Mal Ministerpräsident. Er wandte sich mit einem dringenden Aufrüstungsappell an das Land; aber gleichzeitig machte er zur Bedingung, dass es sich nicht um eine grosse Aufrüstung handeln dürfe. Mag

H1668 – 0052

sein, dass er bei der allgemeinen Wahl den Eindruck davontrug, er habe sie selbst gewonnen. In Wirklichkeit wurde sie durch den eindeutigen Entschluss des britischen Volkes gewonnen, seine Angelegenheiten inmitten der sich vervielfältigenden Gefahren nicht der schwachen und diskreditierten sozialistischen Partei anzuvertrauen.

Als das neue Parlament in Westminster zusammentrat, stand es unter dem Eindruck der harten Wirklichkeiten. Fast jeden Monat wurde es von neuen Hammerschlägen getroffen. Das Land erwacht langsam, aber unaufhaltsam zu der Erkenntnis, dass der Weltfriede bedroht und die Sicherheit unserer Insel nicht mehr über jeden Zweifel erhaben ist. Allmählich wird begriffen, dass jetzt alles, was vor vier Jahren gefahrlos und behaglich war, dunkel, zweifelhaft und äusserst riskant geworden ist. Dieses wachsende Begreifen, dass die Zeiten sich geändert haben, dass schmerzliche Fehlberechnungen gemacht worden sind, dass eine Periode der Gewalttätigkeiten im Anzug ist und dass wir selbst weder auf sie vorbereitet sind noch die Anstrengungen machen, die jetzt möglich sind — diese Erkenntnis ist es, was die Stellung des Ministerpräsidenten so überaus geschwächt hat. Niemand ist von diesem allgemeinen Gefühl mehr betroffen als er selbst. Die Sterne der Volksführer — und das ist auch nur richtig so — steigen und sinken damit, in welchem Ausmasse sie Ausdruck des Bedürfnisses der Allgemeinheit sind und es befriedigen. Für gefährliche Meere braucht man kühne Kapitäne. So unliebsam es auch den gefügigen Anhängern der derzeitigen Macht sein mag, das Baldwin-MacDonald-Regime geht aus dem Leben in die Geschichte über. Noch mag es an der Zeit sein, die Angelegenheiten des Britischen Reiches einem anderen Geschick zuzuführen.

H1668 – 0053

Ende Juli 1936 führten der wachsende Verfall des parlamentarischen Regimes in Spanien und die Stärke der Bewegungen für eine kommunistische Revolution einerseits oder eine anarchistische andererseits zu einer Militärrevolte, die gleichfalls von langer Hand vorbereitet war. Augenblicks kam es zu einem erbitterten Bürgerkrieg mit Massenhinrichtungen, Klassenmorden und entsprechenden Repressalien. Die französische Regierung machte den Vorschlag eines Nichtinterventionsplanes, nach dem es beiden Seiten überlassen werden sollte, den Kampf ohne Hilfe von aussen zu Ende zu führen. Die britische Regierung akzeptierte diesen Standpunkt. Auch die Regierungen Deutschlands, Italiens und Russlands schlossen sich an. Infolgedessen fand sich die spanische Regierung, nunmehr in den Händen der heftigsten Revolutionäre, sogar des Rechtes beraubt, die Waffen zu kaufen, die sie mit dem Gold, das in ihrem Besitz war, bestellt hatte. Es wäre vernünftiger gewesen, den normalen Weg einzuschlagen und, wie es im amerikanischen Bürgerkrieg (1860—65) geschehen war, beiden Seiten die Rechte Kriegführender zuzuerkennen. Statt dessen wurde jedoch die Politik der Nichtintervention von allen Grossmächten eingeschlagen und feierlich anerkannt. Italien und Deutschland auf der einen Seite und Russland auf der anderen wahrten kaum den Schein und brachen beständig das Abkommen. Grossbritannien allein beobachtete die ganze Zeit hindurch strikte und unparteiische Neutralität.

H1668 – 0054

DIE SPANISCHE TRAGÖDIE

10. August 1936

Wir müssen im spanischen Bürgerkrieg einen düsteren und, vielleicht, einen verderbenbringenden Markstein auf dem Weg Europas in den Abgrund sehen. Die bösesten Streitigkeiten ergeben sich nur, wenn beide Seiten gleichermassen im Recht und im Unrecht sind. Hier verlangen auf der einen Seite die Leidenschaften eines von Armut geplagten und rückständigen Proletariats den Sturz von Kirche, Staat und Eigentum und die Inaugurierung eines kommunistischen Regimes. Auf der anderen Seite sind, unter der Führung des Heeres und in vielen Provinzen vom flachen Lande unterstützt, die patriotischen, religiösen und bürgerlichen Kräfte auf dem Marsch, um die Ordnung durch Errichtung einer Militärdiktatur wiederherzustellen. Die Grausamkeiten und unbarmherzigen Hinrichtungen, zu denen beide Seiten durch die Verzweiflung getrieben werden, der erschreckende, aller Fesseln ledige Hass, der Zusammenstoss von Glaube und Interessen machen es nur zu wahrscheinlich, dass auf den Sieg die erbarmungslose Ausrottung der aktiven Elemente unter den Besiegten und eine lange Periode eiserner Herrschaft folgen wird.

Wie kam es dazu? Es kam „plangemäss" dazu. Lenin lehrte, dass die Kommunisten alle Bewegungen nach links unterstützen und schwachen konstitutionellen, radikalen oder sozialistischen Regierungen ins Amt helfen sollten. Diese sollten sie unterminieren, ihren versagenden Händen die unumschränkte Macht entreissen und den marxistischen Staat gründen. Diese Methode ist wohlbekannt und wohlerprobt. Sie gehört zur kommunistischen Doktrin; sie ist ein Teil des kommunistischen Exerzierreglements. Von den Kommunisten Spaniens ist sie nahezu buchstäblich befolgt

H1668 – 0055

worden. Die konstitutionelle Republik, welche das Bestreben hatte, liberal und demokratisch zu sein, rutschte ununterbrochen nach links. Ihre Minister beruhigten die Mittelklassen durch den Anschein eines parlamentarischen Systems. Sie schwächten oder lähmten die Widerstandskraft der Konservativen und Monarchisten; aber sie wurden immer mehr von dunklen, gewalttätigen Kräften gepackt, die stets offener auftraten und mit Mord, Plünderung und industriellen Störungen arbeiteten. Sie spielten das parlamentarische Spiel noch lange weiter, als es schon aufgehört hatte, irgendeinen Zusammenhang mit der Wirklichkeit zu haben. Seit der Wahl zu Anfang dieses Jahres haben wir in Spanien mutatis mutandis eine fast vollkommene Wiederholung der Kerenski-Periode in Russland beobachtet.

Die Kraft Spaniens war jedoch nicht in einem Krieg nach aussen gebrochen worden. Das Heer hatte noch immer einen gewissen Zusammenhalt. Seite an Seite mit der kommunistischen Verschwörung wurde insgeheim eine tief reichende militärische Gegenkonspiration entwickelt. Es ist müssig, behaupten zu wollen, dass ein konstitutionelles und parlamentarisches Regime ein gesetzliches oder moralisches Recht auf den Gehorsam aller Klassen hat, wenn es in Wirklichkeit Tag für Tag vom Kommunismus unterminiert und aufgezehrt wird. Eine konstitutionelle Regierung muss, um dieses Namens würdig zu sein, den Nachweis für die Fähigkeit erbringen, Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten und Leben, Freiheit und Eigentum zu schützen. Kein parlamentarisches System kann sich halten, wenn es ihm nicht gelingt, die Wirksamkeit dieser fundamentalen Garantien durchzusetzen. Die Mord- und Gewalttaten, welche in der Tötung Señor Sotelos gipfelten, führten eine Situation herbei, in der keine der beiden Seiten mit Recht Anspruch auf Legalität erheben konnte und in der Bürger aller Klassen unbedingt an das Leben Spaniens denken mussten.

Soweit man nach den Nachrichten, die in diesem Stadium die Umwelt erreichten, urteilen kann, scheinen die beiden

H1668 – 0056

Seiten gleich stark zu sein und gleiche Teile Spaniens im Besitz zu haben. Wenn es sich um einen Zwist zwischen dem alten Spanien und einem neuen, zwischen Glauben, Überlieferungen und Kultur der Vergangenheit einerseits und den Sehnsüchten und Hoffnungen der Zukunft andererseits handelte, würde es den sogenannten „Rebellen" wahrscheinlich schlimm ergehen. Aber so liegt der Fall nicht. *Zwei* neue Spanien ringen miteinander um die Herrschaft. Zwei antagonistische moderne Systeme halten einander in tödlichem Griff umklammert. Der Faschismus fordert den Kommunismus heraus. Der Geist und die Entschlossenheit Mussolinis und Hitlers stehen gegen den Geist und die Entschlossenheit Trotzkis und Bela Kuns. Hier haben wir keinen Klassenkonflikt, keine gewöhnliche Teilung in arm und reich, in Habenichtse und Besitzende. Durch den unter Mussolini erfolgten Aufstieg Italiens zu einer Grossmacht ersten Ranges im Mittelmeer sind alle nationalen und kriegerischen Kräfte Spaniens zutiefst aufgerührt worden. Die italienischen Methoden sind ein Vorbild. Die italienischen Errungenschaften sind ein Ansporn. Soll Spanien, das grösste Weltreich der Erde zu einer Zeit, als Italien nicht mehr als ein Haufen veruneinigter Duodezfürstentümer war, jetzt zu der alles gleichmachenden Öde eines kommunistischen Staates absinken, oder soll es seinen Platz unter den Grossmächten der Erde wieder einnehmen? Hier haben wir einen lebendigen Appell an die Jugend und die Mannheit eines stolzen Volkes. Das alte Spanien fiel mit der Monarchie. Die parlamentarische Verfassung hat in ein Chaos aus Blut und Feuer geführt. Wer wird das neue Spanien schaffen, und in welcher Gestalt? Das ist die Streitfrage, die, wie es scheint, bis zu einem unzweideutigen Ende durchgefochten werden muss.

Die Erschütterungen des spanischen Aufstandes greifen weit über die Grenzen der Halbinsel hinaus. Es stehen Dinge auf dem Spiel, welche die Völker aller Länder verschieden stark beunruhigen und eine scharfe Trennung zwischen den Regierungen Europas herbeiführen. Die Religionskriege,

H1668 – 0057

wird uns gesagt, sind vorbei. Vielleicht haben die Kriege rivalisierender Religionslosigkeiten begonnen. Faschismus und Kommunismus preisen ihre Systeme, und keinem der beiden wird es an Vorkämpfern und Märtyrern fehlen. Kann es uns Wunder nehmen, dass das faschistische Italien und Nazideutschland die spanischen Insurgenten begrüssen oder unterstützen, oder dass das bolschewistische Russland dem kommunistischen Bemühen Hilfe angedeihen lässt? Wo stehen nun die beiden liberalen und parlamentarischen Nationen des Westens? Wie sollen sich Frankreich und Grossbritannien verhalten? Wer immer in Spanien siegt, die Freiheit und die freie Demokratie müssen verlieren. Ein ins Leben gerufenes faschistisches Spanien in engstem Sympathienkontakt mit Italien und Deutschland ist *ein* Unheil. Ein kommunistisches Spanien, das seine schlangenartigen Fühler nach Portugal und Frankreich ausstreckt, ist ein anderes, und viele werden meinen, das schlimmere Unheil. Im Interesse Frankreichs und Grossbritanniens liegt offenbar ein liberales Spanien, welches unter einer stabilen und toleranten Regierung Freiheit und Wohlstand für seine ganze Bevölkerung wiederherstellt. Dass es in unseren Zeiten dazu kommt, können wir kaum hoffen.

Unterdessen ist es von äusserster Wichtigkeit, dass Frankreich und Grossbritannien zusammenarbeiten in der Beobachtung striktester Neutralität und dem Bemühen, auch die anderen zu ihrer Einhaltung zu bringen. Selbst wenn auf der einen Seite russisches Geld gegeben und auf der anderen italienische und deutsche Ermutigung gewährt wird, verlangt die Sicherheit Frankreichs und Englands absolute Neutralität und Nichtintervention von ihnen. Französische Parteinahme für die spanischen Kommunisten oder britische Parteinahme für die spanischen Rebellen könnten der Freundschaft, welche das britische Reich mit der französischen Republik verbindet, schwersten Schaden antun. Dieser spanische Wirrwarr geht keinen von uns beiden an. In keiner dieser spanischen Faktionen manifestiert sich unser Begriff von Zivilisation. Wir können es

H1668 – 0058

H1668 – 0059

uns in unserer gefährlichen Lage nicht leisten, einen sentimentalen oder einen sportlichen Standpunkt einzunehmen. Alles, was geschieht, vermehrt die Macht jener bösen Kräfte, die von beiden Extremen her das Dasein der parlamentarischen Demokratie und der individuellen Freiheit in Grossbritanien und Frankreich bedrohen. Bleiben wir in verdoppelter Wachsamkeit und unter stetiger Verstärkung der Verteidigungsmassnahmen abseits stehen.

H1668 – 0060

HÄNDE WEG VON SPANIEN

21. August 1936

Ich bringe keine Entschuldigung dafür vor, dass ich auf den spanischen Schauplatz zurückkehre. Das grimmige Drama, über das wir in den Zeitungen so düstere Berichte lesen, schreitet unaufhaltsam weiter, seinem Höhepunkt zu. Es muss in stets steigendem Masse an die Aufmerksamkeit und die Gefühle der Welt appellieren. Zweifellos wird es vom britischen Volk mit äusserstem Interesse verfolgt. Die Situation ist heute klarer, als sie vor zwei Wochen war. Jedermann kann sehen, dass es sich nicht um eine Revolte handelt, sondern um einen Bürgerkrieg, und dass — was immer geschieht — strengste Neutralität und Unparteilichkeit die Pflicht Grossbritanniens ist. Der Kampf ist ausgeglichen und kann noch lange dauern. Im grossen Ganzen scheint sich die Kriegsgunst im Augenblick gegen die Regierung zu wenden. Gewiss, Madrid wird gehalten. In fast jedem Krieg dieser Art hat die Seite gewonnen, welche die Landeshauptstadt halten konnte. Die grosse Rebellion gegen Karl I. wurde durch London entschieden. Paris ist immer wieder Herr über Aufstände in den französischen Provinzen geworden. Washington widerstand dem Ansturm der Conföderierten. Moskau erwies sich als fähig, die Herrschaft über Russland auszuüben. Viele andere Beispiele könnten sich von selbst ergeben. Die Zeit ist auf Seiten der Regierung und Madrids. Ihre Arbeitermiliz muss mit jeder Woche an Disziplin und militärischen Kenntnissen gewinnen. Wenn sich die Rebellen, Anti-Roten, Patrioten, oder wie immer man sie je nach Geschmack und Sympathie nennen mag, nicht in der nächsten Zukunft in Madrid festsetzen können, vermag niemand ihren Sieg vorauszusagen.

Andererseits erscheint es gewiss, dass die Mehrheit der

H1668 – 0061

Spanier auf Seiten der Rebellen ist. Viereinhalb Millionen von ihnen haben noch im letzten Frühling für die verschiedenen konservativen Parteien der Rechten und des Zentrums gestimmt, gegen viereinhalb Millionen, die für die Parteien der Linken stimmten. Man muss annehmen, dass die Leute, die damals gegen den konstitutionellen Sozialismus waren, heute den kommunistischen, anarchistischen und syndikalistischen Kräften, welche jetzt offen um die Vorherrschaft in Spanien ringen, um so feindseliger gegenüberstehen. Es gibt grosse Gebiete Spaniens, die ganze Blocks konservativer Mitglieder in die letzten Cortes entsandten. Rings um Burgos und Valladolid, Cadiz und Sevilla liegen Gemeinden, die so unerschütterlich konservativ sind wie unsere Grafschaften in der Umgebung Londons. In diesen Gebieten werden die Heerführer von einer freundlich gesinnten Bevölkerung mit einer wohlhabenden Mittelschicht und einer kühnen kriegerischen Jugend unterstützt. Andere Kraftreserven liegen in den carlistischen Provinzen, die, wie in längst vergangenen Zeiten die Vendée, den Anblick einer Landschaft bieten, die leidenschaftlich zur Verteidigung von Kirche und Monarchie zusammensteht. Hier werden die Rebellenheere starken Rückhalt und Stützpunkte finden. Die Geschichte lehrt, dass Armeen, hinter denen keine Zivilbevölkerungen stehen, vom Zusammenbruch bedroht sind. Die anti-rote Bewegung leidet an keiner derartigen Schwäche.

Rein militärisch gesehen, haben die Insurgenten entschieden grosse Vorteile für sich. Sie verfügen über ausgebildete Truppen, tüchtige Offiziere und das ganze System eines Oberkommandos. Wir haben bei Badajoz gesehen, wie sie eine befestigte Stadt stürmten und die Verteidiger vernichteten, welche einen grossen Vorrat moderner Waffen besassen und den Angreifern um zweitausend kampffähige Männer überlegen waren. Die Behendigkeit und Disziplin der Truppen hat sich in hundert Scharmützeln erwiesen. Die Meinung des Auslandes war empört über die Verwendung maurischer Soldaten in Spanien. Aber es geht jetzt

H1668 – 0062

um reine, erbarmungslose todbringende Gewalt, und Gefühlsfragen gelten nicht viel zwischen verzweifelten Todfeinden. Bajonette und Gewehrkugeln sind die Schiedsrichter.

Die Führer der Anti-Roten haben fast alle regulären Arsenale und Munitionsfabriken der Halbinsel in der Hand. Zweifellos haben sie wichtige Lieferungen an Kriegsgeräten und Flugzeugen aus deutschen und italienischen Quellen erhalten. Sie geniessen die resolute Freundschaft Portugals, das die ganze Westgrenze entlang hinter ihnen liegt. Sie sind jetzt im Besitz einer Kriegsmarine im Norden, welche der Flotte im Süden, die ihre Offiziere ermordete, sicherlich gleichkommt. Alle spanischen Kolonien stehen begeistert auf ihrer Seite. Trotz den Militärflugzeugen, die Frankreich Madrid zu Hilfe geschickt hat, gewinnt die antirote Luftstreitmacht das Übergewicht. Die Anti-Roten scheinen sich den Bollwerken der Regierung, San Sebastian am einen Ende des Landes und Malaga am anderen, unaufhaltsam zu nähern. Die Kadetten und ihre Partisanen führen noch immer ihren epischen Verteidigungskampf im Alcazar von Toledo. Wir müssen annehmen, dass erfahrene Generäle wie Franco und Mola mit ihren fachmännisch ausgebildeten Stäben einen wohldurchdachten Plan für die Einnahme oder Aushungerung Madrids haben, wo sie von einer grossen Anzahl ihrer jetzt terrorisierten Anhänger erwartet werden.

Diese kühle Übersicht über einen Schauplatz erbarmungsloser Kampfes hat jede gefühlsmässige Betrachtung ausgeschaltet. Die Abschlachtung der wohlhabenden Schichten und der konservativen Politiker in Madrid und Barcelona, und der Priester, wo immer die gewalttätigen Roten ihrer habhaft werden können, geht weiter. Die Madrider Regierung, die unter dem Diktat der Extremisten handelt, fühlt sich noch stark genug, formale Untersuchungen gegen wohlbekannte Rebellengeneräle durchzuführen und sie hinrichten zu lassen. Auf der anderen Seite entsprechen diesen Grausamkeiten ebenso blutige und sinnlose Vergeltungs-

H1668 – 0063

massnahmen. In den fast niemals endenden Kriegen der Menschheit ergab sich die Praxis, Pardon zu geben, nicht aus Gefühlen der Menschlichkeit. Pardon wurde gegeben, weil es sich lohnte, ihn zu geben; weil die Tötung verzweifelter Männer zu viele Leben kostete. Es ist erstaunlich, dass General Franco nicht begriffen hat, welch grossen Vorteil es für die gewinnende Seite bedeutet, geschlagenen Feinden faire Unterwerfungsbedingungen anzubieten. Ein solches Vorgehen würde der siegenden Seite bedeutend helfen.

Es sieht so aus, als hätte politischer Hass militärische Klugheit verblendet. Das ist der finsterste Zug am spanischen Bürgerkrieg. Beide Seiten hegen die tiefe Überzeugung, dass die Zukunft Spaniens nur auf der Ausrottung von Tausenden, vielleicht von Dutzenden Tausenden ihrer Widersacher aufgebaut werden kann. Diese untermenschliche Raserei offenbart sich in jeder Handlung, herunter bis zum kleinsten Handgemenge in irgendeinem Dorf. Der Hass der Kommunisten gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und der Hass der bestehenden Ordnung gegen die Kommunisten haben alle Gesetze zunichte gemacht, jedes Band von Mensch zu Mensch zerrissen, alle Regeln der zivilisierten Gesellschaft und sogar die Berechnungen der gewöhnlichen Klugheit zerstört. Zwei einander entgegengesetzte Glauben, die beide vom Christentum verabscheut werden, haben einander an der Gurgel gepackt. Spanien wurde nicht vom Weltkrieg ausgeblutet. Es profitierte von seiner Neutralität. Die Schale des Zorns wurde mit gärendem Gift gefüllt. Jetzt sind wir Zeugen des Grauens, mit dem es ausfliesst. Wir können nur beten, dass dieser Fieberwahn nachlasse oder dass das Ergebnis bald klar werde.

Die Schwierigkeiten M. Blums dürfen nicht unterschätzt werden. Es ist ernstlich zu hoffen, dass Frankreich, selbst wenn Deutschland und Italien einerseits und Sowjetrussland andererseits ihren Parteigängern Hilfe schicken und mit nicht ehrlich gemeinten Vorschlägen für eine kollektive Neutralität Unparteilichkeit vortäuschen wollen, nichtsdestoweniger dieselbe Haltung des Beiseitestehens

H1668 – 0064

einnehmen wird wie Grossbritannien. Eine ernsthafte Divergenz zwischen den beiden mächtigen parlamentarischen Ländern des Westens wäre das letzte Unheil. Wie immer die spanische Konvulsion enden mag, Grossbritannien und Frankreich werden ernstlich geschwächt sein, und das wachsende Übergewicht des Nazismus wird dementsprechend Beschleunigung gewinnen. Es mag sehr wohl sein, dass in Europa Ereignisse bevorstehen, die den Nachrichten aus Spanien eine untergeordnete Rolle zuweisen werden. Wie schwer es auch sein mag, es gibt nur eine Regel für die liberalen parlamentarischen Länder: schickt beiden Seiten charitative Hilfe unter dem Roten Kreuz, und im übrigen: Hände weg davon und rüsten!

H1668 – 0065

In Moskau wurde ein dramatischer öffentlicher Prozess gegen die noch lebenden bolschewistischen Gefährten Lenins und Trotzkis geführt. Sie bekannten sich erstaunlicher hochverräterischer Handlungen gegen die Sowjetrepublik schuldig. Die meisten von ihnen wurden erschossen. So gilt auch für die russische Revolution, was von der französischen gesagt wurde: „Sie verschlingt gleich Saturn ihre eigenen Kinder."

H1668 – 0066

FEINDE LINKS

4. September 1936

Kaum eine Woche vergeht, ohne dass ein finsteres, unheilvolles Ereignis das Abgleiten Europas in den Abgrund markiert oder den gewaltigen Druck unter seiner Oberfläche offenbart. Das spanische Grauen nimmt jeden Tag an Umfang und Tiefe zu. Ein Gefühl undefinierbaren Unbehagens, sowohl über die äusseren wie über die inneren Angelegenheiten, brütet über Frankreich. Hitler kündigt die quantitative und qualitative Verdoppelung des deutschen Heeres an. Mussolini brüstet sich damit, dass er 8.000.000 Italiener unter Waffen stehen hat. Die kleineren Staaten spiegeln diese Befürchtungen und Vorbereitungen in seltsamen lokalen Varianten wider. Überall schreitet die Erzeugung von Kriegsgeräten in raschem Tempo fort, und die Wissenschaft vergräbt ihr schmachbeladenes Haupt im Unrat von Morderfindungen. Einzig das unbewaffnete, gedankenlose Grossbritannien hegt die Illusion der Sicherheit.

Was sind Sinn und Zweck dieser bedrückenden Schaustellung der Moskauer Hinrichtungen? Die moderne Welt wird sehr vertraut mit dem in früheren Zeiten als abstossend geltenden Anblick der Erschiessung von politischen Widersachern. Es ist fast ein alltägliches Erlebnis geworden, davon zu lesen, dass Männer der Öffentlichkeit in mächtigen, historischen Staaten zu Dutzenden an die Wand gestellt werden. Wenn jemals bei einem solchen Anlass Tränen mit Recht fehlten, so bei dem Schicksal der alten Bolschewistengarde. Hier sind die Väter der russischen kommunistischen Revolution; die Baumeister der logischen Utopie, zu der sich, wie uns versichert wird, eines Tages die ganze Welt bekehren wird; die Pioniere des Fortschritts nach links;

H1668 – 0067

Männer, deren Namen und Verbrechen in der ganzen Welt sprichwörtlich geworden sind — sie alle zum Tode verurteilt von ihrem Genossen Stalin, dem Generalsekretär ihrer Partei.

Sagte ich alle? — nun, alle ausser einem. Trotzki ist noch am Leben, um die wohlmeinenden Norweger in Verlegenheit zu bringen, und Lenins Witwe gibt ihm verzweifelte Zeichen, welche im russischen Zwielicht kaum wahrnehmbar sind. Die Heroen der englischen sozialistischen Partei sind verschwunden. Kameneff, der Autor des ersten englisch-russischen Handelsabkommens, Sinovieff, der Mann mit dem berühmten Wahlbrief, von Sowjetgewehren erschossen. Tomski mit der goldenen Uhr zur Erinnerung an unseren Gewerkschaftskongress hat sich eine Kugel in den Schädel gejagt, um seiner Verurteilung zu entgehen. Was besagt dies alles? Worauf deutet dies alles?

Vielen Menschen, die ausserstande sind, sich über die lang hinausgeschobene Sühne dieser Schurken zu entsetzen, welche ungezählte Tausende guter Menschen vergnügt in ihr Verhängnis geschickt haben, wurde nichtsdestoweniger übel bei der kunstvoll aufgezogenen Farce ihres Prozesses. Seine Technik wirft für einen Moment einen grellen Scheinwerferstrahl auf das geheimnisvolle Wesen eines kommunistischen Staates. Wir bekommen einen flüchtigen Einblick in das Unerkennbare; wir fühlen für eine kurze Zeitspanne das Gewicht des Unwägbaren. Einige Punkte werden in helles Licht gerückt. Erstens einmal das abnorme Verhalten der Angeklagten. Sie alle beschwören ihre Schuld. Sie reden lang und ausführlich über die Grösse ihrer Verbrechen. Sie klatschen der Gerechtigkeit ihrer Bestrafung Beifall. Jeder seinerseits sagt die Worte auf, die ihm durch Verfahren, zu deren Erklärung uns jeder Zugang fehlt, in den Mund gelegt worden sind. Offensichtlich ist in dieser schauerlichen Charade jeder gut für seine Rolle dressiert worden. Die auf der Hand liegende Schlussfolgerung ist natürlich, dass ihnen um den Preis ihrer Unterwerfung das Leben versprochen, und sie dann um diesen traurigen Lohn

H1668 – 0068

betrogen wurden. Das Sonderbare daran ist, dass man erwartet, ein solches Schauspiel könnte ausserhalb Russlands einen guten Eindruck machen. Wir sehen den Abgrund, der zwischen der kommunistischen Denkart und der der übrigen Welt liegt.

Der zweite beachtenswerte Punkt ist, dass nahezu alle diese Opfer Juden waren. Offenbar entwickeln die von Stalin und der Sowjetarmee repräsentierten Nationalisten dieselben Vorurteile gegen das auserwählte Volk, die sich in Deutschland so peinlich bemerkbar machen. Hier berühren einander wieder Gegensätze, und zwar berühren sie einander auf einer gemeinsamen Plattform des Hasses und der Grausamkeit. Aber was die westlichen Demokratien am nächsten angeht, ist der dritte Aspekt der Angelegenheit. Wie wirken sich diese Abschlachtungen auf Russland als Militärfaktor im Gleichgewicht Europas aus? Offensichtlich hat sich Russland entscheidend vom Kommunismus fortbewegt. Das ist ein Ruck nach rechts. Der Plan einer Weltrevolution, der die Trotzkisten befeuerte, ist brüchig geworden, wenn nicht vollends zertrümmert. Der Nationalismus und ungekrönte Imperialismus Russlands präsentiert sich unfertiger, aber auch zuverlässiger. Es mag wohl sein, dass Russland in seiner alten Verkleidung des persönlichen Despotismus mehr Berührungspunkte mit dem Westen hat als die Evangelisten der Dritten Internationale. Auf jeden Fall wird es weniger schwer zu verstehen sein. Es handelt sich in der Tat weniger um eine Manifestation der Weltpropaganda als um den Selbsterhaltungsakt einer Gemeinschaft, welche das scharfe deutsche Schwert fürchtet und auch allen Grund dazu hat.

H1668 – 0069

EINE ZEIT DER PRÜFUNGEN FÜR FRANKREICH

18. September 1936

Es ist sehr viel vages, beunruhigendes Gerede darüber im Umlauf, was im Oktober in Frankreich geschehen wird. Jedermann kann sehen, dass der französischen Nation sehr grosse Schwierigkeiten, ja Gefahren bevorstehen. Die Parteien der Linken sind an der Macht. Eine erneute Epidemie von Okkupationsstreiks ist ausgebrochen. Die Kommunisten, die bei der Wahl siebzig Mandate errangen, drängen sich in den Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit, indem sie abwechselnd ihre Ansichten über die Aussenpolitik bekanntgeben und dunkle Drohungen über die Zukunft ausstossen.

Der Beschluss, den Franc nicht abzuwerten, erscheint ausländischen Augen fast unbegreiflich. Man sagt, die Kommunisten wünschen, den Franc auf seinem Kurs zu halten, weil dies die aussichtsreichste Methode ist, eine grosse Verschärfung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich herbeizuführen und so eine heftige Krise zu provozieren. Die neue Volksfrontregierung hat den Handarbeitern ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen grosse Konzessionen auf Kosten der Arbeitgeber gemacht.

Es muss sehr schwierig sein, unter den neuen Verhältnissen und vor allem angesichts der ausserordentlich streitsüchtigen, bedrohlichen Haltung der Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen produktiv und mit Profit zu wirtschaften. Kein Arbeitgeber ist in der Lage, konziliante Verträge abzuschliessen, wenn er jeden Augenblick der Gefahr eines rein politischen Streiks ausgesetzt ist. Der Handel ist unter der ausgesprochen deflationistischen Politik flau. Die Preise steigen. Brot und Fleisch, insbesondere

H1668 – 0070

das erste, sind bedeutend teurer geworden. Die von der Regierung laufend zugebilligten Zusatzlöhne werden bereits einigermassen durch die Erhöhung der Lebenskosten reduziert. Die Tragödie des spanischen Bürgerkrieges spielt sich noch immer täglich direkt vor den Augen des französischen Volkes ab, seine wechselnden Geschicke und seine stets gleichbleibende Brutalität haben den tiefstgehenden Einfluss auf alle Sektoren der Politik und erzeugen nicht nur zwischen Parteien, sondern zwischen ganzen Klassen eine hässliche und gefährliche Gegnerschaft. Unterdessen rüstet Deutschland ununterbrochen Tag und Nacht, und seine gewaltige Macht erhebt sich in klirrender Rüstung jeden Monat an beiden Rheinufern zu immer grösserer Höhe.

Es lässt sich nicht leugnen, dass das eine furchtbare Aufzählung ist, an der die Unheilspropheten sich gütlich tun können. Kein Wunder, dass die Wohlhabenden gründlich erschrocken sind! Kein Wunder, dass eine furchtbare Bitterkeit den glänzenden Journalismus Frankreichs heimsucht! Ist es erstaunlich, dass die Verbündeten und Freunde Frankreichs in Ost- und Südeuropa sich überaus unbehaglich fühlen, oder dass Kleinstaaten, und nicht nur Kleinstaaten, denen zwei Wege offen stehen, darüber nachdenken, bei welchem europäischen System ihre Sicherheit liegt? Ist es erstaunlich, dass wir von vielen interessierten Seiten hören, die Kommunisten würden Frankreich in dasselbe schaudervolle Chaos stürzen wie Spanien, oder dass die deutsche Propaganda alle konservativen Nationen so hoffnungsvoll und in so schneidenden Tönen auffordert, sich dem unnachahmlichen Führer in seiner herrlichen und so unbedingt notwendigen antibolschewistischen und antikommunistischen Campagne anzuschliessen?

Trotzdem bin ich ganz entschieden der Ansicht, dass Frankreich in diesem Herbst und Winter seine Sorgen nicht nur ohne einen gefährlichen Unfall, sondern mit einem wirklichen Gewinn an moralischer und materieller Kraft überwinden wird. Zweifellos können parlamentarische Länder nicht ein solches Bild der Einheit zur Schau tragen, wie es

H1668 – 0071

von nazistischen oder kommunistischen Regimes anbefohlen werden kann. Die jeweilige Regierung nicht kritisieren, heisst in einem parlamentarischen Lande, ausser Mode sein. Sie in einem nazistischen oder kommunistischen Staat kritisieren, bedeutet, ins Konzentrationslager, ins Gefängnis oder ins Grab geschickt zu werden. Man darf jedoch nicht glauben, dass in Russland und Deutschland, weil es verboten ist, seinen Gefühlen Ausdruck zu verleihen, alle mit ihrem Los ganz zufrieden sind. In Frankreich kann sich jede Form der Unzufriedenheit so wie in England manifestieren. Die Schwierigkeiten kommen an die Oberfläche, und gleichzeitig stehen oft auch Kräfte auf, die dieser Schwierigkeiten Herr werden oder sie beseitigen.

Zwischen Frankreich und Spanien besteht keine Ähnlichkeit. Spanien ist das rückständigste Land in Europa; seine Bevölkerung ist arm, seit langem von der Kirche unter Druck gehalten und hat ihr eigenes leidenschaftliches unterirdisches Leben. Frankreich hatte seine Revolution vor nahezu hundertfünfzig Jahren, als es ganz Europa auf furchtbaren Wegen in das moderne Zeitalter führte. Das Land gehört den Bauern. Die Aristokratie ist gebrochen. Die Kirche ist geduckt. Sei es zum Guten oder zum Bösen, die Franzosen sind seit damals in der Tat Herren im eigenen Haus und haben auf den Ruinen des alten Regimes gebaut, wie sie wollten. Sie haben getan, was zu tun sie für gut hielten. Ihre Schwierigkeit ist, für gut zu halten, was sie getan haben. Trotzdem ist der ganze Charakter der französischen Gesellschaft dem der spanischen unvergleichlich überlegen an moralischer Qualität, militärischer Kraft, Urbanität, Erfahrung und Intelligenz.

Aber es gibt noch einen Unterschied zwischen Frankreich und Spanien, der nicht weniger entscheidend ist. Spanien hat so fern von allen äusseren Ereignissen gelebt wie kein anderes europäisches Land. Kein Staat war dem Druck des Auslandes mehr ausgesetzt als Frankreich. Der Ausbruch eines Bürgerkrieges in Frankreich oder auch nur ein ausgesprochener Verfall des französischen Nationallebens wäre

H1668 – 0072

das Signal nicht bloss für die Zerstörung der französischen Autorität und Weltmacht, sondern auch für einen unmittelbar darauf folgenden Raub französischen Gebietes in Elsass-Lothringen und im Mittelmeergebiet. Die Drohung einer Invasion umschleicht gleich einem Wolf jede französische Hütte. Es gibt nur eine Sicherung dagegen. Bisher hat sie sich als wirksam erwiesen — das französische Heer. Seit dem Sturz der Monarchie ist das französische Heer der höchste Ausdruck der Seele Frankreichs. Niemand kann seine niemals versagenden prächtigen Qualitäten in Zweifel ziehen. Engländer, die geringschätzig von der Kraft der französischen Republik sprechen, sollten sich ins Gedächtnis rufen, dass alle Parteien in Frankreich zur Zeit völlig darin übereinstimmen, dass von jedem Franzosen eine mindestens zweijährige Dienstzeit in Friedenszeiten zu verlangen sei. Der Sinn nationaler Kameradschaft und Einigkeit, dem dieses gewaltige, mit Freuden gegebene Opfer entspringt, lässt uns das Mass von Patriotismus erkennen, mit dem das französische Volk in seiner grossen Masse den Gefahren ins Auge sieht.

Seit dem Sturz des Römischen Reiches hat die gallische Rasse den Besitz eines Gebietes, das, alles in allem genommen, der schönste Teil der Erdoberfläche ist, gegen jeden, der da kam, verteidigt. Es würde sehr viel dazu gehören, mich davon zu überzeugen, dass die prächtigen Eigenschaften und die Opferfähigkeit, welche die Grösse Frankreichs geschaffen und erhalten haben, plötzlich aus dem französischen Volk verschwunden seien.

Aber es ist die Zeit der Prüfungen.

WAS AN DEN VORGÄNGEN IN SPANIEN ZU LERNEN IST

2. Oktober 1936

Der Bürgerkrieg in Spanien bietet jetzt ein Bild mit sehr klaren Umrissen. Die Waage des Schreckens hat sich entscheidend, wenn auch noch nicht entschieden, zu Ungunsten der Regierung gesenkt. In den letzten sechs Wochen lag alle Initiative bei den sogenannten Rebellen oder Nationalisten, wie sie sich lieber genannt hören. Die Erstürmung von Badajoz war der erste Beweis ihres Mutes. Der lange, schwere Kampf um Irun zeigte ihren Zusammenhalt und ihre Ausdauer. Die heroische Verteidigung des Alcazar offenbarte Qualitäten, die in den Kriegsannalen nicht viel ihresgleichen haben.

Zu Anfang erwarteten die Generäle einen leichten und sogar unblutigen Sieg. Ihre Pläne waren wohlüberlegt gefasst. Der Brief, den General Franco drei Wochen vor der Revolte an den Kriegsminister richtete, zeigt, mit welchem Ernst er die Regierung auf die Gefahren aufmerksam machte, denen sie entgegentrieb. Es mag durchaus sein, dass er und die führenden Soldaten, welche ausnahmslos der Republik treu gedient hatten, erwarteten, dass die Regierung das Heer zu Hilfe rufen würde, sobald sie merkte, dass sie Boden verlor. Vielleicht wäre es auch dazu gekommen, wenn die Sache etwas länger gedauert hätte; aber die Ermordung Señor Sotelos war der Funke, der die Mine zur Explosion brachte.

Die ganze Armee gehorchte den Befehlen der Generäle — die Offiziere voll Eifer, die Soldaten zögernd. Wie dem auch sei, alle Garnisonen meuterten pflichtgemäss. Nur in Barcelona, Madrid und San Sebastian kam es zu Fehl-

H1668 – 0073

schlägen. Dort übte das wild entschlossene Zusammenstehen der Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten einen Einfluss auf die Soldaten aus. Die Offiziere wurden entwaffnet und verhaftet und sind im Lauf der Wochen zu Dutzenden, nein zu Hunderten erschossen worden. An allen anderen Orten der Halbinsel ist das Militär Herr geworden oder geblieben. Sein Vormarsch hat keine Unterbrechung erlitten. Jedes Ziel, das es sich gesetzt hat, ist bis jetzt erreicht worden. Nirgends hat es ein Gebiet aufgeben müssen. Es war stark genug, einen kühnen Feldzug im Norden zu führen, während es gleichzeitig seine Hauptaktionen gegen Toledo und Madrid fortsetzte. Es hat die Regierungsmiliz fast in jedem Einzelgefecht geschlagen, und jetzt rückt es von allen Seiten auf Madrid vor, welches von ihm mit Erstürmung oder Aushungerung oder beidem bedroht wird.

Mittlerweile ist es auf der Regierungsseite zu einem schauerlichen Verfall gekommen. Die Lage des Präsidenten Azaña und der Männer, die Spanien an den Abgrund geführt haben, ist verzweifelt. Damit, dass sie das parlamentarische System den Vormarsch von Kommunismus und Anarchie decken liessen, begingen sie ein schauerliches Verbrechen. Sie haben alle stabilisierenden Kräfte unterminiert. Jede Woche vermehrte ihre hoffnungslose Ohnmacht. Sie klammerten sich an die Verantwortlichkeiten des Amtes, während ihnen alle Mittel zur Durchführung aus den Händen glitten. Und dann brach plötzlich rings um sie die Hölle los. An einem einzigen Morgen fanden sie sich inmitten eines wilden blutigen Tumults. Die einzigen Verteidiger, die den hilflosen Parlamentariern zu Gebote standen, waren die dunklen radikalen Kräfte, die 1934 gegen die Republik revoltiert hatten. Alle wirkliche Autorität entschlüpfte augenblicklich den Händen der Minister. Einige wurden als Marionetten im Amt gelassen oder zum Bleiben gezwungen, damit ein Anschein der Verfassungsmässigkeit gewahrt werde. In dieser Situation präsidierten sie den fortgesetzten scheusslichen nächtlichen Schlächtereien, welche der Madrider Regierung die letzten Charakteristika zivilisierter

H1668 – 0074

Macht raubten. Nach wenigen Wochen dieser Posse konnte man auf sie verzichten, und die direkte Herrschaft der Kommunisten und Anarchisten wurde offen etabliert. Señor Largo Caballero, der „Lenin Spaniens", ist jetzt mit der doppelten Aufgabe befasst, die marxistische Revolution vorwärts zu tragen und die immer enger werdende Ringfront vor Madrid zu verteidigen.

Dass ein Bürgerkrieg dieses Charakters, in welchem Hass und Ausschreitungen bei beiden Parteien eine unvorstellbare Höhe erreichen, durch militärische Härte auf beiden Seiten geschändet wird, war fast unvermeidlich. Bei ihrer Beurteilung bedarf es gewisser Unterscheidungen. Es ist ein Akt der Barbarei, Verwundeten und im Kampf gemachten Gefangenen Pardon zu versagen, wenn ihnen nicht nachgewiesen wird, dass sie sich gegen die Kriegsbräuche vergangen haben. Aber es gibt zahllose Beispiele dafür in der Geschichte vieler Nationen. Die Geiselermordung steht auf einem entschieden tieferen Niveau; und das allnächtlich erfolgende Abkillen hilfloser und schutzloser politischer Gegner, die für kein anderes Verbrechen als dafür, dass sie dem Kommunismus feindlichen Klassen angehören und unter der republikanischen Verfassung Besitz und Würden genossen haben, aus ihren Häusern zur Hinrichtung geschleppt werden, gehört mit Folterungen und teuflischen Grausamkeiten auf den tiefsten Punkt menschlicher Entartung.

Obgleich es die Praxis der nationalistischen Streitkräfte zu sein scheint, einen Teil der im Kampf gemachten Gefangenen zu erschiessen, kann man sie nicht beschuldigen, sie seien so tief gesunken, die Greuel zu begehen, die zum täglichen Handwerk der Kommunisten, der Anarchisten und der P.O.U.M. gehören, wie die neue, überaus radikale Trotzkistische Organisation genannt wird. Es wäre von der britischen öffentlichen Meinung sowohl unrichtig wie unklug, beide Seiten auf dieselbe Stufe zu stellen.

Es ist immer unüberlegt, vorauszusagen, welchen Weg gewalttätige Ereignisse gehen werden. Aber es fällt nicht leicht, auf Seiten der Regierung Kräfte wahrzunehmen, die

H1668 – 0075

fähig wären zu verhindern, dass die Truppen der Junta in verhältnismässig kurzer Zeit Madrid, Malaga und Bilbao einnehmen. Sobald die Junta sich einmal in Madrid festgesetzt hat, wird ganz Spanien mit Ausnahme Kataloniens unter die völlige, uneingeschränkte Herrschaft einer Regierung und einer Armee gelangen, welche sicherlich nicht nur eine überwältigende Militärmacht hinter sich hat, sondern auch die eifrigste Unterstützung durch die Mehrheit der Nation einschliesslich ihrer stärksten Elemente geniesst. Ein solches Regime wird augenblicklich von Deutschland und Italien anerkannt und von dem benachbarten Portugal begeistert begrüsst werden. Es ist durchaus möglich, dass die Endphase des Kampfes ein neuer nationalistischer Krieg sein wird, den ganz Spanien um die Wiedereroberung des separatistischen Katalonien führt. Das sind die bitteren, trüben Aussichten.

Ein erstaunlicher Fatalismus beherrscht diese spanischen Kämpfer. Auf beiden Seiten nehmen Männer aller Klassen ihr Geschick mit Würde und Fassung hin, verzückt von irgendeinem Pathos des Todes. Wenn es wahr ist, dass auf Schlachtfeldern das Gras rasch, auf Hinrichtungsstätten aber langsam wächst, wird es viele kahle Stellen in Spanien geben. Niemand kann an dem Mut der unausgebildeten kommunistischen und anarchistischen Miliz zweifeln, welche sich voll Ungestüm auf ihre kriegstüchtigeren Feinde stürzt. Andererseits wird die Verteidigung des Alcazar durch die unbesiegbaren Kadetten ewig in der Geschichte Spaniens leben. Wenn die Sieger zu solcher Charakterstärke und so grenzenloser Opferfähigkeit noch die Eigenschaft der Barmherzigkeit fügen können, werden sie am Ende ihrer Reise vielleicht Spanien zu einer Heimstätte für seine ganze Bevölkerung machen.

Aber bis jetzt ist nichts zu sehen, was darauf hindeutete.

H1668 – 0076

DAS KOMMUNISTISCHE SCHISMA

16. Oktober 1936

Wir leben in einer sehr absonderlichen Zeit. Die rivalisierenden politischen Religionen der Kommunisten und der Nazis reiben sich aneinander. Ihre Anhänger möchten einander offenbar am liebsten an die Kehle springen. Sie wollen die Welt zur Arena ihres Kampfes machen und fordern uns auf, der einen oder der anderen Seite beizutreten. Aber die grosse mittlere Masse der Menschheit, zu der zweifellos auch der grössere Teil der Bevölkerung in den kommunistischen und den nazistischen Ländern gehört, möchte gern in Ruhe gelassen werden, um in Frieden zu leben und ihre Kinder aufzuziehen, etwas Geld zu verdienen und ein bisschen Freude im Leben zu haben. Die Frage, die uns bekümmert, ist, ob diese glühend leidenschaftlichen Fanatiker an beiden Enden der politischen Stufenleiter die Macht haben werden, uns alle in ihre dunklen, eigenartigen Zwistigkeiten hineinzuziehen.

Es wird immer notwendiger, die Stellung und die Politik der russischen bolschewistischen Regierung, soweit das überhaupt möglich ist, zu verstehen. Moskau ist den Kommunisten aller Länder, was Rom den Katholiken ist: mit dem wichtigen Unterschied, dass die frommen Katholiken Geld für das Zentrum ihres Glaubens spenden, während Moskau umgekehrt Geld unter seinen Anhängern in den anderen Ländern verteilt. Ein bemerkenswerter Dualismus, welcher auf ein richtiges Schisma hinausläuft, hat sich in Moskau entwickelt. Zehn Jahre lang hat er sich im wesentlichen auf die übergeordnete Organisation der Sowjetrepublik beschränkt. Es ist, ganz kurz gesagt, der Streit zwischen Stalin und Trotzki. Stalin repräsentiert heute den

H1668 – 0077

russischen Nationalismus in einer etwas fadenscheinigen kommunistischen Aufmachung. Trotzki steht für die orthodoxe Theorie der internationalen Weltrevolution. Auf Stalin ist Lenins Autorität übergegangen. Der verbannte, gejagte Trotzki, ein Paria in der ganzen Welt, hat Lenins Botschaft. Innerhalb Russlands ist Stalin die oberste Stelle. Er plant und leitet einen Wandlungsprozess, welcher die Achse Russlands verlagert hat. Russland gruppiert sich unter dem Druck Deutschlands und Japans um die russische Armee. Die vorher von der kommunistischen Priesterschaft ausgeübte Vorherrschaft geht jetzt mit der vollen Zustimmung des Diktators auf das militärische Oberkommando über, dem jeden Augenblick die Aufgabe zufallen kann, das Leben der Nation zu verteidigen. Es wäre verfrüht und viel zu verallgemeinernd, zu sagen, Russland sei mehr eine Militärdiktatur als ein kommunistischer Staat. De facto erfreut sich Russland zur Zeit beider Segnungen; aber es ist wohl keine Frage, welche von ihnen im Schwinden begriffen ist.

Aus alledem ergibt sich, dass es unter allen Kommunisten in den verschiedenen Ländern ausserhalb Russlands zu einer überaus bemerkenswerten Teilung gekommen ist. Diejenigen, die von der Sowjetregierung bezahlt werden oder noch unter dem Bann Moskaus stehen, sehen ihre vornehmste Pflicht in der Förderung der russischen Aussenpolitik und der Wahrung der nationalen Sicherheit Russlands. Die orthodoxen Doktrinäre, die das reine Gift des Leninschen Wortes in sich tragen, betrachten diese Tendenzen mit Wut und Ekel. So geht ein Riss durch die ganze kommunistische Unterwelt.

Das aussenpolitische Handeln Moskaus schlägt zwei einander entgegengesetzte Wege ein. Der erste ist das Bemühen, die Weltrevolution herbeizuführen. Er hat eine ungemein wichtige Rolle im Entstehen des spanischen Grauens gespielt. Der zweite ist das Bestreben, Russland zu einem brauchbaren Faktor in den europäischen Beziehungen zu machen, und das bedeutet, was für Gefühle immer wir hegen

H1668 – 0078

mögen, ein wesentliches Element für das Gleichgewicht der Kräfte.

Diese antagonistischen Kräfte manifestieren sich jetzt in bemerkenswerter Weise in Frankreich. Dort präsentieren sich die offiziellen Kommunisten, Muster Moskau, Sorte Stalin, als aktive, tüchtige Werkzeuge für die Stärke Frankreichs. Sie sind die erklärten Anhänger M. Blums. Sie tun ihr Bestes, um ihm alles so leicht wie möglich zu machen. Sie stimmen nicht nur für alle Verteidigungskredite; sie dringen darauf, dass noch intensivere Anstrengungen gemacht werden. Sie tun nichts dazu, die Vorbereitungen der französischen Armee zu behindern, und würden morgen angesichts einer Nazidrohung die Mobilisierung unterstützen und erleichtern. Kommunistische Rekruten melden sich mit äusserster Pünktlichkeit bei den Ersatzbataillonen und erweisen sich in vielen Fällen als vorbildliche Soldaten. Kommunistische Agitatoren machen ihren Einfluss gegen ernsthafte Unterbrechungen in der Fabrikation von Kriegsgeräten aller Art geltend. Ich nehme im Augenblick zu diesen Tatsachen nicht Stellung. Ich zähle sie einfach auf. Auf Grund ihrer perversen Intelligenz sind diese Sektierer willens, zu kämpfen, aber, obgleich sie Franzosen sind, nicht etwa für Frankreich, sondern für Russland, oder für Frankreich nur dann, wenn Frankreich für Russland kämpft.

Auf der anderen Seite tauchen die Trotzkisten, jetzt fast völlig von der Moskauer Finanzierung abgeschnitten, als getrennte Truppe auf. Selbst im spanischen Wirrwarr sehen wir, wie sie als P.O.U.M. auftreten, eine Sekte, die das Allerübelste ist und in der Fähigkeit zu hassen alle anderen übertrifft. Die sogenannten kommunistischen Störungen in Frankreich sind in der Hauptsache der Trotzkistengruppe zuzuschreiben. Es ist glaubhaft und auch in Frankreich offen behauptet worden, dass die Finanzierung, auf die die Trotzkisten angewiesen sind, nicht aus Moskau stammt, sondern aus Berlin. Ich für meine Person finde es schwer zu glauben, dass die Naziregierung, während sie sich dazu erbietet, sich an die Spitze eines Weltkreuzzuges gegen den

H1668 – 0079

Kommunismus zu stellen, diesen gleichzeitig in seiner subversivsten Form unterstützen soll. Aber jedenfalls handelt es sich um eine Sache, die öffentlich diskutiert und entweder nach der einen Richtung oder nach der anderen aufgeklärt werden muss.

So sieht also das sonderbare Bild aus, soweit ein normales Auge es erfassen kann. Sicherlich wäre hier auch eine Erklärung für die possenhaften Prozesse und sorgfältig inszenierten Hinrichtungen der alten Kommunistengarde in Moskau zu finden, deren Zeugen wir in der letzten Zeit waren. Die Demonstration galt den Kommunisten im Ausland. Sie war als weithin sichtbarer Beweis dafür gedacht, dass die russische Regierung Herr im eigenen Hause sei und nichts mit den Trotzkistischen Schismatikern zu tun haben wolle. Nun da die Welt so gefährlich geworden ist, müssen wir über alle diese Angelegenheiten sorgfältig nachdenken, weil wir sonst sehr plötzlich vom Lauf der Ereignisse überrascht werden könnten.

Zwei Lehren sind aus dieser flüchtigen Betrachtung einer seltsamen und schrecklichen Untergesellschaft zu ziehen. Die erste sollte von allen Klassen der britischen Bevölkerung beherzigt werden. Wir müssen in Zusammenarbeit mit anderen, befreundeten Ländern Tag und Nacht rüsten und uns von all diesen ungeheuerlichen und unergründlichen Intriguen fernhalten. Je stärker, je aufrechter und deutlicher wir sind, desto geringer wird die Gefahr sein, dass die zivilisierten, normalen Nationen in die Streitigkeiten der grausamen, bösartigen Kräfte auf beiden Enden der politischen Stufenleiter hineingezogen werden.

Eine zweite Schlussfolgerung bringt uns auf eine Erscheinung in unserem eigenen Lande. Im East End Londons ist ein Ableger der kontinentalen Wirren aufgetaucht. Es ist, mit gleichem Eifer auf beiden beteiligten Seiten, ein Versuch gemacht worden, unserem anständigen, freundlichen englischen Publikum die dunklen Leidenschaften vorzuführen, die Europa heimsuchen. Wenn die britischen Kommunisten und Nazis einander gar so lebhaft hassen und ver-

H1668 – 0080

abscheuen, dann wäre es das Richtige für sie, auf den Kontinent zu gehen und dort ihre Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen hier bei uns keine derartigen Zurschaustellungen haben. Wir wünschen sie nicht zu sehen. Die unparteiische Hand des Gesetzes sollte sich schwer auf alle herabsenken, die den Königsfrieden stören. Die Regierung wird vom Parlament in allen Massnahmen unterstützt werden, die geeignet und notwendig erscheinen mögen, um zu verhindern, dass unsere Strassen als Kampfarena benutzt werden. Es sollte alles getan werden, damit diese Sektierer isoliert werden und auf diese Art offenbar wird, wie gering ihre Anzahl ist. Die grossen soliden Massen britischer Konservativer und Labour-Anhänger haben viele reale Konflikte auszufechten, und wir haben für diesen Zweck ein freies Parlament. Wir fürchten weder die Arglist der einen Seite, noch brauchen wir die Hilfe der anderen.

Vor allem ist es wichtig, dass die britische Judenschaft sich diesem Gezänk völlig fernhält. In Grossbritannien braucht der die Gesetze befolgende Jude nicht bei den Kommunisten Hilfe zu suchen. Er findet sie als sein gutes Recht beim Polizisten.

H1668 – 0081

DAS GEWITTER ZIEHT AUF

30. Oktober 1936

Bei einem Rückblick auf das Jahr, das seit den allgemeinen Wahlen fast verstrichen ist, wird auch der Gedankenloseste entsetzt sein darüber, wie sich die Situation im Ausland und auch der Stand unserer Angelegenheiten auf dem Kontinent unaufhörlich verschlechtert hat. Abessinien ist erobert worden. Der Völkerbund und alles, was er repräsentiert, ist auf das schwerste geschädigt. Die alte Freundschaft zwischen Grossbritannien und Italien ist zerrissen. An ihrer Stelle hat sich eine gefährliche Verbindung zwischen den kriegerischen Diktatoren ergeben. Frankreich macht eine Phase anscheinender Schwäche und schwerster Sorgen durch. All dies ist vom spanischen Bürgerkrieg überschattet, der jetzt seinem Höhepunkt zurast.

Unterdessen hat Deutschland, dessen das Militäralter erreichende Jahrgänge bereits doppelt so gross sind wie die Frankreichs, seine Dienstzeit von einem Jahr auf zwei erhöht. Es hat mit den Waffen in der Hand von der entmilitarisierten Zone im Rheinland Besitz ergriffen. Die Befestigung dieses Gebiets ist bereits weit fortgeschritten und wird mit dem Verlauf jeder Woche noch stärker. Seine Panzerdivisionen, deren jede Tausende von Fahrzeugen umfasst, zeigen sich als klar erkennbare neue Quellen der Angriffskraft. Seine erschreckenden Ausgaben für Kriegsvorbereitungen schreiten fort bis zur äussersten Grenze der Kapazität und ohne jede Rücksicht auf finanzielle Schwierigkeiten und Lebensmittelknappheit.

Unter dem Eindruck dieser mächtigen, wenn auch abgemagerten Erscheinung beeilen sich die kleineren Länder Europas, sich mit der stärkeren Macht gut zu stellen. In

H1668 – 0082

Rumänien ist M. Titulescu gestürzt worden. In der kleinen Entente machen sich heftige innere Kämpfe merkbar. Der belgische König hat angesichts des rexistischen Druckes eine Erklärung abgegeben, die in Frankreich und England grosse Unruhe hervorgerufen hat. Sowjetrussland hat nicht wenig dazu getan, seine Verbindung mit den westlichen Demokratien und dem Völkerbund schwierig, wenn nicht unmöglich zu machen. Welch eine Liste von unglücklichen Ereignissen für alle, die die Herrschaft des Gesetzes in Europa von überwältigender Macht gestützt und die Verhinderung des Krieges durch gemeinsamen Widerstand gegen den potentiellen Angreifer gesichert sehen wollen!

Die ganze Zeit hindurch treibt Grossbritannien, der Spielball jedes Windes, der da weht, weiter auf dem Weg der Torheit und Ohnmacht dahin. Gerede, der Völkerbund solle unterstützt und die Rechte Abessiniens mögen verteidigt werden; Gerede zugunsten des Hoare-Laval-Paktes; Gerede für das Gegenteil; Begeisterungsrufe für Mr. Eden und die Politik kräftigerer Sanktionen; Begeisterungsrufe und Gerede für ihre völlige Annullierung; Gerede um eine Reformation des Völkerbundes, das sich unschlüssig darüber ist, ob er gestärkt oder geschwächt werden soll; Gerede für ein neues Locarno des Westens — alles in einem Jahr, nur einem Jahr! So sassen auch die Leute in Madrid in ihren Cafés, gingen sie in ihre Kinos, schrien sie bei ihren Demonstrationen, während ihnen mit jedem Tag ein befestigter Punkt ihrer Verteidigungsanlagen entrissen wurde und der eiserne Ring der Konsequenzen sich unbarmherzig um sie zusammenschloss. Aber warum sich Sorgen machen? Die Minister haben schöne Ferien. Mit Ausnahme der Elendsgebiete ist das Land fett, wohlhabend und zufrieden, und aller Augen richten sich auf die festlichen Vergnügungen der kommenden Krönung.

Was ist unterdessen aus unseren Verteidigungsmassnahmen geworden? Vor drei Jahren war Zeit. Vor zwei Jahren wurde es gefährlich. Vor einem Jahr wurden grosse neue Programme der Rüstung und insbesondere der Ver-

H1668 – 0083

stärkung in der Luft angekündigt. Was ist aus ihnen geworden? Wurden sie ausgeführt? Holen wir die verlorene Zeit nach? Holen wir das Ausland ein? Werden die Waren zum versprochenen Termin geliefert werden? Wie lange müssen wir in einem Zustand warten, der, wenn wir von der Flotte absehen, ein Zustand beklagenswerter Schwäche und Verwirrung ist?

Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wurde durch die Auseinandersetzung zwischen Lord Nuffield und Lord Swinton mit grosser Lebhaftigkeit auf unsere Luftverteidigung gelenkt. [1]) Die Bedeutung dieser Auseinandersetzung liegt nicht in ihrem persönlichen Aspekt und auch nicht in den speziellen Vorfällen, um die sie sich dreht; mit ihr wurde das Gesamtbild der britischen Aufrüstung vorübergehend und partiell, dafür aber mit um so grösserer Lebhaftigkeit blitzartig beleuchtet. Seit mehr als einem Jahr setzen ich und andere sich unverdrossen für die Schaffung eines kompletten Ministeriums für Kriegsbedarf ein. Eine derartige Organisation hätte einen Überblick über das Gesamtgebiet der britischen Industrie und alle Kaufmöglichkeiten gehabt, die uns in anderen Ländern offen sind. Grosszügige Pläne zur vollen Erfassung aller Hilfsquellen und zur vorteilhaftesten Aufteilung der Arbeit wären dann gemacht worden. Wiederholt ist dies der Regierung nahegelegt worden; wiederholt hat man uns versichert, all das sei völlig überflüssig, alles schreite auf das befriedigendste fort, und die Programme würden pünktlich durchgeführt, ohne dass es notwendig sei, das normale Leben und den Handel Englands auch nur im geringsten zu stören. Aber was ist die Wahrheit?

Sicherlich hätte das Parlament sich energisch für eine Angelegenheit interessieren sollen, die in so lebenswichtiger Weise die Sicherheit des Staates angeht. Sicherlich gehört es zu den Pflichten der Unterhausmitglieder gegenüber ihren

---

[1]) Die Auseinandersetzung über die Errichtung von „Schattenfabriken", die in Kriegszeiten erweitert werden sollen.

H1668 – 0084

Wählern, festzustellen, wo wir halten, und sich davon zu überzeugen, dass zur Steuerung unserer eingestandenen Schwächen alles getan werde, was nur möglich ist. Die Parlamente der Vergangenheit hätten sich niemals mit glatten Verallgemeinerungen oder partiellen Erläuterungen zufrieden gegeben. Sie hätten sich geschämt, in tatenloser Unwissenheit über den wahren Stand unserer Angelegenheiten zu verharren. Sie hätten darauf bestanden, dass eine gründliche Untersuchung — dort, wo es notwendig ist, geheim geführt — angestellt werde und dass sie von Personen, die keiner ministeriellen Kontrolle ausgesetzt sind, einen Bericht über die Tatsachen erhalten. Eine neue Sitzung beginnt in der allernächsten Zeit. Soll sie sich durch eine Reihe gelegentlicher, unzusammenhängender und unvollständiger Debatten auszeichnen, in denen nichts zuwege gebracht wird und einige wenige neue ministerielle Ankündigungen dazu genügen, über den Nachmittag hinwegzuhelfen, oder werden die beiden Häuser sich gründlich davon überzeugen, dass alles, was möglich ist, getan, und zwar auf das beste getan wird; dass die Organisation der Erzeugung von Kriegsgeräten aller Art wirklich harmonisch, symmetrisch und umfassend vor sich geht? Werden die Parlamentsmitglieder ihre Pflichten gegenüber dem Reich und der Nation erfüllen und sich ernsthaft mit der Aufgabe der nationalen Verteidigung befassen? Oder werden sie einfach die Achseln zucken, ihre Ohnmacht eingestehen und in gefügiger Resignation abwarten, was die kommenden Ereignisse lehren werden?

H1668 – 0085

IN DEN GEWÄSSERN DES MITTELMEERS

13. November 1936

In diesem Jahr, das für die Zukunft Europas von so verhängnisvoller Bedeutung ist, spielen die Beziehungen Grossbritanniens und Italiens im Mittelmeer eine bedeutende Rolle.

Seit mehr als zweihundert Jahren hat die britische Marine, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, dieses Binnenmeer beherrscht. Als um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts dank dem Genie Cavours und dem Heldenmut Garibaldis das geeinte Italien sich aus dem wirren Haufen der politischen Gebilde Italiens und des Kirchenstaates zu erheben begann, wurde dieser Vorgang von den Demokratien Englands und Frankreichs mit Begeisterung beobachtet. Er wurde von der britischen Flotte beschirmt. Das französische Heer leistete Hilfe. In dem ursprünglichen Vertrag des Dreibundes, den Italien vor mehr als fünfzig Jahren abschloss, forderte eine Geheimklausel, dass Italien niemals in einen Krieg gegen Grossbritannien verwickelt werden dürfe. Im Weltkrieg selbst wurden die kräftigen Anstrengungen Italiens gegen seine vormaligen Verbündeten zu Lande und zu Wasser von den beiden westlichen Demokratien und von dem Reichtum Grossbritanniens unterstützt. Nach dem Krieg ergaben sich Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und Italien, aber bis zum Sommer 1935 warf keine einzige Wolke einen Schatten auf das grosse Plateau der englisch-italienischen Freundschaft. Selbst die italienische Auseinandersetzungen mit Frankreich waren Anfang 1935 zufriedenstellend geregelt worden, und es schien, dass der Friede und die Eintracht der Mittelmeermächte ein endgültiges Charakteristikum des europäischen Lebens seien.

H1668 – 0086

Wie anders sieht es heute aus! Grossbritannien wurde anlässlich der Eroberung Abessiniens in Verfolg seiner Verpflichtungen aus der Völkerbundsatzung in angespannteste Gegnerschaft zu Italien gebracht. Italienische Drohungen, Malta zu zerstören und die britische Flotte aus dem Mittelmeer zu vertreiben, wurden ausgelöst durch um nichts weniger furchtbare Andeutungen, England werde die Verbindungswege zwischen Italien und seiner grossen Armee in Abessinien entweder im Mittelmeer oder im Suez-Kanal abschneiden. Einige sorgenvolle Monate hindurch sahen beide Länder der Möglichkeit eines Krieges gefasst entgegen. Die Gefahr ging vorüber. Die britische Flotte unternahm nichts, und Italien führte die Eroberung Abessiniens durch. So oder so, diese Episode der englisch-italienischen Beziehungen ist abgeschlossen. Sie hat eine böse und gefährliche Folgeerscheinung zurückgelassen.

Weder Grossbritannien noch Italien fühlten sich im Mittelmeer sicher. Jeder der beiden Staaten hat es offensichtlich in seiner Macht, dem anderen schwere Schäden zuzufügen. Signor Mussolini hat einige Male unter lebhafter Rührung der Reklametrommel mit den deutschen Nazis angebandelt, und niemand kann mit einiger Sicherheit sagen, ob diese Versuche Teil einer beschlossenen Politik der Feindseligkeit gegen Grossbritannien und Frankreich sind, oder ein Vormanöver zu einer Erneuerung freundschaftlicher Verständigung. Aber von weiter reichender Bedeutung ist die wachsende und sorgsam gepflegte Ansicht in Italien, dass Grossbritannien eine erschöpfte, absterbende Macht sei, geschwächt durch die Demokratie, verderbt durch die Pazifisten, eine Macht, deren grosse Besitztümer und Vormachtstellung im Mittelmeer das künftige Erbe des faschistischen Italien seien. Wenn dies zur endgültigen italienischen Meinung wird, erscheint es unwahrscheinlich, dass ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zu vermeiden sein werden.

Diese Aussicht gewinnt dadurch, dass die Luftwaffe sich zu einem Kriegsfaktor ersten Ranges entwickelt, notwen-

H1668 – 0087

digerweise an Unerquicklichkeit. Die alten Flottenmassnahmen genügen offensichtlich nicht zum Schutz der heutigen Position Grossbritanniens im Mittelmeer. Ohne die Hilfe sehr starker Luftstreitmächte und ohne wirksam gegen Luftangriffe verteidigte Stützpunkte wäre die britische Flotte den ernstesten Gefahren ausgesetzt. Um ihre bisherige Sicherheit auch nur zu erhalten, müssen grosse Anstrengungen auf diesem neuen Gebiet gemacht werden. Diese Anstrengungen haben natürlich neue Verärgerungen und Befürchtungen auf Seiten Italiens zur Folge und müssen dazu führen, dass uns seine Politik sowohl im Mittelmeer wie auf dem europäischen Schauplatz im allgemeinen entfremdet wird. Um so wünschenswerter ist es, dass die Mittelmeermächte es sich angelegen sein lassen, einander zu beruhigen und das Mittelmeer zu einem geschützten Gewässer machen, das von Kriegsstürmen verschont bleibt und das keine Ursachen für Streitigkeiten liefern kann. Die Gefahren Europas zu Lande sind sicherlich auch ohne diese zusätzliche Komplikation ernst genug.

Ich stelle mir das Mittelmeer gern als freie und ungefährliche Strasse für alle grossen und kleinen Nationen vor, die dort Interessen haben. Ich habe den Eindruck, dass auch Signor Mussolini in seiner letzten Rede nicht mehr als das verlangt hat. Diesem wünschenswerten Ziel kann jedoch nicht nähergekommen werden, solange die italienische Öffentlichkeit von ihrer Regierung gelehrt wird, in Grossbritannien eine verbrauchte Kraft zu sehen, einen Staat, mit dessen Grösse es vorbei ist und dessen Verfall im Verlauf der Jahre immer ausgesprochener werden wird. In einer solchen Atmosphäre wäre es unvermeidlich, dass italienischer Ehrgeiz und britisches Misstrauen voneinander untrennbar werden. Wir dürfen uns auch nicht im mindesten darüber wundern, dass in Italien so gefährliche Vorstellungen entstanden sind. Unsere wohlgemeinten Bemühungen und unser Beispiel in Dingen der Abrüstung in den Jahren vor 1936, die Zahmheit und Schwachheit unserer Regierung, die energische Propaganda des Pazifismus in

H1668 – 0088

H1668 – 0089

unserer Mitte, das Nachlassen unserer Autorität in Indien, die mangelnde Bereitschaft unserer jungen Männer, in Friedenszeiten Militärdienste zu leisten — all dies trägt dazu bei, dass Schlussfolgerungen gezogen werden können, die vielleicht nicht mit der Wahrheit in Übereinstimmung zu bringen sind.

Aber es ist nicht mehr so. England hat begonnen, grosszügig aufzurüsten. Sein Reichtum und sein Kredit, die Solidität seiner Einrichtungen, seine gewaltigen Hilfsquellen und Verbindungen, alles trägt zu diesem Wiederaufleben bei. Die britische Flotte ist noch immer weitaus die mächtigste in Europa. Kolossale jährliche Ausgaben für sie sind für die Zukunft in Betracht gezogen. Bevor die neue deutsche Flotte, von den U-Booten abgesehen, einen Aktionsradius ausserhalb der Ostsee haben kann, müssen noch einige Jahre vergehen. Gewiss werden in den nächsten vier, fünf Jahren die britischen Flottenstreitkräfte, die von den Heimatgewässern fortdirigierbar sind, sehr gross sein. Gegenüber der Vorkriegssituation, in der ich es im Jahre 1912 notwendig fand, das Schlachtschiffgeschwader aus dem Mittelmeer abzuziehen und diese Gewässer in stillschweigender Zusammenarbeit mit den Franzosen mit nicht mehr als einem Panzerkreuzergeschwader und einigen Kreuzern zu halten, und auch im Vergleich zu den anderen existierenden Flotten sind wir entschieden stärker und dispositionsfähiger. Die U-Boot-Gefahr ist durch neue Erfindungen einigermassen verringert worden, und die tiefen, klaren Gewässer des Mittelmeeres ermöglichen weit weniger aussichtsreiche U-Boot-Operationen als die trüben Untiefen der Nordsee und des Ärmelkanals. Bleibt immer noch die Luft. Aber hier sollten die grossen Ausgaben, zu denen es jetzt kommt, schliesslich Ergebnisse zeitigen.

Ausserdem ist England nicht allein im Mittelmeer. Es hat mächtige und wertvolle Freunde. Der Lauf der Ereignisse in Europa wird Grossbritannien und Frankreich notwendigerweise zu einer immer enger werdenden Vereinigung bringen. Die freundschaftlichen Beziehungen Griechenlands und der

H1668 – 0090

Türkei zu Grossbritannien sind wohlbekannt. Was in Zukunft der Charakter Spaniens sein wird, dürfte jetzt niemand voraussagen. Jedenfalls existiert hier eine ganz beträchtliche Anzahl von Staaten, die über verschiedenartige, ausgiebige Hilfsquellen verfügen und sämtlich an der Aufrechterhaltung des Friedens im Mittelmeer interessiert sind. Möge doch Italien diesem neuen regionalen Pakt des Vertrauens und guten Willens beitreten und die historischen Gewässer des Mittelmeers zu einem grossen, segensreichen Gebiet der Bewegungsfreiheit und der Ruhe machen.

H1668 – 0091

Zwischen Deutschland und Japan wurde ein Anti-Komintern-Pakt abgeschlossen, dem auch Italien beitrat.

H1668 - 0092

DEUTSCHLAND UND JAPAN

27. November 1936

Das deutsch-japanische Abkommen ist ein weiterer furchtbarer Schritt auf der Strasse, auf der sich die Menschheit in den Abgrund führen oder treiben lässt. So viel Unheilvolles geschieht heute, dass es die Gewohnheit von Parlament und Presse geworden ist, den Ernst der Ereignisse zu bagatellisieren oder mit einem Achselzucken über sie hinwegzugehen. So lesen wir, dass „die Bekanntmachung nur wenig zu dem hinzufügt, was wir schon wussten", und dass „die tatsächlichen Bedingungen weniger bedenklich scheinen, als angenommen wurde." Die Öffentlichkeit, verwirrt und verblüfft von der Kompliziertheit der Ereignisse, akzeptiert diese einschläfernden Versicherungen nur zu gerne. Schliesslich wird es ja morgen wieder etwas Neues zu lesen geben. So gleiten und schlittern wir dahin und vertun die Zeit. Aber dieser deutsch-japanische sogenannte „Pakt gegen den Kommunismus" kann in Wirklichkeit, wie immer er sich formal ausdrücken mag, nur ein Militärbündnis gegen Russland sein. Ich habe oft — wie Herr Hitler selbst zu sagen pflegt, „Tag und Nacht" — über die Aufrüstung Deutschlands geschrieben und gesprochen.

Sehen wir für einen Augenblick nach Japan hinüber. Auch dort spannt ein kriegerisches Volk von mehr als sechzig Millionen jeden Nerv an, um ernsten finanziellen Schwierigkeiten zum Trotz aufzurüsten. Auch dort haben wir eine Nation, die in Träumen von Krieg und Eroberung lebt. Auch dort einen Staat, wo der militärische Geist die Herrschaft innehat; wo der Exporthandel weniger um des Profites willen betrieben wird, als um die Mittel zur Einfuhr der

H1668 – 0093

notwendigen Kriegsmaterialien zu schaffen; wo jede Stimme der Mässigung im Tod erstickt wird; wo die Ermordung politischer Gegner seit einigen Jahren die akzeptierte Praxis ist: wo sogar Befehlshaber, die Vertrauen geniessen, von ihren Anhängern erschlagen werden, weil sie im Verdacht stehen, nur lauwarm zu sein. Der Kommunismus ist in Japan so wie in Deutschland ganz in der Gewalt einer überaus tüchtigen, alles durchdringenden Polizei, die eifervoll darauf wartet, auch die allerkleinste Manifestation im Keim zu ersticken. Dennoch schützen diese beiden grossen Mächte an entgegengesetzten Enden des Erdballs ihre Besorgnisse wegen des Kommunismus vor, um eine Verbindung zu proklamieren, deren Zweck und deren Konsequenz nur die Förderung ihrer nationalen Pläne sein kann.

Es soll nicht gesagt werden, dass auch nur einer der beiden Staaten zur Zeit die Absicht hat, in den Krieg zu ziehen; das hängt von ganz anderen Überlegungen ab. Aber sollte Deutschland wann immer zum Krieg in Europa schreiten, so können wir sicher sein, dass Japan augenblicklich einen zweiten Brand im fernen Osten entfachen wird.

Alle Länder, die wichtige Interessen in China und in den chinesischen Meeren haben, sind in Mitleidenschaft gezogen. Grossbritannien und die Vereinigten Staaten müssen jetzt noch besorgter sein um das Schicksal, das seinen Schatten auf alle ihre Niederlassungen, kommerzielle, kulturelle und religiöse, in China wirft. Die brutale Misshandlung britischer Matrosen in einem Hafen Formosas ist nur ein Vorgeschmack dessen, was allen Weissen in den chinesischen Meeren und ihrer Umgebung bevorstehen mag, sollte Europa vom Krieg heimgesucht werden.

Aber schliesslich ist es Russland, worauf sich die Blicke Japans und Deutschlands direkt und in erster Linie richten. Ich habe den ausserordentlichen Dualismus, den der russische Staat zeigt, bereits zu erklären versucht. Andererseits sehen wir die Komintern, das Organ der Weltrevolution, das seine Anhänger für sich arbeiten lässt, in einer ganzen Anzahl von Ländern am Werk. Wir sehen die spanische Tra-

H1668 – 0094

gödie Tag um Tag weitergehen und sehen, wie die Champions des Nazismus und des Bolschewismus sich beeilen, ihren Mut in der Arena von Madrid zu beweisen. Wir haben eine italienische Erklärung vor uns, die besagt, im Mittelmeer werde kein neuer kommunistischer Staat geduldet werden; und jedermann kann erkennen, wie sehr diese Erklärung am Morgen nach dem Abschluss des deutsch-japanischen Paktes an Bedeutung gewinnt. Auf der anderen Seite erhebt sich die wuchtige russische Macht mit ihrem nationalen Geist, ihren grossen, schlagkräftigen, gut ausgerüsteten Armeen, ihrem Wunsch, in Ruhe gelassen zu werden, ihrem Entschluss, sich gegen Einmarsch oder Zerstückelung zur Wehr zu setzen. Fraglos ist jetzt die Zeit gekommen, da Russland ein für alle Male sich über seinen Weg zur Sicherheit schlüssig werden sollte. Stalin sollte gemeinsam mit den Chefs des russischen Heeres und den Führern der russischen Aussenpolitik die Komintern zerschlagen und ausrotten. Russland sollte sich Europa als ein sowjet-sozialistischer Staat präsentieren, der zur Aufrechterhaltung seiner nationalen Unabhängigkeit stark gerüstet ist und dem jeder Gedanke fern liegt, seine Lehren anders als mit Hilfe des Beispiels im Ausland zu verbreiten.

Ein solcher Schritt, jetzt getan und zur Befriedigung aller Länder dokumentiert, die den Frieden zu erhalten wünschen und dem russischen Volk guten Willen entgegenbringen, würde die Spannung in der Welt kolossal herunter-setzen und die Chancen der russischen Sicherheit vermehren. Er würde Deutschland und Japan augenblicklich dazu zwingen, ihre wahren Ziele zu enthüllen. Er würde es Genf ermöglichen, seine prophylaktische Arbeit in weitaus grösserer Harmonie fortzusetzen; er würde die Luft reinigen für jene Union der Verteidigungskräfte gegen unprovozierte Angriffe, die die einzige Hoffnung auf Abwendung des allgemeinen Ruins ist. Er würde das grösste Hindernis beseitigen, das der Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten und Russlands zur Aufrechterhaltung des Friedens im Stillen Ozean im Wege steht. Fraglos ist dies der Augenblick für Russ-

H1668 – 0095

land, seine Risiken zu vermindern und seine nationale Stärke zu vergrössern. Ausserdem bewegt sich die Politik Stalins seit vielen Jahren in dieser Richtung. Welche Propaganda könnte von seinem Standpunkt aus wirksamer sein als — wenn das jemals erreicht werden kann — das Bild eines auf sozialistischer Basis organisierten, wirklich wohlhabenden Russland? Wie bei allen grossen Entscheidungen gibt es zweifellos so manches, was mit Ungestüm zum Gegenteil drängt; aber ich für meine Person werde nicht auf die Hoffnung verzichten, dass Russland diese grossartige Gelegenheit wahrnehmen wird.

Es gibt noch eine Reaktion günstiger Wesensart, die nicht übersehen werden sollte. Deutschland hat seine Wahl getroffen. Es ist ausgesprochen feindlich gegen Russland. Deutschland hat sich für die fünf bevorstehenden folgenschweren Jahre an Japan gebunden. Die Differenzen zwischen Deutschland und Russland mögen teilweise den Kommunismus, teilweise territoriale Fragen betreffen. Die Differenzen zwischen Russland und Japan sind in ihrer Gesamtheit nichts anderes als der Zusammenprall territorialer und imperialistischer Ansprüche. Seit einigen Jahren beruhen die Beziehungen dieser beiden Nachbarn im fernen Osten ausschliesslich auf einem beständigen, stets wiederholten Messen roher Kräfte, Truppen, Kanonen und Flugzeuge. Deutschland hat sich jetzt in den dauernden, tiefgehenden Interessengegensatz zwischen Russland und Japan im fernen Osten verwickelt und hat sich fest an der japanischen Seite verankert. Die Gefahr einer russisch-deutschen Verständigung auf Kosten der westlichen Demokratien ist entschieden in den Hintergrund getreten. Umsomehr Grund, dass die russische Sowjetrepublik ihre Lage mit unmissverständlicher Klarheit definieren sollte. Hier hat sich auch ihre Wahlmöglichkeit sehr eingeengt.

H1668 – 0096

DAS VERSPRECHEN FRANKREICHS

11. Dezember 1936

Die Heere und Luftflotten rüsten sich; in den Arsenalen und Werften Europas fallen mit endlosem Dröhnen die grossen Hämmer. Die Absätze von Millionen Soldaten knirschen auf dem Kies der Exerzierplätze. Auf den Flugplätzen steigen neue Apparate mit neuen Piloten auf; Geschwader bilden sich in rascher Aufeinanderfolge. Gewaltige Stapel von Bomben und Geschossen häufen sich in den Lagern auf. Die Diktatoren verbuchen die wachsenden Wochenleistungen. In Deutschland werden Fett und Geld knapp, werden die Gesichter finsterer. Blut, Feuer, unbarmherzige Zerstörung und das Auslöschen hilfloser Männer und Frauen beleidigen das Licht des Tages in Spanien.

Aber es wäre in der Tat ein Jammer, würde ein grosses und Hoffnung gewährendes Ereignis in diesem finsteren Bild übersehen werden, ein Jammer, würde es von der britischen Nation nicht willkommen geheissen und akklamiert. Am vergangenen Freitag erhob sich M. Delbos, der Aussenminister Frankreichs, im französischen Parlament, um Mr. Anthony Eden zu antworten.

Der britische Staatssekretär für Äusseres hatte zwei Wochen vorher erklärt, dass England verpflichtet sei, zur Verteidigung Frankreichs und Belgiens zu kämpfen. Obwohl diese Verpflichtung schon zur Zeit des Märzabkommens publik gemacht wurde, war dies das erste Mal, dass von ihr in so klarer und entscheidender Form gesprochen wurde. Es war an Frankreich, zu antworten. „Wenn", so sagte M. Delbos, „England das Opfer eines unprovozierten Angriffes wird, wird ihm Frankreich augenblicklich und spontan mit allen seinen Streitkräften zu Lande, zu Wasser und in der

H1668 – 0097

Luft zu Hilfe eilen." Dieser Ausspruch ist aus zwei Gründen bemerkenswert. Erstens versichert hiermit ein Volk, das sich der schweren Last der allgemeinen zweijährigen Militärdienstpflicht unterzieht, dass es gemeinsame Sache machen werde mit einem Volk, das jeden Gedanken an eine Dienstpflicht weit von sich weist, das nicht einmal die Stärke seiner kleinen freiwilligen Armee auf der vorgeschriebenen Höhe erhalten kann, und dessen Regierung sogar auf dem Gebiet der verspäteten Kriegsmaterialerzeugung nicht bereit ist, in den normalen Ablauf von Handel und Industrie einzugreifen.

Das zweite eindrucksvolle Charakteristikum war die absolute Einstimmigkeit, mit der M. Delbos' Erklärung entgegengenommen wurde. Von den Kommunisten auf der äussersten Linken der halbkreisförmigen französischen Kammer bis zu den Royalisten auf der äussersten Rechten war die einstimmige Annahme sofort ersichtlich. Man kann mit Recht sagen, dass noch niemals von einer gut bewaffneten und schwer in Anspruch genommenen Nation gegenüber einem behaglicher lebenden und weit weniger gut gerüsteten Nachbarn eine eklatantere Geste der Kameradschaft und des guten Willens gemacht worden ist. Auch hätte nichts getan werden können, was mit grösserer Wahrscheinlichkeit den Frieden Europas in dem gefährlichen Jahre 1937, das allmählich heraufdämmert, aufrecht erhalten könnte.

Selbstverständlich ist die Grossbritannien und seinem Reich innewohnende Macht ungeheuer. Wir haben kein Heer, das der Rede wert wäre, aber soweit es Europa betrifft, beherrscht Britannia noch immer die Meere. Unsere Luftflotte, obgleich bis heute nur ein Bruchteil derer Deutschlands, ist von achtenswerter Qualität und wächst geschwind. Unsere finanzielle Stärke, unser Kredit und unsere sorgsam behüteten Hilfsquellen haben nicht ihresgleichen. Die Beherrschung der Meere bringt kolossale Möglichkeiten der Versorgung mit Lebensmitteln und Rohmaterial mit sich, welche infolge der Handelsbeziehungen

H1668 – 0098

Grossbritanniens zu allen Teilen der Erde ausnahmslos realisierbar sind. Man hat das Gefühl, dass das, zum Teil von seinen Befestigungen geschützte, grossartige französische Heer mit seiner elastischen, geschmeidigen Schlagkraft und seinen profunden Kenntnissen der Kriegskunst im Verein mit den Hilfsmitteln Grossbritanniens auf den Angreifer wohl abschreckend wirken dürfte. Es scheint keine leere Hoffnung zu sein, dass die 85 Millionen Engländer und Franzosen, die nur den Frieden wünschen und keinen Streit suchen, zusammen eine so feste und Achtung einflössende Front darstellen werden, dass man sich nicht an sie heranwagen wird.

Aber diese Betrachtungen werden modifiziert durch die Erwägung, mit welcher Plötzlichkeit im modernen Krieg Schläge geführt werden können, und wir fragen uns, ob uns unter neuen Verhältnissen Zeit genug gegeben sein wird, die ungeheuren latenten Hilfsquellen des Britischen Reiches zu realisieren. Auf jeden Fall verringert diese doppelte Garantie die Kriegsgefahr. Sie verringert auch unsere eigene Gefahr. Es ist durchaus denkbar, dass sie uns Zeit geben wird, uns einigermassen in Verteidigungszustand zu versetzen. Aber es liegen zwei unheimliche Jahre vor uns. Es sind die Gespenster der Jahre 1934 und 1935, welche, um Sir Thomas Inskips aufschlussreiche Wendung zu gebrauchen, „von den Heuschrecken gefressen wurden." Hier sind sie wieder, jene Jahre, die so leicht und so angenehm unter den lauten Beifallsrufen grosser Mehrheiten dahingingen; Jahre, in denen das Volk aus seiner Zufriedenheit und Selbstgefälligkeit nicht aufgestört, aus seinen müssigen Träumen nicht mit hässlichen Wahrheiten geweckt werden durfte. Das waren die Jahre, da uns die Minister versicherten, alles sei gut, da alle Warnungen zurückgewiesen wurden, da man jeden, der sie äusserte, als Jingo und Angstmacher verhöhnte, da die gefügigen Parlamentsbataillone durch die Abstimmungssäle marschierten und sich getreulich jener „Fussarbeit" befleissigten, die Mr. Baldwin als eine der ersten politischen Tugenden pries.

H1668 – 0099

Niemand hat im Parlament den Versuch gemacht, die erstaunliche Apologie zu untersuchen, die sich der Ministerpräsident vor drei Wochen leistete. [1]) [Gelegentlich seiner Erklärung, „die Demokratie" müsse „stets um zwei Jahre hinter den Diktatoren zurück sein".] Als ich vor jetzt nahezu vierzig Jahren das erste Mal ins Parlament kam, wurde mir eingeprägt, dass die beleidigendste, schon an ein strafbares Vergehen grenzende Anklage, die man gegen einen Minister der Krone erheben könne, die sei, dass er aus Wahlrücksichten die Sicherheit des Landes gefährdet und die Verteidigungsmassnahmen vernachlässigt habe. Die erstaunlichen Charaktereigenschaften Mr. Baldwins haben jedoch zur Folge, dass alles, was zu meiden man gelehrt worden war, jetzt zur Richtschnur politischer Tugend erhoben worden ist.

Für den Fall, dass sich aus einer Pflichtvernachlässigung oder einem Verschweigen von Tatsachen ein Missgeschick ergeben sollte, wird uns versichert, das sei der inhärente Mangel der Demokratie, und die Demokratie müsse stets um zwei Jahre hinter den Diktatoren zurück sein.

Die Jahre, die wir jetzt durchzumachen haben, sind die „zwei Jahre hinter den Diktatoren".

---

[1]) „Angenommen, ich wäre vor das Land getreten und hätte gesagt, Deutschland rüste auf, und wir müssten gleichfalls rüsten, kann sich irgend jemand vorstellen, dass unsere friedliebende Demokratie sich damals auf diesen Ruf hin gesammelt hätte? Ich kann mir nichts vorstellen, das von meinem Standpunkt aus eine Wahlniederlage gewisser gemacht hätte." (Mr. Baldwin, Unterhaus, 12. November 1936).

H1668 – 0100

MR. BALDWINS WIEDERGEBURT

28. Dezember 1936

Das sonderbare, ereignisreiche Jahr, das jetzt zu Ende geht, begann mit dem Tod eines geliebten britischen Souveräns und schliesst mit der Abdankung eines anderen.

Eine ganz einzigartige Vollständigkeit und Harmonie charakterisierte die Herrschaft Georgs V. Die seines Nachfolgers, kurz, inmitten zerstörter Hoffnungen, die so hoch getragen hatten, zur Unzeit abgeschnitten, stand von Anfang an unter einem bösen Stern. Die Abdankung, obgleich ihr das Reich in seiner Gesamtheit, und in jedem seiner Teile Mehrheiten zustimmten, hat schwere innere Schäden mit sich gebracht, deren Behebung Jahre in Anspruch nehmen wird. Von jenen, deren Wille sich durchgesetzt hat, sollten alle Bemühungen gemacht werden, die zu versöhnen, deren Gefühle tief verletzt worden sind. Wir haben einen guten König und eine gute Königin, um die wir uns alle sammeln müssen. Die Institution der eingeschränkten Monarchie war niemals notwendiger für das Britische Reich und die Völker Grossbritanniens, wo immer sie wohnen mögen, niemals war sie kostbarer für die Ideale der Freiheit und des Widerstandes gegen jede Diktatur, welche zwischen den immer wieder aufziehenden Sturmwolken so hell vor uns leuchten.

Im Inland ist der Prozess der Handelswiederbelebung rasch und ohne Unterbrechung vor sich gegangen. Der Reichtum und Wohlstand der Nation, die Zahl der Beschäftigten, die verdienten Löhne, die Konsumkraft der Massen für Bedarfs- und Luxusgüter waren in Friedenszeiten niemals höher. Die Durchführung eines kolossalen Verteidigungsprogrammes hat ausserordentliche zusätzliche Mög-

H1668-0101

lichkeiten für den Ausbau von Handel und Industrie im Gefolge. Es ist auch nicht einzusehen, warum dieser Zustand nicht mehrere Jahre anhalten sollte, es sei denn, es kommt zu einem Weltkrieg. Um so eher sollte es also möglich sein, einen Teil dieser ungeheuren Mittel in die Elendsgebiete zu leiten und entweder ihrer heimgesuchten Bevölkerung neue Beschäftigung zu bringen oder diese Bevölkerung an die Stätten neuer Arbeit umzusiedeln. Wahrscheinlich wäre es das Richtigste, zu beiden Methoden zu greifen.

Inmitten all dieser Vorgänge steht Mr. Baldwin. Für ihn ist dies wirklich ein erstaunliches Jahr gewesen. Nie hatte der politische Ruf eines Ministerpräsidenten zu Anfang eines Jahres niedrigeren und zu Ende desselben Jahres höheren Kurs. Das Hoare-Laval-Malheur, das erst ein Jahr zurückliegt, hatte ihn fast vom Ministersessel geworfen. Die unerklärt gebliebene Äusserung über den „verschlossenen Mund", die Ausbootung des Aussenministers für eine Politik, der das Kabinett und insbesondere der Ministerpräsident zugestimmt hatten, das waren Tatsachen, angesichts deren eine Erholung unwahrscheinlich erschien. Aber die Weihnachtszeit 1936 zog barmherzig eine Mauer zwischen Mr. Baldwin und seinen Schwierigkeiten. Der Tod König Georgs versetzte mit der Trauer, die er auslöste, die öffentliche Meinung in eine sanfte Stimmung. Mr. Baldwin, dessen Kredit bei der Nation und — wie seine Haltung zu zeigen schien — dessen natürliches Selbstvertrauen überaus geschwächt waren, vermochte vor das Parlament zu treten und die Sitzung an der Spitze seiner grossen, nachsichtigen, aber nichtsdestoweniger besorgten Mehrheit zu durchkämpfen.

Zu den gewöhnlichen Verwaltungsaufgaben kamen persönliche Probleme betrüblicher Natur. Die beiden MacDonalds, Vater und Sohn, hatten durch ausserordentliche Manifestationen der Wünsche der Öffentlichkeit bei den allgemeinen Wahlen ihre Sitze verloren. Ihre Teilnahme an der Regierung wurde infolge einer sonderbaren politischen Fiktion als unentbehrlich für den vaterländischen Charakter

H1668-0102

der Regierung angesehen, während sich in ganz England kein Wahlkreis finden liess, der sie ins Unterhaus entsandt hätte. Den ausserordentlichen Anstrengungen, denen sich die konservative Partei im Januar und Februar 1936 in Schottland unterzog, gelang es, diese beiden charakteristischen Vertreter der Arbeiterschaft und des Sozialismus unter der Bedingung, dass sie die Worte Arbeiterschaft und Sozialismus auf ihren Plattformen nicht laut werden liessen, wieder ihren Plätzen auf der Regierungsbank zuzuführen.

Kaum war diese schwierige Aufgabe durchgeführt, als sich um die nächst prominente Gestalt in der kleinen Gruppe sozialistischer Minister, welche der nationalen Regierung im Jahre 1931 beigetreten waren, Gerüchte um einen Budgetverlust zu erheben begannen. Nach langen und überaus peinlichen Untersuchungen wurde der Kolonialminister auf Grund eines Beweismaterials, das wahrscheinlich kein Schwurgericht anerkannt hätte, von einem Sondertribunal schuldig gesprochen und sah sich gezwungen, auf seine Amtssiegel und seinen Sitz zu verzichten. Seine bestechenden menschlichen Eigenschaften und sein erwiesener Patriotismus gaben ihm ins Privatleben ein nicht geringes Ausmass öffentlicher Sympathien mit, sogar von Seiten derer, die es sich am angelegentlichsten hatten sein lassen, seine Unbesonnenheit zu untersuchen und zu rügen.

Diese persönlichen Sorgen und die Nachwirkungen der Hoare-Laval-Krise einschliesslich der Absetzung des Aussenministers fielen in einer eigenartig unmittelbaren, direkten Art auf die Schultern des Ministerpräsidenten. Im weiteren Verlauf der Sitzung beugte er sich sichtlich unter ihnen. Die Frage, die allen, insbesondere seinen eigenen Kollegen, auf den Lippen schwebte, war, ob er imstande sein würde, es bis nach der Krönung auszuhalten oder vielleicht überhaupt nur noch die Sitzung zu überdauern. Im August fand er es notwendig, eine ausgiebige Ruhepause zu machen. Für nahezu drei Monate begab er sich unter ärztliche Aufsicht und schob seine Pflichten völlig beiseite; der ganze kolossale Ablauf der britischen Geschäfte innerhalb und

H1668-0103

ausserhalb des Landes schwamm, ungeleitet von Menschenhand, Auge und Hirn, majestätisch dahin. Es war ein unglückseliger Umstand, dass in dieser Zeit, da Wachsamkeit und Voraussicht im höchsten Masse notwendig waren wie nie zuvor, der Lordkanzler, der Hüter des königlichen Gewissens, gleichfalls von einer schweren Krankheit heimgesucht wurde und der Lordpräsident des Rates nicht in einer Verfassung war, die es ihm gestattet hätte, angestrengte politische Arbeit auf sich zu nehmen. Die praktische Führung der Geschäfte fiel Mr. Neville Chamberlain zu. Seine Finanzverwaltung war weiterhin im höchsten Grade erfolgreich, und er sah sich in der Lage, über steigende Einkünfte und stets wachsenden Kredit gerade zu der Zeit zu verfügen, als sie für Rüstungszwecke am unerlässlichsten waren. Aber kein Vertreter, und sei er noch so fähig, kann die Autorität geltend machen, die von den höchsten Staatsämtern untrennbar ist.

Auf keinem Gebiet zeigte sich das deutlicher als auf dem, das sich mit den persönlichen Angelegenheiten des Souveräns zu befassen hat. Nicht erst im Oktober, schon im August oder noch früher hätten König Eduard VIII. die ersten ernsthaften Ratschläge unterbreitet werden sollen. Die Ereignisse rückten unaufhaltsam vor. Als der Kapitän, durch seine notwendig gewordene und wohlverdiente Ruhe erholt, ja verjüngt, auf die Brücke zurückkehrte, war das Schiff bereits inmitten der gefährlichsten Klippen, und am westlichen Horizont stand jene sonderbare Beleuchtung, die einen Orkan voraussagt. Durch seine entschlossene und geschickte Handhabung der Abdankung gewann Mr. Baldwin mit einem Ruck die Autorität und die Wertschätzung wieder, die er seit den Wahlen verloren hatte. Tatsächlich schien er von einer neuen Kraft belebt zu sein. Er bewegte sich, sowohl körperlich wie politisch, mit grösserer Energie. Niemals sprach er mit mehr Gewalt und grösserem parlamentarischen Geschick als bei der Rede, in der er dem Haus die Abdankung bekannt gab. Jetzt ist es offensichtlich seine Pflicht, ohne Rücksicht auf seine Neigungen über die Ein-

H1668-0104

leitung der neuen Herrschaft und die Krönung eines Königs und einer Königin zu wachen, deren Erfolg im Mittelpunkt des britischen Interesses steht und ein Faktor ist, von dem das britische Geschick in nicht geringem Ausmass abhängt.

Mittlerweile haben im Ausland alle Friedensgefährdungen an Grösse und Gewicht zugenommen und sich mit furchtbarer Hartnäckigkeit verflochten und verwoben. Nazideutschland hat im Laufe des Jahres 1936 zweifellos den Gegenwert von tausend Millionen Pfund fur Kriegsvorbereitungen ausgegeben. Seine Führer haben in Friedenszeiten den Kriegszustand proklamiert. „Kanonen vor Butter", das ist die Maxime, die einem bereits überanstrengten und unterernährten Proletariat gepredigt wird, welches bereits das schwerst bewaffnete der Geschichte ist. Unter dem Druck dieser ernsten Besorgnis haben Grossbritannien und Frankreich gegenseitige Hilfserklärungen der allerausführlichsten Art abgegeben. Es steht zu hoffen, dass die zwischen den beiden westlichen Demokratien und Italien durch die Eroberung Abessiniens geschaffene Gegnerschaft allmählich gemildert werden kann; und in Genf möge sich zur Unterstützung des Völkerbunds-Paktes ein so gewaltiges Gebilde von mächtigen Staaten und Staatengruppen sowohl des Ostens wie des Westens zusammentun, dass Europa und die ganze Welt vor der Katastrophe errettet werden, welche die Zukunft birgt.

H1668-0105

KEINE INTERVENTION IN SPANIEN

8. Januar 1937

Als vor sechs Monaten der spanische Bürgerkrieg begann, erklärte sich die britische Regierung unter allgemeiner Zustimmung für eine Neutralität, die sie seitdem streng eingehalten hat. Alles, was seit damals geschehen ist, rechtfertigt und stärkt diese Politik. Erstens haben wir gesehen, wie gleichmässig Spanien sowohl gebietsmässig wie den Kampfkräften nach geteilt ist. Zweitens hat jede der beiden Parteien ihre Sache mit unsagbaren Grausamkeiten besudelt. Drittens ist in keiner der beiden Parteien auch nur im geringsten etwas vom britischen Standpunkt wiederzufinden. Ein Sieg im gegenwärtigen Zeitpunkt, wem immer er auch zufällt, mag grauenhafte Rachemassacres für die Geschlagenen bedeuten. Die Spanier haben bereits gezeigt, dass sie von Hass vergiftet sind.

Es ist wahrscheinlich, dass Spanien, wer immer siegt, vielleicht auf Jahre hinaus ein ermatteter, schwacher Staat sein wird, der mit seiner eigenen Erholung beschäftigt ist. Was hat das britische Volk damit zu tun? Haben wir nicht in anderen Richtungen genug Sorgen, die uns zu schaffen machen? Sind unsere Verteidigungsmassnahmen in so ausserordentlich gutem Zustand, dass wir es uns leisten können, uns in diesen Streit zu verwickeln? Könnten wir für die eine oder die andere Seite als einige Nation Partei ergreifen? Wenn wir durch irgendwelche Handlungen der einen Seite zum Siege verhelfen, würden wir dann nicht eine moralische Verantwortung für die harten Grausamkeiten tragen, mit denen der Sieger die Unterlegenen vielleicht heimsuchen wird?

Aber es wird gesagt: „Seht doch all die Freiwilligen, Waf-

H1668-0106

fen und Kriegsgeräte, die Deutschland und Italien dem General Franco schicken, und die Russland und auch Frankreich Señor Caballero schicken oder zukommen lassen. Zeigt das nicht, dass der Konflikt in Spanien ein europäischer geworden ist? Kann England es sich leisten, beiseite zu stehen? Wenn das, was in Spanien ausgekämpft wird, darum geht, ob Nazidiktatoren oder bolschewistische Diktatoren triumphieren sollen, muss England da nicht Stellung nehmen?" Die Antwort lautet, dass wir Gegner sowohl des Nazismus wie des Kommunismus sind. Wir wünschen die Wiederkehr eines liberalen Zeitalters zu sehen, in welchem Parlamente über die Freiheit wachen, in welchem die Wissenschaft die Millionen zu den Festestafeln führen, und in welchem das, was Bismarck einst „praktisches Christentum" nannte, Leiden und Missgeschicke mildern wird.

Wenn ich davon lese, dass eine grosse Anzahl von deutschen Nazis und italienischen Faschisten auf den spanischen Kampfplatz reist, um eine grosse Anzahl russischer Bolschewisten und französischer Kommunisten zu erschlagen, beklage ich diese wilden Exkursionen. Aber wenn ich mein Gewissen erforsche, kann ich nicht zu der Überzeugung kommen, dass die Interessen und die Sicherheit Grossbritanniens auch nur im geringsten gefährdet wären, wenn alle diese bewaffneten Spanienreisenden einander mit der Gründlichkeit Ivans und des Emirs Bülbül durchbohrten, bis ausser den Pressevertretern keiner übrig bliebe, um davon zu berichten.

Von den Befürwortern einer britischen Intervention wird weiter als Argument angeführt, dass Spanien, wenn General Franco mit Hilfe der nazistischen und italienischen Diktatoren siegt, ein neues Zentrum nationalsozialistischer Tyrannei und Macht sein wird. Ein germanisiertes und von Deutschland aus geleitetes Spanien wird, so versichert man uns, Gibraltar bedrohen und auch die schwer bedrängten Franzosen dazu zwingen, eine neue Südfront längs der Pyrenäen auszubauen. Aus einem Sieg General Francos ist jedoch nicht zu schliessen, dass er seinen nationalsozialisti-

H1668-0107

schen und faschistischen Verbündeten dankbar sein wird. Im Gegenteil, wahrscheinlich ist, dass der erste Gedanke aller patriotischen Spanier, sobald sie einmal aus ihrer furchtbaren Not befreit sind, dahin gehen wird, ihre Retter zum nächsten Seehafen zu geleiten. Es ist möglich, dass ganz Spanien, sobald die Entscheidung der Waffen einmal geklärt ist, einmütig nichts so sehr wünschen wird, wie die Halbinsel von den fremden Eindringlingen zu befreien. Es lässt sich auch denken, dass, wer immer in Spanien siegt, Grossbritannien, das nur in humanitären Aufgaben interveniert hat und das zur Zeit über eine gewaltige Seemacht verfügt, ohne irgendetwas zu begehren, wahrscheinlich ein Land ist, mit dem Spanien gern besonders freundschaftliche Beziehungen unterhalten würde. Das ist jedenfalls eine vernünftige Hoffnung.

Ist es zu erwarten, dass Deutschland einen grösseren Teil seines regulären Heeres nach Spanien schicken wird? Gewiss, Hannibal begann den zweiten punischen Krieg damit, dass er Spanien zu seiner Basis machte. Aber es ist höchst unwahrscheinlich, dass der deutsche Generalstab Wert darauf legen sollte, ein Dutzend oder auch nur ein halbes Dutzend seiner in rascher Formation begriffenen regulären Divisionen in Spanien abzuriegeln. Wenn diese Truppen nicht die ganze spanische Nation unterdrücken und dazu zwingen, im Interesse Deutschlands zu arbeiten — was wohl kaum anzunehmen ist — wären alle deutschen Truppen in Spanien Geiseln in den Händen einer überlegenen Seemacht. Was einen Angriff auf Gibraltar angeht, ein Krieg mit dem britischen Weltreich ist eine ernsthafte Angelegenheit. In einem solchen Falle gerieten sicher auch noch andere Dinge in Gefahr als nur eine Flottenbasis im Mittelmeer.

Alle Gründe sprechen also dafür, dass wir hartnäckig an unserer Neutralität festhalten und unser Möglichstes dazu tun sollen, M. Blums Regierung zu bestimmen, dass sie sich unserer Haltung anschliesse. Neutralität bedeutet nicht nur Enthaltung von aktiver Hilfe für die eine oder andere Seite.

H1668-0108

Sie bedeutet eine kühle objektive Geisteshaltung, ein Vermeiden jeder Parteinahme, so gross die Versuchung dazu auch sein mag. Sie gebietet auch, soweit es sich um Grossbritannien handelt, die Bereitwilligkeit, sich mit einer untergeordneten Rolle zu begnügen, nicht Führer oder Hauptakteur sein zu wollen. Wir müssen uns sorgfältig davor hüten, das lächerliche Verhalten zu wiederholen, dessen wir uns vor einem Jahr in der Abessinien-Angelegenheit schuldig gemacht haben. Wir dürfen keine Handlungen begehen, die über unsere Pflicht und unsere Interessen hinausgehen. Es hat keinen Sinn, noch einmal andere Völker bis zum Garten zu führen und dann davonzulaufen, wenn der Hund knurrt. Diese Erinnerung ist es, was mich beunruhigt, wenn ich lese, dass wir „scharfe Noten" geschickt und „energische Proteste" eingelegt haben. Der Schauplatz, auf dem der Weltfriede im Jahre 1937 am besten gesichert werden kann, ist eher Genf als Spanien.

Unterdessen wollen wir unsere Aufrüstung beschleunigen, denn die Weltgefahr wächst.

H1668-0109

RÜSTUNGSFINANZIERUNG

22. Januar 1937

Im Verlauf des Rechnungsjahres 1936—37 hat sich die Regierung bemüht, so viel Geld wie möglich für die Aufrüstung auszugeben, aber da sie sehr spät begonnen und nicht lang genug vorher Vorbereitungen getroffen hatte, war sie nicht imstande, so viel auszugeben, wie sie gewünscht hätte und wie es sicherlich notwendig ist. Die Verteidigungsvoranschläge für das Jahr, das seinem Abschluss entgegengeht, belaufen sich auf £ 160 Millionen, von denen nur £ 40 Millionen für die Luftverteidigung bestimmt sind. Es wird wahrscheinlich noch eine Reihe von Ergänzungsvoranschlägen folgen, die diese Zahlen vielleicht erhöhen. Aber ich zweifle sehr, ob die Regierung imstande sein wird, bis zum 31. März mehr als £ 180 Millionen für Verteidigungsmassnahmen auszugeben. Dies steht der Summe von £ 800 bis £ 1000 Millionen deutscher Ausgaben gegenüber, von denen wahrscheinlich mindestens £ 120 Millionen der Luftwaffe zugeführt werden. Es ist ganz bedeutend weniger als die £ 200 Millionen, welche Präsident Roosevelt in den Vereinigten Staaten ausgibt, obgleich diese glückliche Republik auf allen Seiten durch Tausende von Meilen breite Meere geschützt ist.

Nichtsdestoweniger kommt unser Aufrüstungsprogramm mit der Zeit in Schuss, und im Jahre 1937 werden die Ausgaben merklich steigen. Das Vorbereitungsstadium wird sich seiner Vollendung nähern, und alle Lieferanten werden wachsend grosse Teilsummen aufnehmen. Ich traue mir keine Schätzung darüber zu, wieviel sie verbrauchen werden. Das hängt davon ab, inwieweit die Regierung eine Beschleunigung des Programms auf Kosten eines Eingriffs in

H1668-0110

die Zivilindustrie für notwendig hält. Auf jeden Fall jedoch muss es eine sehr grosse zusätzliche Summe sein. Die Admiralität hat ein schönes Schiffsbauprogramm, welches das ganze Jahr hindurch mit voller Kraft durchgeführt werden wird. Die beiden grossen Schlachtschiffe werden im Verlauf dieses Jahres voll zur Zahlung gelangen, und zweifellos werden noch zwei oder drei begonnen werden, während die grosse Flotte von Kreuzern und Zerstörern eine bedeutende Summe erfordern wird. Die Erzeugung schwerer Geschosse und Torpedos und all der Ergänzungsmaterialien für die Flotte wird rasch und gleichzeitig steigen. Die Admiralität, die seit einer Reihe von Jahren grosse Rüstungswerke unterhält, ist, wie ich im vorigen Jahr betont habe, imstande, viel schneller das notwendige Tempo zu erreichen als die Luftwaffe oder das Heer.

Noch schwerer ist es zu mutmassen, wieviel das Luftfahrt-Ministerium wird ausgeben können. Je mehr auszugeben es imstande ist, desto besser. Wenn es dreimal so viel aufwenden könnte wie im letzten Jahr, wären wir viel sicherer und zufriedener, und es bestünde eine grössere Aussicht darauf, dass Grossbritannien in der Lage sein wird, in der Erhaltung des Friedens eine tatkräftige Rolle zu spielen. Es wird auch zu grossen Ausgaben für Geschütze und Munition, für Heer und Luftschutz kommen, ebenso für Tanks und mechanische Ausrüstung aller Arten. Obgleich unsere Programme sehr weit im Hintertreffen sind und im Verlauf des Jahres 1937 auch bleiben werden, obwohl die grossen Ergebnisse sich nicht vor 1938 zeigen können, werden die Ziffern dennoch sicherlich beträchtlich sein.

Der Schatzkanzler hat dank seiner glücklichen Handhabung unserer Finanzen unseren Kredit erfreulicherweise wiederhergestellt und auf ein ausserordentlich hohes Niveau gebracht. Der durch das Verteidigungsprogramm gesteigerte Wohlstand wird fraglos eine sehr beträchtliche Vergrösserung im Steuererträgnis jedes einzelnen Schillings der Einkommensteuer ergeben. Es muss im ganzen Lande, insbesondere in der Schwerindustrie, eine kolossale Anzahl von

H1668-0111

Firmen geben, die in den letzten Jahren sehr kleine oder gar keine Gewinne gehabt haben, die aber jetzt wieder zu Steuerträgern werden müssen, und die Regierung wird aus den Händen des Steuereinnehmers einen grossen Teil des Geldes zurückbekommen, das sie auf dem Weg über die Rüstungsdepartements ausgibt.

Es wäre sicherlich ein grosser Fehler, durch ein Massieren neuer Steuern in grossem Masstab das Gewerbe des Landes zu behindern und die Flut des Wohlstandes einzudämmen. Selbstverständlich wird es völlig unmöglich sein, die Ausgaben des Jahres 1937 ohne grosse Anleihen zu decken. Der Zustand des Geldmarktes und der öffentlichen Finanzen ist dafür überaus günstig. Es steht ausser Frage, dass eine Verteidigungsanleihe von mittlerer Lauffrist zu so niedrigem Zinsfuss aufgelegt werden kann, dass schon diese blosse Tatsache der Öffentlichkeit zur Ehre gereichen würde. Wie niedrig aber die Verzinsung auch sein mag, es darf niemals aus dem Gedächtnis verloren werden, dass die Regierung durch die Besteuerung von den Zinsen bei der Zahlung nahezu ein Viertel zurückerhält. Daher wäre die jährliche Belastung durch die Zinsen und einen speziellen Tilgungsfonds nicht gross. Dennoch scheint es notwendig, dass die Steuern zur Deckung dieser neuen Ausgaben für Zinsen- und Tilgungsdienst erhöht werden.

Mr. Chamberlain hat im vergangenen Jahr seine Einkommensteuer um 3 d. auf 4 s. 9 d. für das £ erhöht. Es würde sehr natürlich wirken, wenn er sie in diesem Jahr um weitere 3 d. auf volle 5 s. erhöhte. Das Ergebnis dieser zusätzlichen 3 d. würde den Dienst der neuen Anleihe mehr als decken. Wenn der Kanzler es für seine Pflicht hielte, eine solche Forderung zu stellen, würde ihn das Unterhaus bereitwilligst unterstützen, und die Steuerzahler würden darauf mit ihrem traditionellen Pflichtgefühl reagieren.

Wir können nicht eine lange Periode ins Auge fassen, in der Europa die Rüstungen weitertreiben und schliesslich auf ihrem grässlichen Höchstniveau erhalten wird. Die Ereignisse bewegen sich zweifellos einer Zuspitzung zu.

H1668-0112

Welchen Masstab immer man anlegt, Deutschland ist bankrott. In den nächsten zwei, drei Jahren, vielleicht schon viel früher, wird es entweder gezwungen sein, seine Rüstungsausgaben erheblich herabzusetzen, oder zu irgendeinem Verzweiflungsschritt verlockt werden. Wenn Deutschland sich dazu entschliesst, die ganze Welt in einen Krieg zu stürzen, kann niemand voraussagen, was für Schrecknisse die Zukunft uns bringen mag. Wir können jedoch sicher sein, dass ein solcher Krieg die Vernichtung der Zivilisation bedeuten würde, soweit Europa imstande war, eine solche aufzubauen und zu erhalten. Keine Grenzen sind abzusehen für das Elend der Menschheit während der Zeit des Kampfes oder für ihre lang währende Verarmung und ihren Verfall nach dessen Abschluss. Sollte das Naziregime in Deutschland sich von diesem furchtbaren Wahnsinn abwenden und nüchtern und aufrichtig die Wege des Friedens und des Wohlstandes gehen, dann wird es sicherlich auf allen Seiten nicht nur Garantien für die Unverletzlichkeit deutschen Bodens finden, sondern auch die gute Gesinnung freundschaftlicher Nationen, die jetzt entschlossen, rasch und einmütig zur gemeinsamen Verteidigung rüsten.

Ich für meine Person klammere mich an die bessere Hoffnung; aber, wie immer diese schwere Frage nach dem Geschick der Welt entschieden werden mag, es ist evident, dass Grossbritannien die Erweiterung seiner Verteidigungsprogramme bis zu den Grenzen des Möglichen durch eine Anleihe finanzieren und damit sein wirtschaftliches und finanzielles Leben auf dem höchsten Niveau der Kraft und Aktivität halten sollte.

DER EUROPÄISCHE FRIEDE

5. Februar 1937

Wir leben in unsicheren Zeiten. Wie erstaunlich ist es doch, dass die heutige Zivilisation Gefahren preisgegeben ist, von denen man meinte, die Welt hätte sie dank den Mühen des siebzehnten, achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts endgültig überwunden; und dass wir, mit dem ganzen komplizierten wissenschaftlichen Gebäude unserer Wirtschaft und unserer Finanzen, welches so vielen neu hinzugekommenen Millionen ihr Brot gibt, mächtigen Schlägen ausgeliefert sind, die weitaus jäher und von bedeutend grösserer unmittelbarer Entscheidungskraft sind als alle Schläge, die seinerzeit die Kimbern und Teutonen, die Parther, die Westgoten und die Gallier der Welt versetzen konnten. Die Hilflosigkeit und Unterwürfigkeit der Demokratie in den Händen führender ehrgeiziger Männer hat, zusammen mit den grossen Möglichkeiten moderner Raumüberwindung und Propaganda, viele Gemeinschaften in einen Zustand der Unsicherheit zurückgeworfen, den man sich bisher nur in Verbindung mit der Barbarei denken konnte. Überdies finden jetzt die Begierden und Hassgefühle des finstersten Mittelalters ihren Ausdruck in den furchtbarsten todbringenden Maschinen.

Man betrachte einen Staat wie die Tschechoslovakei, der unter einer populären Regierung die alten Traditionen Böhmens verkörpert, wo „Der gute König Wenzeslaus seine Freude hatt' am Stephansschmaus." Diese Gemeinschaft von fünfzehn Millionen mehr oder minder gebildeter Christen lebt Tag um Tag in der Furcht vor einem gewalttätigen Einmarsch, der eine eiserne Herrschaft nach sich zöge. Schon sehen sie die Direktiven, nach denen die reglemen-

H1668-0113

tierte deutsche Presse sie zu schmähen und ihnen vorzuwerfen hat, sie seien Kommunisten und bereiteten ihre Lufthäfen für einen russischen Angriff auf Deutschland vor. Nutzlos, ihre Unschuld zu beteuern, nutzlos, alle Möglichkeiten zu einer deutschen oder neutralen Inspizierung der von ihnen getroffenen Vorbereitungen zu bieten. Die Erziehung zum Hass geht weiter, gefördert durch Druckerpresse und Radio — also gerade die Instrumente, die, wie Philosophen hätten hoffen dürfen, die Menschheit von solchen Gefahren befreien sollten. So sind wir Zeugen, wie die Tschechen im neunzehnhundertsiebenunddreissigsten Jahr unseres Herrn ihre Grenzen wie rasend befestigen und im übrigen mit einer traurigen Gefasstheit wie in der Steinzeit der Möglichkeit entgegensehen, des Lebens, der Heimat und der Freiheit beraubt zu werden. Auf einen solchen Tiefpunkt ist also das Völkerrecht in Europa geraten. So jammervoll ist der Verfall, in dem die Christenheit und die europäische Völkerfamilie versinken.

Man beachte jedoch: der Wille eines einzelnen Mannes mit einer Handvoll eng verstrickter Bundesgenossen und einer Schar entschlossener gehorsamer Agenten könnte diese Propagandaflammen in wenigen Wochen gegen Belgien oder Holland richten, gegen Schweden oder die Schweiz, oder — nicht zu vergessen — gegen die britischen Inseln und das friedliche Reich, dem sie angehören. Wahrlich, in einer furchtbaren Lage sind alle Nationen infolge der Tatsache, dass an der Spitze mächtiger, von der Wissenschaft bewaffneter Völker militaristische Despoten stehen.

Diese Umstände waren es, die alle in Reichweite von Herrn Hitler Lebenden seine letzte Rede mit angstvoller Sorge erwarten liessen, in welche sich auch Hoffnung mischte. Faire Angebote der Freundschaft und wirtschaftlichen Hilfe für einen Übergang Deutschlands von der Kriegsvorbereitung zu friedlicher industrieller Tätigkeit, von der Isolierung zur Teilnahme am Welthandel, waren sowohl von Frankreich wie von Grossbritannien gemacht worden. Es wurde gehofft, dass diese Ouvertüren von zwei mächtigen und offensicht-

H1668-0114

lich den Frieden suchenden Staaten einigen Widerhall finden und dass bedeutende Worte des Friedens und der Beruhigung von diesem in eine so hohe Stellung gehobenen, begabten Mann gesprochen würden. Aber was war das Ergebnis? Es ist unsere Pflicht, der harten nackten Tatsache ins Auge zu sehen, dass die übermässige Rüstung Deutschlands weitergehen soll, ohne jede Rücksicht darauf, wie schwer die dem deutschen Volk auferlegten Opfer seien oder wie angespannt die Rohmaterialien-, die Ernährungs- und die Geldlage werden mögen. Mit jedem Tag, den dieser Prozess weitergeht, muss die Spannung in Europa wachsen. Zweitens halten Herrn Hitlers ominöses Schweigen über die Tschechoslovakei und seine üblichen antibolschewistischen Tiraden ganz Osteuropa in Bewegung und Unruhe. Drittens gibt der Nazichef Belgien und Holland die Versicherung, dass ihre Neutralität für alle Zeiten unverletzbar sei. Die Holländer haben sich immer ihre eigene Ansicht über solche Garantien gebildet. Von den Belgiern kann man unglückseligerweise nicht erwarten, sie könnten vergessen, dass diese selbe Unverletzlichkeit ihnen im Jahre 1839 nicht durch die Erklärung eines Einzelnen, sondern in einem feierlichen Vertrag mit der preussischen Regierung garantiert worden, und dass dieser Vertrag auch noch bindend war, als es zu den unglückseligen Ereignissen von 1914 kam. Frankreich wird versichert, dass ein deutscher Streit mit ihm unmöglich sei. Dazu hat es die Garantien, die in seiner prachtvollen Armee und seinen gewaltigen Grenzbefestigungen liegen. Trotzdem scheint es nicht ganz frei von Sorgen um seine Sicherheit zu sein.

Und wie steht es um Grossbritannien in diesem düsteren Bild? Der Hauptpunkt von Herrn Hitlers Argumentation ist gegen Mr. Eden und seine Reden gerichtet. Das Oberhaupt des deutschen Staates gebraucht gegenüber dem britischen Aussenminister im tiefsten Frieden das Wort „Ignorant". Die Nazis fordern offen die Übergabe der ehemaligen deutschen Kolonien. Diese so sehr mit Schwierigkeiten und Gefahren belastete Frage rückt als eines der Hauptziele der

H1668-0115

deutschen Politik in den Vordergrund, und schon lesen wir, dass die Führung einer Teilfehde gegen England eingesetzt hat. Jeden Tag kann der deutschen Presse anbefohlen werden, anklagend mit dem Finger auf England zu zeigen. Die Einschränkungen und Entbehrungen, die Herabsetzung der Löhne und neuerdings auch bis zu einem gewissen Grade die Behinderung von Kleinbetrieben in Deutschland kann jeden Augenblick darauf zurückgeführt werden, dass „England" die deutschen Kolonien mit all den gewaltigen Vorräten an Lebensmitteln und Rohmaterialien, die sie angeblich liefern können, gestohlen habe. Es wird uns gesagt, wir sollten uns über den Ton freuen, in dem Herrn Hitlers Äusserungen gehalten seien. Der Diktator hat gesprochen, und kein neues Übel ist über uns gekommen. Die Tore zu einer friedlichen Regelung sind nicht aufgetan worden, aber ebenso wenig sind die Tore zum Krieg geöffnet worden. „Schlimmstenfalls", so wird gesagt, „macht die Rede nichts schlechter, wenn sie auch nichts besser macht. Es ist eine Rede zum 'Zeitgewinnen'."

Aber vielleicht ist es gerade Zeit, was Deutschland braucht. Von allen Seiten hören wir, dass der deutsche Generalstab erklärt habe, das deutsche Heer sei im Augenblick noch nicht für einen grösseren Krieg bereit, dass er sich geweigert habe, die Verantwortung für die Entsendung eines grösseren Truppendetachements nach Spanien zu übernehmen, dass er noch Zeit für die Heranbildung der Offiziersklasse brauche. Natürlich erwarten die deutschen Heerführer von ihren politischen Chefs, dass das deutsche Volk nicht wieder in einen Kampf geführt wird, in welchem es die ganze Welt — zumindest meinungsmässig — gegen sich hätte und an welchem wahrscheinlich einige mächtige Nationen teilnehmen würden. Vielleicht haben wir noch eine Atempause.

Aber wo liegt die Sicherheit für den europäischen Frieden? Sie ist nirgends zu finden als in der Vereinigung vieler wohlbewaffneter Staaten, grosser und kleiner, auf der Basis des Völkerbundspaktes. Vielleicht ist sie nur zu finden, wenn

H1668-0116

die Verteidigungsgruppen der gefährdeten Länder, welche sich im Osten und Westen Europas gebildet haben und bilden, sich auf der Grundlage der Völkerbundsatzung zusammenschliessen. Wenn es jemals einen Augenblick gegeben hat, in dem ein Bund zur gegenseitigen Verteidigung gegen unprovozierte Angriffe gebildet werden sollte, so ist er jetzt im Laufe dieses Jahres 1937 da. Dann ist es durchaus nicht ausgeschlossen, dass eine mögliche deutsche Explosion sich nach innen richte, statt die umgebenden Länder zu verwüsten.

H1668-0117

FRANKREICH STEHT VOR EINER NEUEN KRISE

19. Februar 1937

Als ich im Frühherbst 1936 das letzte Mal über die französische Lage schrieb, hörten wir von allen Seiten ein Geflüster und Geraune, dass es in Frankreich im Oktober zu einer Revolution kommen werde. Eine Welle industrieller Störungen ging durch das Land. Man glaubte, dass die Regierung Blum, die von den neu gewählten Kommunisten gestützt wurde, völlig ausserstande sein werde, Frieden und Ordnung zu schaffen oder zu erhalten, dass Frankreich „denselben Weg wie Spanien" gehen und dass die Rechte vielleicht irgendeine gewaltsame Gegenbewegung einleiten werde. Ich erlaubte mir damals, dieser Bangemacherei entgegenzutreten, auf die grosse Stabilität Frankreichs und die allgemeine Loyalität der Franzosen gegenüber ihren republikanischen Einrichtungen hinzuweisen und vorauszusagen, „dass Frankreich aus dem Winter stärker hervorgehen werde, als es in ihn eingetreten sei." Im wesentlichen hat sich all dies als wahr erwiesen.

Die gewaltsame Manifestation der unzufriedenen Arbeiterklasse und ihre Forderung nach verbesserten Bedingungen, ihre Zusammenstösse mit den Arbeitgebern, die lange Reihe von Streiks und Aussperrungen, alles ist vorüber gegangen, ohne dass es zu ernsthaften physischen Kämpfen oder zur Vernichtung von Leben und Eigentum gekommen wäre. Frankreich ist heute an der Arbeit. Die gewalttätigen Kommunisten haben bedeutend an Boden verloren. Der rote Ballon, der im vergangenen August aufgeblasen wurde und hochstieg, schrumpft im Februar zusammen und sinkt. Die Unterdrückung des Kommunismus, die in Spanien vor sich geht, die wilden Spaltungen zwischen den Anhängern

H1668-0118

Stalins und Trotzkis in der kommunistischen Partei haben zu diesem Schwächungsprozess noch beigetragen. Ausserdem haben die französischen Kommunisten, das muss offen zugegeben werden, sich und ihren gewaltsameren Anhängern wenn auch nicht im Interesse Frankreichs um seiner selbst willen, sondern Frankreichs in seiner Eigenschaft als Gegner des deutschen Nazismus viele Beschränkungen auferlegt. Der aus sehr fähigen Männern zusammengesetzten Regierung M. Blums ist es gelungen, die inneren Schwierigkeiten in erheblichem Ausmass beizulegen, und gleichzeitig hat sie ihre Fähigkeit bewiesen, die ganze Kraft Frankreichs in den Dienst der nationalen Verteidigung zu stellen. Es ist fraglich, ob unter einer anderen politischen Gruppierung so viele zufriedenstellende Massnahmen zur Stärkung der Streitmacht hätten durchgeführt werden können — sicherlich wäre eine so allgemeine Billigung sonst nicht möglich gewesen. Die Beziehungen zwischen Militär und Regierung sind beispielhaft. Welche Chefs immer das Parlament dem Heer gibt, sie finden guten Willen und Gehorsam bei ihm, und diese Chefs tun, welche parteipolitische Vergangenheit sie auch hinter sich haben mögen, mit ganzem Herzen ihre Pflicht.

Drittens sind die Aktivität und der Einfluss der Regierung Blum auf aussenpolitischem Gebiet erfolgreich oder zumindest wohltätig gewesen. Es gab niemals seit dem Krieg eine Zeit, in der engere und bessere Beziehungen zwischen den Regierungen Frankreichs und Grossbritanniens bestanden hätten. Noch gab es jemals eine Zeit, in der die beiden westlichen Demokratien in der gemeinsamen Sache des Friedens und der Freiheit reibungsloser zusammengearbeitet hätten. Am bemerkenswertesten waren selbstverständlich die auf beiden Seiten des Kanals unwidersprochen gebliebenen öffentlichen Erklärungen, dass im Falle eines unprovozierten Angriffes auf eines der beiden Länder Grossbritannien und Frankreich als Einheit zu betrachten seien.

Diese bemerkenswerten Ereignisse haben zu günstigen Reaktionen in ganz Europa geführt, und bei vielen Staaten,

H1668-0119

sowohl grossen wie kleinen, lässt sich eine erneute Bereitschaft konstatieren, sich gegen unprovozierte Angriffe zusammenzutun, schon im vorhinein wirksame Massnahmen zur Verteidigung und Zusammenarbeit zu treffen und sich dafür einzusetzen, dass die Satzung des Völkerbundpaktes zu einer Wirklichkeit werde. Auch nur einen Augenblick lang vorgeben zu wollen, dass die Gefahr, der Europa ausgesetzt ist, nicht wachse, wäre grotesk. Aber auch die Massnahmen gegen diese Gefahr werden vermehrt. Wenn sich das Bild verdunkelt hat, so ist die Atmosphäre klarer geworden und hat alles schärfere Umrisse gewonnen. Bei dieser Sammlung der Kräfte, die sich für eine friedliche und tolerante Lösung der Weltprobleme einsetzen, hat M. Blum persönlich einen grossen Dienst geleistet. Ja, man muss sagen, kein anderer Franzose hätte es in seiner Macht gehabt, an diesem speziellen Punkt im Leben Frankreichs oder Europas so viel für das gemeinsame Gute zu leisten.

Aber jetzt sieht er sich einer Krise gegenüber, die von ganz anderem Rang ist als die überwundenen. Die den städtischen Lohnverdienern gemachten Konzessionen in Arbeitszeit und Entlohnung stehen in nur unvollkommenem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Realitäten. Die unmittelbare allgemeine Einführung der Vierzigstundenwoche hat im Verein mit den Lohnerhöhungen allen Betrieben, insbesondere den Eisenbahnen schwere zusätzliche Defizite aufgebürdet. Nicht weniger als 60.000 Mann mussten neu eingestellt werden. Die in Frankreich so zahlreichen kleinen Unternehmer, die selbst mit ihren zwei bis drei Leuten arbeiten, sind in die grössten Schwierigkeiten gestürzt worden. In manchen Fällen braucht der vom Gesetz geschützte einzige Arbeiter des Betriebes nahezu das ganze Erträgnis des Zwei-Mann-Unternehmens auf und zwingt den sogenannten „Patron" dazu, sich von seinem Mitarbeiter zu trennen und allein in einem kleineren Masstab sein Möglichstes zu tun. Die gewaltige Schicht der kleine Gehälter beziehenden Beamten, welche im Leben Frankreichs eine so grosse Rolle spielt, muss sich infolge der unvermeid-

H1668-0120

lichen Steigerung der Lebenshaltungskosten einschränken. Das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land ist gestört worden. Der Handarbeiter, der nur vierzig Stunden in der Woche arbeitet und einen grösseren Lohn bezieht, leistet der Gemeinschaft nicht mehr Dienste, die im richtigen Verhältnis zu den von dem Bauern und dem Landwirt gebrauchten Leistungen stehen. Zu all diesen Sozialausgaben sind die vordringlichen Bedürfnisse der Landesverteidigung gekommen, welche zu gleicher Zeit in grosszügigstem Masstab befriedigt werden müssen.

Bis jetzt war im Geldausgeben für sämtliche Schwierigkeiten, äussere und innere, denen sich die Regierung gegenübersah, ein Allheilmittel zu finden. Aber nun macht sich die Finanzfrage selbst gebieterisch geltend. Ich möchte die überaus tüchtige, tapfere und patriotische Regierung, der M. Blum vorsteht, nicht mit den ohnmächtigen Schwatzmäulern und Verschwendern vergleichen, an deren Spitze Mr. MacDonald Grossbritannien in die Krise von 1931 führte. Aber Frankreich ist heute von einer Krise heimgesucht, deren Charakter unserer damaligen sehr ähnlich ist. Die Preise schnellen zu einer Höhe empor, auf der sie den Exporthandel ebensosehr schädigen wie die Kleinrentner. In ihrem Gefolge kommen vielleicht Forderungen nach weiteren Lohnerhöhungen lediglich zur Erhaltung eines Teils derjenigen Gewinne, die die französischen Arbeiter im Herbst gewonnen zu haben glaubten.

Es scheinen zwei Wege offen zu stehen. Der erste ist äusserst gefährlich; er bestünde darin, dass die Regierung sich bestrebt, die Preise — und infolgedessen alles andere — auf einem willkürlichen Niveau zu fixieren. Das würde wenig anderes bedeuten als die Einführung des gegenwärtigen deutschen Systems und würde den Handel und die Industrie Frankreichs all jener fruchtbaren Elastizität berauben, die ein Beweis für die Richtigkeit wirtschaftlicher Methoden ist und von der der Reichtum der Nationen herrührt. Der zweite Weg, auf welchen gleichfalls die britische Erfahrung hinweist, wäre die Bildung einer noch kräftigeren, auf breiterer

H1668-0121

Grundlage ruhenden Regierung in Frankreich, ähnlich der nationalen Koalition, durch die Grossbritannien so rasch aus seinem Missgeschick herausgeführt wurde.

Angesichts der Kriegsgefahr, welche durch jede Schwächung Frankreichs beträchtlich näher gerückt würde, muss man es für die Pflicht der französischen Staatsmänner aller Parteien halten, dass sie grosse Opfer der persönlichen Meinung und Parteibindungen bringen, um die höchsten Ziele zu sichern, für die der Staat existiert. Im Hintergrund wartet die für den Franzosen so neue und uns so vertraute Möglichkeit einer verfrühten Parlamentsauflösung und eines neuen Appells an die Wählerschaft. Mittlerweile können wir, mit welchen Mitteln immer diese finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten behoben werden mögen, zuversichtlich darauf bauen, dass die Sicherheit und die allem zugrunde liegende Einigkeit Frankreichs keinen wesentlichen Schaden erleiden werden.

H1668-0122

DEUTSCHLANDS ANSPRUCH AUF KOLONIEN

5. März 1937

Ich gehörte zu den Leuten, die Herrn von Ribbentrops Ernennung zum Londoner Botschafter begrüssten. Obgleich die Beziehungen zwischen Grossbritannien und Deutschland von den Gezeiten der Ereignisse in Europa und der ganzen Welt regiert werden, könnten die Bemühungen eines ausgezeichneten Mannes, der das engste Vertrauen der herrschenden Mächte Deutschlands geniesst, sehr wohl jenen klärenden und beruhigenden Einfluss ausüben, der zur Erhaltung des gegenseitigen guten Willens beiträgt. Aber es lässt sich nicht leugnen, dass Schwierigkeiten verursacht werden, wenn ein diplomatischer Auslandsvertreter gleichzeitig im eigenen Land die Rolle eines aktiven Parteiführers und Politikers spielt. Die Schwierigkeiten gewinnen deutlichere Umrisse, wenn dieser Auslandsvertreter die Antwort auf eine vertrauliche Unterredung mit dem britischen Aussenminister in einer öffentlichen Ansprache in Deutschland gibt. Das sind jedoch Fragen der Gewohnheit und Methode und sind von völlig untergeordneter Bedeutung gegenüber dem Problem, mit dem sich Herr von Ribbentrop befasste.

Der Beschluss Deutschlands, das Kolonialproblem in den Vordergrund zu rücken und insbesondere gegen England zu betreiben, wird den Stand beider Länder zueinander nicht leichter machen. Mr. Eden erklärte im Juli vorigen Jahres: „Die Frage der Übertragung von Mandatsgebieten würde unweigerlich ernste Schwierigkeiten moralischer, politischer und juristischer Natur zeitigen, für welche die Regierung Seiner Majestät bis jetzt keine Lösung zu finden imstande war." Das war keineswegs eine persönliche Äusserung des Aussenministers. Eine lange Reihe von Überlegungen im

H1668-0123

Schosse des Kabinetts hatte zu dieser Erklärung geführt. Dass dieser Satz auch heute noch die Meinung des Kabinetts ausdrückt, steht ausser Frage. Wenn sich überhaupt etwas geändert hat, kann es wohl nur im Sinne einer Versteifung des Standpunktes sein. Der letzte Ausspruch Mr. Edens nach Herrn von Ribbentrops Rede ist bemerkenswert: „Die Regierung hat keinerlei Gebietsübertragung in Betracht gezogen, noch zieht sie eine solche in Betracht." Auf jeden Fall haben sich die Ansichten innerhalb der konservativen Partei und des Parlaments im ganzen in einem Sinn kristallisiert, der der deutschen Anregung ausgesprochen entgegengesetzt ist. Die überwältigende Stimmungsäusserung der Parteikonferenz in Bornemouth sollte nicht unbeachtet bleiben. Im Unterhaus dürfte die deutsche Forderung bei keiner der Parteien, welche eben noch in direktem Kontakt mit ihren Wählerschaften waren, auf Sympathie stossen.

Die einflussreichsten Kräfte der konservativen Partei haben sich ausnahmslos auf das entschiedenste gegen jede Übertragung von Gebieten oder Untertanen unter eine fremde Flagge ausgesprochen. Die sozialistische Opposition würde, obwohl sie vielleicht mit dem Gedanken spielt, die Kolonien aller Länder sozusagen zu Mündeln des Völkerbundes zu machen, gegen die Aushändigung von Millionen Eingeborener an das Naziregiment, in dem sie die grösste Gefahr für Demokratie und Freiheit sieht, fraglos hartnäckigen Widerstand leisten. Die kleine Gruppe Liberaler wäre gewiss bereit, die Frage im allgemeinen Interesse der europäischen Befriedung zu diskutieren. Aber dies wäre nur einer der drei bis vier Faktoren, die ihnen für jede allgemeine Regelung unentbehrlich erscheinen würden. Die Bedingungen, auf denen sie wohl bestehen dürften, wären ungefähr erstens ein augenblickliches Abstoppen der deutschen Kriegsvorbereitungen und Abrüstung in nicht unwesentlichem Masstab; zweitens die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund und seine volle Mitarbeit an der Sache des Weltfriedens; drittens, in Gemeinschaft mit an-

H1668-0124

deren Ländern, eine wirksame Änderung der deutschen Politik der Wirtschaftsisolation und eine Abschwächung der Schranken gegen freieren Handel und Verkehr. Man wird wahrscheinlich der Ansicht sein, dass eine Bereitschaft, auf dieser Basis über die Rückgabe der Kolonien an Deutschland zu diskutieren, in ihren Ergebnissen zur Zeit sich nicht im mindesten von einer Weigerung unterscheiden würde.

Das Unterhaus ist also in praxi fest gegen jede Konzession, und es ist überaus unwahrscheinlich, dass die Regierung, selbst wenn sie — was nicht der Fall ist — anderer Meinung wäre als das Haus, sich in irgendeiner Beziehung von den allgemeinen Erklärungen des Aussenministers distanzieren würde. All diese Widerstandskräfte würden selbstverständlich von jedem, auch nur dem geringsten Druck, und noch mehr von Drohungen verstärkt und zusammengeschweisst werden. Aus diesem Grunde hat die Anspielung des Botschafters auf „die eigene Kraft des deutschen Volkes" gelegentlich seiner Leipziger Rede Aufmerksamkeit erregt. Ich interpretiere sie in ihrem Zusammenhang, jedoch nicht als Drohung. Es wird davon nicht als von einer Alternative zur Rückgabe der Kolonien gesprochen, sondern als von einem Mittel, mit dessen Hilfe das deutsche Volk seinen heimischen Wohlstand fördern mag. In dieser Auslegung würde das Wort im ganzen britischen Reich nur Sympathien erwecken. [1]) Eines unserer wichtigsten Interessen gilt einem zufriedenen, wohlhabenden Deutschland, und es ist der erklärte Wunsch der britischen Regierung und der britischen Nation, mit Deutschland, Frankreich und anderen Grossmächten zum gemeinsamen Besten und zur gegenseitigen Förderung der Sicherheit zusammenzuarbeiten.

Es ist jedoch überaus fraglich, ob Deutschland gut beraten wäre, wenn es zu diesem Zeitpunkt die Kolonialfrage aufwirft und verficht. Wenn in dieser Angelegenheit eine fertig klischierte flammende Propaganda im deutschen Volk

[1]) Herr von Ribbentrop stattete mir seinen Dank für die Klarstellung dieses Punktes ab und bestätigte die von mir geäusserte Ansicht vollinhaltlich.

H1668-0125

eingeleitet wird, so ist es unvermeidlich, dass ein langsam wachsender latenter Antagonismus von der Art gefördert wird, wie er vor dem Weltkrieg durch das Anwachsen der deutschen Flotte ausgelöst wurde. Zweifellos würde sich das als gefährliches Hindernis für den persönlichen Erfolg Herrn von Ribbentrops bei seiner Mission erweisen. Es würde nur dazu beitragen, diejenigen Nationen, die aus dem einen oder anderen Grunde in stets wachsender Besorgnis über die Endziele der Naziregierung leben, einander auf der Grundlage der Völkerbund-Satzung näherzubringen. Darum ist zu hoffen, dass Herr Hitler wie ein guter Diplomat die Frage nicht zu einem Punkt vortreiben wird, wo sie einer unverhohlenen Zurückweisung begegnen müsste.

Wer zu sehen wünscht, wie stark die Stellung ist, die hinter einer solchen Ablehnung bezogen werden könnte, sollte die soeben von der Britischen Reichswirtschaftsunion publizierte bewundernswerte Broschüre lesen: „Das britische Kolonialreich und die deutschen Ansprüche". Es ist nicht daran zu zweifeln, dass alle anderen Mächte, die ehemals deutsche Kolonien als Mandate verwalten, in ihrer eigenen Art eine ähnliche Haltung einnehmen werden. Es wäre tausendfach schade, wenn die öffentliche Meinung Deutschlands durch die extremen deutschfreundlichen Elemente auf unserer Insel irregeführt werden sollte. Diese Kreise sind völlig ausserstande gewesen, das Zustandekommen eines Verhältnisses zwischen Grossbritannien und Frankreich zu verhindern, das praktisch auf ein Defensivbündnis gegen unprovozierte Angriffe hinausläuft. Noch einflussloser werden sie sein, sollte diese Kolonialkontroverse bedauerlicherweise allzu sehr in den Vordergrund rücken.

H1668-0126

DER WIEDERAUFBAU DER SCHLACHTFLOTTE

22. März 1937

Der Beschluss der Regierung Seiner Majestät, die Schlachtflotte in einem solchen Tempo wiederaufzubauen, dass jährlich zwei bis drei Schlachtschiffe vom Stapel gelassen werden, und gleichzeitig, neben dem sehr umfangreichen Bauprogramm für Kreuzer, Zerstörer, U-Boote und kleinere Fahrzeuge, die existierende Schlachtflotte zu modernisieren und zu erhalten, stellt ein Ereignis ersten Ranges für Europa und die Welt dar. Diese Ankündigung, die unmittelbar nach der Bekanntgabe des übrigen britischen Aufrüstungsprogramms erfolgte, ist in fast allen Nichtdiktaturländern und sogar in einigen Diktaturländern mit offener Freude begrüsst worden. So verschiedene Länder wie Schweden und die Türkei, Holland und die Schweiz, die Tschechoslovakei und Griechenland haben sich mit den Grossmächten im Völkerbund vereint, um ihrer Befriedigung und Erleichterung Ausdruck zu geben. Der schwedische Aussenminister, Herr Sandler, gebrauchte bei seiner diese Woche erfolgten Ankunft in London einen bemerkenswerten Ausdruck über das britische Aufrüstungsprogramm, als er es als „ein Bollwerk des Friedens" bezeichnete. In Anbetracht der Tatsache, dass Schweden im letzten Krieg neutral war und von uns oft für deutschfreundlich gehalten wurde, dass es ein Ostseestaat ist, der enge wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu Deutschland unterhält, und dass die Schweden ein starkes Interesse an der Völkerbund-Satzung an den Tag legen, müsste eine Erklärung dieser Art die Bevölkerung dieses Landes nachdrücklich darüber beruhigen, dass die Motive, welche die britische Regierung leiten, von den friedliebenden Mächten auf dem Kontinent nicht missverstanden werden.

H1668-0127

Auch in den Vereinigten Staaten ist die Reaktion überaus günstig gewesen. Die Regierung Präsident Roosevelts wird zweifellos ihr unbestrittenes Recht, bis zur Parität mit England zu bauen, geltend machen, und auf der anderen Seite des Atlantik wird eine imposante Reihe von Flottenbauprogrammen zur Durchführung gelangen. Die zwei englisch sprechenden Völker werden gleichzeitig zehn der neuesten und stärksten Schlachtschiffe, die jemals dem Dienst übergeben wurden, in Bau haben. Die Vereinigten Staaten haben nicht Klage darüber geführt, dass das britische Flottenbauprogramm ihnen ungebührliche Kosten für die Aufrechterhaltung der Parität auferlegt. Im Gegenteil, viele Zeichen weisen darauf hin, dass sie die Gelegenheit begrüssen, ihre eigene Sicherheit in diesen gefährlichen Jahren zu vergrössern.

Es war entschieden ein sehr günstiger Umstand, dass die Regierung Japans Grossbritannien und die Vereinigten Staaten von allen Begrenzungen der Schiffszahl befreite. Den Japanern war das Verhältnis 5 : 5 : 3 nicht recht. Aber es wird in der Praxis sehr schwierig für sie sein, angesichts des raschen Bautempos und der gewaltigen Hilfsquellen beider englisch sprechenden Demokratien auch nur dieses Verhältnis aufrecht zu erhalten. Selbst wenn Japan seine Zuflucht zu schwereren Geschützen und grösserer Tonnage nehmen sollte, würde dies nichts daran ändern. Andererseits besteht für Japan nicht die geringste Notwendigkeit, besorgt zu sein, denn die Vereinigten Staaten und Grossbritannien sind seit langer Zeit die traditionellen Freunde und Helfer des modernen Japan. Überdies könnten die Japaner sich durch den Beitritt zum Völkerbund in den Genuss der wachsenden Vorteile und Garantien setzen, die sich aus seiner wiederbelebten Stärke ergeben werden.

Was Deutschland betrifft, so bleibt alles auf der Grundlage des englisch-deutschen Flottenabkommens von 1935. Dieses Instrument gibt Deutschland die Freiheit, bis zu 35 % der britischen Tonnage zu bauen. Die jetzt erfolgende umfangreiche Vergrösserung dieses Schiffsraumes wird

H1668-0128

Deutschland für etliche Jahre einen weiten Spielraum für seinen Flottenbau geben. Es gewährt grosse Befriedigung, zu hören, dass die Naziregierung den Flottenvertrag streng einhält, und ausserdem überzeugt zu sein, dass es ihr noch eine Zeitlang schwer fallen würde, ihn zu brechen, selbst wenn sie sich dazu versucht fühlen sollte. Die Stahlknappheit und die gewaltige Preissteigerung, insbesondere für Kriegsmetalle, erleichtert die spätere Fortführung der gewaltigen deutschen Aufrüstung keineswegs.

Bleibt das Mittelmeer. Ich habe mit Beifall das englisch-italienische Abkommen begrüsst, welches sich für Freundschaft, guten Willen und gegenseitige Achtung vor den Verbindungslinien durch dieses Binnenmeer einsetzt. Es wäre unaufrichtig, vorgeben zu wollen, die öffentliche Meinung Grossbritanniens sei nicht von dem Zynismus entsetzt worden, mit dem das spanische Nichtinterventionsabkommen durch den in grossem Masstab erfolgenden Transport mehrerer Divisionen des italienischen Heeres nach Spanien verletzt wurde. Wenn der Duce in der ganzen Welt als Schutzherr des Islam akklamiert zu werden sucht, ist es für uns nur natürlich, daran zu denken, dass es im britischen Weltreich etwa hundert Millionen Mohammedaner gibt und dass der König-Kaiser der Souverän des grössten Teiles derer ist, die sich zum mohammedanischen Glauben bekennen. In Ägypten mag durch die „für Touristenzwecke" erbaute, fast zweitausend Kilometer lange wunderbare neue Strasse von Libyen zur ägyptischen Grenze einige Besorgnis erregt werden. Aber keiner dieser Gedanken sollte auch nur im geringsten die Kraft der freundschaftlichen Versicherungen schwächen, die Grossbritannien und Italien betreffs des Mittelmeeres ausgetauscht haben.

Vor dem Krieg stellte das rasche Wachstum und die grosse Stärke der deutschen Flotte, wie schon erwähnt, die Admiralität, an deren Spitze ich damals stand, vor die Notwendigkeit, das Mittelmeerschlachtschiffgeschwader für die damals durchgeführte grosse Konzentration in der Nordsee abzuberufen. Wir waren gezwungen, die Mittelmeerinteres-

H1668-0129

sen Grossbritanniens für die in Betracht kommende Zeit lediglich einem Panzerkreuzergeschwader und der Freundschaft Frankreichs anzuvertrauen. Glücklicherweise stehen wir heute nicht derartigen Schwierigkeiten gegenüber. Es müsste Grossbritannien möglich sein, im Mittelmeer oder in leichter Nachschubdistanz nicht nur ein Linienschiffgeschwader von unvergleichlicher Stärke, sondern auch die notwendigen Einheiten aller anderen Kriegsschiffklassen beständig zu unterhalten. Die technischen Entdeckungen seit dem Krieg haben die Wirksamkeit des U-Bootes sehr herabgemindert und die Gefahren, unter denen es arbeitet, bedeutend vermehrt, und dies sogar an dem Augenblick gemessen, da der U-Boot-Krieg endgültig entschieden war. Soweit man aus dem spanischen Krieg schon etwas lernen kann, hat es den Anschein, dass die Behauptungen der Experten der Luftwaffe, sie könnten Kriegsschiffe ganz nach Lust und Laune zerstören, bis jetzt, um es milde auszudrücken, nicht bewiesen worden sind. Ganz allgemein gesagt, liegt die Beherrschung der Meere noch immer bei den grossen Flotten, die keineswegs infolge der neuen Angriffsmethoden veraltet sind. Diese Tatsache sollte auch der Stabilität und dem Frieden nicht nur im Mittelmeer, sondern in weiteren Räumen zustatten kommen.

H1668-0130

KÖNNEN DIE MÄCHTE SPANIEN DEN FRIEDEN BRINGEN?

2. April 1937

Weder der spanische Bürgerkrieg noch seine Auswirkungen auf Europa nehmen mit dem Verlauf der Zeit an Ernsthaftigkeit ab. Die Verlängerung des Kampfes ist für Franco nicht günstig. Grosse Gefahren und viele Fehlschläge haben die verschiedenen grausamen Sekten der Kommunisten, Sozialisten und Anarchisten, unter deren Einfluss die Regierungen in Valencia und Katalonien stehen, gezwungen, sich einer stets wachsenden militärischen Disziplin zu unterwerfen. Hinter den Fronten der Regierung entstehen und entwickeln sich Truppen, die bereits gelernt haben, zu manövrieren und anzugreifen. Die sogenannte Internationale Brigade, zusammengesetzt aus den fanatischesten Revolutionären Europas und wahrscheinlich 25.000 Mann zählend, hat, unterstützt von den starken russischen Flugzeugen und Tanks, zahlenmässig mindestens gleich starken regulären italienischen Truppen eine schwere und demütigende Niederlage zugefügt. Fraglos hat dieser den italienischen Prätentionen zugefügte Schlag im grösseren Teil der Welt, selbst in Kreisen, die Francos Sieg willkommen heissen würden, Zufriedenheit und Freude erweckt. Die deutschen Militärsachverständigen, welche ihre schlechte Meinung von den Italienern als Soldaten nie mit Erfolg verborgen haben, sehen ihre Befürchtungen hinsichtlich des Wertes, den Italien als Verbündeter hat, erneuert und verdoppelt.

Trotzdem wäre es voreilig, anzunehmen, dass diese hastig in den spanischen Kampf geworfenen italienischen Freiwilligen, die keine nationale Sache hinter sich stehen haben und

H1668-0131

deren Schwarzhemdenbegeisterung schon sehr abgenutzt ist, wirklich charakteristisch für die Qualitäten des riesengrossen italienischen Heeres seien. So leicht, wie Diktatoren Reden halten, geben Frontsoldaten nicht ihr Leben hin. Wer weiss, wie tapfer die Italiener im Weltkrieg zur Verteidigung von Heim und Herd gekämpft haben, wird sicherlich nicht der Meinung sein, dass irgendetwas, das in Spanien geschehen ist, Rückschlüsse auf die Ehre der italienischen Armee erlaubt, und Signor Mussolini hat völlig recht, wenn er diese Episode kühl behandelt und in ihr mehr ein politisches Hemmnis als eine ernsthafte Verletzung der Nation sieht. Ein ähnliches politisches Hemmnis hat der deutsche Diktator, Herr Hitler, erlitten, der so brennend wünschte, das blinkende Schwert Preussens auf dem spanischen Kriegsschauplatz zu schwingen, und von seinen eigenen Heereschefs mit Erfolg gebremst wurde. Er ist im Verlauf der letzten Monate bei den Armeeführern einem gelassenen, aber entschlossenen Widerstand gegen eine übertriebene Ausdehnung seiner Intervention in Spanien begegnet, und es steht ausser Frage, dass das deutsche Volk seine Söhne nicht gern in einen nicht deutschen Kampf schicken liess und dass auch die Söhne selbst in ihrer Mehrzahl dabei keinen grossen Eifer an den Tag legten.

Trotz allem Schwindel und Humbug, der Mr. Edens Nichtinterventionsausschuss dem Spott preisgegeben hat, konnte er für eine beträchtliche Einschränkung der ausländischen Einmischung in Spanien sorgen. Mehr als das, er hat den Anschein, und mehr als den Anschein einer Zusammenarbeit unter den Grossmächten gewahrt, die auf einander entgegengesetzten Seiten stehen. Alles zeigt, wie recht Grossbritannien damit gehabt hat, betont neutral zu sein und seine französischen Freunde durch Zureden vor allzu grosser Erregung zu bewahren. Ja, es mag M. Delbos ein Trost gewesen sein, dass er vor seinen linksradikalen Heissköpfen über das Fehlen leidenschaftlicher Phantasie in der britischen Demokratie und den völligen Mangel von Parteinahme auf den britischen Regierungsbänken klagen

H1668-0132

konnte. Diese spanische Tragödie muss mit hartnäckiger Ausdauer auf ihre wahren Proportionen beschränkt werden, und es muss, soweit dies möglich ist, dafür gesorgt werden, dass nur spanisches Blut in ihr fliesst. Dieses Blut fliesst, Gott sei's geklagt, nicht nur an den Kampffronten, sondern auch weit hinter ihnen. Die abscheulichen Grausamkeiten und die Ermordungen hilfloser Menschen, die Klassen angehören, nach deren Ausrottung die Kommunisten und Anarchisten dürsten, gehen in Barcelona noch immer weiter. Die Enthüllungen über die Vorgänge während des roten Terrors in Malaga, unter dem etwa zehntausend harmlose Menschen in der gemeinsten Weise abgeschlachtet wurden, sind vor kurzem durch einen glaubwürdigen britischen Zeugen bestätigt worden, durch Major Yeats-Brown, den Autor des bekannten Buches „Bengal Lancer". Die gefesselten Leichen niedergemetzelter Geiseln, welche das Meer an die französischen Küsten spült, bringen dem französischen Volk die grauenhaften Wirklichkeiten des spanischen Konflikts nahe.

Niemand kann bezweifeln, dass grimmige Vergeltung von der nationalistischen Regierung geübt wurde. Friede und Ordnung herrschen in den weiten Gebieten des nationalistischen Spanien, und Industrie und Ackerbau nehmen ihren Gang. Die Züge verkehren. Lebensmittel und Benzin können unbehindert gekauft werden. Alle Schicklichkeitsformen des zivilisierten Lebens zeigen sich an der Oberfläche, aber die geringsten Anzeichen von Unzufriedenheit werden mit prompten, unbarmherzigen Hinrichtungen unterdrückt. Es ist überraschend, dass Franco noch immer nicht imstande gewesen ist, nach so vielen Ausbildungsmonaten eine grössere Anzahl disziplinierter Parteitruppen ins Feld zu führen. Es war sicherlich ein grosser Fehler, italienische Divisionen den Hauptstoss bei einem Angriff auf Madrid führen zu lassen, und es erscheint unglaubhaft, dass sie eingesetzt worden wären, wenn nationale Streitkräfte zur Verfügung gestanden hätten.

Es steht ausser Frage, dass Franco, wenn er siegt, nicht in der Lage sein wird, die britischen und französischen In-

H1668-0133

teressen im Mittelmeer zu stören. Er wird ganz und gar von seinen eigenen innenpolitischen Problemen in Anspruch genommen sein. Die Deutschen und Italiener werden auf die spanische Politik wenig oder gar keinen Einfluss haben, sobald das Feuern einmal aufgehört hat. Ja, die Welt mag dann ein Beispiel spanischer Undankbarkeit grössten Ausmasses und heilsamsten Charakters sehen. Die Macht zur See wird die Zukunft des Mittelmeers entscheiden. Das ungeheure maritime Übergewicht Grossbritanniens und Frankreichs dürfte diese beiden Länder von grösseren strategischen Sorgen befreien. Die liberalen Nationen sollten imstande sein, die Härte zu mildern, mit der ein nationalistischer Sieg gegen die Geschlagenen vorgehen würde — ein Triumph kann es nicht sein. Andererseits würde ein Erfolg der anarchistischen und trotzkistischen Kräfte, deren Ausschreitungen Largo Caballero vergeblich zu unterdrücken gesucht hat, von Klassen- und Parteigreueln gefolgt werden, welche die ganze iberische Halbinsel auf viele Jahre hinaus verwüsten und entvölkern würden.

Bis jetzt müssen wir also der Politik, die von der Regierung Seiner Majestät betrieben wird, Beifall spenden. Die Tatsache, dass britische, deutsche, französische, russische und italienische Schiffe in einer Art Blockade Hand in Hand arbeiten und dass die Botschafter dieser Länder mit vielen Worten, aber dennoch friedlich rings um einen Tisch in Whitehall kämpfen, ist bemerkenswert und beruhigend. Die Frage, die wir alle stellen müssen, geht dahin, ob sie nicht eines Tages so weit gehen könnten, eine Art Konkordat in Spanien herbeizuführen, das den Triumph der einen oder der anderen Seite verhindern und auf der Grundlage eines Kompromisses die Installierung eines Regimes betreiben, wenn nicht durchsetzen würde, unter dem das geplagte spanische Volk Brot, Frieden und barmherziges Vergessen finden kann.

Eine solche Regelung würde, sollte sie durch eine derartige Kombination zustande kommen, der ganzen Welt Segen bringen.

H1668-0134

H1668-0135

DIE NEUE PHASE IN INDIEN

16. April 1937

Die Ereignisse in Indien beginnen in weiten Kreisen Grossbritanniens und vor allem in jenen, die für das indische Verfassungsgesetz verantwortlich sind, Besorgnis zu erregen.

Jene konservativen Abgeordneten, die sich fünf Jahre lang dem neuen Abenteuer widersetzten und in beiden Häusern entscheidend niedergestimmt wurden, haben von dem Augenblick an, in dem das Indiengesetz die königliche Zustimmung fand, ein Schweigen voll peinlichster Förmlichkeit bewahrt. Weder durch Worte noch durch Taten haben sie die Durchführung des gewaltigen, komplizierten Planes, gegen den sie so energisch Opposition geübt hatten, gestört oder erschwert. Diese Periode der Zurückhaltung ist keineswegs an ihrem Ende angelangt.

Überdies entsprach das Handeln der Regierung Seiner Majestät strikte dem Gesetz, das sie verabschiedet hat, und den Unternehmen und Sicherungsvorbehalten, die ein wesentlicher Teil seiner Durchführung waren. Sowohl der Vizekönig wie das Indienamt haben nicht verfehlt, die Absichten des Parlaments und die sowohl dem britischen wie dem indischen Volk gegebenen Versprechen loyal und pflichttreu durchzuführen. Man darf auch nicht vergessen, dass die Gegner des Indiengesetzes sich — mit grossem Widerstand und unter vielen Befürchtungen — bereit erklärten, ganz unabhängig vom Föderativsystem die Institution der Provinzialregierung zu unterstützen; und was bis jetzt erreicht ist, ist das Stadium der Provinzialregierung. Obgleich also zur Zeit keine Gelegenheit für eine Kontroverse oder für Vorwürfe gegeben ist, wäre es doch nur klug, sich

H1668-0136

Rechenschaft darüber abzulegen, was geschehen ist.

Der gigantische Vorgang des Stimmensammelns unter einer Wählerschaft von dreissig Millionen Indern, welche über einen riesengrossen Subkontinent verbreitet sind und von denen viele in primitiven Verhältnissen leben, hat sich glatt und reibungslos abgespielt. Die Wahlmaschine funktionierte besser, als viele ihrer Konstrukteure erwartet hatten. Die Resultate jedoch haben sie bitter enttäuscht. Diejenigen, die während der Durchbringung des Gesetzes sagten, dass die Kongresspartei die stärkste sein werde, fanden keinen Glauben und wurden beiseite geschoben. Jetzt aber sehen wir, dass die Kongresspartei überall mächtig und in sechs von den elf Provinzen Indiens allmächtig ist. Selbst in Madras, von dem man fast ohne jeden Disput annahm, es werde eine gemässigte liberale Körperschaft wählen, haben die Kongresskandidaten einen vollen Sieg davongetragen. Sie nehmen für sich in Anspruch, im Namen einer gewaltigen Majorität der indischen Wählerschaft zu sprechen. Sie können jederzeit, sobald sie wollen, über den grösseren Teil Indiens regieren. Die Justizverwaltung und die Leitung der Polizei wird auf ihr Verlangen unverzüglich in ihre Hände gelegt werden. Sie können über die Einkünfte eines halben Dutzends Länder verfügen, die nahezu so gross sind wie führende europäische Staaten. Sie können den Wohlstand von Massen, die rund hundert Millionen zählen, schaffen oder vernichten, und sie können die für sie geschaffene Verfassung durchführen oder brechen.

Jetzt weigern sie sich, ihr Amt anzutreten, wenn ihnen nicht von den Provinzialgouverneuren Garantien dafür gegeben werden, dass die fundamentalen Sicherungsvorbehalte, ohne welche das Parlament niemals das Gesetz verabschiedet hätte, beiseite gesetzt werden. Die Gouverneure und der Vizekönig, die in engstem Einvernehmen mit der Regierung des Mutterlandes handeln, haben keine andere Wahl, als solche Garantien zu verweigern. Fachministerien wurden eingerichtet, um während der Zusammenkunft der Körperschaften die Geschäfte zu führen. Sobald diese Kör-

H1668-0137

perschaften zusammentreten, werden wir sehen, dass sich in allen Provinzen Verfassungskonflikte derselben Art ergeben werden, wie sie die Geschichte Englands im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert verunstalteten. Mit den königlichen Vorrechten früherer Zeiten ausgestattete Gouverneure werden sich auf allen Seiten der Agitation moderner Parlamente gegenübersehen. Der Kongress hat seinen einstimmig gefassten Beschluss bekanntgegeben, ein Funktionieren der Verfassung unmöglich zu machen und auf völlige Verwirrung hinzuarbeiten, sie in manchen Fällen sogar unbedingt zu schaffen. Die Lückenbüsserministerien werden gedemütigt, aus dem Amt gejagt, zur Ohnmacht oder zur Servilität herabgezwungen werden. Andererseits muss die Regierung jeder Provinz von Woche zu Woche weitergeführt werden, und die Gouverneure haben dem Gesetz nach und de facto weitreichende Machtvollkommenheiten, die es ihnen ermöglichen, diese allen anderen vorausgehende Pflicht zu erfüllen. So sieht in nackten, harten Worten das Problem aus, das jetzt auftaucht.

Man lese die unzweideutige Erklärung des Panditen Jawaharlal Nehru — Kommunist, Revolutionär, fähigster und unversöhnlichster Feind der Verbindung Indiens mit Grossbritannien. „Es ist klar wie das Licht der Mittagssonne, dass unsere Wege in verschiedene Richtungen führen. Es gibt nichts Gemeinsames zwischen uns, und wir werden unseren Weg entschlossen weitergehen, mit dem Willen, diesem Schwindelgesetz, das uns aufgezwungen worden ist, ein Ende zu machen." Aber jetzt tritt Mr. Gandhi mit glatten, bestechenden Worten vor. „Warum", so plädiert er dem Sinne nach, „dieses grossartige Experiment der Selbstregierung um einer juristischen Pedanterie willen gefährden? Treffen wir ein ‚Gentleman's Agreement', um diese ärgerlichen schriftlichen Sicherungsvorbehalte fortzuerklären und aus der praktischen Politik verschwinden zu lassen. Dann werden Sie Ihren reichen Lohn ernten." Dann wird der Kongress vielleicht, so wird zu verstehen gegeben, einwilligen, die Regierung der Provinzen anzutreten und die

H1668-0138

Leitung der Polizei zu übernehmen, und dann wird er, solcherart mit Vorteilen ausgestattet, imstande sein, seine angekündigte Absicht auszuführen, die Verfassung zu vernichten und die indische Unabhängigkeit zu erlangen.

Diese mit Stacheln versehenen Schmeicheleien werden von anglo-indischen Kreisen mit Argumenten praktischer Zweckmässigkeit unterstützt. Der Kongress, so wird gesagt, gewann seine Majorität durch grosse Versprechungen an ihre Wähler. Eine Durchführung dieser Versprechen würde ihre Partei spalten. Dass sie sich weigert, die Ämter anzutreten, und die Verantwortung für alle enttäuschten Hoffnungen auf die Schultern der bösen Engländer und ihrer „Schwindelverfassung" legt, hält die Partei beisammen, wahrt ihr die Unterstützung ihrer Wählerschaft und baut damit die Kräfte auf, die in dem bevorstehenden Kampf gebraucht werden. Das Mittel zur Vereitlung dieser Pläne, so wird gesagt, bestehe darin, dass man die Kongressleute, wie sie jetzt genannt werden, dazu zwinge, die Amtsverantwortung zu übernehmen. Die Verfassung müsse daher so interpretiert werden, dass man die Reservevollmachten, auf denen das Parlament sogar noch in seiner nachgiebigsten Stimmung bestand, in Verfall geraten lasse.

Aber das England oder Grossbritannien, an das diese Appelle jetzt gerichtet werden, ist ein anderes geworden. Hier steht ein England, das nach bestem Wissen und Gewissen davon überzeugt ist, sein Bestes für die politischen Klassen Indiens getan zu haben. Es wird dem Geist und dem Buchstaben nach zu seinem Versprechen stehen; aber weiter wird es nicht gehen. Es wird sich nicht wieder auf eine schlüpfrige schiefe Ebene begeben. Grossbritannien hat sein Bestes getan. Abgesehen davon sind wir heute in einem anderen Klima der Ansichten. Mit dem gefährlichen Schlendrian der vergangenen zwei, drei Jahre ist es vorbei. Die pazifistische Stimmung ist verschwunden. Grossbritannien rüstet in gigantischem Masstab auf. Der Ernst der europäischen Situation drückt auf die Gemüter der Menschen. Die Atmosphäre ist härter und strenger geworden.

H1668-0139

Mittlerweile ist — wie um den Panditen, Mahatmas und anderen, die jetzt behaupten, für die hilflosen Massen Indiens zu sprechen, die Wirklichkeit vor Augen zu führen — die Grenze lebendig geworden; und britische Offiziere und Soldaten geben ihr Leben hin, um die Städte und den im Frieden erworbenen Reichtum Indiens vor dem Ansturm afghanischer Invasion und Plünderung zu bewahren.

H1668-0140

DEUTSCHLAND UND DIE NIEDERLANDE

7. Mai 1937

Die Situation der beiden kleinen alten Nordseeländer, die an den Mündungen von Rhein und Schelde liegen, hat in der letzten Zeit ernste Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Sowohl Holland wie Belgien besitzen grosse und reiche Kolonialgebiete und sind Deutschland benachbart. Beide fühlen sich natürlich beunruhigt durch den unausgesetzten Fortgang der deutschen Rüstungen, die Verletzung vertraglicher Pflichten, unter der bewaffnete deutsche Truppen in das Rheinland einzogen, und die Tätigkeit der Nazipropaganda unter ihren Bevölkerungen. Es ist zufriedenstellend, das Herr Hitler sich erboten hat, „Belgien und Holland als unverletzliche neutrale Gebiete anzuerkennen und zu garantieren." Aber diese Versicherung hat ihnen nicht ihre Befürchtungen genommen.

Ein solches Zögern ist leicht zu verstehen, wenn wir an folgende Tatsachen denken: die Unverletzlichkeit der belgischen Neutralität war von Deutschland vor dem letzten Krieg nicht nur durch eine Rede oder öffentliche Erklärung, sondern in einem feierlichen formellen Vertrag garantiert; der deutsche Generalstab entwarf trotzdem viele Jahre vor dem Krieg, im tiefsten Frieden, kaltblütig und in allen Einzelheiten den Schlieffen-Plan, der im wesentlichen auf die Verletzung der belgischen Neutralität und den Einmarsch nach Frankreich durch Belgien hinauslief; und dieser Plan wurde ohne Zaudern und mit erbarmungsloser Konsequenz durchgeführt. Man vermutet, dass, wenn der Weltkrieg um zwei Jahre hinausgezögert worden wäre, der Vormarsch des rechten Flügels der wachsenden deutschen Armeen sowohl durch Holland wie durch Belgien geführt hätte. Doch 1914

H1668-0141

blieb Holland verschont. Es wahrte eine strenge Neutralität, die in mancherlei Hinsicht Deutschland günstig war, während die ganze Zeit hindurch die gesamte männliche Bevölkerung Hollands in Waffen an den Deichen stand.

Die Antwort, die die holländische Regierung unter der Führung ihres ausserordentlich klugen und entschlossenen Chefs Dr. Colijn auf Herrn Hitlers Versicherung gab, war ein Musterbeispiel der Würde. Die niederländische Regierung teilte der deutschen Regierung mit, dass sie, obgleich ihr dieser Ausdruck des guten Willens willkommen sei, nicht bereit wäre, „mit irgendeinem Land ein Abkommen über die Unverletzlichkeit unseres Territoriums zu treffen. Eine solche Unverletzlichkeit ist für uns axiomatisch und kann darum nicht den Gegenstand irgendeines von uns abzuschliessenden Vertrages bilden." Sowohl die Holländer wie die Belgier vergrössern ihre Heere und befestigen ihre Grenzen. Sie bedienen sich zu diesem Zweck moderner Hilfsmittel, als da sind Zementblockhäuser, sorgfältige Vorbereitungen zur Sprengung von Strassen und Brücken und vor allem die Überflutungen, die in ihrer Geschichte eine so grosse Rolle gespielt haben.

Das Schicksal Belgiens wird seit langer Zeit als entscheidender Faktor für Grossbritannien beurteilt. Vierhundert Jahre lang haben wir in vier aufeinander folgenden grossen Kriegen verhindert, dass die Niederlande unter die Herrschaft einer grossen Militärmacht fielen, ob es sich nun um das Spanien Philipps II., das Frankreich Ludwigs XIV., das Frankreich Napoleons oder das Deutschland Wilhelms II. handelte. Vor wenigen Tagen erneuerten wir in Verbindung mit Frankreich unsere Garantie für Belgien in präzisester Form. Es steht ausser Frage, dass ein deutscher Einmarsch in Belgien das Signal für einen allgemeinen europäischen Krieg wäre, in welchen vom ersten Augenblick an das britische Weltreich verwickelt wäre, und darum muss der Vergangenheit zum Trotz jedermann Herrn Hitlers Versicherungen willkommen heissen.

Nichtsdestoweniger wird der Wert dieser Versicherungen

H1668-0142

durch jede Vorbereitung erhöht, die Belgien und seine mit einander verbündeten Garanten treffen, um auf das kräftigste von einem Überrennen des belgischen Territoriums abzuschrecken. Die Belgier haben jedoch aus Furcht vor ihrem grossen, rasch rüstenden Nachbarn gewünscht, ihre Anstrengungen strikt auf die Verteidigung ihres eigenen Bodens zu beschränken. Sie verpflichten sich nicht mehr, wie sie es unter dem französisch-belgischen Abkommen von 1920 oder dem Locarnovertrag taten, Frankreich zu Hilfe zu kommen. Sie geben keine reziproke Garantie dafür, den beiden Schutzmächten zu Hilfe zu kommen. Dieser Wandel in der Haltung ist nicht nur durch die Aufrüstung Deutschlands und die Fortführung seiner Strassen an die belgische Grenze ausgelöst worden, sondern auch durch den pronazistischen Geist, den der jüngst in Brüssel unterlegene Rexistenführer vor allem unter den Vlamen förderte. König Leopold und sein fähiger Ministerpräsident van Zeeland waren der Überzeugung, dass sie die ganze Nation zur Verteidigung Belgiens auf der Grundlage einer Politik strenger Unabhängigkeit besser einigen könnten und dass dies ihnen sogar noch mehr Sicherheit gewähren würde als die früheren Vereinbarungen mit Frankreich und Grossbritannien. Dieser Entschluss ist jedoch selbstverständlich den Verpflichtungen gegenüber der Völkerbunds-Satzung untergeordnet, welche ausdrücklich jeder Signatarmacht untersagt, im Falle eines unprovozierten Angriffes unparteiisch zu bleiben.

Es wäre müssig, behaupten zu wollen, dass dieser Wandel in der belgischen Politik nicht einiges Bedauern und Befürchtungen bei beiden Schutzmächten ausgelöst hat. Es wäre Belgien oder Holland offensichtlich unmöglich, ihre Grenzen gegen den mächtigen Ansturm einer deutschen Invasion zu verteidigen. Sollte, was der Himmel verhüte, ein solches Übel über uns hereinbrechen, so böten unter den gegenwärtigen Umständen die Wasser des Meeres und der französische Befestigungsgürtel die einzige sichere Verteidigung. Diese Linie wird jetzt an der französischen Grenze *hinter* Belgien gezogen. Die endlose Aufeinanderfolge her-

H1668-0143

vorragend geplanter Befestigungen, in denen und zwischen denen die mobilen französischen Heere kämpfen und manövrieren werden, muss Belgien bald vor diesem Schutzwall liegen lassen. Andererseits geht gegenüber Belgien der Ausbau grosser Strassen, Nebengeleise und Flugplätze längs der deutschen Grenze unaufhörlich weiter.

Nur die Zukunft kann erweisen, ob der Entschluss Belgiens im Interesse seiner nationalen Unabhängigkeit richtig war und ob es sich nicht fast schon im vorhinein seiner Aufsaugung durch ein aggressives deutsches Weltreich fügt. Es macht jedoch nicht den Eindruck, dass Frankreich und Grossbritannien durch die Wandlung in der belgischen Politik sehr viel verloren hätten. Wenn, wie die Belgier hoffen, ihre Integrität in einem Krieg von Deutschland geachtet wird, wird das sicherlich eine grosse Hilfe für Frankreich sein. Es wird seine lang gedehnte an Belgien stossende Grenze nicht besetzt halten müssen. Das wird die an die Verteidigung Frankreichs gestellten Anforderungen nicht unbedeutend verringern. Aber dieser Umstand lässt einen nur umsomehr daran zweifeln, ob diese glückliche Lage bei einem Kampf auf Leben und Tod gegeben sein wird.

H1668-0144

DER SCHUTZ DES REICHES

13. Mai 1937

Die Staatsmänner des Britischen Weltreiches treten morgen zu einer Konferenz zusammen. Es sind erfahrene Männer von starker Persönlichkeit, welche ihre Stellungen dem Spiel jener Künste und Kräfte verdanken, mit deren Hilfe politische Führer an die Spitze parlamentarischer Demokratien gelangen. Es ist nicht anzunehmen, dass Verfassungsfragen in ihren Diskussionen eine Rolle spielen werden. Diese sind bereits, sei es zum Guten, sei es zum Bösen, im Westminster-Statut geregelt worden. Dieses denkwürdige Gesetz überantwortet die Bindung der autonomen Dominions unter einander und an das Mutterland lediglich dem goldenen Reif der Krone und ihrem Entschluss, ebenbürtige Partner im Commonwealth zu bleiben. Zweifellos wird man sich gründlich mit Handels- und Wirtschaftsfragen befassen; aber was dieser Konferenz ihre eigentliche Bedeutsamkeit gibt, ist die Frage der Reichsverteidigung.

Nach Anstrengungen, eine allgemeine Abrüstung herbeizuführen, welche so lange fortgesetzt wurden, dass sie uns in ernste Gefahr brachten, hat sich das Mutterland in ein gewaltiges Programm der Landes- und der Reichsverteidigung gestürzt, welches die Aufwendung von £ 1.500.000.000 innerhalb von fünf Jahren vorsieht, und zwar soll diese Summe in dem raschesten Tempo ausgegeben werden, das bei einer vernünftigen und sinnvollen Verwertung möglich ist. Die Verfassung des Reiches kennt keine Vollmachten für eine Forderung anteilmässiger Leistungen von seinen Gliedern. Sie können wenig oder viel tun, ganz wie es in ihrem Belieben steht. Es ist zu hoffen, dass niemand einen Beitrag von ihnen verlangen wird. Über die allgemeine Lage sind sie

H1668-0145

bereits gut unterrichtet. Man wird sie mit den geheim gehaltenen Tatsachen, welche der britischen Regierung zur Verfügung stehen, bekannt machen, und sie werden tun, was sie für recht halten. Selbst wenn sie sich dafür entscheiden, nichts zu tun, wird es keine anderen Vorwürfe geben als die, die sie unter Umständen von ihren eigenen Parlamenten und Bevölkerungen zu gewärtigen haben. Sobald ihre Entschlüsse gefasst sind, wird die Gesamtheit der Mitglieder dieser einzig dastehenden, locker gebundenen und dennoch überaus sensiblen Konföderation gemeinsam an die Lösung der technischen Aufgabe schreiten, alle verfügbaren Hilfsquellen zusammenzufassen. Es ist darum der Mühe wert, sich in diesem Augenblick die umfassenden Prinzipien und die Hauptkräfte ins Gedächtnis zurückzurufen, die es unserer unmilitarisierten Völkergemeinschaft ermöglichen, inmitten der gerüsteten und sich rüstenden Welt, welche sich ringsum in klirrendem Panzer erhebt, bestehen zu bleiben.

Das Britische Weltreich verdankt sein Dasein der Seemacht. Seine Erhaltung wird von der Kriegsmarine ermöglicht. Nur wenn man die effektive Herrschaft über die Meere und Ozeane innehat, kann man diese trennenden Riesenflächen blauen Wassers zu einem Element der Verbindung machen. Gemäss den Verträgen mit den Vereinigten Staaten ist die Flottenparität die Basis des Zusammenlebens für die beiden Hauptzweige der englisch sprechenden Völker. Ein Streit zwischen ihnen würde das Britische Reich lähmen und wahrscheinlich zerschlagen und würde die Vereinigten Staaten auf das schwerste schädigen. Aus diesem Grunde ist es in wachsendem Masse die vornehmste Politik der beiden Länder geworden, unverbrüchliche Friedensbeziehungen aufrecht zu erhalten. Beide haben auf den Krieg als Instrument der Politik verzichtet. Das gegenseitige Vertrauen und die Freundschaft zwischen ihnen waren nie grösser als heute. Darum haben das britische Parlament und die Admiralität seit vielen Jahren keine Vorkehrungen gegen die amerikanische Seemacht getroffen, und heute geht

H1668-0146

die Überzeugung Grossbritanniens dahin, dass die Aussichten auf Erhaltung des Weltfriedens um so grösser sind, je stärker die Flotte der Vereinigten Staaten ist. Aber auch abgesehen von den Vereinigten Staaten hat die Kriegsmarine infolge der gewaltigen jetzt in die Wege geleiteten Massnahmen alle Chancen, in Hinkunft das ganze Reich unter den althergebrachten sicheren Schutz seiner Flotte zu stellen.

Flottenstärke ist heute jedoch untrennbar von der Macht der Luftwaffe. Eine kriegstüchtige Flotte muss mit den erdenkbar vollkommensten Luftwaffen versehen sein und muss sichere Häfen und Versorgungspunkte haben, wo sie sich zur Retablierung und Betriebsstoffeinnahme vor Anker legen, und von wo aus sie operieren kann. Die modernen Fortschritte werden die Reichskonferenz auf diesem Gebiet vor sehr bedeutende neue Spezialprobleme stellen. Zwei grosse Häfen lenken heute die Aufmerksamkeit auf sich. Der erste ist Kapstadt, welches von der Unionsregierung Südafrikas so ausgebaut wird, dass es in der Lage ist, sogenannten Angriffen erster Ordnung Widerstand zu leisten. Sobald Kapstadt voll ausgerüstet ist, wird es neben dem Hauptweg in den Indischen Ozean, welchen wir durch das Mittelmeer offen zu halten beabsichtigen, eine zweite Route ermöglichen. Der andere strategische Hafen ist Singapur. An seine Anlagen wurden fast zwanzig Jahre lang ausserordentliche Geldmittel und gewaltige Arbeit gewendet. Die Befestigungen und Werftanlagen werden bald in den Stand gesetzt sein, eine bedeutende Schlachtflotte mit ihren Hilfsfahrzeugen aufzunehmen und zu unterhalten. Singapur ist von Japan so weit entfernt wie Portsmouth von New York und bedeutet daher keinerlei Bedrohung für unsere alten Freunde, die Japaner. Es ist jedoch das einzige, was uns eine Gewähr dafür gibt, dass wir imstande sein werden, Australien und Neuseeland wirksamen Schutz angedeihen zu lassen — eine Aufgabe, welche dem Mutterland nach den Erlebnissen im Weltkrieg doppelt heilig ist.

Auf den Meeren kann die Tatsache, dass die Luftwaffe zu

H1668-0147

einem Hauptfaktor des modernen Kriegs geworden ist, der stärkeren Flotte nur zustatten kommen. Eine starke Flotte muss vor allem ihren Gegner finden können, ob es sich nun um eine feindliche Seestreitmacht oder ein einzelnes armiertes Handelsschiff handelt. Während im Jahre 1914 ein Kreuzergeschwader nicht mehr als eine Front von vielleicht hundert Meilen abzusuchen imstande war, könnte heute dasselbe Geschwader, ausgerüstet mit Flugzeugen und Katapultschiffen, eine Front von nahezu tausend Meilen beherrschen. Dreissig Schiffe und viele Wochen waren dazu nötig, die *Emden* zu finden. Als sie einmal gefunden war, konnte ein einzelnes Schiff sie in weniger als einer Stunde vernichten.

Ich für meine Person glaube nicht, dass gut konstruierte moderne Kriegsschiffe, die durch ihre Panzerung und durch Flugzeugabwehrartillerie entsprechend geschützt sind, vor allem, wenn sie im Geschwader fahren, leicht die Beute feindlicher Flugzeuge werden können. Schlachtschiffe, die dazu gebaut sind, dem Versenkungsfeuer der schwersten Kanonen standzuhalten, sollten auch ein Luftbombardement überstehen können. Man versicherte uns, das Linienschiff *Espana* habe ein Flieger durch Abwurf einer Bombe in den Schornstein versenkt. Jetzt zeigt es sich, dass es von einer Mine versenkt wurde. Ein so schwaches altes Schiff mit nur anderthalbzölliger Deckpanzerung hätte leicht vernichtet werden können, wenn es von einer schweren Luftbombe getroffen worden wäre. Ein Linienschiff unter Fahrt aus der Luft zu treffen, ist jedoch schwerer, als eine Stadt oder auch nur ein Dorf zu treffen. Ausserdem attackiert ein Flugzeug in einem Linienschiff nicht schutzlose Häuser, sondern eine feindliche Batterie. Bei einem Angriff auf eine britische Flotte würden Luftstreitkräfte in eine Konzentration von Flugabwehrgeschützen fliegen, die an Qualität und Quantität nicht ihresgleichen haben. Dieser Umstand hat zusammen mit vielen anderen Überlegungen die Admiralitäten Grossbritanniens und aller übrigen Länder zu der Überzeugung gebracht, dass das Linienschiff und die Fähig-

H1668-0148

keit, eine überlegene Schlachtlinie aufzustellen, noch immer die einzige verlässliche Grundlage der Überlegenheit zur See darstellen. Das ist, wenn es zutrifft, von grösster Bedeutung für das Britische Reich und die Vereinigten Staaten, denn diese besitzen beide Schlachtflotten, die an Stärke den existierenden Schlachtflotten aller anderen Seemächte zusammengenommen überlegen sind.

Auch das U-Boot gilt heute nicht mehr als so gefährlich wie seinerzeit. Man ist der Ansicht, durch die neuen Methoden, die entdeckt und vervollkommnet worden sind, sei es fast zur Gewissheit gemacht, dass das U-Boot aufgefunden und nachher mit noch bedeutend grösserer Leichtigkeit zu Tode gehetzt werden kann, als es selbst in den Tagen möglich war, da die britische Flotte den deutschen U-Booten den Garaus machte. Es geht natürlich nicht an, sich hier mit allen Seiten des Verteidigungsproblems zu befassen. Ernste und traurige Gefahren bedrohen das Herz des Reiches, seine gewaltigen Städte, seine Versorgungshäfen und seine Fabrikationszentren. Aber die Teilnehmer an der Reichskonferenz können in der Überzeugung zusammentreten, dass der Friede und die Einheit des Reiches mit Hilfe der durch die Luftwaffe verstärkten Marinestreitmacht noch immer erhalten werden können, und dass das Mutterland zu diesem Zweck, wenn auch verspätet, so doch ernsthaft und eifrig gewaltige Massnahmen trifft.

H1668-0149

AMERIKA BLICKT AUF EUROPA

31. Mai 1937

Nichts an der Weltlage ist bedeutungsvoller und berechtigt zu grösseren Hoffnungen als das Einvernehmen und die ausgezeichneten Beziehungen, die sich zwischen den Vereinigten Staaten und den beiden westlichen Demokratien Grossbritannien und Frankreich entwickelt haben. Ich kann mich auf keine Periode besinnen, in der die Freundschaft zwischen den beiden Hauptzweigen der englisch sprechenden Völker so markant war. Das ist nicht ein von Diplomatie oder Verhandlungen zustande gebrachtes Resultat. Es hat sich ganz natürlich und fast unbewusst ergeben aus einer Identität der Standpunkte, von denen aus beide Völker die Weltprobleme in Europa und dem fernen Osten betrachten. Es ist nicht wahr, dass diese Harmonie sich lediglich in seichten Redensarten über die Wonnen des Friedens und die Schrecken des Krieges ausdrückt. Im Gegenteil, sie wird in den Vereinigten Staaten getragen von einer betonten und wohl durchdachten Billigung der Institutionen und der Politik Grossbritanniens und Frankreichs und einer ebenso bemerkenswerten Abneigung gegen die Bestrebungen der von Diktatoren regierten Länder.

Überall in den Vereinigten Staaten, das darf man sagen, herrscht ein lebhafter Abscheu vor den Doktrinen und Praktiken sowohl des Nazismus wie des Faschismus und eine starke Sympathie für die grossen und kleinen Länder, die getreulich bemüht sind, ihre parlamentarischen Institutionen zu erhalten und die Voraussetzungen von Recht, Freiheit und Friede zu wahren. Es ist bemerkenswert, dass sowohl der neue amerikanische Botschafter in Paris wie Mr. Gerard, der zur Krönung delegierte ausserordentliche Ge-

H1668-0150

sandte, innerhalb weniger Wochen diesen Gefühlen öffentlich Ausdruck gegeben haben. So sagte zum Beispiel Mr. Bullitt am 22. Februar in Paris:

„Wir stehen der Lage jener Länder, die die grosse Überlieferung der abendländischen Zivilisation fortführen, nicht gleichgültig gegenüber .... Als Kinder der alten Zivilisation Westeuropas glauben wir daran, dass es so etwas wie Wahrheit gibt. Es ist nur billig, darauf hinzuweisen, dass wir unser Äusserstes taten, um in den Krieg, der 1914 ausbrach, nicht verwickelt zu werden, dass wir drei Jahre lang an ihm nicht teilnahmen, und dass wir uns jedem Krieg, der in Zukunft ausbrechen mag, fernhalten werden, solange Gott es zulässt. Wir hoffen, dem Krieg aus dem Wege zu gehen, aber wir sind uns völlig bewusst, dass es immer eine Möglichkeit gibt, dass irgendeine Nation frivol genug sein könnte, uns zum Krieg zu treiben."

Und in der vergangenen Woche erklärte Mr. Gerard in London: „Wenn Sie bewaffnet sind, dann wird das bewaffnete Grossbritannien die grösste Friedensgarantie auf Erden sein .... Wir in Amerika — ich glaube, das ist das einzige, worin ich Anspruch darauf erheben darf, für mein Land zu sprechen — sind zu dreierlei fest entschlossen. Erstens sind wir gegen den Krieg; zweitens sind wir gegen alle Bündnisse; und drittens sind wir dagegen, uns in die verfahrenen Angelegenheiten Europas einzumischen. Aber wir und Sie, das grosse Britische Reich, sind durch etwas verbunden, das verpflichtender ist als Allianzen und Verträge. Wir sind miteinander verbunden durch gegenseitiges Vertrauen, durch gegenseitiges Verständnis, durch den gemeinsamen Wunsch nach Stabilität und Frieden und vor allem durch die Überzeugung, dass in diesem Augenblick, da auf der einen Seite der Faschismus und auf der anderen der Kommunismus steht, die drei grossen Demokratien Grossbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten die einzige Hoffnung des Liberalismus und der Freiheit in der Welt sind." Sicherlich hat es weder vor noch nach dem Weltkrieg eine Gelegenheit gegeben, zu der die Regierung der Vereinigten Staaten ihre

Ansichten über europäische Angelegenheiten so klar und mit so viel Gewicht ausgedrückt hat.

Es wäre jedoch ein Irrtum, anzunehmen dass diese freundschaftlichen Erklärungen eine Absicht der Vereinigten Staaten beinhalten, an den Streitigkeiten und Kombinationen Europas teilzunehmen. Im Gegenteil, die öffentliche Meinung in Amerika ist in der Hauptsache mehr denn jemals darauf gerichtet, fremden Verwicklungen aus dem Wege zu gehen und sich einem zweiten Weltkrieg fernzuhalten. Kein europäischer Staatsmann sollte töricht genug sein, auf die bewaffnete Hilfe der Vereinigten Staaten zu rechnen, selbst wenn sein Land das Opfer eines unprovozierten Angriffes sein sollte. Es ist viel besser, den realen Tatsachen ins Auge zu sehen. Der intensive Wunsch der Vereinigten Staaten, jedem europäischen Krieg fernzubleiben, zeigt sich in dem auffallenden Wandel der amerikanischen Stellung zur sogenannten „Freiheit der Meere". Weil diese Doktrin im Jahre 1812 zu einem Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien und 1917 zu einem Krieg mit dem deutschen Reich führte, rückt man jetzt in Washington weit von ihr ab.

Die verschiedenen Neutralitätsgesetze, welche im Kongress verabschiedet oder diskutiert worden sind, suchen sämtlich mit Hilfe verschiedener Methoden eine Wiederholung der Vergangenheit zu verhindern. Es mag sein, dass die Vereinigten Staaten, um auf keinen Fall in ein zweites Armageddon gezogen zu werden, ihren Bürgern jeglichen Seehandel mit Kriegführenden überhaupt untersagen werden. Zur Zeit wird eine Art von Neutralität in Betracht gezogen, die auf den ersten Blick isolationistisch und unparteiisch im höchsten Grade erscheint. Die Doktrin des „Cash and carry" besagt, dass kein amerikanisches Schiff die kriegführenden Länder mit Vorräten beliefern, dass man aber diesen Länder gestatten wird, wenn sie sich mit Bargeld in der Hand und ihren eigenen Schiffen an der Schwelle Amerikas einfinden, Vorräte zu kaufen, die nicht für unmittelbare Kriegszwecke bestimmt sind. Diese Einrichtung

H1668-0151

hat entschieden das Verdienst, der überlegenen Seemacht volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Sie befreit Grossbritannien im Falle eines Krieges von der Gefahr einer solchen Auseinandersetzung, wie sie in den Jahren 1914 und 1915 grosse Besorgnis erweckte. Das mag ein etwas niederschlagender Trost sein, aber ein Trost ist es nichtsdestoweniger.

Seitdem die Vereinigten Staaten im Besitz einer Flotte sind, die an Stärke der britischen gleichkommt, und auch schon seit einiger Zeit vorher, ist es der britischen Flotte unmöglich, eine Blockade gegen den Willen der Vereinigten Staaten durchzuführen. Unsere Mittel dafür wären durchaus unzureichend, und es ist jetzt eine feststehende Maxime der britischen Politik, dass ohne die Unterstützung oder mindestens Duldung der Vereinigten Staaten die berühmte Blockade-Waffe nicht gebraucht werden kann. Vor allen anderen ist aus diesem Grund die wachsende Ideengemeinschaft zwischen den drei grossen parlamentarischen Demokratien zu begrüssen. Der einzige Kampf, zu dem es in Europa kommen kann, ist einer, in dem ein Diktaturland für schuldig erklärt wird, unprovoziert einen Staat angegriffen zu haben. Unter diesen Umständen ist es nicht denkbar, dass die Vereinigten Staaten, während sie eine strikte Neutralität beobachten, in irgendeiner Hinsicht die Opfer der Aggression beeinträchtigen würden.

Es gibt zwei weitere Fragen, welche die Beziehungen zwischen Grossbritannien und Amerika berühren. Sie stehen auf einer ganz anderen Ebene als diese grossen moralischen Probleme, sind aber darum keineswegs weniger wichtig. Die erste ist die Frage der britischen Kriegsschulden bei den Vereinigten Staaten. Bis jetzt ist keine Lösung dieses Problems vorgeschlagen worden. Dass die Wirtschaft der gesamten Welt durch eine alljährliche sterile Rücksendung von fünfunddreissig Millionen Pfund über den Atlantik beeinträchtigt würde, steht völlig ausser Frage. Es würde zu wiederholten Störungen der Wechselkurse und zu einer Verzerrung der gesamten Finanzen im internationalen Handel

H1668-0152

führen. Andererseits wird John Bull stets ängstlich darauf bedacht sein, von Onkel Sam entlastet zu werden. Diese Frage sollte angesichts der offenbaren Tatsache, dass die Dinge nicht unbegrenzt lange so bleiben können, wie sie jetzt sind, mit Ausdauer studiert werden.

Die zweite wichtige Frage betrifft eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Weltfinanzen. Tragen die Vereinigten Staaten bei der Aufrechterhaltung des Goldpreises nicht zur Zeit eine grössere Last auf den Schultern, als billig ist? Wir sind Zeugen des absurden Vorganges, dass Gold in Südafrika, Russland und Kanada aus dem Schosse der Erde geholt und dann in den Vereinigten Staaten angekauft und wieder in die Erde versenkt wird. Offensichtlich nähern wir uns einem Zeitpunkt, da die beiden grossen kapitalistischen Mächte in der Sicherung einer stabilen Weltwährung zusammenarbeiten müssen. Es mag sogar sein, dass diese beiden Finanzfragen sich besser zusammen lösen liessen als einzeln. Wenn dem so ist, wäre die Atmosphäre des Verstehens und der Freundschaft, von welcher wir uns jetzt umgeben fühlen, ein Anreiz für Staatsmänner, mit hoffnungsvoller Tatkraft zu handeln.

H1668-0153

DIE ACHSE ROM—BERLIN

11. Juni 1937

Die Krönung ist vorüber. Ein neuer König und eine neue Königin sitzen, vom britischen Volk akklamiert, auf dem Thron. Die Abdankung ist überwunden. Der Herzog von Windsor hat, wie er wollte, geheiratet, und die guten Wünsche aller anständigen Menschen in Grossbritannien begleiten ihn. Nach einer Zeitspanne des Gepränges und der inneren Spannungen kann man die britische Öffentlichkeit wieder auffordern, ihre Aufmerksamkeit Europa zuzuwenden.

Wie ist alles in Europa weitergegangen, während wir an unsere eigenen Angelegenheiten dachten? Ich für meine Person brachte es nie zuwege, Europa zu vergessen. Es lastet ununterbrochen wie ein schwerer Druck auf meinem Gemüt. Wie sollen wir verhindern, dass unser zufriedenes, friedliches, freies, fortschrittliches Leben durch die in Europa vielleicht bevorstehenden Ereignisse zerstört wird? Ununterbrochen sind die Hämmer der deutschen Rüstungsschmiede niedergefahren. Ununterbrochen ist der Strom der Zerstörungswaffen aus den Fabriken zu den Kampfeinheiten tapferer, mannhafter, tüchtiger Männer geflossen, deren Ausbildung von Monat zu Monat besser wird. Ununterbrochen ist die Vermehrung der deutschen Heeresstärke gegenüber der der französischen gestiegen. Ununterbrochen ist die Kriegstüchtigkeit und Tauglichkeit des deutschen Offizierskorps gewachsen. Ununterbrochen hat die deutsche Luftflotte an Quantität und Qualität unsere britischen Bemühungen hinter sich gelassen.

Es ist merkwürdig, dass das Parlament, welches vor einem Jahr aufrichtig über den Zustand unserer Verteidigungs-

H1668-0154

massnahmen besorgt war, jetzt sogar vergessen hat, dass es so etwas wie Gefahr überhaupt geben könnte. Es gibt Leute, die sagen: „Wie recht hatte die Regierung doch, sich nicht durch die Bangemacher Angst einjagen zu lassen! Wie recht hatte sie, kein Ministerium für Kriegsbedarf einzurichten und den normalen wirtschaftlichen Wohlstand des Landes nicht zu beunruhigen! Ein ganzes Jahr ist vergangen, und nichts ist passiert. Wie töricht stehen jetzt die Menschen da, die ‚Zu den Waffen!' riefen." Aber diese selbstzufriedene Stimmung kann vielleicht bald durch weniger angenehme Überlegungen gestört werden.

Was ist, genau genommen, der Charakter der Abmachungen zwischen Deutschland und Italien? Hier thronen diese beiden Diktatoren hoch über der gemeinen Masse friedlicher, gutgesinnter, schwere Lasten tragender Menschen. Beide haben grosse Zahlen gehorsamer Männer hinter sich. Beide sind in schwerer Geldbedrängnis. Beide müssen ihre unterwürfigen Anhänger auffordern, sich den Leibriemen enger zu schnallen. Beide kommen nicht um das peinliche Gefühl herum, dass Deutschland, obwohl es ganz für Hitler ist, und Italien, obwohl es ganz für Mussolini ist, von der Welt lieber bei ihren eigenen Namen genannt werden möchten. Beide beunruhigt die Tatsache, dass grosse Teile ihrer Bevölkerungen gern an dem allgemeinen Aufstieg in der Welt teilnähmen und dass nicht unbeträchtliche Mengen von Faschisten und Nazis grosse Neigung dazu verspüren, sich dafür auszusprechen, „dass sich alle gütlich tun sollten." Grimmige Diktatoren sehen finster auf ausgemergelte Völker herab! Wie soll es da um ihre persönlichen Beziehungen bestellt sein?

Jede deutsch-italienische Zusammenarbeit steht unter dem Schatten der Tatsache, dass Italien beim Ausbruch des Weltkrieges neutral blieb und neun Monate nachher mit den Alliierten gemeinsame Sache machte. Darüber ist recht viel zu sagen, aber durchaus nicht nur von einer Seite her. Der Dreibund verpflichtete Italien, mit Deutschland und Österreich gemeinsam Krieg zu führen. Aber in einer Geheim-

H1668-0155

klausel, welche nur die höchsten Stellen in Deutschland und Österreich kannten, hatte Italien sich das Recht vorbehalten, unter allen Umständen jedem Krieg fernzubleiben, der es zum Feind Englands machen würde. Diese Klausel war der britischen Regierung nicht bekannt und wurde erst publik, nachdem Italien sich wirklich in die Reihen der Alliierten gestellt hatte. In ihr liegt die grossartigste Rechtfertigung der italienischen Ehre — jedenfalls erklärt sie völlig, warum Italien sich weigerte, zusammen mit den beiden anderen Dreibundmächten den Krieg zu erklären. Kein Deutscher kann aus diesem Grunde Italien Vorwürfe machen. Viel fragwürdiger für den deutschen Standpunkt war das italienische Vorgehen im Frühjahr 1915, als es erst Österreich und später Deutschland den Krieg erklärte. Dies wurde in ganz Deutschland als gemeiner Verrat an einer feierlichen Verpflichtung angesehen. Wie immer dem sei, man kann sagen, dass der italienischen Treue in der Stunde der Not in Deutschland tiefstes Misstrauen entgegengebracht wird.

Es lässt sich nicht bezweifeln, dass die Beziehungen zwischen Grossbritannien und Italien sich nicht, wie man in den ersten Monaten dieses Jahres hoffte, gebessert haben. Signor Mussolini beleidigte die liberalen und religiösen Kräfte in Grossbritannien, als er die Abessinier unterwarf. Er empörte die sozialistischen Labour-Elemente sowie die Liberalen, als er sich in Spanien einmischte. Er beunruhigte die Konservativen, welche seine einzigen Freunde sind, als er sich, auf seinem weissen Streitross sitzend, als Schirmherr des Islam proklamierte. Unser König-Kaiser herrscht über mehr Mohammedaner, als in der übrigen Welt zu finden sind. Alle militärischen und konservativen Schichten Grossbritanniens haben eine grosse, historisch begründete Sympathie für die Türkei. Sie kämpften nur mit äusserstem Widerstreben gegen die Türken. Jetzt aber sind die Beziehungen zwischen Grossbritannien und der Türkei besser als je zuvor. Ferner blicken die Mohammedaner in Indien, bedroht von der heftigen kommunistischen Politik etlicher

H1668-0156

Elemente in der Kongresspartei, auf die kaiserliche Macht als ihre wahre Stütze. Darum kam es zu grossem Verdruss, wenn auch wenig gesagt wurde, als Signor Mussolini sich zum Schutzherrn des Islam ausrief, er, unter dessen Herrschaft nur eine Handvoll von Moslems steht, welche ausserdem alles andere als zufrieden sind.

Andererseits lieferten die Einladung des Negus zu den Krönungsfeierlichkeiten, die hartnäckige Weigerung Grossbritanniens, die italienischen Eroberungen in Abessinien anzuerkennen, und die wiederholten Sticheleien britischer Linkszeitungen über das Verhalten der italienischen Truppen in Spanien die Grundlage für eine fortgesetzte antibritische Propaganda in der Presse und dem Rundfunk Italiens. Aber diejenigen, die Freunde einer Harmonie zwischen Grossbritannien und Italien im Mittelmeer sind, suchen ununterbrochen nach Gelegenheiten, diese sehr beträchtlichen Gegensätze zum Verschwinden zu bringen. Werden sie Erfolg haben, oder werden wir alle wehrlos der Provokation der beiden geplagten Diktatoren an der Spitze der zwei verarmten, bis an die Zähne bewaffneten Nationen preisgegeben sein?

Wer wird es sich anmassen, zu behaupten, er könne den Schleier von der Zukunft heben, und wer würde Glauben finden, wenn er berichtete, was er dann sähe? Offensichtlich nähern wir uns dem Zeitpunkt in der europäischen Geschichte, da der Völkerbund, wenn er richtig unterstützt wird, eine gewaltige und vielleicht entscheidende Rolle in der Verhütung eines brutalen Messens der Kräfte zu spielen haben wird. Wie sonst sollen wir eine ebenbürtige und womöglich stärkere Macht gegen eine schamlose unprovozierte Aggression ins Treffen führen, wenn nicht mit Hilfe einer grossen Allianz der friedliebenden Völker unter der Autorität einer ehrfurchtgebietenden internationalen Körperschaft? Mit Staunen hört man das müssige Gerede und Geschwätz, das in gewissen gesellschaftlichen und politischen Londoner Kreisen gegen den Völkerbund geführt wird. Nur mit Hilfe einer europäischen Union gegen den Krieg, aus der

H1668-0157

allmählich eine Weltunion wird, können wir die gefürchtete Katastrophe abwehren, welche trotz allem Tag um Tag und Zoll um Zoll näher rückt. Ich bin der Ansicht, dass wir zur Zeit von einem Bündnis offensiven oder auch nur defensiven Charakters zwischen Italien und Deutschland noch weit entfernt sind. Noch ist es Zeit, ein besseres System in Europa aufzubauen. Noch ist es Zeit, existierenden Misständen abzuhelfen. Noch ist es Zeit, für den Fall, dass alle freundschaftlichen Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens vergeblich sind, ein grossartiges Bündnis für Völkerrecht und internationale Gerechtigkeit zu schmieden und zusammenzuschweissen, welches die Rüstungen zum Stillstand bringen, den Krieg abwenden und die Gottlosen aller Länder zuschanden machen wird.

H1668-0158

Mitte Februar gab der französische Ministerpräsident, M. Blum, eine „Pause" im Programm der Volksfront bekannt, um die anwachsenden öffentlichen Ausgaben wieder herunterzuschrauben. Bald darauf nahm die französische Regierung in England eine kurzfristige Anleihe von vierzig Millionen Pfund auf.

Am 16. März feuerte die Polizei in Clichy auf die Kommunisten; es wurden fünf Personen getötet und mehr als zweihundert verwundet.

Den ganzen Mai hindurch steigerte der Senat seine Opposition gegen die Regierung Blum und lehnte schliesslich eine Gesetzesvorlage ab, die der Regierung die Ermächtigung geben sollte, auf dem Verordnungsweg Massnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Finanzen zu treffen. Diese Ablehnung führte dazu, dass das Kabinett Blum am 21. Juni abdankte.

H1668-0159

„VIVE LA FRANCE!"

25. Juni 1937

In voreingenommenen Kreisen ist das übliche Angstgeschrei über Frankreich erhoben worden. Die Finanzen sind in Unordnung; die Währung wankt; Blum hat abgedankt; die Regierung ist gestürzt; die bolschewistische Revolution ist ganz nah; und die Ausstellung ist auch noch nicht fertig. Was jedoch in Frankreich in der vergangenen Woche geschehen ist, beweist in Wahrheit nur die ausserordentliche Elastizität des französischen parlamentarischen Apparats.

In Grossbritannien ändern Regierungen ihre Politik oft, ohne ihre Männer auszutauschen. In Frankreich tauscht man gewöhnlich die Männer aus, ohne die Politik zu ändern. In Grossbritannien übernimmt ein Minister sein Amt in der Erwartung, drei bis vier Jahre darin zu bleiben. In Frankreich macht er dem Verwaltungsbeamten, der alles im Gange erhält, seine Begrüssungs- oder Abschiedsverbeugung — heute ist er da und morgen schon gegangen. In Grossbritannien ist das Kabinett die Regierung. In Frankreich ist es die Kammer; und alle Teile der Kammer arbeiten in gewissen Grenzen für ein als völlig selbstverständlich vorausgesetztes gemeinsames Ziel zusammen. Im britischen Parlament herrscht ein ausgesprochener und unangenehm empfundener Mangel an Männern von grosser Fähigkeit. In Frankreich ist Überfluss daran. Der ganze Bienenschwarm der französischen Kammer und des französischen Senats summt wie wild durcheinander, aber mit einem klaren Ziel, welches durchaus dem Wesen und dem Geist des Bienenschwarms entspricht.

Viele Länder, unser eigenes nicht ausgenommen, neigen

H1668-0160

dazu, in den Franzosen eine eitle, flatterhafte, launenhafte, hysterische Nation zu sehen. In Wirklichkeit sind sie eines der ernsthaftesten, nüchternsten, unsentimentalsten, berechnendsten und zähesten Völker der Erde. Im Augenblick sind alle Franzosen, von militanten Monarchisten bis zu militanten Kommunisten, fest entschlossen, dass Frankreich verteidigt werden soll und dass die Freiheit, welche sich das französische Volk in der Revolution errungen hat, weder von aussen noch von innen angetastet oder eingeschränkt werden darf. Frankreich ist immer grosszügig mit dem Blut seiner Söhne umgegangen; aber es hat einen grossen Widerwillen dagegen, Steuern zu zahlen. Die Briten sind gut im Steuerzahlen, aber sie verabscheuen jeglichen Drill. Die Franzosen machen sich nichts aus Drill, aber sie drücken sich vor den Steuern. Beide Nationen können noch immer kämpfen, wenn sie überzeugt davon sind, dass es keine andere Möglichkeit gibt, am Leben zu bleiben; aber in einem solchen Fall hätte Frankreich einen sehr kleinen Budgetüberschuss und Grossbritannien ein sehr kleines Heer.

M. Blum hat eine sehr wichtige Rolle gespielt. Er war mehr als ein Jahr Ministerpräsident. In Frankreich — wo die führenden Männer sich im Regieren abwechseln — ist das bereits eine beträchtliche Leistung. M. Blum füllte eine Periode im Leben Frankreichs, die ohne ihn vielleicht eine Lücke geblieben wäre, mit grossen Leistungen aus. Die französischen Lohnempfänger waren schlechter daran, als der Reichtum Frankreichs und seine Zivilisation ermöglicht hätten. Ihr Lebensstandard war entschieden unter dem, den wir auf unserer feuchten, dunstigen und bisweilen in Nebel gehüllten Insel erreicht haben. Sie trugen sich mit dem Gedanken, einen Vorstoss oder Putsch zu machen, um einen grösseren Anteil am gallischen Staatswesen zu erlangen. M. Blum hat diesem Vorhaben Ausdruck gegeben. Gleichzeitig hat er auf dem Gebiet der Aussenpolitik Frankreich den beiden abendländischen liberalen Demokratien, die sich der englischen Zunge bedienen, näher gebracht, als es jemals vorher gewesen war. Und ununterbrochen sind grösste Sorg-

H1668-0161

falt und Ausgaben an das Heer und die anderen Verteidigungsinstitutionen gewendet worden. In diesem Punkt herrschte bei allen Einigkeit. Sogar die Kommunisten marschierten mit dem Ruf „Lang lebe die Armee der Republik!" durch die Strassen. Die Gegner Frankreichs würden einen schweren Fehler begehen, wenn sie die ihm zur Zeit innewohnende nationale und moralische Kraft unterschätzen sollten.

Es wird jedoch ernsthafte Kritik an der Regierung Blum geübt. Man findet, sie sei gegenüber ihren grossen inneren Schwierigkeiten allzu bereit gewesen, es sich in der Finanz- und Sozialgesetzgebung leicht zu machen. Mag sein, dass sie angesichts der Stimmung unter der organisierten Arbeiterschaft nur wenig Wahl hatte. Die jetzige Finanzlage Frankreichs könnte keiner Regierung zur Ehre gereichen. Der Senat, welcher, anders als unser Oberhaus, seiner eigenen Kraft innerhalb der von der Verfassung gezogenen Grenzen gewiss ist, hat mit seiner Intervention recht behalten. Der Wiederaufbau, der so glatt durchgeführt wurde, war ebenso notwendig wie heilsam. Die von einer Regierung und einem Finanzminister mit einer so traurigen Geschichte gestellte Forderung nach Ermächtigung zu einer Finanzdiktatur hätte niemals akzeptiert werden dürfen.

Als unsere Sozialisten uns zu dem unrühmlichen Zusammenbruch des Jahres 1931 brachten, hätte sich Grossbritannien ohne ihre Entfernung aus dem Amt niemals erholen können. Keine Partei hat das Recht, ein Land in finanzielle Verwirrung zu stürzen und dann unbekümmert Forderungen nach grösserer Exekutivgewalt zur Zügelung der „Spekulanten" und der „Hochfinanz" zu stellen. Solche Methoden würden rasch zum Ruin selbst des wohlhabendsten Landes führen. Die Wiederherstellung des Kredits und die Rücklenkung des geflohenen Kapitals sind nur mit Hilfe von Vertrauen zu erreichen. Exportiertes Kapital wird niemals zurückkehren, um konfisziert oder vergeudet zu werden. Unter allen Umständen sind die Änderungen, die getroffen wurden, das Mindestmass dessen, was die Lage erforderte.

H1668-0162

Die Regierung des erfahrenen M. Chautemps, in welcher M. Blum sich patriotischerweise mit der zweiten Stelle bescheidet, wird die Kraft Frankreichs erhalten und ihm seinen Platz im europäischen Friedenssystem wahren. Dass die finanziellen Schwierigkeiten jetzt zu ihrer Lösung gelangen werden, wäre zu viel gehofft. Man wird mit Hilfe weiterer Devalvierung, weiterer Steuern und vermehrter Sparmassnahmen, *welche die nationale Verteidigung nicht berühren*, über sie hinwegkommen und sich gewissermassen mit ihnen auseinandersetzen, aber es würde mich gewiss nicht überraschen, wenn sich sogar noch im Verlauf dieses Jahres herausstellen sollte, dass die Regierung des M. Chautemps das Sprungbrett zu so etwas wie einer nationalen Regierung wäre.

Frankreich wird nicht ein Land sein, das die Sache der Demokratie verrät. Noch wird es dem Geist der Freiheit und des Individualismus, welcher die — wenn auch in der Praxis verfälschte — Botschaft der französischen Revolution war, untreu werden. Der „Lebenswille" ist stark im französischen Volk. In diesen Jahren, da die Zivilisation gleichzeitig gegen die bewaffnete Drohung der Diktatur und die krankhafte Entartung des trotzkistischen Kommunismus verteidigt werden muss, wird es die Menschheit nicht im Stich lassen. Die moralische Unterstützung der französischen Militärmacht kann den anderen freien und beunruhigten Staaten, den Demokratien Europas, bei der Aufrechterhaltung einer festen und unerschütterlichen Front gegen die Tyrannei Beistand gewähren. Und wenn der Friede erhalten bleibt, können den Massen Europas die besseren Lebensbedingungen und die verkürzte Arbeitszeit zuteil werden, welche die Natur, geführt von der Wissenschaft, für alle ihre Kinder bereit hält, die mit starkem Arm der Sache der Gerechtigkeit und der Freiheit dienen.

H1668-0163

DER RÜCKGANG DES SOZIALISMUS

9. Juli 1937

Pessimisten haben stets angenommen, dass die Erweiterung des Wahlrechtes bis zur Allgemeinheit die Vorherrschaft des Sozialismus oder noch radikalerer linksgerichteter Ideen bedeuten müsste. Es wurde befürchtet, dass die grosse Masse der ärmeren Menschen, die in schwerer Bedrängnis lebt, ihre Stimmen jeder Partei geben würde, die ihnen einen allgemeinen Umsturz des existierenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems verspricht. Dazu ist es jedoch in Grossbritannien nicht gekommen. Es ist vielmehr das Gegenteil geschehen, die denkbar grössten Wählerschaften haben wiederholt sehr umfangreiche konservative Mehrheiten geliefert. So wurden die Berechnungen reicher, ehrgeiziger Karrieristen und der Leute, die gern demagogische Führer geworden wären, durchkreuzt. Die Annahme, dass Heftigkeit der Propaganda und verstiegene Logik der Doktrin auf einen grösseren Teil der britischen Nation wirken würden, hat sich als unrichtig erwiesen.

So haben auch die Nazi-Ideen Sir Oswald Mosleys zu nichts als Ohnmacht und Lächerlichkeit geführt. Er hatte seine Hoffnungen auf die sozialistische oder kommunistische Gefahr gesetzt und wäre im Widerstand gegen sie höchstwahrscheinlich auch in die Höhe gekommen. Aber zur Zeit existiert sie nicht. Der Misserfolg der Hitzköpfe am linken Flügel hat einen gleichzeitigen Misserfolg der noch grösseren Hitzköpfe am rechten Flügel herbeigeführt. Der solide Hausverstand der einzigen langgeschulten Demokratie — mit Ausnahme der Vereinigten Staaten — hat eine geräumige, beherrschende Mittelzone geschaffen, in welcher die Klassenausgleiche der Nation durchgekämpft werden

H1668-0164

können und von welcher die Radikalen an beiden Flügeln ausgeschlossen sind. Im Augenblick können sie wenig mehr tun, als abwechselnd beschimpfende Schlagworte auf die Umzäunungen zu malen, innerhalb deren das Match ausgetragen wird. Womit die praktischen Menschen jetzt befasst sind, das sind die Angelegenheiten, die auf diesem von der ganzen Nation eingenommenen Spielfeld ausgetragen werden.

Die vielen Nachwahlen im Anschluss an zwei allgemeine Wahlen und die sechs Jahre, innerhalb deren eine einzige Gruppe von Männern und Kräften an der Macht war, sie alle haben dieselbe Geschichte erzählt.

Die sozialistische Labourpartei scheint, nicht nur in ihren radikalen Varianten sondern auch in ihrer gemässigtesten Form, die Grenzen ihrer Ausdehnungsfähigkeit erreicht zu haben. Dies war wohl auch so zu erwarten von einer Klassenpartei, welche jeden Kontakt mit anderen Parteien ablehnt und sich zu Doktrinen bekennt, die in der Theorie absurd und in der Anwendung ruinös sind. Das Programm, dem Staat, das heisst den Politikern, die bei einer Wahl die Mehrheit gewonnen haben, die autokratische Beherrschung aller Produktions-, Verteilungs- und Tauschmittel auszuliefern, übte niemals eine Zugkraft auf den starken Individualismus des britischen Volkes aus. Eine Gleichmachung aller unter Beamtenausschüssen, welche von sozialistischen Politikern gelenkt werden, wäre eine Zerstörung des gesamten Impetus und Lebensfortschritts, ohne dem Durchschnitt auch nur im geringsten förderlich zu sein. Die Vereinigung der Machtbefugnisse von Richter, Arbeitgeber, Grundbesitzer, Lebensmittellieferant und Gesetzgeber in einer Hand muss dazu führen, dass der normale Lohnempfänger mit seiner Familie genau so auf einen Zustand absoluter Unterjochung herabgedrückt wird wie die mit mehr Glücksgütern gesegneten Menschen.

Solche Lehren mögen sich in irgendeinem halb barbarischen asiatischen Land durchsetzen oder bei einer Nation, die durch eine Kriegsniederlage ruiniert ist; aber hier auf

H1668-0165

unserer Insel brauchen sie nur unter den Bedingungen freizügiger Politik und freier Kritik präsentiert zu werden, und sie erleiden schmählich Schiffbruch. Die ersten, die sie — in der Tat, wenn auch nicht in der Form — zurückweisen, sind die grossen Gewerkschaften. Nichts kann bemerkenswerter sein als die nüchterne, entschlossene Kontrolle, die von den verantwortlichen Gewerkschaftsführern über Theoretiker und Doktrinäre ausgeübt worden ist. Diese Führer fühlen sich dafür verantwortlich, dass bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für die grosse Masse ihrer Mitglieder gewährleistet werden. Sie denken nicht daran, sich oder ihre Organisation zum Werkzeug ehrgeiziger Politiker machen zu lassen.

Im wesentlichen akzeptieren sie das vorhandene Gesellschaftssystem und wollen nichts anderes, als aus ihm für die Arbeiterklassen herausschlagen, so viel sie können. Sie haben es notwendig gefunden, den Kommunismus völlig in Acht und Bann zu tun. Obwohl die Kommunisten in unserem Lande keine unmittelbare Gefahr bilden, haben die Gewerkschaftsführer es für ihre Pflicht gehalten, einen scharfen Trennungsstrich gegen sie zu ziehen, vor allem deshalb, weil sie die materielle Besserstellung der lohnempfangenden Klassen stören und verhindern. Hier haben wir ein Beispiel, das überaus lehrreich für die ganze Welt ist. Die laboursozialistische Partei im Unterhaus spiegelt natürlich die Kräfte wieder, welche im Land am Werk sind. In der letzten Zeit ist viel Kritik an ihren parlamentarischen Führern geübt worden. Aber es ist sehr schwierig für eine schwache Minderheit, im Unterhaus aktiv zu sein. Gegen eine grosse, festgeschlossene und fähige nationale Phalanx ist man bei der Abstimmung sehr übel daran, selbst wenn man die besten Argumente hat. Aber die sozialistische Partei hat, behindert durch ihre Theorien und ihre heterogene Zusammensetzung, ausserdem sehr selten die besten Argumente. Mit besser unterrichteten und angriffslustigeren Führern wäre es zweifellos möglich, die Regierung öfter in der Debatte zu schlagen. Aber de facto würde das den Lauf

H1668-0166

H1668-0167

der Ereignisse nicht wesentlich ändern. Das parlamentarische Bild würde belebt, aber nicht umgewandet werden.

Die Wahrheit ist, dass der Aufbau einer klassenbetonten sozialistischen Labourpartei in Grossbritannien zu einem schweren Rückschlag für die Politik des linken Flügels führte. Die sozialistische Bewegung verschlang die liberale Partei mit ihrem gewaltigen traditionellen Einfluss auf die Nation und war dabei völlig unfähig, ihre Stelle einzunehmen. Es wurden nicht nur Millionen liberaler Wähler vertrieben, sondern auch die schwankende Masse solider Bürger, die sich wenig oder gar nicht um Parteien kümmern; die meisten von ihnen haben bei der Wahl hinter dem massiven Wellenbrecher der nationalen Regierung einen Hafen gefunden. Es war ein grosses Glück, dass unser Land in dieser Periode der Kriegsgefahr und allgemeinen Verwirrung der Gewalt, drohte sie nun von Kommunisten oder von Nazis, eine so feste, beständige Front entgegenstellte und sich in grundlegenden Dingen so eindrucksvoll geeinigt zeigte.

Der Einfluss, den die britische Nation in der ganzen Welt ausübt, geht tief und ist dauerhaft. Mit der Ausnahme Russlands, wo die Intelligenz zum grössten Teil vernichtet wurde, ist es überall praktisch unmöglich, zu verhindern, dass Tatsachen über andere Länder bekannt werden. In Deutschland vor allem mögen noch so viele Zeitungen beschlagnahmt werden, es rutschen doch, oft mit einigen Tagen Verspätung, so viele durch, dass die öffentliche Meinung eines hochgebildeten Volkes in den Stand gesetzt wird, sich ein Bild zu machen. Manche unter uns sind der Ansicht, wenn der Friede nur aufrecht erhalten werden kann, werde der Fortschritt der Demokratie in Grossbritannien und die Lebensform, die wir für uns hier aufzubauen imstande sind, dem deutschen Volk einen grossen Auftrieb geben. Vielleicht ist der Tag gar nicht mehr fern, da sie es müde sind, sich von einer Parade zur anderen an der Nase herumführen zu lassen, und ein wirklich freies, erwachsenes Volk aus sich machen werden. Aber die Erfüllung dieser Hoffnung hängt

H1668-0168

davon ab, ob Grossbritannien gut genug verteidigt und mit anderen friedliebenden Ländern eng genug verbunden ist, um die in die Enge getriebenen Diktatoren davon abzuschrecken, ihre eigenen Untertanen und damit auch uns alle in die Schrecken des Krieges zu stürzen.

Die Tatsache, dass über die britische Aufrüstung zwischen den politischen Parteien und allen Klassen keine Meinungsverschiedenheit besteht, birgt die beste Gewähr für die Zukunft und die sicherste Hoffnung, dass das edle Schiff der Freiheit den Klippen entrinnen, das Vorgebirge umschiffen und auf das offene Meer hinaussegeln wird.

H1668-0169

PALÄSTINA-TEILUNG

23. Juli 1937

Wenn eine aus sehr fähigen, erfahrenen, keinen Privatinteressen dienenden, von keinerlei Parteivorurteilen belasteten Männern zusammengesetzte Königliche Kommission mehr als ein Jahr zum Studium eines Problems braucht, obwohl ihr alle Informationsquellen zur Verfügung stehen, wäre es ebenso töricht wie flegelhaft, ihre Empfehlungen respektlos zu behandeln. Trotzdem kann man sich auch beim besten Willen nicht verhehlen, dass der Vorschlag, Palästina in drei Teile zu zerstückeln, ein von der Verzweiflung eingegebener Rat ist. Man fragt sich, ob die Schwierigkeiten, den zionistischen Plan durchzuführen, wirklich so gross sind, wie sie dargestellt werden, und ob es nicht schon recht beträchtliche Erfolge gegeben hat.

In den sechzehn Jahren, die seit der Mandatübernahme vergangen sind, hat man viele Schwierigkeiten überwunden und grossartige Entwicklungen in Palästina eingeleitet. Als ich das Land vor nicht mehr als drei Jahren das letzte Mal besuchte, war ich entzückt vom Anblick des Bildes, das sich uns bot. Die schönen Strassen, die neuen Gebäude und Plantagen, die Beweise für Wohlstand sowohl unter den Juden wie unter den Arabern, die allerseits zu sehen waren, machten einen überaus ermutigenden Eindruck, der noch imponierender wurde, wenn man bedachte, mit welch geringen Militär- und Polizeikräften und unter wie geringen Kosten für die Bevölkerung die Ordnung aufrecht erhalten wurde. Diese schönen Hoffnungen wurden von den Ereignissen der letzten beiden Jahre getrübt und bis zu einem gewissen Grad erstickt. Ein grosses Experiment, eine aussichtsreiche Mission war auf dem besten Wege zum Erfolg,

H1668-0170

als die Entwicklung infolge äusserer Ereignisse einem übermässigen Druck ausgesetzt wurde. Das war sicherlich nicht unsere Schuld. Die Judenverfolgungen in Deutschland, der Anschlag gewalttätiger und reaktionärer Kräfte, sich des Antisemitismus als eines Werkzeugs zu bedienen, um despotische Macht an sich zu reissen oder den Versuch dazu zu machen, suchten die zivilisierte Welt mit einem Flüchtlingsproblem heim, das mit dem der Hugenotten im siebzehnten Jahrhundert Ähnlichkeit hat.

Die Hauptlast ist auf dieses sehr kleine Land und die palästinensische Verwaltungsbehörde gefallen. Die jüdische Einwanderung, welche plötzlich auf dreissigtausend bis vierzigtausend im Jahr anstieg, hat die „wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit" der besiedelten Distrikte vielleicht nicht überschritten, aber sie hat bei den Arabern natürlich die Befürchtung geweckt, das Wachstum der jüdischen Bevölkerung werde nicht evolutionär vor sich gehen, sondern eine Überflutung und Überschwemmung mit sich bringen, deren Resultat eine ausgesprochene Vormachtstellung sein könnte. Die Drähte wurden überbelastet. Die Folge war ein Kurzschluss. Das mag ein Grund sein, die Drähte zu reparieren und die Spannung herunterzusetzen. Es ist entschieden kein Grund, zu behaupten, die Elektrizität sei so gefährlich für die Zivilisation, dass man sich ihrer nicht bedienen dürfe. Wenn ich mir auch vorbehalte, die ganze Situation von neuem zu studieren, so tue ich das doch schon unter dem starken Eindruck, dass Geduld und Ausdauer geboten seien. Ich bin ganz sicher, dass ein so genialer Mann wie der arabische Lawrence, hätte ihn das Geschick nicht allzu früh von der Bühne der Menschheit abberufen, in wenigen Monaten die Lage wiederherstellen, die eine Seite zum Nachgeben und die andere zur Mässigung überreden und beide Völker dazu bringen könnte, einander in der stets wachsenden Prosperität und Kultur ihres Heimatlandes die Hände zu reichen.

Aber wenn wir die Augen von den vorhandenen Übeln abwenden und auf die richten, die wir noch nicht kennen, wird

H1668-0171

sich ein Ansporn vielleicht für erneutes Streben finden lassen. Die Kommission hat nicht mehr getan, als die Umrisse der einzuschlagenden Politik aufgezeigt. Von den Prinzipien ganz abgesehen, kann niemand eine solche Politik beurteilen, ohne die Einzelheiten zu kennen, von denen ihre Durchführung abhängt. In diesem Stadium jedenfalls hat man den Eindruck, es sei nichts zu Ende gedacht worden. Fraglos ist in Erwägung zu ziehen, dass der Teilungsplan, wie er jetzt präsentiert wird, das Ende des zionistischen Traums bedeutet. Der den Juden zugedachte Landstrich, nicht grösser als eine englische Grafschaft, hat bereits eine Bevölkerungsziffer von 140 auf den Quadratkilometer. Er ist so dicht besiedelt wie Deutschland oder England, und zweimal so dicht wie Frankreich. Wie soll es da eine Zukunft für die Idee eines Nationalheims, einer Zufluchtstätte und Inspirationsquelle für die gejagten und gehetzten Juden so vieler Länder geben? Selbst auf diesem begrenzten Gebiet leben nahezu ebenso viele Araber wie Juden. Wenn es richtig ist, dass Jude und Araber in ihrem ganzen Geburtsland nicht nebeneinander leben können, wie will man da glauben, dass sie innerhalb der engen Grenzen eines kleinen Landesteiles freundschaftlich Seite an Seite hausen werden? Werden sich innerhalb des winzigen souveränen jüdischen Staates nicht in gesteigerter Form eben die Schwierigkeiten wiederholen, die ganz Palästina zu einer Kampfstätte gemacht haben?

Bei der Betrachtung des militärischen Aspekts scheint es an jedem Sinn für Realität gefehlt zu haben. Der wohlhabende, dicht besiedelte fortschrittliche Judenstaat liegt in den Ebenen und an den Küstenstädten. Rings umher, auf den Bergen und im Hochland, welches sich in einem breiten Gürtel weit in die grenzenlosen Wüsten hineinzieht, sind die Araber Syriens, Transjordaniens und Arabiens, welche, gestützt auf die bewaffneten Truppen des Irak, eine ständige Kriegsgefahr bedeuten. Und dazwischen sollen die Truppen, die Grossbritannien erübrigen kann, stehen und die Heiligen Stätten und einige für das Britische Reich wichtige strategische Punkte sichern. Um sich am Leben zu er-

H1668-0172

halten, muss der Judenstaat bis an die Zähne bewaffnet sein und alle kriegstauglichen Männer für die Verstärkung seines Heeres einsetzen. Aber wie lange würden die grossen arabischen Bevölkerungen im Irak und in Palästina dem Fortgang einer solchen Entwicklung zusehen? Ist es zu erwarten, dass die Araber untätig dabeistünden und zusähen, wie mit dem Kapital und den Hilfsquellen der Juden in der ganzen Welt eine mit den tödlichsten Kriegswaffen ausgerüstete jüdische Armee aufgebaut wird, bis sie stark genug ist, die Araber nicht zu fürchten? Und selbst wenn das jüdische Heer jemals so weit käme, wer darf sicher sein, dass die Juden, in ihren eigenen engen Grenzen zusammengepfercht, sich nicht auf die neuen unentwickelten Gebiete stürzen würden, von welchen sie umgeben sind? In beiden Fällen wären die Gefahren für die britische Garnison und Verwaltung in ihrem neutralen Gebiet weitaus grösser als die, von denen uns jetzt versichert wird, wir hätten vor ihnen zurückzuweichen. Man hat den Eindruck, der uns jetzt gebotene Rat sei ungefähr so, wie wenn man Schiffbrüchige auf einem Floss auffordert, Meerwasser zu trinken.

Die Regierung war ausserstande, dem Unterhaus zu erklären, welche Schutzgarantien sie, wenn überhaupt, dem jüdischen Staat oder dem arabischen Staat oder den Minderheiten in beiden dafür geben würde, dass sie nicht einem Angriff zum Opfer fielen. Der Charakter dieser Garantien ist aber von eminenter Wichtigkeit für beide Völker und von noch grösserer Bedeutung für die britische Macht. Sicherlich wäre hier eine Möglichkeit für die Propaganda und die Intriguen der Nazis und der Faschisten gegeben, die arabischen Völker aufzuwiegeln, zusammenzufassen und als neues Druckmittel gegen den britischen Polizisten auf seiner schwierigen Runde einzusetzen.

Gründe, die uns in eine solche Falle locken sollten, müsste ich erst kennen lernen. Sicher bin ich jedoch, dass es uns unmöglich werden würde, unseren Pflichten nachzukommen, wenn der jüdische und der arabische Staat, beide Mitglieder des Völkerbundes und beide völlig ausserhalb un-

H1668-0173

seres Einflusses, zu beiden Seiten der kleinen britischen Zone errichtet werden. Die einzige logische Folge einer solchen Politik wäre, dass die Heiligen Stätten selbst unter internationale Aufsicht gestellt werden müssten. Auf Grund meiner derzeitigen Informationen finde ich es schwierig, mich der Schlussfolgerung zu entziehen, dass der Plan der Kommission unweigerlich die völlige Räumung Palästinas durch Grossbritannien im Gefolge hätte. Hier taucht wieder eine Reihe ernster strategischer Probleme auf, von welchen bis jetzt keines genügend ins Auge gefasst worden zu sein scheint.

Aus allen diesen Gründen handelte das Unterhaus sicherlich klug, als es sich weigerte, sich in Bezug auf das Teilungsprinzip endgültig festzulegen. Die Regierung behandelte das Haus mit der gebührenden Rücksicht und versuchte nicht, ihm eine verfrühte Entscheidung aufzudrängen. Sie machte sich anheischig, weitere Untersuchungen anzustellen und dann den Plan, falls er durchführbar gefunden wird, dem Parlament in vervollständigter Gestalt zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Dürfen wir nicht hoffen, dass die Juden und die Araber in der Zwischenzeit einander näherzukommen versuchen und weitere Anstrengungen machen werden, um auf ihrem gemeinsamen Gebiet den Frieden wiederherzustellen und die Prosperität zurückzurufen? [1])

[1]) Nach nicht ganz einem Jahr gab die Regierung Seiner Majestät den Teilungsplan auf, mit dem sie sich voreilig befasst hatte. Bis jetzt hat sie keine andere Politik angekündigt.

H1668-0174

ENGLISCH-ITALIENISCHE FREUNDSCHAFT — ABER WIE?

6. August 1937

Dem Briefwechsel zwischen Mr. Chamberlain und Signor Mussolini wurde, obgleich in ihm nur gegenseitige Versicherungen und der Wunsch nach Frieden zum Ausdruck gelangten, in ganz Europa höchste Wichtigkeit beigemessen. Die Briefe müssen im Zusammenhang mit der Tatsache beurteilt werden, dass Mr. Eden mit stets wachsender Deutlichkeit darauf aufmerksam macht, von welch hervorragender Bedeutung die territoriale Integrität Spaniens, seiner Inseln und Kolonien für Grossbritannien sei. Die Briten wünschen keinen Streit mit Italien. Im Gegenteil, der Friede im Mittelmeer erfordert die Fortsetzung der englisch-italienischen Freundschaft und Zuneigung, die bis in die jüngste Zeit keine Unterbrechung kannten. Wir können uns keine Verantwortung an der unglückseligen Veränderung zuschreiben. Dass Abessinien in den Völkerbund aufgenommen wurde, geschah auf italienische Veranlassung und gegen unseren Rat. Die Eroberung Abessiniens durch Italien war offensichtlich ein Bruch feierlicher Verpflichtungen. Es war unvermeidlich, dass sie das Völkerbundsverfahren auslöste, zu dessen Unterstützung Grossbritannien verpflichtet war. Die Italiener haben oft darüber gehöhnt, dass eine Macht, die mehr Übersee-Eroberungen gemacht hat als alle anderen der Welt, die in den letzten vierzig Jahren die Burenfreistaaten annektierte und den Sudan unterwarf, sich über den abessinischen Krieg so absonderlich bewegt zeigte.

Aber das wesentliche, worauf die britische öffentliche Meinung abzielte, war nicht so sehr die Tatsache einer Eroberung wie der offene Bruch von Pakten, welche die

H1668-0175

Grundlage so vieler Hoffnungen auf die Erhaltung des europäischen Friedens waren. Es ist nur natürlich, dass die öffentliche Meinung in einem parlamentarischen und demokratischen Lande der totalitären Regierungsform feindlich gegenübersteht und aggressive Handlungen der Diktatoren aufmerksam verzeichnet. Der Völkerbund hat es bisher abgelehnt, die Eroberung Abessiniens durch Italien anzuerkennen, und bis heute ist jedenfalls das Unterhaus durchaus willens, sich einem solchen Schritt zu widersetzen. Die verhängnisvolle Frontenbildung in Europa — auf der einen Seite Frankreich und Grossbritannien mit Russland im Hintergrund, und Deutschland auf der anderen, werfen ihren stets wachsenden Schatten auf die Zukunft der ganzen Welt. Der Versuch, eine solche betrübliche Gegenüberstellung zu verhüten, ist die Pflicht aller vernünftigen Menschen.

Die Frage, ob die Eingliederung Abessiniens in das italienische Reich anerkannt werden soll, muss im Zusammenhang mit diesen gigantischen Problemen betrachtet werden. Die Frage geht dahin, ob der Völkerbund durch die Weigerung, die bittere unbezweifelte Tatsache zu akzeptieren, seinen Protest gegen den Bruch des Paktes durch Italien zur Genüge bekundet hat. Soll es auf unbeschränkte Zeit bei diesem Protest bleiben? Gibt es keine Zeitgrenze für Vorwürfe, und seien sie noch so gerecht? Oder soll die Welt weitergehen mit einer wachsenden Belastung durch Nationen, die auf die schwarze Liste gesetzt sind, und durch Beschwerden, die sämtlich pflichtgemäss in die Genfer Bücher eingetragen werden? Verhielte er sich so, dann wäre unsere Sicherheit vor einem zweiten Armageddon entschieden gefährlich geschwächt.

Die Situation im Mittelmeer ist bedeutend wichtiger geworden als alle abessinischen Differenzen zwischen Grossbritannien und Italien. Wenn der spanische Bürgerkrieg mit dem Sieg General Francos enden sollte, was im grossen Ganzen immer wahrscheinlicher zu werden scheint, werden die Beziehungen zwischen dem neuen Spanien und den faschistischen und nazistischen Ländern unweigerlich die

H1668-0176

ernstesten Auswirkungen haben. Grosse Haubitzen und viele weniger schwere Geschütze sind in Algeciras und Ceuta zu beiden Seiten der Meerstrasse von Gibraltar montiert worden. Das Feuer dieser Geschütze greift auf dem Meer ineinander über. Wenn auch eine Flotte von Panzerschiffen in der Nacht unter Rauchschutz verhältnismässig unversehrt durchkommen kann, bleibt doch die potentielle Zerstörung der Welthandelsstrasse in sehr ernsthafter Form bestehen. Eine Festung kann auf ein Geschütz feuern, aber etwas ganz anderes ist es, wenn ein Geschütz auf einen Hafen feuert. Der Ankerplatz von Gibraltar kann jederzeit für die britische Flotte unverwendbar werden.

Aber das ist nicht das einzige. Die Zustände auf den Balearischen Inseln sind äusserst unbefriedigend. Die Tatsache, dass Malta so nahe der Hauptmacht der italienischen Luftflotte liegt, hat diesen Flottenstützpunkt für Kriegszeiten bereits unbrauchbar gemacht. Die Befestigung des kahlen Felsens von Pantellaria zwischen Malta und dem afrikanischen Vorgebirge durch Italien ist gegen Grossbritannien gerichtet, und zwar gegen Grossbritannien allein. Die sehr schweren Befestigungen, Batterien und Flughäfen auf Rhodos und Leros, die beide in der letzten Zeit verstärkt wurden, haben ihre Auswirkungen auf das östliche Mittelmeer. Im Roten Meer ist ein weiterer schwer befestigter italienischer Stützpunkt in Massaua geschaffen worden. Auf die Ostküste des Roten Meeres werden ehrgeizige Blicke geworfen. Wir dürfen auch nicht das starke italienische Heer in Libyen vergessen, die „für Touristenzwecke" gebaute Küstenroute bis an die ägyptische Grenze und die unaufhörliche italienische Rundfunkpropaganda im ganzen Mittelosten. Dieser ganze Prozess bringt, solange er fortgeht, Gefahren mit sich, welche stets an Gewicht gewinnen und sehr unmittelbar sind.

Die Freiheit des Mittelmeers ist ein britisches Interesse ersten Ranges. Wir haben dort geschätzte Freunde und Verpflichtungen. Da ist das Königreich Jugoslavien; das uns seit langer Zeit durch Sympathien und Politik verbun-

H1668-0177

dene Königreich Griechenland; die modernisierte Türkei, die jetzt so harmonische Beziehungen zu Griechenland unterhält, unter ihrem Vorkämpfer und hervorragenden Befehlshaber im grossen Krieg, Mustapha Kemal; Palästina, und alles, was es bedeutet; das Königreich Ägypten, das neuerdings Mitglied des Völkerbundes ist. Wir können, so friedlich auch unsere Wünsche sind, nicht zulassen, dass wir von diesen Freundschaften und Verbindungen abgeschnitten werden. Sie bedeuten uns so viel wie unsere Bewegungsfreiheit auf der Hauptverkehrsstrasse nach dem Osten. Wir sollten, und zwar rechtzeitig, klarmachen, dass uns die Tore des Mittelmeeres niemals mit unserer Zustimmung vor der Nase zugeschlagen werden können und dass wir uns gegen jedermann stellen müssen, der dies versucht oder sich zu einem solchen Versuch hergibt. In solchen Fragen ist es manchmal besser, eine deutliche Sprache zu führen. Der neue Erste Lord der Admiralität [1]) hat sich für eine Wiederbelebung der alten englisch-italienischen Freundschaft eingesetzt, aber er erklärt nicht, auf welcher Basis sie wieder herzustellen ist. Fraglos kann diese Basis nicht ein Versuch sein, das Mittelmeer zu einer italienischen See zu machen!

Die Sicherungen des europäischen Friedens hängen von der Vorherrschaft der britischen Flotte und der Stärke des französischen Heeres ab. Sie hängen auch von Faktoren ab, die nicht zu messen sind: der Wert der Seemacht zur Zusammenfassung aller Hilfsquellen der Welt und aller gut gesinnten Länder über die Meere hinweg; der produktive Reichtum, den Kredit und Gold geben; und drittens, das wirksamste von allen, die Macht der Demokratie und der freien Institutionen, welche nicht nur die parlamentarischen Nationen verbindet, sondern auch die Diktatur in ihren eigenen Zitadellen unterminiert. Diese Kräfte sollten bei keiner Diskussion, zu der es kommen mag, übersehen werden.

---

[1]) Mr. Duff Cooper.

H1668-0178

EIN OFFENES WORT AN DIE NAZIS

20. August 1937

Nazideutschland ist nicht nur ein Faktor der Beunruhigung, sondern auch ein Welträtsel. Die Ausweisung des Berliner Times-Korrespondenten durch die Nazis hat ihre Freunde und Feinde gleichermassen entsetzt. Diejenigen unter uns, die daran arbeiten, ein starkes internationales Bündnissystem gegen potentielle Angreifer aufzubauen, sind schon längst mit der Haltung der Times unzufrieden. Dieses grosse Organ mit seinem gewaltigen Einfluss auf die Regierungskreise im Inland und die öffentliche Meinung im Ausland hat Deutschland anlässlich der meisten seiner Manifestationen in der letzten Zeit konsequent verteidigt. Der Times-Korrespondent, Mr. Ebbutt, hat niemals die Tatsachen verdreht, um gegen Deutschland Stimmung zu machen; er hat sie einfach berichtet, das ist alles.

Wenn eine Regierung, welche immer es auch sei, sich im zwanzigsten Jahrhundert damit beschäftigt, Menschen wegen ihrer Abstammung oder ihrer Religion, ganz unabhängig von ihrem bürgerlichen Verhalten, zu verfolgen, und es zu schwachen Protestkundgebungen der Opfer dieser Grausamkeit kommt, wird natürlich ein einfaches Berichten der Tatsachen im Ausland gegen die betreffende Regierung einnehmen. Aber sich gerade diesen Korrespondenten, den Doyen aller Auslandsjournalisten in Berlin, auszusuchen und ihn auszuweisen — wie es in dieser Woche geschehen ist — war nicht nur ungerecht, sondern auch töricht.

Es könnte fast so aussehen, als ob die gegenwärtige deutsche Regierung entschlossen wäre, sich moralisch ebenso wie wirtschaftlich von den anderen grossen Nationen des Westens zu isolieren. An der öffentlichen Meinung der Welt

scheint ihr nichts zu liegen. Nichts ist wichtig als Nahrungsmittel und Waffen — zuerst die Waffen. Um so notwendiger wird es sein, dass die Nationen, die hinter der Völkerbundsatzung stehen, sich der Identität ihrer friedlichen Ziele immer mehr bewusst werden und stets besser gerüstet sind.

Zu dem Zwischenfall selbst aber kam es aus einer ernsteren Ursache. Es gibt eine grosse Anzahl im Ausland lebender Deutscher. Viele von ihnen sind von dem jetzigen Regime vertriebene Flüchtlinge, zum grössten Teil handelt es sich jedoch natürlich um Deutsche, die sich entweder mit ihm abgefunden haben oder seine aktiven Parteigänger sind. Diese letzte Klasse ist überall zu finden — in Polen, der Tschechoslovakei, Österreich, Jugoslavien, Italien, der Schweiz, Frankreich, Belgien, Holland und Skandinavien, und nicht zuletzt in England. Was uns vor allem angeht, ist Grossbritannien. Aber was für uns gilt, gilt auch für andere Länder. Bisher sind die Ausländer auf unsere Insel als Individuen gekommen. Sie haben unter der Freiheit und dem Schutz unserer Gesetze unter uns gelebt. Wir haben sie willkommen geheissen und wünschen ihnen alles Gute. Aber die letzten zwei, drei Jahre waren Zeugen einer Entwicklung, die jede Regierung beunruhigen würde.

Alle Welt kennt natürlich recht gut die Methoden der kommunistischen Propaganda. Giftige Doktrinen werden verbreitet, in vielen Schichten und in vielen Teilen des Landes werden Keimzellen geschaffen. Die Kommunisten in allen Ländern stehen in Verbindung mit der Komintern in Moskau und werden von dort disziplinär und finanziell unterstützt. In Grossbritannien haben unsere grosszügigen politischen Einrichtungen, die kraftvolle Haltung unserer Gewerkschaften und die Tatsache, dass sich die Arbeiterklassen schon lange des Wahlrechts erfreuen, die kommunistischen Machinationen verhältnismässig ungefährlich gemacht. Aber auch wenn das nicht so wäre, die Polizei verfügt über Macht und gute Einrichtungen genug, um mit der kommunistischen Aufwiegelung fertig zu werden. Das Parlament würde sicherlich jede britische Regierung bei den

H1668-0179

drastischesten Aktionen unterstützen, sei es nun Gefangensetzung oder Ausweisung der organisierten Friedensstörer.

Jetzt aber müssen wir feststellen, dass in dieser Hinsicht wie in anderer das deutsche Naziregime, und in geringerem Ausmasse auch der italienische Faschismus, das Moskauer Beispiel befolgt. Zur Zeit leben etwa zwanzigtausend Deutsche in unserem friedlichen Lande. Es gibt eine regelrechte nationale politische Parteiorganisation, in der alle fest zusammengehalten werden sollen. In Berlin ist in diesem Jahr tatsächlich ein Naziminister mit einem eigenen Departement inauguriert worden, um das Vorgehen der im Ausland lebenden Nazideutschen zu unterstützen und einheitlich auszurichten. Diese Fremden haben sich in kurzen Abständen bei regelrechten Zentren zu melden, wo sie Instruktionen darüber erhalten, was sie zu beobachten, welcher Sprache sie sich beim Verkehr mit unserer Bevölkerung zu bedienen und was sie im Falle auftauchender Schwierigkeiten zu tun haben. Ganz abgesehen von der verwerflichen Überwachung der unglücklichen deutschen Flüchtlinge scheint sich hier eine ausgesprochene Bedrohung des Staates zu entwickeln. In Ländern, wie die Tschechoslovakei und Österreich es sind, spielen diese Naziorganisationen eine gefährliche Rolle, indem sie für pangermanistische Ziele agitieren. Das kann unter Umständen die unabhängige Weiterexistenz dieser Staaten bedrohen.

Unser Fall ist nicht so gravierend. Aber es ist eine Schmach für die Souveränität der Nation, wenn eine fremde Macht in Friedenszeiten ihre Untertanen auf dem Gebiet eines befreundeten Staates organisiert. Es ist eine Bedrohung von derselben Natur, wie sie sich in der Verschwörung der vom Ausland bezahlten Kommunisten zeigt. Ich habe einige Monate lang die Aufmerksamkeit des Unterhauses auf diesen bisher noch nicht dagewesenen Vorgang gelenkt. Wenn das Parlament im Herbst zusammentritt, wird es sich ernsthaft mit der Frage der Ausländerorganisationen in Grossbritannien befassen, und die Minister werden aufgefordert werden, zu beweisen, dass sie derartige Vorgänge

H1668-0180

energisch im Auge behalten. Es sollte nicht schwer sein, mit dem Problem fertig zu werden. Wenn ein Ausländer zum Beispiel Zeit dafür finden kann, in kurzen Abständen Versammlungen seiner kommunistischen oder nationalsozialistischen Vereinigung beizuwohnen, könnte man von ihm verlangen, dass er sich ebenso oft zur Untersuchung seines Permits bei der Polizei meldet, und dort könnte er aufgefordert werden, besondere Beweise für sein gutes Verhalten beizubringen, wenn er weiterhin die britische Gastfreundschaft zu geniessen wünscht. Was nun die Drahtzieher betrifft, die sich aktiv damit befassen, innerhalb des Staates eine ausländische Machtgruppe aufzubauen, so sollten sie unverzüglich aufgefordert werden, sich nach Hause zu begeben.

Von einer Politik der Repressalien gegen in Deutschland lebende Engländer haben wir wenig zu fürchten. Es gibt viel mehr Deutsche, die in England ein gutes Fortkommen haben, als britische Untertanen in Deutschland. Wir würden, wenn es zu einer gegenseitigen Repatriierung kommt, und werde sie noch so weit getrieben, vergleichsweise sicherlich nicht den Schaden haben. Ich schreibe über diese Angelegenheit ganz offen, weil zu hoffen steht, dass die deutsche Regierung, zu der wir gute Beziehungen zu unterhalten wünschen, unseren vernünftigen Wünschen, wenn sie rechtzeitig von ihnen in Kenntnis gesetzt wird, taktvoll und bereitwillig entgegenkommen wird.

H1668-0181

DER VERWUNDETE DRACHE

3. September 1937

Nicht nur das Britische Reich und die Vereinigten Staaten, auch der grösste Teil Europas hat ein lebhaftes Interesse an den Vorgängen in China. China wird im Lauf der Jahre von den Japanern aufgegessen wie eine Artischocke, Blatt um Blatt. Eine Provinz nach der anderen wird unterjocht, und noch immer erzählt man uns, die Chinesen seien die Provokateure.

Die Regierung Japans ist zu einer Militärdespotie geworden. Es ist nicht eine Despotie, die von Kriegsherren oder Heerführern ausgeübt wird. Die treibende Kraft kommt aus Geheimgesellschaften innerhalb des Heeres, welche im Namen eines übersteigerten Patriotismus Staatsmänner, Generäle und Admirale ermorden, wenn man findet, sie seien zu schlapp in ihren Leistungen für die Vergrösserung des japanischen Reiches. Nur die halb mystische Autorität des Mikado verfügt über ein gewisses Mass von Respekt und kann noch ein gewisses Mass von Zurückhaltung bewirken.

In diesem Jahrhundert hat die japanische Flotte ein Verhältnis von drei zu fünf gegen die britische und die amerikanische Flotte aufrecht erhalten. Die gewaltigen Meeresräume, welche Japan von allen anderen Seemächten trennen, geben der japanischen Flotte eine Vormachtstellung in ihren eigenen Gewässern und an den asiatischen Küsten des Stillen Ozeans. Keine einzelne Macht könnte, es sei denn nach langer Vorbereitung, Japan im Gelben Meer ihren Willen aufzwingen. Wenn die Vereinigten Staaten und Grossbritannien mehrere Jahre hindurch gemeinsam handelten und dabei die Unterstützung Sowjetrusslands hätten, könnten zweifellos Vorstellungen gemacht werden, denen

H1668-0182

sich Japan zu fügen hätte. Aber die Vereinigten Staaten werden natürlicherweise von ihren inneren Wirtschaftsproblemen in Anspruch genommen, und Grossbritannien, mit Mussolini an seiner Flanke im Mittelmeer, wird noch einige Jahre hindurch nicht imstande sein, mehr zu tun, als Singapur zu halten und so seine Verbindungen mit Australasien zu wahren. Singapur, das darf vielleicht wiederholt werden, ist von Japan so weit entfernt wie Portsmouth von New York. Es liegt also auf der Hand, dass Japan bei einem Angriff auf Singapur mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen hätte wie entweder Grossbritannien oder die Vereinigten Staaten bei einer Offensive gegen Japan. Es ist notwendig, dass dies wohl begriffen wird, denn diese Tatsachen beherrschen — oder müssten es wenigstens tun — die Politik im Fernen Osten.

Wir können das Schicksal Chinas beklagen. Viele Engländer und Amerikaner werden zutiefst empört und bekümmert sein über diesen erneuten Überfall auf eine friedliche, wenn auch ungeordnete Masse von fleissigen Menschen, denen jetzt zu ihrer ohnedies schon schweren Existenz noch grössere Lasten aufgebürdet werden. Alle Welt ist entsetzt über die grauenhafte Tragödie der ungeschickten chinesischen Flieger, die ihre dem japanischen Flaggschiff zugedachten gigantischen Bomben auf das britische Hotel abwarfen und viele Hunderte ihrer hilflosen Landsleute zum Tod oder zur Verstümmelung verdammten. Es lässt sich kaum etwas Jammervolleres denken als der Anblick des verwundeten, rasenden chinesischen Drachens, der sinnlos nach allen Seiten um sich schlägt, sich selbst verwundet und sogar das befreundete amerikanische Schiff trifft.

Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Es gibt nahezu vierhundert Millionen Chinesen. Ihre körperliche Kraft und Zähigkeit ist ganz ausserordentlich. Sie können grosse Strecken marschieren und schwere Lasten tragen. Sie verfügen über eine alte Zivilisation, welche eine hohe Intelligenz und in vielen Fällen eine bewundernswerte Treue gezeitigt hat. Aber sie zählten den Soldatenberuf stets zu den

H1668-0183

verächtlichsten, die der Mensch ergreifen kann, und infolgedessen haben ihre Soldaten, vor allem ihre Generäle, bis jetzt ganz und gar dem Bild entsprochen, das ihre Landsleute sich von ihnen machen. Wenn die Chinesen heute die grausame Bosheit und Unterdrückung ihrer Feinde erleiden, ist das die Schuld der niedrigen und perversen Auffassung von Pazifismus, die ihre Herrscher zwei- bis dreitausend Jahre lang der Bevölkerung eingeimpft haben. Eines steht fest: wenn die Chinesen nicht fähig sind, China zu verteidigen, wird es bei der jetzigen Verfassung der Welt niemand sonst für sie tun.

Es mag sein, dass China unter dem Anstoss, den es nun von Japan erhält, allmählich einen kriegerischen Geist entwickelt. Anzeichen, die darauf hindeuten, hat es schon gegeben. Auf jeden Fall wird die Eroberung auch nur eines Teiles von China Japan schwerste Anstrengungen verursachen und lange Zeit in Anspruch nehmen. Wir europäischen und amerikanischen Zuschauer müssen uns auf den Schutz unserer eigenen Interessen, der kommerziellen, kulturellen und moralischen, beschränken. Wir haben in China grosse Niederlassungen und Geschäfte aufgebaut, welche den Chinesen nur Segen gebracht haben. Die schöne Hafenstadt Shanghai ist auf ihren Schlammbänken vor allem durch britischen Unternehmungsgeist und britisches Denken erbaut worden. Europäische und amerikanische Missionare haben ihre Botschaften furchtlos weit in das Innere Chinas getragen. Insbesondere hat Deutschland in den letzten Jahren einen bedeutenden Handel entwickelt. Eisenbahn- und Bergbaukonstruktionen wurden geschaffen und zum Vorteil aller Beteiligten genutzt. Soll all dies missbraucht und allmählich zum Verschwinden gebracht werden? Sicherlich wird es dazu kommen, wenn Europa von seinen inneren Zwistigkeiten zerrissen bleibt und wenn die Vereinigten Staaten sich allen äusseren Angelegenheiten fernhalten.

Auch folgendes sollte man sich vor Augen halten. Wenn Europa zum Osten zu sprechen wünscht, wird es vorher bei

H1668-0184

sich zu Hause aufräumen müssen. Der dem britischen Botschafter angetane Schimpf, zu dem es infolge der erbarmungslosen Bombardierung von Nichtkombattanten in Gebieten hinter den Kampfzonen kam, ist mit Recht zum Gegenstand einer kräftigen britischen Note gemacht worden. Es ist unwahrscheinlich, dass man eine solche Note abgesandt hätte, ohne vorher Beschluss darüber zu fassen, was unternommen werden soll, wenn eine ehrenhafte Genugtuung verweigert wird. Eine Anwendung von Gewalt, um Genugtuung für etwas zu erreichen, das sicherlich kein Zufall war, kommt natürlich nicht in Frage. Die Lösung liegt vielmehr auf dem Gebiet guter Manieren und des korrekten internationalen Brauchs, auf welchem sich Japan bisher vollendeter Förmlichkeit gerühmt hat. Die Gefahr eines zweiten Krieges im Fernen Osten neben dem Kampf, der ohne Kriegserklärung zwischen Japan und China im Gange ist, besteht daher im Augenblick nicht. In der Tat, so sonderbar es auch klingen mag, der Umstand, dass Japan sich diesen Herbst dazu ausgesucht hat, einen weiteren Beutezug in China zu unternehmen, bestätigt den vorherrschenden Eindruck, dass der Friede Europas in diesem Jahr nicht gebrochen werden wird. Es ist zum Beispiel unwahrscheinlich, dass Deutschland, solange Japan nicht die Freiheit hat, im Fernen Osten seine ungeteilte Aufmerksamkeit Russland zuzuwenden, irgend einen Schritt tun wird, der zu einem Zusammenstoss mit Sowjetrussland führen würde.

Was für ein Licht wirft es auf den Zustand, in dem sich die Zivilisation der Welt zur Zeit befindet, dass die Tschechoslovakei freier atmen kann, weil chinesische Nichtkombattanten in den Elendsvierteln Shanghais niedergemetzelt werden! So schmerzlich es auch ist, zu beobachten, was im Fernen Osten geschieht, so ernst auch das Bestreben der anständigen Männer und Frauen in allen Ländern sein muss, diesen Geschehnissen ein Ende zu bereiten, hiesse es dennoch einen falschen Schluss ziehen, wollte man annehmen, dass der Friede zwischen den Grossmächten der Welt infolge dieser neuen Brandstiftung unsicherer gewor-

H1668-0185

den und mehr gefährdet wäre. Im Gegenteil, soweit sie überhaupt in Anschlag zu bringen ist, bietet sie nur eine grössere Gewähr dafür, dass den friedliebenden Nationen Europas noch eine Ruhepause gegönnt ist.

Mögen sie diese Ruhepause dazu verwenden, ihre Verteidigung zu verstärken, sich zusammenzuschliessen in machtvollen und loyalen Bündnissen zur Förderung und Verteidigung der Herrschaft des Rechts unter ihnen selbst, und hernach diese heimgesuchten, aber zu unserem Glück weit entfernten Länder in ihr segensreiches Wirkungsfeld einbeziehen.

H1668-0186

FREUNDSCHAFT MIT DEUTSCHLAND

17. September 1937

Ich muss feststellen, dass ich von der Presse des Herrn Dr. Goebbels als Feind Deutschlands hingestellt werde. Diese Bezeichnung ist völlig unrichtig. Vor dem Krieg schlug ich von Tirpitz eine Flottenruhe vor. Wäre man darauf eingegangen, so hätte das die europäische Spannung ausserordentlich herabgesetzt und möglicherweise die Katastrophe verhütet. Im Augenblick des Waffenstillstandes machte ich, was nicht unbekannt ist, den Vorschlag, ein Dutzend grosser Ozeandampfer mit Nahrungsmitteln zu beladen und als eine Geste der Humanität raschestens nach Hamburg zu schicken. Als Kriegsminister machte ich im Jahre 1919 den Obersten Rat auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Blockade aufzuheben, und legte ihm die Berichte unserer Generalität am Rhein vor, auf Grund deren schliesslich dieser Schritt getan wurde. Ich übernahm eine grosse persönliche Verantwortung, als ich etwa hunderttausend deutsche Gefangene, die im Pas de Calais eingepfercht waren, nach Hause schickte, Monate bevor sie sonst in Freiheit gesetzt worden wären. Ich opponierte heftig gegen den französischen Einmarsch im Ruhrgebiet. Um eine Wiederholung zu verhüten, setzte ich mich in Mr. Baldwins Kabinett dafür ein, dass der Locarnovertrag zweiseitig wurde, sodass sowohl Deutschland wie Frankreich den britischen Schutz gegen Aggressionen genossen. Darum hat kein Mensch das Recht, mich, es sei denn in Kriegszeiten, als Feind Deutschlands zu bezeichnen.

Aber ich habe meine Pflicht gegen mein Vaterland. Als unabhängiges konservatives Unterhausmitglied sah ich mich genötigt, zu alarmieren und zu warnen, als es sich vor fünf

H1668-0187

Jahren zu zeigen begann, dass Deutschland insgeheim in vertragswidriger Weise umfangreich aufrüstete. Ich hielt es auch für notwendig, die Regierung im Jahre 1934 darauf aufmerksam zu machen, dass Deutschland bereits eine mächtige Luftwaffe geschaffen hatte, welche bald stärker sein musste als die englischen Streitkräfte zur Luft. Das einzige, was ich bedauere, ist, dass mir nicht geglaubt wurde. Ich kann durchaus verstehen, dass, was ich damals tat, in Deutschland nicht populär war. Es war in der Tat nirgends populär. Man hielt mir vor, ich stiftete Unfrieden zwischen den beiden Ländern. Ich bin überzeugt, wäre Herr Hitler in meiner Lage gewesen und hätte er geglaubt, was ich glaubte, er würde ebenso gehandelt haben. In Zeiten wie diesen muss die Sicherheit des eigenen Vaterlandes mehr gelten als schmeichelhafte Äusserungen über andere Länder. Jedenfalls empfand ich durchaus keine Reue, als ich sechs Monate später Mr. Baldwin einräumen hörte, dass die Regierung sich in ihren Zahlen geirrt habe und schlecht informiert gewesen sei. Und seit damals beklagen die Minister ununterbrochen „die Jahre, die von den Heuschrecken gefressen worden sind."

In ähnlicher Weise machte ich in den letzten wenigen Monaten im Parlament und in diesen Artikeln, welche eine so weite Publizität in ganz Europa haben, auf eine ernste Gefährdung der englisch-deutschen Beziehungen aufmerksam, die sich aus der Zusammenfassung der in England lebenden Deutschen in einer eng zusammengehaltenen, straff disziplinierten Körperschaft ergibt. Was würde wohl Herr Dr. Goebbels denken, wenn wir fünfzehn- bis zwanzigtausend Engländer in Berlin hätten, lauter heftige Antinazis, welche sich wohl an die Gesetze hielten, aber nichtsdestoweniger organisiert wären, in kurzen Abständen Zusammenkünfte abhielten und auf britische Flüchtlinge, wenn es solche gäbe, einen Druck ausübten, damit sie sich in die Reihen der einen oder anderen britischen Partei stellten? Ausserdem wird dieser Prozess der Naziorganisierung im Ausland zweifellos zu einem Hindernis, das der Freund-

H1668-0188

schaft zwischen England und Deutschland im Wege steht. Sir Walter Citrine protestierte auf dem Gewerkschaftskongress im Namen der britischen Arbeiterschaft gegen die Belästigung deutscher Flüchtlinge in England durch andere deutsche Gäste.

Unser Land war immer ein Asyl für Flüchtlinge. Erst vor wenigen Tagen las ich, wie wir im Jahre 1709 einer sehr grossen Anzahl von Deutschen aus der Pfalz, die von Marschall Villars mit Feuer und Schwert überrannt worden war, Obdach und Asyl boten. Niemals könnten wir ausländischen Gästen gestatten, ihre nationalen Kämpfe innerhalb unseres Landes fortzusetzen, und noch weniger, sich so zu organisieren, dass unsere militärische Sicherheit gefährdet wird. Die Deutschen würden so etwas in ihrem Lande keinen Augenblick lang dulden, und sie sollten es auch nicht übelnehmen, dass wir uns in unserem dagegen zur Wehr setzen. Ich lese, dass Herr Bohle den Wunsch geäussert hat, sich darüber mit mir auszusprechen. Ich würde ihm mit dem grössten Vergnügen in der freundschaftlichsten Art Gelegenheit dazu geben und alles tun, was in der Macht eines einzelnen Parlamentsmitgliedes steht, diese neue Belastung des englisch-deutschen Einvernehmens zum Verschwinden zu bringen. [1])

Ich habe von Zeit zu Zeit Gespräche mit prominenten deutschen Anhängern des jetzigen Regimes gehabt. Wenn sie sagen, was sie so oft tun: „Will England nicht die ausgestreckte Freundeshand Deutschlands ergreifen?" wird fast jedermann in England antworten: „Gewiss doch, ja. Wir können nicht behaupten, dass wir Sympathien für eure neuen Institutionen haben, und wir haben uns längst von rassischer und religiöser Intoleranz freigemacht. Wir können nicht sagen, dass wir die Behandlung der Juden oder Protestanten oder Katholiken in Deutschland bewundern. Wir finden sogar unsere Methoden, mit dem Kommunismus fertig zu werden, besser als euere. Aber solange diese Dinge sich nur innerhalb Deutschlands abspielen, gehen sie uns

[1]) Er besuchte mich einige Wochen später.

H1668-0189

nichts an. Es ist unsere Pflicht und unser aufrichtigster Wunsch, mit einer so grossen Nation, die mit uns durch viele Bande der Geschichte und der Abstammung verbunden ist, in guten und nachbarlichen Beziehungen zu leben. O ja, wir wollen die ausgestreckte Hand Deutschlands ergreifen."

„Aber", so müssen wir fragen, „was geschieht dann? Erwartet man von uns, dass wir etwas Besonderes tun, um unsere Freundschaft zu beweisen, und wenn es so ist, was wird erwartet?" Man kann nicht von uns verlangen, dass wir Deutschland finanziell helfen, solange es nahezu tausend Millionen Pfund Sterling im Jahr für seine erschreckende Aufrüstung ausgibt. Das wäre unfair unserem eigenen Volk gegenüber. Wir können die Kolonien nicht ohne Rücksicht auf die Wünsche ihrer Bewohner und auf viele andere Überlegungen übergeben. Wir täten sehr unrecht daran, Deutschland eine Garantie dafür zu geben, dass es mit den Völkern im Zentrum und Südosten Europas tun könne, was es will, solange es Grossbritannien und Frankreich im Westen in Ruhe lasse. Eine solche Versicherung auf Kosten anderer Völker abzugeben, wäre nicht nur ein Akt der Gefühllosigkeit und des Zynismus, sie könnte auch tatsächlich zu einem Krieg führen, dessen Ende niemand vorauszusehen vermag.

Diese Ansichten zu vertreten, heisst nicht feindselige Empfindungen gegenüber der deutschen Regierung hegen, und noch weniger gegenüber den Deutschen als Nation. Sich über die bewaffnete Macht Deutschlands besorgt zu fühlen, ist keineswegs herabsetzend für Deutschland. Im Gegenteil, es ist eine Anerkennung für die wunderbare und furchtbare Kraft, die Deutschland im Weltkrieg zeigte, als es beinahe allein gegen fast die ganze Welt kämpfte und sie nahezu besiegt hätte. Wenn ein Volk, das so grossartige soldatische Eigenschaften an den Tag gelegt hat, Tag und Nacht rüstet, müssen seine Nachbarn, welche noch die Narben der früheren Kämpfe tragen, natürlich Besorgnis hegen und sollten auf der Hut sein. Man kann das System Herrn Hitlers miss-

H1668-0190

billigen und dennoch seine patriotische Leistung bewundern. Wenn unser Land geschlagen würde, könnte ich nur wünschen, wir möchten einen ebenso unbeugsamen Vorkämpfer finden, der uns unseren Mut wiedergäbe und uns auf den Platz zurückführte, der uns unter den Nationen gebührt.

Ich habe bei mehr als einer Gelegenheit in der Öffentlichkeit den Wunsch ausgesprochen, der Führer Deutschlands möge nun der Hitler des Friedens werden. Wenn ein Mann einen verzweifelten Kampf durchficht, mag es sein, dass er mit den Zähnen knirschen und mit den Augen Blitze schleudern muss. Zorn und Hass stählen den Kampfarm. Der Erfolg aber sollte ein sanftes, freundliches Wesen zeitigen und durch eine Anpassung der Stimmung an die neue Lage duldsam und gütig erhalten und befestigen, was im Kampf gewonnen worden ist.

H1668-0191

Im September 1937 lud der Aussenminister Mr. Eden, empört über die Versenkung britischer Schiffe im Mittelmeer durch U-Boote unbekannter Herkunft, die Mittelmeermächte zu einer Konferenz ein, deren Zweck die Unterdrückung dieser Piraterie sein sollte. Die Konferenz trat in Nyon in der Schweiz zusammen; und sobald zu sehen war, dass gemeinsame Schritte zur Vernichtung der Piraten unternommen werden würden, kam es zu einem Aufhören der Überfälle auf Schiffe. Mit grosser Befriedigung begrüssten die versammelten Mächte die Mitarbeit Signor Mussolinis an diesem energischen Vorgehen. Diese war es, die den Erfolg sicherte.

H1668-0192

DIE DIKTATOREN HABEN GELÄCHELT

1. Oktober 1937

Trotz allen Schrecknissen in China hat sich der Zustand der Welt im letzten Monat gebessert. Die Zusammenkunft der beiden grossen Diktatoren in Rom ist sehr angenehm verlaufen. Sie haben ihre Augen an Kanonen und Soldaten geweidet. Sie haben bei der Betrachtung ihrer eigenen Macht frohlockt. Sie haben den Fahnenmarkt erheblich belebt. Sie haben sich von neuem der heiligen Sache des Antibolschewismus verschrieben, und wir alle hoffen, dass sie sich ausgiebig vergnügt haben. Alles in allem haben sie eher gelächelt als finster auf die Menschheit geblickt. Man kann sogar eine gewisse Bereitschaft entdecken, Erklärungen ausserhalb ihrer eigenen Länder abzugeben und in höfliche Beziehungen zu den parlamentarischen Demokratien des Westens zu treten. Entschieden war das Ende der Zusammenkunft Hitler—Mussolini eine momentane Erleichterung der Besorgnisse in den Ländern, die „leben und leben lassen" wollen.

Dann kommen gute Nachrichten aus dem Mittelmeer. Wo sind die U-Boot-Piraten? Vor einem Monat versenkten sie von einem Ende des Binnenmeeres bis zum anderen Handelsschiffe und überliessen es den Besatzungen, sich selbst in Sicherheit zu bringen oder zu ertrinken. Aber jetzt sehen wir nichts mehr von ihnen. Achtzig britische und französische Zerstörer, begleitet von Kreuzern und Flugzeugen, suchen die blauen Wasser vergeblich nach einem Piratenperiskop ab. War das alles ein böser Traum? Waren all diese Piraterien, diese absackenden Schiffe, diese Seeleute, die in den Tiefen des Meeres ertranken — war das alles lediglich ein Gespinst der Phantasie oder, wie die Seeschlange,

H1668-0193

eine verzweifelte Erfindung der Weltpresse in der „Saure-gurkenzeit"?

Die U-Boot-Piraten sind ebenso rätselhaft verschwunden, wie sie gekommen waren. Besondere Befriedigung gewährte es, dass Italien an der Mittelmeerpatrouille auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung mit Grossbritannien und Frankreich teilnahm. Dies gab doppelte Sicherheit. Es wäre eine grosse Schande gewesen, hätte man Italien seines berechtigten Anteils an der Ehre beraubt, der U-Boot-Piraterie im Mittelmeer ein Ende zu machen. Nun, da die drei grossen Mittelmeermächte in der Unterdrückung dieser abscheulichen Form des Mordes zur See vereinigt sind, müssen sie beisammen bleiben. Die Patrouille, die eingerichtet wurde, leistet bewundernswerte Arbeit. Ihre Tätigkeit darf nicht übereilt abgebrochen werden. Man kann nie wissen, wann die Piraten ihr Haupt wieder erheben werden.

Für Grossbritannien ist die Zusammenarbeit mit Frankreich im Mittelmeer mehr als eine Angelegenheit der Konvenienz. Es kommt ihr eine reale Bedeutung zu. Wenn Francos Geschütze den Ankerplatz in Gibraltar beunruhigen könnten, wenn der Hafen von Malta dem Festland Europas etwas zu nahe ist, gewinnen die Einrichtungen Toulons und Bizertas in jedem Krieg gegen Piraterie unschätzbaren Wert für die britische Flotte. Es ist daher von äusserster Wichtigkeit, dass fortgesetzt wird, was eingeleitet wurde, und dass Grossbritannien, Frankreich und Italien in der Lösung aller Schwierigkeiten, die sich aus dem spanischen Bürgerkrieg ergeben können, in enger Zusammenarbeit verharren. Eine solche Kooperation wird von den anderen Mittelmeermächten herzlich willkommen geheissen werden. Die Türkei und Griechenland zum Beispiel, deren alte Streitigkeiten beigelegt sind, haben ein gemeinsames Interesse an der Unterdrückung der Piraterie. Dasselbe gilt für Jugoslavien und Ägypten. Halten wir alle zusammen und sorgen wir, nun da wir die Piraten unterdrückt haben, dafür, sie nicht wieder aufkommen zu lassen. Aus dieser Piratenpatrouille kann sich ein Einvernehmen zwischen den Mittelmeermächten

H1668-0194

entwickeln, welches Schiffen aller Nationen das Recht sichern kann, diese klassischen Gewässer in Verfolg ihrer rechtmässigen Aufgaben zu befahren, ohne dass sie Gefahr laufen müssen, von Attentätern des Meeres vernichtet zu werden.

Ferner kommt es im spanischen Krieg zu einem Ausgleich der Kräfte, welcher die Spanier dazu ermuntern sollte, sich zu einem Wiederaufbau ihres Landes zusammenzutun. Die spanischen Nationalisten haben bewiesen, dass sie ein Recht auf Achtung haben. Dasselbe ist von den beherzten Verteidigern Madrids zu sagen. Die übersteigerten Ideologien des Nazifaschismus auf der einen Seite und die des Anarchismus und des Kommunismus auf der anderen sind im Schwinden begriffen. Bei dem Charakter, den das Problem allmählich annimmt, können tapfere Soldaten, welche einander hart bekämpft haben und jetzt zu disziplinierten Truppen zusammengefasst sind, leicht dahinterkommen, dass sie viel gemein haben, unter anderem auch ihr geplagtes Vaterland. Wenn die menschliche Gesellschaft in irgendeinem Lande von schurkischen Politikern und Fanatikern ruiniert wird, kann sie nur von seinen Kämpfern wieder aufgebaut werden, unter welchen sich sogar auf entgegengesetzten Seiten eine eigene Kameradschaft entwickelt. Die spanischen Soldaten mögen sich zusammentun; ihr gemeinsamer Ziel sei, die fremden Eindringliche hinauszuwerfen, ihr Kampfruf „Spanien den Spaniern". Das ist ein Gedanke, der jetzt an Kraft gewinnt.

Aber nachdem ich diese hoffnungsvollen Punkte aufgezählt habe, muss ich sagen, wie sehr ich es bedauere, dass die beiden Diktatoren nicht das getan haben, was wirklich gross gewesen wäre. Sie hatten eine Möglichkeit, der Welt zu helfen, die sich ihnen vielleicht nie wieder bieten wird. Man denke, was für einen Riesenschritt vorwärts ins Sonnenlicht die ganze Menschheit getan hätte, wenn Hitler und Mussolini nach Überblickung des ganzen Schauplatzes gemeinsam erklärt hätten, das grauenhafte Gemetzel, das in China vor sich geht, habe aufzuhören; die Massenermordung hilfloser

H1668-0195

Kulis und armer sich abrackernder Fischer durch Luftbombardements und U-Boote sei eine Beleidigung des Tageslichtes, welche Europa nicht länger dulden werde. Hitler hat sich bereits vor zwei Jahren gegen ein vorsätzliches Abwerfen von Luftbomben auf Nichtkombattanten ausgesprochen. Sowohl er wie Mussolini haben gegen die Übergriffe der Geheimgesellschaften protestiert, welche die Zivilisation Japans in ihren Fängen halten. Wenn diese beiden Potentaten der Stunde die westlichen Demokratien eingeladen hätten, sie möchten sich mit ihnen vereinigen, um diesen asiatischen Greueln ein Ende zu setzen, welch einen Widerhall hätte ihre Erklärung gefunden!

Es gibt nichts, was die Bereinigung anderer Differenzen so leicht macht, wie das Band einer gemeinsamen Sache. Die westlichen Demokratien, welche jetzt gerüstet sind und schwer rüsten, haben den geplagten Diktatoren viel zu geben, wenn sie nur beweisen wollten, dass sie die Freunde der Menschheit sein wollen, der wir alle angehören, und nicht ihr Ruin. Wenn das wahre europäische Konzert wiederhergestellt wäre, würden unsere kollektiven Vorstellungen im Fernen Osten nicht ungehört verhallen. Ausserdem sind immer noch die Vereinigten Staaten da, welche grosse Interessen und keine geringen Pflichten in China haben und nicht so zaghaft sind, wie sie sich oft selbst hinstellen. Sicherlich würde eine gemeinsame Politik der grossen europäischen Nationen im Fernen Osten zu diesem Zeitpunkt nicht nur den masslosen Verbrechen am Gelben Meer Einhalt tun, sondern auch Europa geben, was es vor allem, und jetzt vor allen anderen Augenblicken, braucht: den Geist der Einigkeit und gegenseitigen Hilfsbereitschaft.

H1668-0196

DER KRIEG STEHT NICHT VOR DER TÜR

15. Oktober 1937

In vielen Ländern hegen die durchschnittlichen Männer und Frauen die Furcht, dass ihr Heim, ihre Vergnügungen, ihr umsichtiges Sparen, ihre Begriffe von Recht und Unrecht, ihre ganze Art zu leben und alles, was sie zum Leben haben, in der nächsten Zukunft vom Krieg verschlungen werden. Wir haben schon gesehen, wie diese Furcht sich an den Börsen wiederspiegeln kann. Sie kann sehr leicht durch ihre blosse Existenz dazu beitragen, dass sie sich bewahrheitet. Darum ist es von grösster Wichtigkeit, die Furcht zu beschwichtigen. Andererseits wünscht niemand unvorbereitet überfallen zu werden. Zwischen dem Aufenthalt in einem Narrenparadies und dem in einer Narrenhölle muss es ein Mittelding geben, und sei es auch nur ein Fegefeuer für Narren. Ein amerikanischer Autor, der über Nervenkrankheiten schreibt, hat einen klaren und berechtigten Unterschied gemacht zwischen dem, was er „Furchtsorge" nennt, und „Vorsorge". Furchtsorge ist ein müssiges Sich-ängstigen vor Dingen, die nicht verhütet werden können oder die wahrscheinlich niemals geschehen werden. Vorsorge besteht darin, dass man sein Bestes tut, um die Gefahren abzuwenden oder, wenn sie doch kommen, sie zu überwinden. Was wir jetzt brauchen, ist Wachsamkeit und Vorbereitung ohne Panik, einen kühlen Kopf ohne Herzenskälte und lähmende Angst.

Vor drei, vier Jahren gehörte ich selbst zu den Leuten, die laut Alarm schlugen. Ich versuchte die Aufmerksamkeit auf alle Gefahren zu lenken, die der Welt drohten, und sowohl dem Parlament wie der Regierung, welche das Parlament irreführte, die Notwendigkeit der Aufrüstung vor Augen zu

H1668-0197

führen. In jenen Tagen war die Gefahr fern, und wir hatten viel Zeit. Jetzt sind die Gefahren klarer umrissen, und gleichzeitig werden grosse Anstrengungen gemacht, ihnen entgegenzutreten. Darum ist es nicht an der Zeit, die Gefahren zu übertreiben. Im Gegenteil, man muss ihnen mutig ins Auge sehen. So riskant es auch ist, zu prophezeien, bekenne ich mich zu meinem Glauben, dass ein grosser Krieg nicht vor der Tür steht, und ich halte noch immer die Chance, dass es in unserer Zeit überhaupt nicht zu einem grossen Krieg kommt, für sehr beträchtlich. Mehr als das, ich glaube, dass Grossbritannien, besonders, wenn es von den Vereinigten Staaten unterstützt wird, bei der Bannung des Kriegsgespenstes eine Rolle spielen kann, die vielleicht entscheidend sein wird. Hätten wir rechtzeitig aufgerüstet, so würde dieses Gespenst jetzt nicht in den Hauptstädten Europas spuken.

Betrachten wir also das Bild, das sich in Asien und Europa so düster vor uns entrollt. Wenn die Vereinigten Staaten nicht auf Grund des Ergebnisses einer Neunmächtekonferenz bereit sind, die Führung einer allgemeinen Intervention und Boykottaktion gegen Japan zu übernehmen, wird die Besetzung und Unterjochung grosser Gebiete in China und das allmähliche Hinausdrängen der europäischen und amerikanischen Interessen an Ort und Stelle ungehindert weitergehen, jedoch ohne dass andere hineingezogen werden. Das Feuer wird in China brennen, aber sich nicht weiter verbreiten. Wenn die Vereinigten Staaten andererseits bereit wären, im Ernst zu handeln, würden sie die starke Unterstützung Grossbritanniens und anderer Mächte in solchem Mass finden, dass der japanischen Aggression Einhalt getan werden könnte. Dass Japan dem wirtschaftlichen Druck der englisch sprechenden Welt nicht unbeschränkt lange Widerstand zu leisten vermag, ist völlig gewiss. Darum hängt im Fernen Osten alles von der Entscheidung der Vereinigten Staaten ab. Wenn sie nicht handeln, wird niemand handeln können, und die Ereignisse müssen ihren Lauf nehmen. Handeln sie aber, dann wird man zwar Gefahren eingehen, aber auch auf eine gedeihliche Regelung hoffen dürfen.

H1668-0198

Wenden wir uns nun der nahen und unmittelbaren Lage im Mittelmeer zu. Wir dürfen annehmen, dass Signor Mussolini nicht in einen Krieg mit Grossbritannien verwickelt zu werden wünscht, und noch weniger in einen Krieg mit Grossbritannien und Frankreich. Sein Wunsch geht dahin, seine Macht im Mittelmeer in Friedenszeiten unablässig zu vermehren, indem er Flotten- und Luftstützpunkte an verschiedenen Orten auf italienischem Gebiet, insbesondere auf der Insel Pantellaria, vorbereitet und ausbaut; indem er eine zahlreiche, in grossem Masstab motorisierte Armee in Libyen unterhält und überdies starke Flotten- und Luftstützpunkte womöglich zu beiden Seiten des Roten Meeres errichtet. An alledem arbeitet er ununterbrochen mit grosser Energie, und es ist auch schon viel zustandegebracht worden.

Die Lage auf den Balearischen Inseln ist auf die Erweiterung dieser allgemeinen italienischen Politik zurückzuführen, zu der der spanische Konflikt geführt hat. Man glaubt, dass auf Mallorca, das für Franco gehalten wird, italienische Truppen zusammengezogen werden, und dass auf die kleinere Insel Minorca mit ihrem berühmten Kriegshafen Port Mahon, für dessen Verlust vor hundertfünfzig Jahren Admiral Byng erschossen wurde, von Francos Truppen mit italienischer Hilfe ein Angriff gemacht werden könnte. Man darf als sicher annehmen, dass eine italienische Einflussnahme auf die Balearen, welche Gestalt immer sie annehmen mag, nicht ohne Einwirkungen auf die Sicherheit der französischen Republik bleiben würde. Sie würde den Transport der französischen Afrikatruppen, welche in der Verteidigung der französischen Nordfront eine so umfangreiche und wichtige Rolle spielen, durch das Mittelmeer sperren. Es ist nicht daran zu zweifeln, dass die Lage auf den Balearen von den Männern, die für die Verteidigung Frankreichs verantwortlich sind, als Angelegenheit grösster Bedeutung unter Beobachtung gehalten wird.

Dass Signor Mussolini sich darüber keine Illusionen mache, ist überaus wichtig. Er betreibt eine Politik, die er

H1668-0199

„Machtdiplomatie'' nennt, und bis jetzt setzt er Schritt um Schritt nahezu alles durch, was er durch sie zu erreichen wünscht. Wo immer er sich, wie in Nyon, dem entschlossenen Willen Grossbritanniens und Frankreichs gegenübersieht, zieht er sich diplomatisch zurück und versucht eine neue Möglichkeit des Vorrückens. Aber die Gefahr liegt in dem Umstand, dass er durchaus glauben mag, die britische Regierung werde, wie im Abessinienstreit, bei jeder direkten Kriegsdrohung zurückschrecken. Bis jetzt hat er mit seinem gross angelegten Plan der Machtausdehnung und Einflussteigerung im Mittelmeer, mit dessen Konzeption er Italien führt, ausserordentlich grosse Erfolge gehabt. Wenn in diesen sorgebeladenen Monaten Frankreich und Grossbritannien auch nur dem Anschein nach einmal voneinander isoliert würden, könnte er zu einem Akt der Unklugheit verleitet werden, von dem es dann kein Zurück mehr gäbe. Es ist daher ausschlaggebend für unsere Sicherheit und den Frieden der Welt, dass die britische und die französische Regierung in engster Harmonie im Mittelmeer zusammenarbeiten und dass sie Signor Mussolini über die Punkte, zu deren Wahrung sie sich, wenn es zum Äussersten käme, verpflichtet fühlen, nicht im Zweifel lassen.

Nichts dürfte wohl den Krieg näherbringen als die Erweckung des Eindrucks, dass die beiden parlamentarischen Nationen sich von Stellung zu Stellung zurückdrängen lassen, dem Verfall ihrer Interessen im Mittelmeer hilflos zusehen und sich unter keinen Umständen vereinigt mit den Waffen in der Hand verteidigen würden. Wenn Grossbritannien und Frankreich völlig klar, präzis und kategorisch gemeinsam bekanntgeben, welche Übergriffe sie sich nicht bieten lassen könnten, ist es so gut wie gewiss, dass ihre Wünsche respektiert würden. Es kann nicht einfach als selbstverständlich angenommen werden, dass die Bilanz der europäischen Rüstungen mit der Zeit für die parlamentarischen Nationen günstiger werden wird. Mit Recht steht geschrieben: „Verständige dich rasch mit deinem Widersacher, solange ihr auf demselben Wege seid.''

H1668-0200

JUGOSLAVIEN UND EUROPA

29. Oktober 1937

Die neuerdings unter den Oppositionsparteien in Jugoslavien hergestellte Einigkeit verdient Beachtung. Jugoslavien ist einer der Schlüsselstaaten Europas, und sein Vorgehen kann ein mächtiger Faktor in der Erhaltung des Friedens zwischen den Grossmächten werden. Während des Krieges herrschte in Grossbritannien starke Sympathie für Serbien, welches in seiner furchtbaren Heimsuchung heroischen Widerstand leistete. Mit der grössten Freude begrüssten die siegreichen Alliierten die Errichtung des neuen Staates. Viele Jahre lang hatten wir gehört, wie eifrig die Südslaven vereinigt zu werden wünschten. Dieses ihnen so teuere Ziel wurde schliesslich erreicht, und das Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen wurde ins Leben gerufen. Es umfasst mehr als vierzehn Millionen Menschen in einem der romantischesten und schönsten Länder Europas, dessen Soldaten für ihre physische Zähigkeit bewundert werden und für ihre unbezwingliche Ausdauer mit Recht berühmt sind. Man war sich einig darüber, dass die Südslaven endlich erlangt hätten, was sie wollten, und dass sie von nun an für immer zufrieden miteinander leben würden.

Verblüfft und enttäuscht mussten die Mächte, die sie befreit hatten, wahrnehmen, dass der neue Staat von Spaltungen und Hader heimgesucht wurde. Geheimgesellschaften waren tätig; im Parlamentsgebäude kam es zu Blutvergiessen; schliesslich wurde ein vielgeliebter König ermordet. Europa beobachtete Reibungen zwischen den Kroaten und den Serben. Leidenschaftliche religiöse Zwistigkeiten begleiteten den Versuch, der katholischen Minderheit eine Anerkennung einzuräumen, die man Gleichberechti-

H1668-0201

gung nennen könnte. Nichtsdestoweniger glaube ich, dass die Streitigkeiten, welche Jugoslavien beunruhigen, im Grunde weder tief noch unheilbar sind. Man sagt uns, eine Frage von fundamentaler Grundsätzlichkeit sei angeschnitten. Die herrschenden Kräfte in Serbien sehen es als ideales Ziel vor sich, die Bevölkerung zu einer integralen südslavischen Nation zu verschmelzen. Sie sind bereit, für diesen Zweck auf ihre eigenen serbischen Charakteristika und Überlieferungen zu verzichten, und verlangen gleichwertige Opfer von den beiden anderen Partnern. Sie tun kund, dass Jugoslavien aus drei, zu einer neuen nationalen Ganzheit verschmolzenen Stämmen bestehe. Die Oppositionskräfte andererseits erklären, die Serben, Kroaten und Slovenen seien drei einzelne, in einer gemeinsamen Regierung zusammengefasste Nationen.

In Anbetracht der Tatsache, dass alle eine Krone, ein Parlament, ein Heer und eine Zollgemeinschaft anerkennen, erscheint es britischen Beobachtern schwer, zu verstehen, worum der ganze erbitterte Streit geht. Kein Mensch in England hat jemals gewünscht, dem vollsten Ausdruck schottischer oder wallisischer Überlieferungen und Bräuche auch nur das Geringste in den Weg zu legen. Im Gegenteil, ihre Bekundung wird von dem englischen Volk mit Freude und Stolz gesehen. Wir haben aus dieser Duldsamkeit grosse Vorteile gezogen. Es erscheint als wesentlich, dass ein neues Land, welches so hohe Hoffnungen vor sich hat und das auf allen Seiten von ernsten Gefahren bedrängt ist, sich nicht in seinen wichtigsten Jahren durch einen Streit hemme, der seinem Charakter nach grossenteils akademisch ist. Unfriede und innere Spannungen haben den Regenten, Prinz Paul, und die Regierung dazu veranlasst, Zwangsmassnahmen aufrecht zu erhalten, welche ihren Wünschen durchaus nicht entsprechen, und haben die bereits existierenden Spaltungen noch verstärkt. Es werden Versuche gemacht, die Differenzen zwischen den Parteien als ähnlich denen darzustellen, die zwischen einer Nazidiktatur und einem demokratischen parlamentarischen Regime bestehen.

H1668-0202

H1668-0203

Zweifellos gibt es Elemente des Nazismus auf der einen und solche des Kommunismus auf der anderen Seite. Aber es ist absurd, den Konflikt in dieser Form darzustellen. In der Tat gab es nie ein Land, das bessere Aussichten darauf hätte, einen Block der Mitte auf einer modernen liberalen Grundlage zu bilden, welche beiden totalitären Extremen gleich feindlich gegenübersteht. Die Faktoren der Übereinstimmung überwiegen die Differenzen bei weitem, und die Notwendigkeit des Weiterlebens und Wohlergehens der Nation sollten einer Einigung auf breiter Basis förderlich sein. Die Zeiten sind nicht danach angetan, dass junge Nationen sich überflüssige Reibungen leisten können. Es ist bekannt, dass Prinz Paul, der liberal gesinnte Regent, kein anderes Bestreben kennt, als seine Pflicht zu tun, bis der neue König volljährig wird, und dass er ein tiefes Verständnis für die demokratischen Ideale Englands hat. Es besteht daher alle Hoffnung auf eine in jeder praktischen Hinsicht unverfälschte Einigung in Jugoslavien.

Dies würde sich auf den Frieden Europas auswirken. Es wäre ein in seinen Konsequenzen weit reichendes Unheil, wenn Jugoslavien völlig überflüssigerweise in die Reihen der diktatorischen oder totalitären Staaten träte. Es würden sich augenblicklich grosse innere Schwierigkeiten ergeben. Die kleine Entente wäre völlig gesprengt. Das Schicksal der Tschechoslovakei könnte unter Umständen besiegelt sein. Böhmen und Mähren wären bald dem Nazitum einverleibt, und diese Konvulsionen könnten sehr wohl zu einem Weltkrieg mit seinen unberechenbaren Folgen führen. Die Stellung Jugoslaviens als armer Verwandter Roms und Berlins wäre in höchstem Masse jammervoll. Ja, von dem Augenblick an, da die bewaffneten westlichen Demokratien Grossbritannien und Frankreich ihr Interesse am Wohlergehen Südosteuropas verlören, bliebe Jugoslavien nichts anderes übrig, als um seine Existenz mit den beiden Diktatoren zu feilschen, deren einer, der italienische, die dalmatinische Küste und ihre Häfen mit gierigen Augen betrachtet. Viel sicherer und klüger wäre es für dieses neue Königreich der

H1668-0204

Südslaven, sein Los kühn auf die Seite des Friedens, der Freiheit und der parlamentarischen Demokratie zu werfen. So allein würde es die innere Kraft und Einheit verwirklichen, die ihm in diesen kritischen Dekaden seines Lebens so überaus wichtig sind.

Die westlichen Demokratien haben kein anderes Interesse, als Jugoslavien stark, wohlhabend und unabhängig zu sehen. Sie wünschen nichts von ihm und haben keine Sondervorteile auf seine Kosten zu gewinnen. Das junge tapfere Volk, welches auf der Lebensstrasse vorwärts marschiert, muss sich zu hohen Idealen bekennen und für die Rechte des Individuums eintreten, für die bewusste Teilnahme aller Staatsbürger an der Regierung ihres Landes, für die Achtung vor dem Gesetz, für Rede- und Pressefreiheit und freie parlamentarische Debatte. So würde in diesem reizvollen Teil Europas eine Festung der liberalen Zivilisation und Toleranz entstehen, welche um so bewundernswerter wäre, weil sie von einem tapferen Heer verteidigt würde.

Jugoslavien steht am Scheideweg. Wenn es sich einem freien Regierungssystem zuwendet, wird es vielleicht nicht nur der heimischen Zwietracht ein Ende machen, sondern auch eine hervorragende und unter Umständen entscheidende Rolle bei der Zerstreuung der Kriegswolken spielen, welche das europäische Leben verfinstern und in Sorge versetzen. Die Südslaven wären weder glücklich noch glorreich, wenn sie sich in einem Mittel- und Südeuropa fänden, das von dem militärischen Apparat und den reaktionären Doktrinen des Nazismus, Faschismus oder Bolschewismus beherrscht würde. In Grossbritannien herrscht der innige Wunsch, den Staat der Serben, Kroaten und Slovenen als ein glückliches Land zu sehen, in welchem die Freiheit herrscht und die Gerechtigkeit nicht vom Richterstuhl vertrieben ist.

H1668-0205

WAFFENSTILLSTAND — ODER FRIEDE?

11. November 1937

Eine wilde Freudenwelle ging heute vor neunzehn Jahren über den grössten Teil der Welt. Ein Gefühl intensivster Befreiung von unerträglichen Anstrengungen überkam uns in heilenden Fluten. Der Sieg war gewonnen, und über den Sieg hinaus — Friede und ein Zeitalter der Freude. Durch unermessliche Opfer und Mühen war die Menschheit erlöst; und mit ihr hatten all die finsteren, geplagten Männer an der Front und die abgehetzten, von Sorgen zerfressenen Frauen daheim die Empfindung, die Tore zu einem glorreichen, in strahlenden Sonnenschein getauchten Zeitalter täten sich vor ihnen auf. Das Wort „Waffenstillstand", das nur wenigen Menschen vertraut gewesen war, war plötzlich in aller Munde und bedeutete das Heil der Welt. Waffenstillstandstag! Waffenstillstandsnacht! — als die abgemergelten, vom Krieg zermürbten Londoner Massen ihrem Jubel mit solcher Raserei Ausdruck gaben, dass die Spuren davon noch heute auf den Granitsockeln des Trafalgar Square zu sehen sind. Sie war also überwunden — die lange, furchtbare Heimsuchung — ehrenhaft überwunden, triumphierend überwunden, für immer, und jetzt musste Friede sein.

Aber Waffenstillstand ist nicht Friede. Das Wörterbuch nennt ihn „ein Ruhen der Waffen; eine Waffenpause" — ja sogar „eine kurze Waffenpause". Der Friede musste noch geschaffen werden, und der Friede wurde niemals geschaffen, es sei denn auf dem Papier. Die „kurze Waffenpause" dauert heute neunzehn Jahre. Den grössten Teil dieser Zeit haben wir unter dem Waffenstillstand gelebt. Der Friede, die Versöhnung der Christenheit und die Wiedererweckung

H1668-0206

der Zivilisation sind so fern wie je. In der ersten Phase, als der Krieg der Giganten vorüber war, begann der Krieg der Pygmäen. Alle möglichen Völker, die in dem traurigen Weltkampf nichts galten oder ihm fernblieben oder in ihm geschützt waren, präsentierten eiligst ihre Ansprüche, während die grossen Kombattanten nach Atem ringend dalagen. Dann kam eine Periode, die leicht vorauszusagen war, als die Sieger vergassen und die Geschlagenen sich erinnerten.

In England wurde es nach einem kurzen Intervall absurder Forderungen eine ausgesprochene Tugend, fortzuwerfen, was unter unendlichen Mühen gewonnen worden war. Der anschwellende Strom der Reaktion und der Reue erstickte jegliches praktische Denken. Die Nation, welche Hunderttausende von Männern geopfert hatte, um unbedeutende Dörfer im Schlamm Flanderns zu erobern, schrak entsetzt vor den kleinen, wohlbedachten Akten der Standhaftigkeit zurück, die den Sieg gesichert hätten. Wir traten in jenen sonderbaren Abschnitt unserer Geschichte, der ,,die Nachwirkung'' genannt werden könnte. Diese Phrase bezeichnet den Zustand nationaler Schwäche und den Verlust des Leitgedankens, welche noch lange Zeit die Neugierde der Historiker erwecken werden. Die Krankheit der Niederlage war der Bolschewismus. Aber der Bolschewismus, um es in Fochs denkwürdigen Worten auszudrücken, ,,überschritt niemals die Grenzen des Friedens.'' Die Krankheit des Sieges war eine andere. Sie war eine Unfähigkeit, den Frieden zu schaffen.

Unsere Vorfahren suchten nach den Napoleonischen Kriegen wenigstens die Endgültigkeit. Sie liessen Bonaparte auf St. Helena sterben. Sie organisierten Europa in der Heiligen — oder, wie andere sie nannten, Unheiligen — Allianz und hatten mehr als dreissig Jahre lang Frieden. In der Tat gab es nach der Schlacht bei Waterloo niemals eine Periode, in der Frankreich, das so lange die herrschende Macht gewesen war, eine Bedrohung für Europa werden konnte. Ich wollte schon schreiben, dass wir nie einen Frieden hatten, sondern nur einen Waffenstillstand, der von

H1668-0207

Zeit zu Zeit, gleich einem kurzfristigen Wuchererwechsel, zu immer höherem Zinsfuss erneuert wird.

Aber ist das nicht schon zu viel gesagt? Haben wir jetzt auch nur einen Waffenstillstand? Kann jemand den gegenwärtigen Zustand Europas — oder übrigens auch Asiens — „ein Ruhen der Waffen" nennen? Wir haben nie Frieden gehabt. Wir haben nicht einmal den Waffenstillstand. Was wir jetzt haben, ist Krieg ohne den Einsatz der grossen Heere und Flotten. Die Waffenpause, ob sie nun lang war oder kurz, ist seit einigen Jahren vorüber. Was jetzt vor sich geht, ist Krieg, ohne dass die Kanonen der grossen Nationen abgefeuert werden; Krieg, ohne dass Millionen Menschen getötet oder verwundet werden. Krieg sozusagen auf der Karte und dem Papier, aber darum nicht weniger Krieg. Wir leben in einem Zustand, in dem, ganz allgemein gesprochen, die alten Gruppierungen einander gegenüberstehen wie in der elften Stunde des elften Tages im elften Monat des Jahres 1918.

Italien hat die Front gewechselt, wie seinerzeit 1915; aber dafür ist das Österreichisch-ungarische Reich in Stücke zersplittert, die sich auf beide Seiten verteilen. Japan hat die Front gewechselt. Aber andererseits ist die russische Macht in Sibirien unvergleichlich grösser als 1914. Überdies ist die Türkei, nicht mehr der Feind Russlands oder Griechenlands, unter der Führung Mustapha Kemals — des einzigen Diktators mit der Aureole kriegerischer Leistung — mit der Gruppe ausgesöhnt, die früher „die alliierten und verbündeten Mächte" genannt wurde. [1]) Schliesslich lassen die Vereinigten Staaten keinen Tag vorübergehen, ohne zu erklären, dass sie an dem nächsten Krieg nicht mehr so leicht teilnehmen werden.

Nahezu zwanzig Jahre sind vergangen. Die Schützengräben sind zugeschüttet. Der Pflug zieht seine Furchen über der Westfront. Aber auf beiden Seiten stehen sich die

---

[1]) Das englisch-türkische Bündnis wurde im Mai 1939 bekannt gegeben.

H1668-0208

alten einander ebenbürtigen Schlachtreihen der Grossmächte und ihrer Anhänger unter Waffen gegenüber. „Unter Waffen", sagte ich? Nie waren sie so gewappnet wie heute. Tag und Nacht brüllen die Schmieden, fahren die Hämmer herab, strömen die höllischen Mordgeräte aus den Werken zu den Mengen der ausgebildeten Truppen. Die Staatskunst ist bankrott. Die Einheit der Christenheit ist ein Spottgebilde. Nein, selbst die Idee des Christentums wird von einem neuen Heidentum verworfen. Nicht mehr können die führenden Nationen der europäischen Familie auf der Grundlage des Neuen Testamentes an einander appellieren. Finstere Kriegsgötter aus längst vergangenen Zeitaltern sind auf den Schauplatz getreten. Der internationale gute Glaube, das Völkerrecht Europas, das grösste Glück der grössten Anzahl, das Ideal einer fruchtbaren, duldsamen, fortschrittlichen, entmilitarisierten, unendlich vielfältigen Gesellschaft — alles in Trümmer geschlagen. Diktatoren reiten auf Tigern, von denen sie nicht abzusteigen wagen. Und die Tiger werden hungrig.

Und was ist es denn, was die dreihundert Millionen Europäer wollen? Sie wollen Frieden und Behagen. Sie wollen mehr vom Leben haben. Sie wollen einen Teil der überflüssigen Bürden, die sie tragen, zu Boden werfen. Sie würden gern in Kameradschaft miteinander leben und einander Dienste zum gegenseitigen und gemeinsamen Vorteil erweisen. Warum können sie ihren Herzenswunsch nicht erreichen? Lohnt es sich für sie nicht, die grosse, die höchste Anstrengung im gewaltigsten Masstab zu machen, damit der Waffenstillstand nicht in wirklichen Krieg übergehe, damit der Waffenstillstand zu wirklichem Frieden ausreife?

Dies sind Gedanken für den Waffenstillstandstag.

H1668-0209

Man muss sich ins Gedächtnis zurückrufen, dass zu Beginn des spanischen Bürgerkrieges die Politik der Nichtintervention von der französischen Regierung vorgeschlagen und von der britischen akzeptiert wurde. Deutschland, Italien und Russland gaben ihre Zustimmung. Diese Politik bedeutete, dass beide Parteien von niemand Hilfe erhalten sollten. Der spanischen Regierung wurde das Recht versagt, mit ihrem eigenen Gold Waffen zu kaufen. Die Rechte der Kriegsführung wurden beiden Seiten verweigert. Dies war zu Anfang ein grosser Vorteil für General Franco. Aber eine solche Politik hatte zur Voraussetzung, dass alle Beteiligten sie ehrenhaft einhielten. Sie wurde von Italien, Deutschland und Russland zu einem Spottgebilde gemacht. Ich bin noch immer der Ansicht, man hätte in einem frühen Stadium beiden Seiten Kriegsrechte zuerkennen und der spanischen Regierung gestatten sollen, alles zu erwerben, was sie bezahlen und einführen konnte. Ihre Benachteiligung von Anfang an und die Tatsache, dass die ganze „Nichtintervention" zu einem Humbug wurde, wären als noch grössere Unbill angesehen worden, hätte man General Franco zu einer Zeit, als es schon günstig für ihn war, Kriegsrechte zugebilligt.

H1668-0210

SPANIENS WEG ZUM FRIEDEN

26. November 1937

Ein tiefes, ein feierliches Schweigen hat sich auf die iberische Halbinsel gesenkt. Seit Wochen hat kaum eine Geschützsalve die mehrere hundert Meilen lange Front aufgestört, auf welcher die Armeen des nationalistischen und des republikanischen Spanien schütter verteilt sind. Und doch hat seit vielen Wochen General Franco die Freiheit gehabt, Hunderttausend seiner besten Truppen, seine italienischen Batterien und seine deutschen Flugzeuge von der biskayischen Küste an jeden beliebigen Punkt der Regierungsfront zu werfen, den er sich für eine neue Grossoffensive aussuchen mag. Dass sehr grosse Bewegungen vor sich gegangen sind, steht ausser Frage, und es ist auffallend, dass der Angriffspunkt der Umwelt anscheinend ein Geheimnis geblieben ist. Ob der Schlag unter den grausamen Bedingungen des Winters in den spanischen Bergen geführt oder ob er bis zum Frühjahr hinausgezögert werden wird, ist gleichfalls unsicher.

Der Krieg birgt viele Überraschungen; doch wird jetzt allgemein anerkannt, dass das nationalistische Spanien sich entschieden und endgültig als die stärkere Seite erwiesen hat. Die Nationalisten halten zwei Drittel des Landes und seiner Bevölkerung. Ungestörter Friede und fleissige Tätigkeit herrschen hinter ihren Linien. Die Peseta wird doppelt so hoch bezahlt wie das Papiergeld der Regierung, obgleich dieses von der ganzen Goldreserve Spaniens gestützt ist. Von den Heeren haben nur die Nationalisten sowohl die strategische Initiative wie auch die Fähigkeit, Angriffe zu führen. Sie allein besitzen eine Flottenmacht. Lange Zeit gab es keine Rechtfertigung durch Präzedenzfälle oder poli-

H1668-0211

tische Gründe dafür, dem nationalistischen Spanien die gebührenden Kriegsrechte vorzuenthalten.

Die Sozialistische Partei Grossbritanniens besteht darauf, dass Franco nichts anderes sei als ein von fremden Parteigängern aus Deutschland und Italien unterstützter Rebell an der Spitze einer Bande meuternder Offiziere, und dass ihm eine konstitutionelle parlamentarische Regierung der spanischen Republik gegenüberstehe, für welche sich mit Ausnahme der Priester, des Adels und der Kapitalisten die Masse der spanischen Nation mit glühendem Eifer einsetze. Diese Behauptung, welche der Wahrheit niemals auch nur entfernt entsprach, ist jetzt offensichtlich unsinnig geworden. Es ist für neutrale Mächte wie Grossbritannien und Frankreich eine Torheit ersten Ranges geworden, der De-facto-Regierung des grösseren Teils Spaniens jenes Mass der Anerkennung zu versagen, das zur Sicherung ihrer kommerziellen und politischen Interessen notwendig ist. Die Ernennung britischer Bevollmächtigter für das nationalistische Spanien ist nur in der Hinsicht zu kritisieren, dass sie zu lange hinausgezögert worden ist. Es steht zu hoffen, dass man bei diesem Vorgehen bleiben und es weiter ausbauen wird, und dass Frankreich es nachahme, bis die beiden grossen bewaffneten liberalen parlamentarischen Mächte gleich erspriessliche und ehrenhafte Beziehungen mit beiden spanischen Kriegführenden hergestellt haben.

Es ist im Interesse der Menschlichkeit allzu lange ein Fehler der Linksparteien sowohl in Grossbritannien wie in Frankreich gewesen, grosse organisierte Körperschaften entschlossener bewaffneter Männer als Rebellen und „Banditen" zu brandmarken, welche die De-jure-Regierung rechtens hinrichten darf, wenn sie in Gefangenschaft geraten. Diese Haltung hat die Wildheit des Konfliktes nur verstärkt. Wenn Menschen jeglicher Status verweigert wird, ist es nur natürlich, dass sie in ihrer Verzweiflung ihre Akkreditierung durch Terror nachweisen und zeigen, dass wenigstens die Macht auf ihrer Seite ist. Wenn Grossbritannien die Grauen des spanischen Bürgerkrieges zu mildern wünscht,

H1668-0212

ist es unerlässlich, dass es formale und freundschaftliche diplomatische Beziehungen zu beiden Seiten unterhält und mit allen Mitteln die Regularisierung des Kriegszustandes zwischen den beiden Kämpfenden ermutigt. Nur auf diese Art kann ein Vorstadium erreicht werden, von dem ein neues Leben für Spanier jeder Klasse und politischen Vergangenheit seinen Ausgang nehmen kann.

Im vergangenen Jahr haben sich mittlerweile merkbare Fortschritte in Richtung auf ein geordnetes System der Regierung und der Kriegsführung im Charakter der spanischen republikanischen Regierung ergeben. Die schändlichen Massenschlächtereien, welche die Radikalen in den Tagen begingen, als die Kommunisten und Anarchisten die tragische Bühne beherrschten, sind abgestellt, und die Anarchisten sind mit Feuer und Stahl unterdrückt worden. Die Kommunisten, die Anarchisten und die normalen Bürger, die der Regierung anhängen, sind alle gleichmässig zu einer disziplinierten Armee zusammengeschlossen worden. Dieser Armee fehlt es an militärischer Tüchtigkeit, und eine Regierungsflotte gibt es nicht mehr, weil nahezu alle Berufsoffiziere, die der Regierung zur Verfügung standen, in den ersten Monaten des Kampfes en masse ermordet oder hingerichtet wurden. Jetzt sieht man vielleicht ein, dass diese Metzelei kurzsichtig gewesen sein mag.

Aber es ist ein Heer gebildet worden, welches zusammenhängende Einheit, eine strenge Organisation und eine Kommandohierarchie besitzt. Die Regierungen von Valencia und Katalonien einen Haufen wilder Bolschewisten zu nennen, ist ebenso unrecht, wie die nationalistische Bewegung als eine Vereinigung von Rebellen, Verrätern und Reaktionären zu bezeichnen. Wenn in irgendeinem Lande der Gesamtaufbau des zivilisierten und sozialen Lebens durch atavistischen Hass zerstört wird, kann der Staat nur auf einem militärischen Gerüst rekonstruiert werden. Der Krieg, der strengste aller Lehrer, ist der einzige, dem Aufmerksamkeit geschenkt wird. Aus einem Durcheinander grauenhafter Ereignisse erhebt sich allmählich wieder die Struktur einer

H1668-0213

organisierten Gesellschaft. In ihrer neuen Armee, die noch nicht ernsthaft erprobt worden ist, besitzt die spanische Regierung ein Instrument, dem nicht nur militärische, sondern auch politische Bedeutung zukommt.

Ausserdem hat sich der Charakter der Regierung grundlegend geändert. Präsident Azaña ist noch immer an der Spitze; liberale und sogar konservative Parlamentarier haben es möglich gefunden, in das republikanische Spanien zurückzukehren. An der diesjährigen Versammlung der Cortes nahmen hundertachtzig Mitglieder teil. Señor Indalecio Prieto gilt in ganz Spanien als hervorragender Mann. So haben sich während des grausamen Kampfes beide Seiten unablässig auf einen konsequenten Ausdruck des spanischen Geistes zubewegt. Ist dies nicht die Zeit, da von allen wahren Freunden Spaniens jede Anstrengung gemacht werden sollte, eine Befriedung herbeizuführen?

Was könnte diesem Ende dienlicher sein als die Wiederherstellung einer konstitutionellen Monarchie als Bürgschaft dafür, dass alle Spanier, welche nicht moralisch verwerfliche Verbrechen begangen haben, im neuen Spanien ihren Platz finden? In dieser Woche wurden die österreichischen Monarchisten, als sie den Geburtstag des habsburgischen Thronerben feierten, von einem vereinigten Haufen von Nazis und Kommunisten überfallen. Schlägt eine derartige Episode nicht einen Ton an, welchen jene ganze grosse Mehrheit von Europäern vernehmen sollte, die die totalitären Tyranneien aus dem Leben Europas verschwinden zu sehen wünscht und es aus diesem Grunde mit Freuden begrüssen würde, wenn Spanien wieder geeinigt und selbständig seinen Platz unter den führenden Nationen einnähme?

H1668-0214

WAS WIR VON DEN VEREINIGTEN STAATEN ERWARTEN

10. Dezember 1937

Niemals gab es in unserer ganzen Geschichte eine Zeit, in der die guten Beziehungen zwischen dem Britischen Weltreich und den Vereinigten Staaten auf solcher Höhe standen. In der ganzen grossen Republik herrscht ein lebendiges Verständnis für die Gefahren und Schwierigkeiten, denen die liberalen parlamentarischen Länder infolge des Aufstiegs, des Charakters und der ehrgeizigen Ziele der aggressiven Diktatoren ausgesetzt sind. Dies führt zu lebhaften Sympathien sowohl für Grossmächte wie Frankreich und England als auch für hilflose Länder wie China und Abessinien, welche angegriffen worden sind, oder andere, europäische Kleinstaaten, die bedroht werden. Die Feindschaft gegen die totalitären Diktatoren ist drüben noch heftiger als bei uns.

Das amerikanische Publikum liest trotz seiner Durchdringung mit starken italienischen und deutschen Elementen eifrig und mit Genuss die vernichtenden Angriffe gegen Nazismus und Faschismus und vor allem gegen die japanische Aggression, mit welchen die amerikanische Presse sie reichlich versieht. Diesen Gefühlen wurde in machtvollen Reden durch den Präsidenten und durch die Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris und London in der Öffentlichkeit Ausdruck gegeben. Die Admiralitäten der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens zanken nicht um Geschütze und Kreuzer, sondern beobachten statt dessen mit gegenseitiger Befriedigung die gewaltige Vergrössung der beiderseitigen Flotten. Ein englisch-amerikanischer Wirtschaftsvertrag [1]) oder eine harmonische Regelung der Schulden-

[1]) Er ist mittlerweile abgeschlossen worden. Februar 1939.

H1668-0215

frage wäre eine Bekundung der existierenden freundschaftlichen Gefühle zwischen diesen beiden riesigen Gemeinschaften, welche in allen wesentlichen Dingen dieselben Überzeugungen hegen. Es ist nicht zu bezweifeln, dass die Vereinigten Staaten Grossbritannien viel besser gesinnt sind als 1914.

Aber dies darf die parlamentarischen Nationen nicht zu der Annahme verleiten, dass die Vereinigten Staaten wieder herüberkommen werden, um für sie zu kämpfen. Im Gegenteil, an erster Stelle steht der Entschluss der grossen Mehrzahl amerikanischer Bürger, europäische oder auch fernöstliche Verwicklungen zu vermeiden und dem Krieg um jeden Preis aus dem Weg zu gehen. Das sind natürliche Ansichten für ein gewaltiges, sich selbst genügendes Land mit dreitausend Meilen Meeresfläche auf der einen und siebentausend auf der anderen Seite. Kriege haben ihre eigene Art, Völker trotz allem, was sie tun können, in ihren Strudel zu ziehen; aber es wäre ein grundlegender Irrtum für Grossbritannien oder Frankreich oder für irgendeinen der kleineren Staaten, die im Völkerbund vereinigt sind, für ihre Sicherheit auf irgendeine Kraft ausser der ihres eigenen rechten Armes zu zählen.

Es gibt jedoch Möglichkeiten für die Vereinigten Staaten, den Empfindungen von Volk und Regierung Ausdruck zu verleihen und der Sache, die sie für gerecht halten, grosse Hilfe zu leisten, ohne dass sie sich der Gefahr oder den Mühen eines Krieges aussetzen. Die Interpretation einer Neutralität der Vereinigten Staaten in Kriegszeiten kann von unermesslicher Bedeutung für Grossbritannien und Frankreich sein. Das in den jüngsten amerikanischen „Cash and carry"-Vorschlägen enthaltene Prinzip ist überaus günstig für jede Macht, die die Herrschaft über die See innehat. Aber selbst in Friedenszeiten kann die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Vereinigten Staaten die Kriegsvorbereitungen potentieller Aggressoren beträchtlich hemmen.

Wir haben in dieser Woche beobachtet, mit welcher Wut Signor Mussolinis Sprachrohr die Vorschläge der *New York*

H1668-0216

Times angeprangert hat, eine Besprechung über ein gemeinschaftliches Vorgehen in allen wirtschafts- und finanzpolitischen Massnahmen gegen gesetzesbrüchige Nationen abzuhalten. Dieser Ausbruch zeigt nur, wie sehr eine solche Form der Abschreckung gefürchtet ist. Der italienische Diktator ist derartigen Vorgängen gegenüber empfindlicher als sein Nazikollege und viel abhängiger von ausländischen Lieferungen als sein japanischer Freund. Und doch ist das Hilfsmittel für Italien sehr einfach. Es braucht, um die Zuneigung der demokratischen Welt wieder zu gewinnen, nur anderen Ländern gegenüber loyal und freundschaftlich zu handeln, die Verträge und Pakte einzuhalten, die es abgeschlossen hat, und auf seine herausfordernde Haltung zu verzichten. Viele Menschen zu beiden Seiten des Atlantik haben mit Freude die Erhebung und Reorganisation Italiens beobachtet und hegen noch immer freundschaftliche Gefühle für dieses fleissige und sympathische Volk. Sicherlich würde es an keinem Versuch fehlen, die alten Beziehungen wiederherzustellen.

Aber es gibt ein Mittel vor allen anderen, mit dem die Vereinigten Staaten den europäischen Demokratien helfen können. Es möge seinen normalen Wohlstand wiedererlangen und bewahren. Ein prosperierendes Amerika übt, direkt und indirekt, auf die Angelegenheiten der ganzen Welt einen gewaltigen wohltätigen Einfluss aus. Ein finanziell und wirtschaftlich zusammenbrechendes Amerika verbreitet Übel im weitesten Umkreis und schwächt Frankreich und England gerade zu einer Zeit, in der es für sie am notwendigsten ist, stark zu sein. Der Streit, in den Präsident Roosevelt mit Vermögen und Wirtschaft geraten ist, kann Ergebnisse zeitigen, welche den ihm und seinem Volk teueren Idealen grössten Schaden zufügen können. Sicherlich ist es viel besser, die produktive Kraft von Kapital und Kredit Reichtum und Fülle erzeugen zu lassen und dann durch eine korrigierende Gewinnbesteuerung den Nöten der Schwachen und Armen abzuhelfen.

Statt dessen hat die Washingtoner Regierung einen so un-

H1668-0217

barmherzigen Krieg gegen Privatunternehmen geführt, dass die Vereinigten Staaten, welche keine der Gefahren und Lasten Europas zu tragen haben, im Augenblick die Welt tatsächlich auf den Tiefpunkt der Depression zurückführen. Dieser Krieg hat drei Hauptformen angenommen: erstens der Angriff auf die Kapitalreserven grosser Körperschaften, welcher ihre Fähigkeit, Pläne für die Zukunft zu machen und in Hinkunft Arbeit zu geben, jämmerlich verstümmelt hat; zweitens der erbarmungslose Druck der Ungewissheit und der Missgunst, dem die grosse Anzahl lebensnotwendiger Betriebe, welche drüben sämtlich in Privathand sind, ausgesetzt ist; drittens die peinlich behindernden Einschränkungen, welche den Transaktionen auf Produkten- und Effektenbörse auferlegt worden sind. Die Folge ist, dass die Exekutive der Vereinigten Staaten allen grossen Reichtum produzierenden Unternehmungen des kapitalistischen Systems feindlich gegenüber steht. Auf beiden Seiten herrscht böses Blut, und in ihrer Wut können sie zusammen zweifellos die finanzielle und wirtschaftliche Kraft des amerikanischen Volkes in Stücke reissen.

In ruhigen Zeiten ist sehr viel dafür zu sagen, dass einige dieser Streitpunkte mit Ausdauer durchgekämpft werden. Aber auch der begeistertste Anhänger des New Deal könnte sich fragen, ob bei dem Zustand, in dem Europa und tatsächlich die ganze Welt sind, die Vereinigten Staaten die richtige Zeit dafür gewählt haben, sich diesem Vernichtungskrieg hinzugeben. Wer das Banner des Friedens und der freien Staatsform in der alten Welt hochhält, hat nahezu ein Recht darauf, zu verlangen, dass seine Kameraden in der neuen Welt in diesen Jahren ausserordentlicher und nicht nachlassender Gefahr ein Beispiel der Stärke und Stabilität geben. Das Wohlergehen der Vereinigten Staaten bedeutet vielleicht nicht nur das Wohlergehen, sondern auch die Sicherheit der verschiedensten, unter den verschiedensten Bedingungen lebenden Menschen.

H1668-0218

PANORAMA 1937

23. Dezember 1937

Im ganzen Jahr des Heiles 1937 haben die zivilisierteren Teile der Menschheit in einem Masstabe aufgerüstet, wie man sich ihn nie vorgestellt hatte. Alle Vorbereitungen in den Jahren vor dem Ausbruch des Weltkriegs waren, damit verglichen, kleinlich. Nicht nur waren jetzt die Aufwendungen an Dienstleistungen und Geld bedeutend grösser und die Waffen weitaus tödlicher, es wurden in allen sogenannten zivilisierten Ländern Anstrengungen gemacht, die gesamte Bevölkerung für nationale Kriegsleistungen heranzuziehen und beide Geschlechter, alle Klassen, Alt und Jung, Schwache, Kranke und Verwundete gleichermassen in den Frondienst des Zerstörungswillens zu stellen.

Gleichzeitig wünschen die Massen aller Nationen in der Welt ernsthaft den Frieden und wollen wenig mehr als im Frieden leben und geniessen, wofür sie arbeiten und was ihnen die Wissenschaft als Lohn ihrer Mühen bietet. Diejenigen, die unter totalitären Diktaturen leben, sind von einem alles umfassenden Propaganda- und Zwangsapparat gepackt, der sie zu einer vornehmlich dem Krieg gewidmeten Staatsmaschine zusammenschweisst. Die liberalen und parlamentarischen Länder ihrerseits mussten in gewaltigem Masstab zu ihrem Schutz rüsten und suchen sich tastend, und vorläufig noch unvollkommen, zu gegenseitigem Schutz und zur gegenseitigen Sicherheit zusammenzutun. Die Kosten der Kriegsvorbereitungen haben die Finanzen der diktatorischen Regierungen in einen Zustand gestürzt, der den gewöhnlichen Bankrott weit hinter sich lässt und der sie dazu nötigt, ihren Bevölkerungen Entbehrungen und eine Disziplin aufzuerlegen, wie sie bisher nur in

H1668-0219

Kriegszeiten ertragen wurden. Die moderne Welt gewinnt das Aussehen einer Reihe für eine Belagerung verproviantierter feudaler Festungen. Dies war der vorherrschende Kurs des Jahres 1937, und so sieht das sonderbare Panorama aus, das sich zu dieser Weihnachtszeit vor unseren Augen entfaltet.

Die Ereignisse des Jahres entsprachen den Kräften, die am Werk waren. Im spanischen Bürgerkrieg wurde das ganze Jahr hindurch schwach, aber grausam und unaufhörlich gekämpft. Die Stärke der nationalistischen und monarchistischen Kräfte Spaniens wuchs in stets steigendem Masse gegenüber den republikanischen und linken Elementen. Die Diktaturen beider Extreme nahmen den spanischen Streit auf und suchten ihn in einen ideologischen Kampf zwischen Nazismus und Kommunismus umzuwandeln. Trotz ihren wiederholten feierlichen Versprechungen, nicht zu intervenieren, haben der deutsche und der italienische Diktator sich mit ihrem ganzen Gewicht auf die eine Seite gestellt, während der Sowjet-Zar sein Möglichstes getan hat, der anderen zu helfen. Frankreich war neutral und Grossbritannien streng neutral. Die britische Regierung und der britische Aussenminister verdienen Beifall für die Geduld und den guten Glauben, mit denen sie gehandelt haben, und es ist durchaus möglich, dass Grossbritannien, wenn dieser bittere Kampf einmal sein Ende findet, nicht die unbeliebteste oder einflussloseste Macht in Spanien sein wird.

Die militärischen Geheimgesellschaften, welche die Regierung Japans kontrollieren, haben das Parlament so gut wie unterdrückt, Politiker ermordet, deren Patriotismus nicht heiss genug gefunden wurde, und ihr Volk in einen Angriffskrieg gegen China geführt, der sich durch Unbarmherzigkeit und Schrecklichkeit nach den neuesten Vorbildern auszeichnet. Die Japaner stecken jetzt tief in der chinesischen Affaire, und wohin dieses Abenteuer sie noch bringen mag, kann niemand wissen. Die Überfallenen haben ihr Land so gut verteidigt, wie sie nur konnten, und in den Herzen der Chinesen, des zahlreichsten Volkes der gan-

H1668-0220

zen Welt, lebt ein neuer Geist der Einigkeit und des Patriotismus. Der japanische Überfall auf China trägt das Stigma einer Reihenfolge von Übergriffen gegen neutrale Mächte, insbesondere Grossbritannien und die Vereinigten Staaten, welchen in allen Fällen Entschuldigungen folgten. Bis jetzt mussten diese Entschuldigungen entgegengenommen werden, aber es mag sein, dass weitere Beschimpfungen bevorstehen und dass dann unter Umständen wenig anderes als die Vernichtung der britischen, amerikanischen und europäischen Interessen im Fernen Osten ins Auge gefasst wird.

Die Eroberung Abessiniens durch Signor Mussolini hat schwer auf dem italienischen Volk gelastet. In der ganzen wilden Bergregion dieses Landes kommt es immer wieder zu sporadischen Aufständen, und die Erhaltung einer italienischen Armee von mehreren hunderttausend Mann inmitten einer feindlichen Bevölkerung hat die italienischen Hilfsquellen aller Arten schwer in Anspruch genommen. Fraglos hat der italienische Diktator, welcher auch eine ansehnliche Armee nach Spanien und eine noch grössere nach Libyen geschickt hat, die ihm zu Gebote stehenden Mittel auf ein sehr grosses Gebiet verteilt. Gleichzeitig befestigt er seine Häfen im Mittelmeer und im Roten Meer in fieberhaftem Eifer. Die Kosten dieser Exkursionen und Anstrengungen haben zusammen mit der zahllosen Schar uniformierter Funktionäre und stehender Heere, die zu den Diktaturen gehören, den italienischen Bauern-, Handwerker- und Kaufmannsschichten eine schwere Last aufgebürdet, welche sie mit erstaunlicher Fügsamkeit und stets wachsender Mühe tragen.

Die Schwierigkeiten und die ehrgeizigen Ziele der Diktaturmächte haben Deutschland, Italien und Japan zur Bildung eines Dreiecks autoritärer und militaristischer Regierungen geführt, nominell um dem Kommunismus eine Front entgegenzustellen, den sie angeblich so sehr fürchten. Eine Kombination dieser Art birgt Gefahren nicht nur für das Territorium Russlands, sondern auch für den Wohlstand

und die Freiheit der parlamentarischen Demokratien sowohl in der alten wie in der neuen Welt. Darum ist es unter diesen Umständen ein Glück, und auch ganz natürlich, dass das Britische Reich und die französische Republik einander immer näher kommen. Die britische Flotte ist zur Zeit im Verhältnis zu den übrigen europäischen Flotten sogar bedeutend stärker als 1914. Die jetzt in Durchführung befindlichen Programme werden diesen Faktor der Beruhigung noch verstärken. Das französische Heer ist zahlenmässig von den in Deutschland aufgestellten Divisionen bis jetzt nicht überflügelt worden, und seine Formationen sind in voller Stärke. Die Zusammenarbeit der britischen Flotte und des französischen Heeres zum Zweck eines Widerstandes gegen jeden gewaltsamen oder unprovozierten Angriff sollte den Kleinstaaten Europas Vertrauen einflössen und sie darin bestärken, sich fest und zuversichtlich an den Völkerbundpakt zu halten und für ihre Sicherheit so viel zu tun, wie sie nur können. Unter der Oberfläche der Partei- und Parlamentsstreitigkeiten herrscht im französischen und im englischen Volk ein grösseres Mass von Einigkeit in wesentlichen Dingen, als in Friedenszeiten jemals bekannt war. Schliesslich ist im Lauf der Monate die von den Vereinigten Staaten den freien Regierungen Europas entgegengebrachte Zuneigung immer deutlicher geworden.

Es besteht daher keine Notwendigkeit, dass wir uns den Anforderungen des Jahres 1938 nicht gewachsen fühlen, und wir alle müssen versuchen, dieses Jahr so zu nützen, dass es eine heilsamere Atmosphäre und eine sorglosere und gesündere Allgemeinlage bringt. Darum möchte ich mit einem Gedanken schliessen, der vielleicht zu allen sprechen wird.

Am Christtag 1914 stellten die deutschen Soldaten an der Westfront das Feuer ein. Sie bauten kleine Weihnachtsbäume vor ihren Gräben auf und erklärten, an diesem Tag solle Friede und guter Wille unter den leidenden Menschen herrschen. Beide Seiten kamen aus den Gräben heraus und trafen einander im versengten Niemandsland. Sie drückten einander die Hände, sie tauschten Gaben und freundliche

H1668-0221

Worte aus. Gemeinsam begruben sie die Toten, die bisher unerreichbar gewesen und ohne die Riten geblieben waren, welche den Menschen über das Tier erheben. Möge kein Mensch, der Anspruch auf diese Bezeichnung erhebt, die Inspiration in Vergessenheit geraten lassen, welche von diesem Kriegsereignis ausgeht.

H1668-0222

GROSSBRITANNIEN RÜSTET

7. Januar 1938

Im Jahre 1938 werden die zivilisierten Nationen der Welt hauptsächlich nach den Kriegsgeräten, die sie besitzen und für die sie zahlen können, eingeschätzt werden. Zufriedenheit der Bevölkerung, Freiheit der Institutionen, Unparteilichkeit der Gerichtshöfe, alte Überlieferungen, Höhe des Lebensstandards der Arbeiterklasse, Philosophie, Dichtung und Kunst: das alles wird in diesem depravierten Zeitalter für den Ruhm nicht sehr hoch angeschlagen werden. Waffen, und die Männer, welche sie tragen können, sind das Kriterium, welches die Unternehmungen hungriger aggressiver Staaten und das Verhalten der kleinen Länder bestimmen wird.

Unter diesen Umständen müssen wir froh darüber sein, dass die britische Flotte stark ist. Selbst in den Jahren der Abrüstung wurden jährlich mindestens £ 50.000.000 daran gewendet, die bereits in grösstem Masstab durchgeführte Organisation in Ordnung zu halten. Ein Teil der Linienschiffe und Kreuzer ist unter dem Deckmantel der Wiederherstellung völlig umgebaut worden. Seit der 1935 von Italien ausgegangenen Beunruhigung hatte die Admiralität so viel Geld zur Verfügung, wie sie nur fordern wollte, um alle Fahrzeuge der Flotte mit modernen Geräten und Ausrüstungsgegenständen jeglicher Art zu versehen. Insbesondere sind der Schutz gegen Artillerie und die Panzerung gegen Luftangriffe revolutioniert worden. Lord Fisher pflegte zu sagen: „Die britische Flotte reist stets erster Klasse". Ich kann kaum glauben, dass eine so fähige Körperschaft wie das Marineministerium von den Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, nicht guten Gebrauch gemacht hat.

H1668-0223

Wir geben jetzt etwa viermal so viel für die Flotte aus wie beispielsweise Italien, und zweifellos werden die neuen Schätzungen wiederum eine starke Bewegung nach oben zeigen. Ein ungeheures Programm für den Neubau von Schiffen aller Arten wird in den Werften und bei den Privatfirmen durchgeführt. Fünf Linienschiffe sind im Bau. Offenbar muss ein weiteres Geschwader des grössten Typs im Programm des Jahres 1938 in Angriff genommen werden. Alle anderen Abteilungen der Flotte werden im entsprechenden Verhältnis ausgebaut, und die Mannschaftsstärke der lang dienenden Berufsmarine nimmt in dem denkbar raschesten Tempo zu, das nur durch die Ausbildungsmöglichkeiten bestimmt wird. Die Methoden zur Bekämpfung der U-Boot-Gefahr sind den im Weltkrieg entdeckten unvergleichlich überlegen. Es wächst die Überzeugung, dass die Bedrohung richtig armierter und geschützter Kriegsschiffe von der Luft her nicht von entscheidender Bedeutung sein wird.

Wenn das richtig ist, wird die oberste Herrschaft über die Meere bei der Macht liegen, die in jedem Augenblick die stärkste Schlachtlinie aufstellen kann. Zur Zeit kann keine Macht in Europa ausser der britischen den Versuch machen, eine Schlachtlinie zu bilden, ja, alle Mächte Europas zusammen sind nicht imstande, dies zu tun. Die Vereinigten Staaten sind vertragsgemäss berechtigt, bis zur vollen Parität mit Grossbritannien zu bauen. Soweit wir es übersehen können, hat Präsident Roosevelt durchaus die Absicht, dem Geist dieses Abkommens voll nachzukommen. In dieser Hinsicht können wir also beruhigt sein. Eine schwache, schlecht bewaffnete amerikanische Flotte wäre zur Zeit eine Gefahr mehr für die Welt. Eine starke, kriegstüchtige amerikanische Flotte kann nur Übeltätern Furcht einflössen.

Auch die französische Flotte ist ein wichtiges Element im Problem der Weltsicherheit. Unter allen Umständen kann man getrost sagen, dass die Beherrschung der Meere und grossen Gewässer in den Händen der parlamentarischen Nationen ruht, und dass diese Herrschaft ihren Handel und

H1668-0224

ihren Kredit stützen wird. Fraglos ist es gut, dass es sich so verhält, denn keine dieser Mächte hegt Pläne für einen Anschlag gegen die Unabhängigkeit, das Wohlergehen oder die Prosperität anderer Länder. Sie haben vielleicht ihre eigenen Meinungen über die Art, in der diese Länder regiert werden, aber sie begehren nichts von ihnen, weder ihren Ochsen, noch ihren Esel, noch sonst etwas, das ihrer ist.

Grossbritannien hat in Friedenszeiten niemals ein grosses Heer gehabt. Es hat eine kleine Berufsarmee, welche wenig mehr ist als eine Reichspolizeireserve. Es wirkt in der Tat wie ein Wunder, wenn man sich vor Augen führt, welch ungeheure Gebiete der Welt und welche Menschenmengen, von geringeren militärischen Kräften beschützt, als selbst ein drittklassiger europäischer Staat mobilisieren könnte, ruhig und zum grössten Teil in gegenseitiger Freundschaft unter den britischen Flagge leben. Nichtsdestoweniger ist es notwendig, dass das bescheidene stehende Heer, welches wir unterhalten, auf seiner vollen Stärke belassen und mit den neuesten Geräten und ausgiebigsten Vorräten versehen wird. Die Rekrutenwerbung hat sich sehr verbessert, und die Verjüngung des Oberkommandos, um welche der neue Kriegsminister, Mr. Hore-Belisha, so viele Verdienste hat, sollte eine Periode der Überholung und Neuausrüstung in unserem ganzen kleinen Heer einleiten.

Die britische Armee darf jedoch nur im Zusammenhang mit dem französischen Heer betrachtet werden, welches im Jahr 1938 an Anzahl der aufgestellten Divisionen von keinem europäischen Land ausser Russland übertroffen werden und an Ausbildungsreife und Zusammenhalt seiner Kaders allen Ländern überlegen sein wird. Diese Verhältnisse sind jedoch nicht unwandelbar. Wohl wird die britische Flotte in einigen Jahren ihr Übergewicht in Europa verstärken, aber die Mannschaftsstärke Deutschlands wird allmählich in einem viel grösseren Masstab und mit bedeutend höherer Vervollkommnung ausgebaut werden.

Wenn wir nur die Flotten und Heere Europas in der unmittelbaren Zukunft in Betracht zu ziehen hätten, gäbe es

H1668-0225

für die mittel- und südeuropäischen Staaten keine Entschuldigung dafür, sich den Härten der Diktatur zu unterwerfen und vor der Nazimacht Kotau zu machen. In dem neuen Element der Luft liegt jedoch die Schwäche der freien Völker. General Weygand, der sicherlich nicht ohne Autorität sprechen dürfte, bezeichnete die Verhältnisse der europäischen Luftstreitmächte vor einiger Zeit folgendermassen: Deutschland 3000, Italien 1200, Grossbritannien 1500 und Frankreich 1000. Wenn diese Ziffern ein ungefähr richtiges Bild geben, ist es eine grosse Schmach für Frankreich und Grossbritannien, dass sie mit all ihrem Reichtum und all ihren Hilfsquellen nicht imstande gewesen sind, ungehindert richtigen Gebrauch von dieser empfindlichen und qualifizierten Waffe zu machen. Sobald das Unterhaus zusammentritt, wird es die Pflicht des Parlaments sein, von der Regierung Versicherungen zu verlangen nicht nur über die Anstrengungen, die gemacht, sondern auch über die Resultate, welche erreicht worden sind. Mr. Baldwin hat uns feierlich versprochen, dass die Luftstärke unserer Hauptstadt keiner Macht in Reichweite unterlegen sein soll. Wenn dieses Versprechen nicht ausgeführt worden ist, lastet eine überaus traurige Verantwortung auf jenen Staatsmännern, die die Durchführung von Verstärkungen so lange hinausgezögert haben.

Geld für Verteidigungsmassnahmen fliesst in Grossbritannien nach allen Richtungen. Der Verteidigungsminister versichert uns, dass die tatsächlichen Aufwendungen, die vor nicht ganz einem Jahr angestellte Schätzung von fünfzehnhundert Millionen Pfund Sterling weit überschreiten werden. Glücklicherweise ist der britische Kredit so gut, dass bei der Finanzierung dieser gewaltigen Ausgaben keine Schwierigkeiten zu erwarten sind. Die Freunde politischer und demokratischer Freiheit in Europa brauchen daher dem jetzt beginnenden schweren Jahr nicht in übermässiger Verzagtheit und Unruhe entgegenzusehen.

H1668-0226

WIE JAPAN ÜBER UNS DENKT

21. Januar 1938

Die Änderungen innerhalb der französischen Regierung, die Erholung des Franc, die Besuche und Konferenzen der Länder der kleinen Entente und anderer Staaten in Mitteleuropa — und der Komet, der vielleicht allen unseren Sorgen ein Ende bereitet hätte — beherrschten in der letzten Woche die Zeitungen. Ich bin aber noch immer der Überzeugung, dass die Haltung Japans gegenüber der übrigen Welt unsere ununterbrochene Aufmerksamkeit verdient. Es hat einige unerquickliche Vorfälle gegeben. Britische Polizisten in der internationalen Niederlassung von Shanghai sind von japanischen Soldaten in einer Art verprügelt und misshandelt worden, die ein Beweis für den tief sitzenden Hass gegen die Weissen ist. Die japanischen Entschuldigungen für die Versenkung des amerikanischen Kanonenbootes *Panay* und die Tötung einer beträchtlichen Anzahl amerikanischer Staatsbürger und Schützlinge haben weder die Regierung noch die Bevölkerung der Vereinigten Staaten überzeugen können. Ein japanischer Admiral namens Suetsugu, von dem die Welt vorher nie etwas hörte, hat sich dafür erklärt, die weisse Rasse aus dem Fernen Osten hinauszudrängen, und unmittelbar nach dieser Erklärung gelangte er in eine hervorragende Stellung und spielte eine entscheidende Rolle bei den japanischen Beratungen.

Der bei diesen Beratungen gefasste Plan geht dahin, einen vierjährigen Krieg gegen China zu führen und allen auswärtigen Komplikationen, die sich daraus ergeben können, die Stirn zu bieten. Seitdem die japanischen Armeen in den Bezirk von Shanghai eingebrochen sind, haben die Vertreter

H1668-0227

der weissen Völker oft genug Gelegenheit gehabt, zu erfahren, in welcher Stimmung die Japaner sind und was für eine Achtung vor britischen, amerikanischen und europäischer Rechten in China von ihnen zu erwarten ist. Es hat sich ganz deutlich gezeigt, dass die Missachtung der japanischen Soldaten und Seeleute für die Chinesen noch gar nichts ist, verglichen mit der Verachtung, die sie den nichtgelben Völkern, und vor allem leider den Engländern und Amerikanern, entgegenbringen. Das ist wirklich zu arg, denn die Engländer und Amerikaner waren es, die viele Jahre lang die Modernisierung Japans förderten und unterstützten. Keine andere Nation in der zivilisierten Welt hat die grossen Fortschritte, die Japan in den letzten fünfzig Jahren machte, mit so viel praktischer Sympathie beobachtet. Ganz entschieden hat keine andere Regierung so viel dazu getan, sich mit Japan anzufreunden, oder sich bereitwilliger der Hoffnung hingegeben, in diesem Fall würden die Wissenschaft und die Kenntnisse des Abendlandes ein einigendes Band zwischen Japan und der übrigen Welt bilden.

Wir müssen, wenn auch widerstrebend, zugeben, dass die Regierung des Mikado die Krieger der Flotte und des Heeres in Japan nur unvollkommen in der Hand hat, und die Flieger noch weniger. Die Geheimgesellschaften in der japanischen Armee und Marine haben die Politik ihres Landes in grossem Umfang an sich gerissen. Sie haben so viele Politiker ermordet, welche für Schwächlinge oder Abtrünnige gehalten wurden, dass die übrigen eingeschüchtert sind. Es ist peinlich, es zu sagen, aber es gibt Augenblicke, in denen wir uns nicht des Gefühls erwehren können, ein Heer und eine Marine vor uns zu sehen, die Amok laufen.

Es muss mit aller Klarheit festgestellt werden, dass die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und die europäischen Länder keine Pläne gegen die Sicherheit oder den Wohlstand Japans haben. Sie waren gute Abnehmer japanischer Waren. Sie boten bereitwillig und höflich japanischen Gesandten und Delegationen die Hand. Sie wollen in China nichts anderes, als das chinesische Volk zufrieden und frei sehen und

H1668-0228

ihm die normalen Vorteile des Handels und Unternehmungsgeistes zukommen lassen. Am Ende alles dessen aber sieht man Admiral Suetsugu mit seinem Plan, alle Weissen aus dem Osten zu vertreiben, und die blutigen Decks der *Panay* mit amerikanischen Seeleuten, welche versuchen, hilflose Flüchtlinge vor Flugzeugbomben und Maschinengewehrfeuer zu erretten. Es lässt sich nicht leugnen, dass das eine sehr schwere Enttäuschung für die grossen Demokratien der abendländischen Welt ist. Offensichtlich dürfen wir nicht den Mut verlieren. Im Gegenteil, wir müssen entschlossen weitergehen, aber vielleicht auf einem etwas anderen Weg.

In diesem Zusammenhang beginnt man die Stärke der japanischen Flotte im Verhältnis zu den anderen grossen Seemächten der Welt zu betrachten. Die Washingtoner Konferenz im Jahre 1920 gab ihre Zustimmung zu einem Verhältnisschlüssel von fünf britischen und fünf amerikanischen Schiffseinheiten auf drei japanische und zu gewissen Einschränkungen der Tonnage und der Bestückung. Aber dieser Vertrag ist jetzt abgelaufen, und es heisst, Japan habe bereits mit dem Bau mehrerer Linienschiffe begonnen, welche die in Grossbritannien und Amerika gebauten an Tonnage und Geschützkaliber übertreffen. Das Marineamt der Vereinigten Staaten wird natürlich gezwungen sein, seine Programme und Typen sehr gründlich zu revidieren. Präsident Roosevelts Erklärungen scheinen zu beweisen, dass die Regierung der Vereinigten Staaten nicht willens ist, zur Zeit eine Konkurrenz mit ihrer Flottenmacht im Stillen Ozean zu dulden. Sie hat eine grosse Überlegenheit, aber damit könnte es in wenigen Jahren vorbei sein, wenn nicht rechtzeitig Massnahmen getroffen werden.

Es dürfte wahrscheinlich sein, dass in den Vereinigten Staaten ein grosses Flottenvergrösserungsprogramm in Angriff genommen werden und dass die amerikanische Flotte gemäss dem Grundsatz der Parität, welcher unsere Beziehungen beherrscht, mit der britischen Flotte Schritt halten wird. Keine der beiden Regierungen braucht vor einem soge-

H1668-0229

nannten Flottenwettrennen mit Japan Angst zu haben. Dass die Japaner unmöglich mit den produktiven Kräften der beiden Zweige der englisch sprechenden Völker wetteifern können, steht völlig ausser Frage.

Das nächstliegende Problem hat einen anderen Charakter. Seine Lösung hängt ganz davon ab, wie die Bevölkerung der Vereinigten Staaten ihre Verantwortungen im Pacific —in moralischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht— auffasst. Es steht fest, dass keine amerikanische Regierung für britische oder europäische Interessen in China „die Kastanien aus dem Feuer holen" wird. Dass sie nicht ein eigenes Interesse und eine eigene Verpflichtung fühlen wird, steht nicht so fest. Das japanische Vorgehen in China, welches darauf abzielt, einen grossen Teil Chinas zu besetzen und zu einer gewaltigen asiatischen Flotten- und Heeresmacht auszubauen, die hunderte Millionen von Untertanen zu Gebote hätte und von den Prinzipien belebt wäre, welche Admiral Suetsugu mit so viel Freimut geäussert hat, dürfte auf die Dauer nicht mit der Sicherheit und Freiheit der Bevölkerung der Vereinigten Staaten in Einklang stehen. Diese Frage unterliegt ausschliesslich der Entscheidung der amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes, und keiner von uns in Europa sollte sich anmassen, sich in diese wichtige Überlegung einzumischen. Niemand in Grossbritannien würde es wagen, der Regierung in Washington ein bestimmtes Vorgehen vorzuschlagen oder unter Anwendung von Druckmitteln näherzubringen.

Die britische Regierung hat jedoch das Recht, zu erklären, dass die Vereinigten Staaten, falls sie sich für ihre eigenen Zwecke dazu entschliessen, in der Erhaltung des Friedens und der Zivilisation in den chinesischen Meeren und ihrer Umgebung die Führung zu übernehmen, von Grossbritannien und dem britischen Weltreich bis an die äussersten Grenzen ihrer Kraft unterstützt werden würde. 1931 gab es englisch-amerikanische Missverständnisse, aber jetzt darf es keine mehr geben. Wenn die Regierung des Präsidenten Roosevelt es um Amerikas willen oder um der Welt

H1668-0230

willen für ihre Pflicht hält, ihr Gewicht für die Sache des Friedens und der Ordnung im Fernen Osten in die Wagschale zu werfen, wird das Britische Reich sich ihnen mit Herz und mit Hand anschliessen.

H1668-0231

VÖLKERBUNDSDÄMMERUNG

4. Februar 1938

Der Versuch, in Genf eine für den Völkerbund tödliche Krise herbeizuführen, an welchen sich so viele Wochen hindurch törichte oder traurige Wünsche knüpften, ist fehlgeschlagen. Die von Grossbritannien, Frankreich und Russland abgegebenen Erklärungen, treu zu den Grundsätzen des Völkerbundpaktes zu stehen, haben ihm über eine gefährliche Klippe hinweggeholfen. Es hätte in der Tat ein trauriges Bild geboten, wenn die in Genf versammelten Notabeln so vieler Länder sich in einer Zeit wie dieser auf eine endlose theoretische Diskussion über die genaue Interpretation des Artikels XVI eingelassen hätten, oder, noch ärger, daran geschritten wären, ihn neu zu formulieren. Im Völkerbundpakt, so wie er ist, manifestiert sich das schönste und konsequenteste Bestreben der Völker der Welt, den Schrecken des Krieges dadurch zu entrinnen, dass man der Aggression kollektiv ernste Abschreckungsmassnahmen entgegenstellt. Ob diese Hoffnung trügen wird oder nicht, kann niemand sagen. Aber es wäre immer noch besser, sie verfallen und vergehen zu lassen, als ein Flickwerk aus Schwindelmassnahmen zurechtzubauen. Der Völkerbund ist zur Zeit nicht stark genug, um eine Operation durchzumachen. Er würde unter dem Messer sterben. Schon das Chloroform könnte sich als tödlich erweisen. Man kann nichts anderes tun, als die heilenden Kräfte des natürlichen Lebenswillens arbeiten lassen und das Resultat abwarten.

Die kleineren Staaten Europas sind entsetzt von der Entschlossenheit und Erbarmungslosigkeit der Diktaturmächte und von ihrer anscheinenden Bereitwilligkeit, zur Erreichung ihrer Ziele militärische Mittel einzusetzen. Sie ver-

H1668-0232

trauen nicht darauf, dass Grossbritannien oder Frankreich den Willen oder die Macht haben, sie zu schützen. Russland ist für sie ein Rätsel, das, wenn es sich enthüllt, die eine oder die andere Seite stärken kann. Manche der kleineren Mächte haben es unterlassen, für die Stärke des Völkerbundes Beiträge in einem Masse zu leisten, wie es entweder ihren Hilfsmitteln oder ihren Gefahren angemessen wäre. Belgien, welches sein Dasein den früheren Alliierten verdankt und dessen grossartiges Kolonialreich nur vom Völkerrecht geschützt ist, zeigt grossen Eifer, seine Neutralität zu betonen. Holland mit seinen riesigen tropischen Besitzungen, welche einer beutegierigen Aggression auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sind, war der erste Staat, einen Druck auf die skandinavischen Länder zur Anerkennung der italienischen Eroberung in Abessinien auszuüben. Mr. de Valera hat, die Rechte besiegter Völker völlig vergessend, gleichfalls in diesem Sinne gekrächzt. Kaum war er aus der Arena in die kaiserliche Loge geklettert, da beeilte er sich auch schon, beim Anblick des ersten niedergeworfenen Gladiators den Daumen zu senken.

In Jugoslavien und Rumänien haben die Regierungen mit Hilfe einer radikalen Anwendung ihrer Exekutive ihren Völkern eine Wendung zur Politik des Nazismus aufgezwungen. Die Regierungen der kleineren Mächte neigen im grossen Ganzen dazu, die Tschechoslovakei und Österreich ihrem Schicksal zu überlassen. Dieses mächtige Europa, welches, wenn es nur wollte, so leicht die Freiheit bewahren und den Krieg abwehren könnte, scheint im Augenblick — und es ist ein sehr gefährlicher Augenblick — dazu zu neigen, sich der Spukgestalt des nazistisch-faschistischen Prestiges zu unterwerfen. Ob diese Erscheinungen nur an der Oberfläche haften, wird man erst wissen, wenn es zu irgendeiner offenkundigen Aggression kommt.

Nahezu alle europäischen Staaten wünschen nichts mehr als ein ruhiges Leben. Es mag nicht heroisch sein, aber es ist nur natürlich, dass viele von ihnen den Wunsch haben, jeder kommenden Beunruhigung aus dem Weg zu gehen, obgleich

H1668-0233

dieses Verhalten sie später in viel grössere Beunruhigungen verwickeln kann. Wie sie jedoch angesichts irgendeines furchtbaren Akts der Ungerechtigkeit handeln würden, kann nicht nach den vorsichtigen Verzichten beurteilt werden, deren sie sich jetzt befleissigen. Das Traurige daran ist, dass gerade diese vorsichtige Haltung die Übel herbeiführen kann, auf deren Vermeidung sie abzielt. Während gemeinsame Erklärungen in Genf Europa ausbalancieren könnten, wird der anscheinende Anhängergewinn der totalitären Staaten unter Umständen unliebsame Entwicklungen beschleunigen.

Nichtsdestoweniger ist unter den vorherrschenden Umständen in Genf das Beste getan worden. Die starke Einigkeit zwischen Grossbritannien und Frankreich ist von neuem betont worden. Die beiden westlichen parlamentarischen Staaten haben klargemacht, dass sie nicht Partei nehmen oder in dem jetzigen Streit rivalisierender Ideologien Proselyten zu machen suchen. Auf der einen Seite steht die nazistisch-faschistische Ideologie, auf der anderen die kommunistische. Grossbritannien und Frankreich sind Gegner beider. Aber das bedeutet nicht, dass der Völkerbund nicht seine eigene ausgeprägte Auffassung hat. Die parlamentarischen Staaten sind der Ansicht, dass kleine Völker, die innerhalb der ihnen zustehenden Rechte handeln, nicht von stärkeren niedergetrampelt werden sollen. Sie sind der Ansicht, von Zivilisation könne in keiner Gesellschaft die Rede sein ohne die Freiheit, an der jeweiligen Regierung Kritik zu üben, ohne Redefreiheit, Pressefreiheit und Denkfreiheit, ohne Freiheit des religiösen Bekenntnisses und Rassentoleranz, ohne gerechte Behandlung der Minderheiten und ohne Rechtsinstitutionen und Gerichtshöfe, deren Autorität unabhängig von der Exekutive und von keinen Parteivorurteilen getrübt ist. Dies sind die Ideale, die im Mittelpunkt des Völkerbundes stehen. Dies sind die Hoffnungen der Welt. Dies sind die Mittel, mit deren Hilfe dieser Generation reichster Wohlstand zuteil würde. Sind sie einfach als „Ideologie" zu bezeichnen? Im Gegenteil, sie stehen für jenen

H1668-0234

nüchternen, anständigen, rechtschaffenen Mittelweg, den nicht nur die Mehrheit der Nationen, sondern auch die grosse Mehrheit innerhalb jeder Nation gern gehen würde. Sie sind es wohl wert, in ganz Europa verteidigt zu werden, solange es noch möglich ist, sie zu verteidigen.

Was ist die Alternative für den Völkerbund und die Aufrechterhaltung seiner Autorität, nun da er so geschwächt ist? Die Alternative ist betrüblich. Sie heisst für Grossbritannien und Frankreich reich, mächtig, schwer bewaffnet beiseite stehen und Mittel- und Osteuropa in Anarchie verfallen oder unter dem Nazijoch erstarren lassen. Wenn es das ist, was die kleineren Länder Europas haben wollen, können die westlichen Demokratien sie nicht daran verhindern. Schon werden, nicht nur in Grossbritannien und in Frankreich, Stimmen laut, die sagen: „Sollen sie doch ausfressen, was sie sich eingebrockt haben." Dieser Vorgang wäre für keinen der Staaten, die jetzt in Mitteleuropa existieren, erspriesslich. Er wäre gekennzeichnet durch heftige innere Spannungen, wie sie das Reich des grossen Napoleon zerstörten. Das wäre sehr traurig für die Welt. Dass die westlichen Demokratien am Ende aufrecht dastünden, ist wohl sehr wahrscheinlich. Aber welch ein Katarakt des Unheils würde sich auf diese kurzsichtigen Regierungen und unglückseligen Völker ergiessen, die sich einfach durch ihre Unfähigkeit, auf einer breiten internationalen Plattform zusammenzuarbeiten, zur Beute unermesslicher Drangsal machen liessen!

H1668-0235

Am 16. Februar wurde der österreichische Ministerpräsident, Dr. Schuschnigg, der nach München berufen worden war, von Herrn Hitler unter furchtbaren Drohungen gezwungen, Nazibevollmächtigte als Minister in seine Regierung aufzunehmen. Die deutsche Presse bezeichnete dies als einen „neuen gemeinsamen Beitrag zum Frieden Mitteleuropas." Die Folgen zeigten sich prompt.

H1668-0236

NOCH IST NICHT ALLES VORÜBER

17. Februar 1938

Diese ereignisreichen zwei Wochen bringen sowohl gute Nachrichten wie schlechte. Das beklagenswerte Schicksal Österreichs verlangt im einzelnen besprochen zu werden, sobald wir mit mehr Richtigkeit ermessen können, was wirklich vor sich gegangen ist. Es ist jedoch klar, dass dies die Interessen des italienischen Diktators ebenso sehr schädigt, wie es die Sympathien der Westmächte verwundet. Wir müssen noch sehen, worin die Garantien bestehn, die Herr Hitler für die Unabhängigkeit Österreichs gegeben hat, und wie sie in der Durchführung aussehen werden. Welche Gestalt die Reaktionen in Österreich annehmen, und ob die gewaltsamen Szenen in Berchtesgaden so viele Rekruten für die Sache der Nazis werben werden, wie man von ihnen erwartete, das alles ist noch ungewiss. Wenn es zu einer allgemeinen Sammlung des österreichischen Volkes, welches tief religiös ist, um die Sache der nationalen Unabhängigkeit kommt, mag es sein, dass eine Atempause gewonnen wird. Die Völker lieben es nicht, in eine Ideologie getreten zu werden. In Rumänien ist der Judenhetzer Goga seiner kurzen Machtstellung verlustig gegangen, und die Rüstungsverträge der rumänischen Armee mit Frankreich sind wieder einmal in Kraft gesetzt. Es ist ersichtlich, dass die Kräfte, die in Rumänien am Werk sind, nicht leicht dazu gebracht werden können, der Pronazi-Achse beizutreten.

„Den Massen", sagte Napoleon in einem seiner pessimistischesten Aussprüche, „liegt wenig an der Freiheit, aber viel an der Gleichheit." Seit damals sind jedoch mehr als hundert Jahre vergangen, und die Welt hat sich weiterbewegt. Heute appelliert der Begriff individueller Freiheit,

H1668-0237

insbesondere im Verein mit einem höheren Lebensstandard, mächtig an die Männer und Frauen aller Länder unter allen Systemen. Warum soll ein gewöhnlicher arbeitender Mensch nicht die Möglichkeit haben, ein Heim zu erhalten und eine Familie grosszuziehen, ohne dass gut bezahlte uniformierte Beamte und gewerbsmässige Parteiagenten in niederträchtiger Weise auf ihm herumtrampeln? Warum soll die Polizei die Haushalte in so vielen Ländern mehr belästigen als in England? Warum soll es dem gewöhnlichen Lohnempfänger nicht erlaubt sein, sein Urteil über die Regierung seines Landes zu äussern und zu sagen, ob er der Meinung ist, dass es klug und ehrenhaft geführt wird? Warum sollen die Ansichten der Menschen als Verbrechen verdammt werden und geschäftige Funktionäre eine Untersuchung über die politischen Meinungen oder Parteiansichten gesetzestreuer Menschen abhalten? Warum soll die Religion ein Gegenstand der Unterdrückung sein? Warum sollen Rassenverfolgungen weitergehen? War es nicht Friedrich der Grosse, der sagte: „In Preussen muss jedermann nach seiner eigenen Fasson selig werden"? Kann jemand etwas daran ändern, dass er mit roten Haaren oder einer krummen Nase auf die Welt gekommen ist?

Nach Jahrhunderten allgemeiner Erziehung und liberaler Kultur sind diese Grundbegriffe in allen Gemeinschaften, in zivilisierten und in militarisierten, tief eingewurzelt. Darum ist es durchaus nicht überraschend, dass mit dem Gogastückchen in Rumänien so gründlich aufgeräumt worden ist. Es steht zu hoffen, dass Prinz Paul von Jugoslavien und sein Ministerpräsident, Herr Stojadinowitsch, denen eine bedeutend kräftigere politische und parlamentarische Bewegung gegenübersteht, als sich in Rumänien manifestiert hat, sich nicht intransigent gegen diese unüberwindlichen und ununterdrückbaren Antriebe zeigen werden, welche gleichermassen den wahren Bedürfnissen der arbeitenden Männer und Frauen und dem morgendlichen Geist der Menschheit entspringen.

Im Fernen Osten haben die Japaner es abgelehnt, den

H1668-0238

Flottenmächten über die Grösse der Linienschiffe, welche sie bauen, beruhigende Erklärungen abzugeben. Das kann nur bedeuten, dass sie Schiffe von grösserer Tonnage und Bestückung bauen als die, die das selbstverleugnende amerikanisch-französisch-britische Abkommen seinen Mitgliedern gestattet. Auf die Dauer ist das nur zum Guten. Grossbritannien und die Vereinigten Staaten haben durch ihren lobenswerten Wunsch, der Flottenrüstung Grenzen zu ziehen, einander zu lange in ihrem Schiffsbau behindert. Von nun an werden sie sich völlig frei fühlen, ihre gewaltige wirtschaftliche und finanzielle Überlegenheit zur Projektierung und Erbauung aller Schiffe und Flotten nutzbar zu machen, die sie für ihre nationale Sicherheit für notwendig erachten. Glücklicherweise handelt es sich dabei nicht um ein Flottenwettrennen. In einigen Jahren wird die japanische Flotte wieder in eine Position zurückgefallen sein, die weit unter dem Verhältnis fünf zu fünf zu drei ist.

Es ist eine Anerkennung der hervorragenden Stellung, die das deutsche Volk unter den Nationen einnimmt, dass die Generalsentlassungen und anderen plötzlichen Ereignisse, zu welchen es dort gekommen ist, den Anlass zu so wilden und weit verbreiteten Gerüchten gegeben haben. Alles blickt mit Aufmerksamkeit auf Deutschland. Jedermann kann sehen, dass die Welt nicht nur die Mitwirkung, sondern die aktive Hilfe des deutschen Volkes braucht, um den Massen der Lohnempfänger in allen Ländern ein besseres Leben zu ermöglichen. Es wirft ein sonderbares Licht auf die Politik der letzten Zeit, dass die Klassenvorurteile preussischer Generäle in nicht unerheblichem Masse Sympathien in den parlamentarischen Staaten gewinnen. Sie sind, wie es scheint, das Element der Duldsamkeit und Klugheit. Es ist eine Erleichterung und Beruhigung, festzustellen, dass in einem totalitären Staat Meinungsverschiedenheiten ohne einen zweiten dreissigsten Juni im Gefolge zutage treten können. Die meisten Menschen in England würden ein tolerantes, friedliebendes Deutschland an der vordersten Spitze der Weltführung mit aufrichtiger Freude begrüssen.

H1668-0239

Es wäre unsere Pflicht, eine Entwicklung in dieser Richtung mit allen in unserer Macht stehenden Mitteln zu unterstützen und zu fördern.

Der Lauf, den die Ereignisse in Deutschland nehmen mögen, kann von niemand ermessen und noch weniger vorausgesagt werden. Vielleicht wird das deutsche Heer unter seiner eisernen Disziplin weiter den Atem der Toleranz und Freiheit erhalten: in diesem Falle wäre ein erheblicher Gewinn für die internationale Sicherheit zu verzeichnen. Andererseits gelingt es der Nazipartei vieleicht mit Hilfe der Geheimpolizei, ein Parteiheer zu schaffen, welches im Diesseits von Naziprinzipien beherrscht und von der Nazireligion als Führer ins Jenseits geleitet wird. Auch in diesem Fall müssten wir freier atmen, weil kein Heer ohne überaus ernsthafte Verringerung seiner Kriegstüchtigkeit nach Parteirichtlinien gebildet werden kann. Sobald einmal der Vorgang des Ketzerjagens in einer Armee um sich greift, stirbt die wahre Kameradschaft. Offiziere werden nicht für ihre Berufskenntnisse befördert, sondern für ihre Zungenfertigkeit im Parteijargon. Anmassung durchsetzt jeden Rang und jede Einheit. Ein schlechter Offizier kommt weiter, indem er orthodoxe politische Doktrinen nachbetet. Entschlossene Männer, wie man sie für die Anstrengungen des Kampfes braucht, taugen bei diesem Spiel nichts. Wir bekommen ab und zu eine Menge über die französische Degeneration zu hören, aber das französische Heer ist, vom Oberstkommandierenden bis zum Gemeinen, vom Monarchisten bis zum Kommunisten, ein harmonisch ausgewuchtetes Instrument zur Verteidigung Frankreichs gegen Aggressionen. Seine erfahrenen Chefs könnten der Nazifizierung der deutschen Armee sicherlich mit ausserordentlich grosser Ruhe zusehen.

Schliesslich, wenn auch nicht an letzter Stelle, müssen wir unseren Blick auf Italien richten, oder vielmehr auf den ausserordentlichen Mann, in dem zur Zeit alles, was Italien bedeutet, verkörpert und ausgedrückt ist. Die englischen Zeitungen ergingen sich in der letzten Woche in vielen Gerüchten über einen Handel mit Mussolini. Zweifellos würden

H1668-0240

alle Parteien im Unterhaus eine Wiederherstellung der alten Beziehungen zu Italien im Mittelmeer begrüssen; es ist aber erfreulich, die Erklärungen Mr. Edens in Birmingham zu lesen: „In allen Abkommen, die wir heute treffen, darf es kein Opfern von Prinzipien und kein Zurückscheuen vor Verantwortungen geben, lediglich um rasche Resultate zu erzielen." Und: „Der Friede kann nicht geschaffen werden, indem man vorübergehendes Wohlwollen zu erkaufen sucht, sondern auf einer Basis offener Reziprozität unter gegenseitiger Achtung." Man muss in diesen Worten nicht nur die Ansichten des Aussenministers sehen, sondern auch die Mr. Neville Chamberlains und damit die der Regierung Seiner Majestät und des britischen Parlaments.

H1668-0241

Am 18. Februar legte Mr. Eden das Amt des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten nieder. Man sah damals, was mittlerweile noch klarer geworden ist, dass nämlich der Ministerpräsident in seiner Hoffnung, die Diktatoren zu beruhigen, sich entschlossen hatte, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen.

H1668-0242

H1668-0243

WEITERMACHEN!

4. März 1938

Die jähen, beklagenswerten Ereignisse, zu denen es im Verlauf der letzten beiden Wochen in England gekommen ist, dürfen nicht übertrieben werden. Sie haben die Stellung der Konservativen Partei bei der Wählerschaft sehr geschwächt. Die liberalen, laboursozialistischen und parteilosen Wähler, die Mr. Baldwin mühsam gesammelt hatte, sind in Bausch und Bogen fortgeschickt worden und werden nicht leicht zurückzuholen sein. In Mr. Eden hat die nationale Regierung ihre einzige populäre Figur verloren. Vor vierzehn Tagen hätte sie voll Zuversicht an die Wähler appellieren können. Kein Freund würde ihr raten, das jetzt zu tun. Die wachsende Zusammenarbeit zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten auf parallelen Linien hat einen sehr schweren Rückschlag erlitten. Die britische Aussenpolitik ist für den Augenblick noch über das Mass des Gewohnten hinaus für unsere Freunde und Anhänger auf dem Kontinent und in der ganzen Welt unverständlich geworden. Keine Erklärung ist dafür geboten worden, warum wir gerade in diesem Augenblick dem einen Diktator, der bereits auf dem Wege war, durch seine Missetaten blossgestellt zu werden, zu Hilfe kommen mussten. Er war ganz nahe vor dem Zusammenbruch. Durch unser Verhalten haben wir ihm wieder nach oben verholfen und sowohl den Einfluss wie das Prestige der Diktatoren in allen Ländern ganz allgemein vermehrt.

Es wäre jedoch ein Irrtum, in die Anträge der Regierung mehr hineinzudeuten, als sie selbst im Sinne hatte. Dass es nicht ihre Absicht ist, sich an den europäischen Angelegenheiten zu desinteressieren, steht ausser Frage. Mr. Chamber-

H1668-0244

lain hat es sich angelegen sein lassen, zu erklären, dass unsere Beziehungen zu Frankreich, zu welchen ein Militärabkommen gehört, unverändert bleiben. Man plant nicht, den Völkerbund zu verlassen. Der Prozess der Aufrüstung wird, womöglich in beschleunigtem Tempo, weitergetrieben werden. Am Ende steht Grossbritannien, obgleich es sich wesentlich geschwächt und seine Feinde ermutigt hat, im wesentlichen da, wo es vorher stand. Wir müssen jetzt die Ergebnisse der Unterredungen abwarten, welche Lord Perth in Rom mit dem Grafen Ciano oder vielleicht Signor Mussolini persönlich führen wird. Der Triumph des italienischen Diktators ist ausserordentlich. Mit einem Sprung ist er aus einer Lage verzweifelter Verlegenheiten dahingekommen, gleichzeitig von der britischen und der deutschen Regierung hofiert zu werden. Sowohl Chamberlain wie Hitler suchen seine Freundschaft. Die Briten verhandeln mit ihm. Hitler steht im Begriffe, selbst nach Rom zu kommen. Noch nie hat es in der Geschichte ein Beispiel so grossartigen Bluffens gegeben.

Aber das ist noch nicht das Ende. Die fundamentalen Realitäten und Wahrheiten Europas werden sich in wachsendem Masse durchsetzen. In kurzer Zeit werden wir wissen, ob Mr. Chamberlains Hoffnung, Mussolini von Hitler zu trennen, sich erfüllen wird. Wenn sie sich nicht erfüllt, hat nichts anderes, das uns Mussolini geben könnte, auch nur den geringsten Wert. Die Abziehung von zehntausend oder zwanzigtausend Mann italienischer Truppen aus Spanien wäre, wenn ihr eine ähnliche Abziehung von Freiwilligen von den republikanischen Streitkräften entgegensteht, ein grosser Vorteil für General Franco. Die Anerkennung des italienischen „Kaiserreiches" Äthiopien durch Grossbritannien trägt, so betrüblich sie auch für eine grosse Anzahl braver Menschen in England ist, nicht das geringste zur Lösung von Mussolinis Problem bei. Die Zurückziehung einiger Truppen aus Libyen und die Abstellung der Beschimpfungen durch die Radiostation Bari werden Grossbritannien erst nützen, wenn das Wetter sich ändert.

H1668-0245

Was Mussolini braucht, ist Geld. Es wird durchaus nicht leicht sein, ihm das zu beschaffen. Dass die Regierung die langwierige Unannehmlichkeit, einen Anleiheantrag im Unterhaus durchzubringen, auf sich nehmen wird, ist sehr unwahrscheinlich. Darum hat es den Anschein, dass der Ministerpräsident sich etwas überstürzt in sehr unfruchtbare Verhandlungen eingelassen hat. Wenn Mussolini willens ist, sich von Hitler zu trennen, sich an die Seite Frankreichs und Grossbritanniens zu stellen und an der Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit mitzuarbeiten, wird ein unbezweifelbarer Gewinn zu verzeichnen sein. Aber was für Aussichten bestehen darauf? Wir werden nicht lange zu warten haben, bis wir es wissen.

Unterdessen erregt die Ausdauer und Unerschütterlichkeit der demokratischen Kräfte in Europa Bewunderung. Der hohe Mut der französischen Nation zeigte sich in der grossen Kammerdebatte. Es ist überaus unwahrscheinlich, dass M. Delbos so zuversichtlich gesprochen hätte, wenn ihm nicht sehr ansehnliche Versicherungen von der britischen Regierung zuteil geworden wären. Der neue britische Aussenminister, Lord Halifax, darf nicht als frommer Anbeter des „Friedens um jeden Preis" abgetan werden. Bisher hat er im Kabinett als vager, ehrlicher Befürworter einer Befreundung mit jedermann einen ungebührlichen Einfluss ausgeübt. Nun, da er in ein grosses Amt eingespannt ist, wird er mit den ernsten Pflichten konfrontiert werden, die sich aus dem Ablauf der Ereignisse ergeben, und ich für meine Person will nicht annehmen, dass er ihrer unwürdig befunden werden wird.

Auch sonst hat sich in diesen an Geschehnissen überreichen zwei Wochen an mehreren Stellen die immanente Kraft der Sache der Freiheit in Europa gezeigt. Die brutale Behandlung Herrn Schuschniggs in Berchtesgaden, wo die grässlichsten Drohungen geäussert wurden, führt in ihrem zweiten Stadium zu einer überaus starken nationalen Sammlung in ganz Österreich. Die Einigung der Sozialisten mit den Katholiken gibt der Wiener Regierung eine breite

H1668-0246

Grundlage, die sie vorher nie besessen hatte. Wahrscheinlich hat sie nun zwei Drittel der Bevölkerung Österreichs zur Verteidigung der Unabhängigkeit hinter sich. Jetzt könnte sie wahrscheinlich einer unter gerechten Voraussetzungen durchgeführten Volksabstimmung furchtlos entgegensehen. Aber niemand kann wissen, zu was für Reaktionen es in Nazideutschland kommen wird oder welche furchtbaren vernichtenden Schläge über dem Haupt eines kleinen unglücklichen Staates schweben.

Auch die Tschechoslovakei hat zu verstehen gegeben, dass sie für ihre Unabhängigkeit kämpfen wird. Man unterschätzt die Stärke dieser mannhaften Gemeinschaft. Zweifellos könnten sie von preussischen Stiefeln niedergetrampelt werden, aber leicht wäre das nicht. Ihre neuen Befestigungen sind furchteinflössend. Ihre vierundzwanzig Divisionen umfassende Armee ist loyal, kriegstüchtig und gut ausgerüstet. Die Kapazität der Tschechoslovakei für Stahlverbrauch, ein Index des Kriegspotentials, ist der Italiens gleich. Die Tschechoslovakei geniesst auch den Schutz ihrer Bündnisse mit Russland und Frankreich. Es war sicherlich eine grosse Stunde für die französische Republik, als die Kammer vor einigen Tagen in überwältigender Mehrheit ihren Beschluss bekannt gab, zu dem Bündnis mit der Tschechoslovakei zu stehen. Da Deutschland noch keineswegs in der Lage ist, sich auf einen grossen Krieg einzulassen, in welchem es der Angreifer wäre, kann eine solche feierliche Erklärung viel zur Erhaltung des Friedens in Europa auf einige Zeit hinaus beitragen. Das sind solide Tatsachen, und wenn ihre Schlagkraft nicht durch eine kurzsichtige Handlung Grossbritanniens beeinträchtigt wird, kann vielleicht eine weitere Atempause gewonnen werden, während die verspätete, aber wuchtige Aufrüstung Grossbritanniens fortschreitet.

ANMERKUNG

Am 13. März erklärte Herr Hitler, nachdem er unter dem fassungslosen Staunen Europas seine Armeen auf Österreich los-

H1668-0247

gelassen hatte, den Bundesstaat Oesterreich für aufgelöst und dem Deutschen Reich angegliedert. Frankreich und Russland erneuerten ihre Versprechungen, der Tschechoslovakei im Falle eines deutschen Angriffes zu Hilfe zu kommen. Feldmarschall Göring versicherte der tschechoslovakischen Regierung „auf Soldatenehre", Deutschland sei fest entschlossen, die territoriale Unverletzlichkeit der Tschechoslovakei zu respektieren. Lord Halifax gab bekannt, dass Grossbritannien von dieser Versicherung formal Kenntnis genommen habe.

H1668-0248

DIE ÖSTERREICHISCHE KATASTROPHE

18. März 1938

Die Eroberung und Unterjochung Österreichs durch die Nazis hat in Grossbritannien einen tieferen und stärkeren Eindruck gemacht als alles andere, was seit dem Weltkrieg geschehen ist. Vielen, vor allem hochgestellten Persönlichkeiten, sind die Schuppen von den Augen gefallen. Ein neuer Geist regt sich in der ganzen Nation. Es ist nicht eine nervöse, oberflächliche Erregungsstimmung, sondern die ganz allgemeine nüchterne und feste Überzeugung, erstens dass der Ausbau der britischen Verteidigungsmassnahmen mit neuer, intensivierter Energie vorwärtsgetrieben, und zweitens dass unser Land zusammen mit der französischen Republik das Seinige zu einer gemeinsamen Anstrengung beitragen muss, einen europäischen Krieg zu verhüten. Es wird jetzt allgemein eingesehen, dass dies nur mit Stärke und nicht mit Schwäche erreicht werden kann, mit Festigkeit und nicht mit Nachgiebigkeit. Dadurch, dass einflussreiche Kreise missverstanden haben, was in Deutschland geplant wird, sind kostbare Vorteile und viel Zeit verloren worden.

Aber wenn jetzt auf der Basis energischer Aufrüstung eine gemeinsame diplomatische Aktion unternommen wird, müsste es möglich sein, eine ganze Reihe von Abschreckungsmassnahmen gegen künftige Angriffshandlungen vorzubereiten. Diese Abschreckungsmassnahmen müssen dann auf der Grundlage der Völkerbundsatzung ausgerichtet werden und sie müssen in strengster Übereinstimmung mit den Prinzipien und Idealen des Völkerbundes stehen. Es muss klargemacht werden, dass jede Mächtekombination, die jeweils bereit ist, als Spezialbevollmächtigte des Völker-

H1668-0249

bundes zu handeln, so weit gehen wird, wie es notwendig ist, um von weiteren unprovozierten Aggressionen abzuschrecken oder, wenn dies misslingt, Widerstand dagegen zu leisten. In einer solchen Politik hätten Mr. Chamberlain und seine Regierung die einige Unterstützung aller Parteien in Grossbritannien hinter sich, und indem sie auf der Grundlage des Völkerbundpaktes handeln, könnten sie voll Zuversicht mit der umfangreichsten Mitarbeit der Dominions rechnen, auf deren Einzelentscheidungen das Mutterland selbstverständlich keinen Einfluss hat. Die dringende Notwendigkeit des Vorgehens ergibt sich aus der Tatsache, dass die Hoffnung darauf, den Frieden durch gemeinsames Handeln zu schaffen, 1938 grösser ist, als sie 1939 wäre, und weitaus grösser als 1940. Eine Fortsetzung des Zauderns von Monat zu Monat, während der Verfall der europäischen Moral unablässig fortschreitet, würde wohl nur heissen, den Krieg zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Gewissheit zu machen. [1])

Viele ausgezeichnete Autoritäten glauben, das deutsche Heer sei noch nicht in einer Verfassung, die ihm einen grossen Angriffskrieg zu Lande gestatten würde. Auch seine Vorräte an Rohmaterialien und die Beschaffenheit seiner Offizierskader sind nicht vervollkommnet genug, um im Lauf dieses Jahres zur übereilten Herausforderung einer Gruppe gut gerüsteter Staaten mit Grossbritannien und Frankreich im Kern zu ermuntern. Natürlich kann niemand mit Sicherheit Voraussagen äussern, aber auf jeden Fall muss den Tatsachen, die die besten Hoffnungen auf den Frieden oder, im schlimmeren Fall, auf die nationale Selbsterhaltung gewähren, entschlossen ins Auge gesehen werden.

Der erste Schritt besteht darin, ausfindig zu machen,

---

[1]) Diese Politik eines Friedensblocks von Nationen, die verpflichtet und dazu organisiert sind, weiteren nationalsozialistischen Angriffshandlungen Widerstand zu leisten, wurde ein Jahr später, im März 1939, von Mr. Chamberlain akzeptiert, nachdem die Nazis Prag besetzt, die tschechoslovakischen Armeen zerstreut und ihre Munitionsdepots erbeutet hatten.

H1668-0250

welche von den kleineren Mächten in Europa bereit wären, sich mit Grossbritannien und Frankreich unter der Völkerbundsatzung für ein spezielles Vorgehen, nötigenfalls einschliesslich bewaffneten Widerstandes, zusammenzutun. Wenn sich keiner dieser Staaten, und sei er noch so sehr bedroht, bereit findet, mit den beiden westlichen Demokratien zusammenzugehen, dann ist die Naziherrschaft über den grössten Teil Europas in nicht ferner Zeit unvermeidlich. Allein können Grossbritannien und Frankreich nicht Europa retten und den Krieg abwenden. Wenn die grössere Hoffnung infolge der Schwäche bei den kleineren Staaten in sich zusammenbricht, bleibt Frankreich und Grossbritannien nur das Programm gegenseitiger Verteidigung offen. Mit dem Rücken zum Meer, das sie beherrschen, werden sie schwer bewaffnete Zuschauer der furchtbaren Ereignisse und grenzenlosen Tyrannei sein, welche alle Länder von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und nachher auch Holland, Belgien und die skandinavischen Staaten umfassen wird. Es ist nicht notwendig, an diese traurige Alternative zu denken, solange die Hoffnung, auf der Grundlage überlegener Stärke dauerhafte Beziehungen zu Deutschland herzustellen, nicht endgültig aufgegeben worden ist. Warum sollte diese Hoffnung nicht verwirklicht werden? Es ist die Pflicht jedes freien Landes, welches den Frieden und die Herrschaft der Gesetze wünscht, sein Äusserstes zur Rettung der Menschheit vor der unablässig heranrückenden Katastrophe beizutragen.

Die Gedanken Grossbritanniens und Frankreichs richten sich jetzt insbesondere auf die Tschechoslovakei. Die französische Republik hat bekanntgegeben, dass sie entschlossen ist, ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslovakei im Falle, dass sie das Opfer einer unprovozierten Angriffshandlung wird, nachzukommen. Darauf muss bald eine weitere Erklärung über die Absichten der britischen Regierung in einem solchen Falle abgegeben werden. Es muss alles getan werden, um es Nazideutschland leicht zu machen, in nachbarlichen Beziehungen zur

H1668-0251

Tschechoslovakei zu leben. Dr. Beneš und seine Regierung sind es sich schuldig, die Welt davon zu überzeugen, dass der deutschen Minderheit in ihrem Land jede gute Behandlung und bürgerliche Gleichberechtigung zuteil wird, die nicht mit der Sicherheit und Integrität des Landes unvereinbar ist. Der richtige Ort für die Lösung einer derartigen Frage ist offenbar Genf. Schon der Umstand allein, dass ein solcher Prozess in Genf vor sich ginge, wäre segensreich, insbesondere wenn er zeitlich mit der Versammlung der Mächte zusammenfiele, die spezielle Verpflichtungen zum Widerstand gegen Aggressionen auf sich nehmen. Auch muss klargemacht werden, dass das Bestreben dahin geht, nicht Deutschland, sondern lediglich einen Aggressor einzukreisen. Wenn Deutschland nicht wieder der Angreifer wird, hätte es selbst ein Anrecht auf den vollsten Beistand der alliierten Mächte im Falle, dass es zum Gegenstand eines Angriffs würde. Daher liegt nichts Gehässiges oder Aufreizendes in einem solchen Vorgehen.

Aber die Eroberung Österreichs kann man nicht auf sich beruhen lassen. Ich wies am Montag im Unterhaus darauf hin, dass alle Strassen, Eisenbahnen und Flüsse, auf die die Staaten der kleinen Entente für ihren militärischen Zusammenhalt und alle Länder Mittel- und Südosteuropas für ihr Wirtschaftsleben angewiesen sind, in Händen der Naziherrschaft in Wien sind. Wien, die alte Hauptstadt eines einst mächtigen Reiches, ist das Nervenzentrum des Handels und der Verkehrswege aller Länder des Donaubeckens und noch einiger anderer. Die Berliner Regierung hätte die Möglichkeit, ohne auch nur einen einzigen Schuss abzugeben, den Handel der Tschechoslovakei und Jugoslaviens zu lähmen und diese Länder in nicht wieder gutzumachender Weise voneinander zu trennen, indem sie einfach Missbrauch mit den Abgaben und Tarifen für den Verkehr auf der Donau und den österreichischen Eisenbahnen treibt. Die Tschechoslovakei könnte also zu einer unfreiwilligen Unterwerfung gezwungen werden. Dies sollte der Gegenstand einer baldigen Diskussion sein, bevor noch eine Frage

H1668-0252

nach der Anerkennung des Schicksals Österreichs auftauchen kann. Auch hier scheint Genf, abgesehen von anderen Möglichkeiten, das Zentrum zu sein, über welches Grossbritannien und Frankreich ihren Einfluss geltend machen sollten.

Zwei wesentliche Erfordernisse zeichnen sich klar ab. Erstens wirksame Garantien für den Schutz von Minderheiten, und zweitens eine vernünftige Verfügungsfreiheit über österreichische Transitverbindungen zu Handelszwecken. Diese beiden Fragen sind von lebenswichtiger Bedeutung für die Staaten der Kleinen Entente und von kaum geringerer Wichtigkeit für Ungarn, Bulgarien, Griechenland und die Türkei. Das Heil dieser Länder und ihre Zukunft steht auf dem Spiel, und diese Probleme können ihnen die Grundlage für ein unmittelbares gemeinsames Vorgehen liefern. Wenn die Politik, die ich umrissen habe, akzeptiert werden und zum Erfolg führen sollte, könnte die „österreichische Katastrophe" noch zum Mittel gemacht werden, Europa und die Welt vor einem Elend zu erretten, das alle Träume von der Hölle noch hinter sich lässt.

H1668-0253

ROTER SONNENUNTERGANG IN SPANIEN

5. April 1938

Ein weiterer Akt der spanischen Tragödie nähert sich seinem Ende. Der Vormarsch von drei in breiter Front angreifenden Korps General Francos und die zunehmende Demoralisierung der republikanischen Truppen müssen, wenn es nicht zum Wunder einer Erholung kommt, entscheidend sein. Unter der vernichtenden Wucht der deutschen und italienischen Artillerie und Fliegerei bricht jeder Widerstand zusammen, und die Regierungen Barcelonas und Madrids werden bald von der Zufuhr aus Frankreich und über das Meer abgeschnitten sein. In Anbetracht ihres Mangels an Kriegsvorräten aller Art und ihrer unerhörten Schwierigkeiten in der Ernährung der Bevölkerung täten die republikanischen Führer gut daran, um die besten Bedingungen zu verhandeln, solange noch Zeit bleibt und solange sie noch eine gewisse Widerstandskraft haben. Sie sollten unverzüglich die Vermittlung Grossbritanniens oder Frankreichs oder beider anrufen, auf diese Art ein sinnloses Morden auf dem Schlachtfeld verhüten und eine Milderung der Härten ermöglichen, welche, wie zu befürchten steht, der Unterwerfung der einen Hälfte Spaniens durch die andere folgen werden.

Hilfe kann von keiner Seite erwartet werden. Die antinazistischen Kräfte in ganz Europa sind so eingeschüchtert und desorganisiert, dass sie nur ihr Haupt in trauriger Ergebung beugen können. Die Höhe, zu der die Diktaturmächte aufgestiegen sind, ist an den beiden italienischen Communiqués zu ermessen, welche gleichzeitig bekanntgegeben wurden. Das erste machte Frankreich in schneidenden Ausdrücken auf die Gefahren aufmerksam, die es bei einer

H1668-0254

Intervention in Spanien laufen würde, und belehrte es über die Verantwortung, welche es für die Verhütung eines europäischen Krieges trage. Das zweite war eine Aufzählung von nahezu zweitausend Verwundeten und Toten bei den italienischen Divisionen, die an der jetzigen Offensive General Francos teilnehmen. Und ausserdem weiss jedermann, dass es die deutsche Artillerie und Fliegerei war, welche diese Phase des Kampfes entschieden hat. Die Diktaturmächte können also alles tun; die anderen nichts. In diesem Augenblick sind die Diktatoren die Gesetzgeber in Europa, und ihre Verordnungen werden von den parlamentarischen Demokratien pflichttreu hingenommen.

Die britischen Sympathien sind zwischen den Nationalisten und den Republikanern Spaniens geteilt. Starke Elemente in der konservativen Partei betrachten die Sache Francos als ihre eigene. Alle Parteien der „Linken" fühlen sich durch ihren Triumph beschimpft. Aber nur eine kleine Minderheit hätte darauf gedrungen, dass Grossbritannien aktiv interveniere, und die Teilung ist in der Tat so tiefgehend und ausgeglichen, dass ein konsequentes Vorgehen zu keiner Zeit möglich gewesen wäre. Wir können für uns nicht mehr in Anspruch nehmen, als dass wir durch diese grauenhaften Episoden mit sauberen Händen gegangen sind, dass wir beiden Seiten mit Werken der Barmherzigkeit geholfen, und dass wir unsere Erklärungen sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach getreulich erfüllt haben. Was das dauernde Gefühl hinterlässt, es sei Unrecht getan und betrogen worden, ist die gewaltsame Einmischung der deutschen und der italienischen Regierung unter voller Verachtung aller Reste von internationaler Treue und Ehre.

Aber blicken wir, über das seinem Ende entgegengehende Grauen hinweg, auf das Bild, das General Franco und ganz Europa am Morgen seines Sieges erwartet. Durch ausländische Hilfe, vor allem durch ausländische Hilfe, wird er Sieger sein. Seine geschlagenen Landsleute werden ihm zu Füssen liegen. Zwischen den beiden Spanien fliesst ein breiter und tiefer Blutstrom. Seine Arme und seine Rinnsale

H1668-0255

führen durch alle Provinzen, fast durch alle Dörfer dieser verwüsteten, steinigen Halbinsel. Zum grössten Teil ist es nicht sauberes, in ehrlichem Kampf vergossenes Blut. Morde und Hinrichtungen, die nach Zehntausenden zählen, haben ihren Fluch und Rachedurst hinterlassen. Was die Spanier in ihren trostlosen Heimstätten vor sich haben, ist eine lange Periode eiserner Unterdrückung und schmerzender Armut. Nur ein sehr grosser Staatsmann, der über die Leidenschaften der Stunde erhaben und mit Ehrfurcht einflössender unabhängiger Autorität ausgerüstet wäre, könnte unter diesen Umständen einen Wiederaufbau zustandebringen. Verfügt General Franco über diese Vorteile?

Es mag wahr sein, dass die schwärzesten Greuel, wie die Bombardierung Guernicas und Barcelonas, mit der unterschiedslosen Abschlachtung von Frauen und Kindern in Massen das Werk seiner Verbündeten waren. Die Deutschen insbesondere waren erpicht darauf, mit der Luftwaffe zu experimentieren und mit professioneller Wissbegier festzustellen, welche Art von Bomben sich am besten zur Zerstörung grosser Städte oder zur Marterung von Zivilbevölkerungen eignet. Solche Verbündete sind nicht leicht in der Hand zu behalten. Dennoch ruht auf Francos Schultern die formale Verantwortung. Aber besitzt er eine unabhängige Autorität? Es ist zweifellos richtig, dass auf einen völligen Sieg der spanischen Regierung ein zweiter wilder innerer Kampf zwischen den gemässigten Elementen in ihren Reihen mit den Kommunisten und Anarchisten gefolgt wäre, und darauf wieder ein weiterer Hader zwischen den Kommunisten und Anarchisten selbst. Aber auch Franco lebt von Kräften, die sehr zerrissen sind. Die Selbsterhaltung hat sie geeint. Der Sieg wird ihre unterdrückten Zwistigkeiten an den Tag bringen. Zwischen den Phalangisten, den Requetes und den anderen Vertretern des alten Spanien herrscht eine heisse, wilde Rivalität und eine völlige Verschiedenheit der Standpunkte. Das ist das Schisma, unter dessen Einfluss die neue Phase stehen wird. Auch hier könnte man den Kampf um die Macht unter den Siegern ruhig sich selbst bis zu

H1668-0256

seinem Ende überlassen, beschränkte er sich nur auf Spanier.

Aber welche Rolle werden die ausländischen Eindringlinge spielen? Wenn nur Zeit genug wäre, könnte man sich darauf verlassen, dass es zu einer Sammlung der Spanier aller Schichten — der Sieger und der Geschlagenen — gegen sie käme. Eine leidenschaftliche Xenophobie könnte alle Parteien und beide Seiten unter dem Schlachtruf „Spanien den Spaniern" vereinigen. Aber zu einer solchen Entwicklung würde Zeit gehören, und unterdessen wird viel geschehen. Werden die Italiener gehen? Zweifellos sind sie bei denen, denen sie helfen, schon unbeliebt. Signor Mussolini ist verschwenderisch mit seinen Versicherungen an die Britische Regierung, dass er seine Truppen zurückziehen werde und dass Italien keine Einflussnahme auf das territoriale, wirtschaftliche oder politische Leben Spaniens plane. Mag sein, dass die englisch-italienischen Verhandlungen diese Frucht zeitigen.

Was ist jedoch mit den Deutschen? Sie haben nicht an der Front gekämpft, aber ihr überaus sachverständiger technischer Beistand hat alle Teile des nationalistischen Systems und der nationalistischen Verwaltung durchdrungen. Sie haben sehr grosse und kriegstüchtige Luftstreitkräfte in Spanien. Ihre Flugplätze liegen in bequemer Reichweite von den Rüstungsanlagen in Südfrankreich. Sie können jeden Augenblick die grosse Stadt Toulouse so behandeln, wie sie Barcelona behandelt haben. Sie werden von Berlin in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Plan der Naziexpansion und natürlich mit Rücksicht auf jeden bevorstehenden Krieg dirigiert werden. Es wäre nur natürlich für sie, wenn sie versuchten, General Franco und die Streitkräfte, über die er verfügt, zur Einführung des Nazisystems mit allen seinen charakteristischen Einzelheiten zu zwingen, und ihre Werkzeuge dabei werden die Phalangisten sein. Selbst wenn Franco ein barmherzigeres und weniger hartes Vorgehen und ein seinem Charakter nach spanisches System wünschte, mag es sehr wohl sein, dass diese furchtbaren, tüchtigen In-

H1668-0257

terventionisten, welche die Phalangistenbewegung fördern und leiten, sich als zu stark für ihn erweisen. Ein gründlich nazisiertes Spanien, welches seinen deutschen Kern behielte, wäre eine Quelle tiefster Beunruhigung sowohl für Frankreich wie für Grossbritannien. Auf jeden Fall scheint dies ein Problem zu sein, das sich diese beiden Länder angelegen sein lassen sollten, wenn anders sie überhaupt noch Handlungsfreiheit haben.

H1668-0258

DIE NEUE FRANZÖSISCHE REGIERUNG

14. April 1938

Wenn Frankreich zusammenbräche, würde alles zusammenbrechen, und die Naziherrschaft über Europa, und damit möglicherweise über einen grossen Teil der Welt, würde unvermeidlich erscheinen. Darum haben alle Länder — insbesondere die befreundeten, ob gross oder klein — die lang dauernde Stockung in den parlamentarischen Geschäften Frankreichs mit angespannter und einigermassen besorgter Aufmerksamkeit verfolgt. Eine Lückenbüsserregierung folgte auf die andere. Die vielen interessanten Persönlichkeiten, welche daran beteiligt waren, die komplizierte Kriegsführung der verschiedenen Gruppen und Parteien und das lebhafte, ja hektische Kollektivleben der Kammer liefern alle Elemente eines überaus spannenden politischen Spiels — wenn es nur die Zeit wäre, eines zu spielen. Die Deputierten und die Kammer haben sich, wie alle Welt sehen kann, ausgezeichnet unterhalten. Ununterbrochen heben sie Regierungen in den Sattel und aus dem Sattel. Dreissig bis vierzig hervorragende und erstaunlich fähige Männer werden abwechselnd Ministerpräsident, Aussenminister, Finanzminister usw. Sie machen viel amüsantere Zeiten durch als ihre entsprechenden Kollegen in Grossbritannien oder den Vereinigten Staaten.

Wenn in diesen beiden englisch sprechenden Demokratien ein Mann am Ruder ist, ist er am Ruder; und wenn er erledigt ist, ist er für lange Zeit erledigt. Aber die routinierten Teilnehmer an diesem französischen „Verwechsel-das-Bäumchen"-Spiel beanspruchen mit ihren Launen und Vorurteilen, ihren Stimmungen und Airs, ihren persönlichen Egoismen oder Parteisüchten einen völlig ungebührlichen

Platz im Leben Frankreichs und damit im Leben der freien Demokratien. Was für grossartige Haltungen sie einnehmen können — und wie oft! Wie sie stolzieren und posieren! Hier ist ein guter Mann, der imstande ist, die notwendigen Direktiven zu geben, aber bewegt er sich auch nur einen Zoll nach dieser Seite, so verliert er die Linke, und macht er einen Schritt in jener Richtung, ist er die Rechte los. Man mische die Karten von neuem, man schüttle das Kaleidoskop, man stelle eine andere überaus tüchtige Persönlichkeit auf die Bühne und gebe ihr eine Chance! Staatsminister kommen und gehen in ihren Departements, wie Wochenendgäste in Le Touquet. Der erfahrene, abgebrühte Kabinettchef hat kaum Zeit, ihre Bekanntschaft zu machen, die üblichen Komplimente und Glückwünsche zu äussern, die einem neu installierten Minister zukommen, bevor der überaus tüchtige Besucher sich verabschiedet hat und ein anderer ebenso fähiger Nachfolger an die Tür klopft.

In England haben wir nur alle heiligen Zeiten eine Kabinettskrise, und wenn so etwas passiert, ist es sehr ernst und aufregend. Die Konsequenzen machen sich jahrelang fühlbar. Aber in Paris ist das Kabinettmachen ein ewiger Sport. Die Frage, welche sich jetzt ergeben hat, ist, ob das „gegen Tyrannen aufgestandene" französische Volk in der Lage ist, sich einen Sport dieser Art so oft zu leisten. Schliesslich kann man zu viel des Guten haben. Ein Spass ist ein Spass, aber mit der Wiederholung wird er schal. Ich habe eine Generation lang die Ansicht vertreten, dass das Geschick Grossbritanniens in vielen lebenswichtigen Dingen mit dem Frankreichs verbunden ist. Zum ersten Mal seit dem Krieg habe ich in der öffentlichen Meinung Englands und in den Erklärungen der Regierung Seiner Majestät einen wirklichen Fortschritt in Richtung auf ein enges, kräftiges Defensivbündnis mit der französischen Republik konstatiert. Kein Engländer wird es sich anmassen, ausgesprochene Sympathien oder Antipathien für den jeweiligen Minister oder für die Parteigruppierungen zu bekunden, auf die sich die französische Regierung stützt. Aber Mr. Cham-

H1668-0259

berlain sagte vor wenigen Tagen, dass wir kämpfen würden, um Frankreich und Belgien zu verteidigen. Darum haben wir natürlich die Empfindung, dass wir wissen sollten, wer die Männer sind, mit denen wir es zu tun haben, und ob es wahrscheinlich ist, dass sie einige Zeit lang in ihren gegenwärtigen Ämtern bleiben. Mir scheint dies ein vernünftiges Begehren zu sein.

Ob den Franzosen wohl klar ist, wie scharf und hartnäckig die deutschfreundliche Propaganda auf unserer Insel ist? Ihr stärkstes Argument, das immer wiederholt wird, besagt, dass Frankreich am Rande des Zusammenbruchs sei. Es wird so geschildert, als stünde es dicht davor, in derselben blutigen Kloake unterzugehen wie Spanien. Die ganze „Heil Hitler"-Brigade in der Londoner Gesellschaft beutet aus, was sie „die parlamentarische Impotenz der französischen Demokratie" zu nennen beliebt, und weidet sich daran. So wird das amüsante Spiel, an welchem die französischen Politiker ihre Freude haben, als tödliche Waffe zu ihrer Schädigung — und zu unserer gemeinsamen Gefährdung — benützt. Sicherlich sollte eine Bemühung gemacht werden, das abzustellen.

Und damit kommen wir auf die Ereignisse der Stunde. Sie sind wichtig. In M. Daladier ist ein sehr fähiger und ehrlicher Mann gewählt worden. Fast zwei Jahre lang hat man ihn mit dem französischen Heer und der Verteidigung Frankreichs identifiziert. Er verfügt weder über den beschworenen Gehorsam der Rechten noch über den der Linken; aber er hat ein kleines inneres Kabinett gebildet, welches von der stets durcheinander schwirrenden Kammer fast einstimmig willkommen geheissen wurde; und er bittet um die Ermächtigung, sie auf kurze Ferien zu schicken, während er und diese kleine Gruppe das Land regieren. Die französischen Finanzen sind in grosser Unordnung. Ein hässliches Gezänk über Geld ist im Gange. Die städtische Arbeiterklasse, voll bitteren, nur natürlichen Kummers über die Massakrierung der spanischen Republik durch nazistische und faschistische Intervention und im übrigen verärgert

H1668-0260

durch die Preissteigerung, ergeht sich in einer Streikepidemie. Am Dienstag sollen 150.000 Mann die Arbeit niedergelegt haben. Ein Teil blieb schmollend zu Hause; ein anderer besetzte die Fabriken. Die Herstellung von Kriegsgerät, insbesondere von Flugzeugmotoren, die verspätetste und notwendigste von allen, wurde für den Augenblick unterbrochen.

Die gutgemeinte Vierzigstundenwoche hat zu einer Leistungsunfähigkeit und Verzögerung geführt, welche in peinlichem Kontrast zu der ungeheuren, unbarmherzig weitergetriebenen Versorgung Deutschlands mit Kriegsmaterial stehen. Eine Konkurrenz würde unter solchen Umständen bei weitem nicht ausreichen. Man kann das furchtbare Urteil aussprechen: „Du bist gewogen und zu leicht befunden." Wenn die Naziherrschaft sich nicht über ganz Europa ausbreiten soll, muss diesen oberflächlichen und dennoch so schädlichen und krankhaften Disharmonien schleunigst ein Ende gesetzt werden. Das gute Einvernehmen, das man jetzt erreicht hat, ist doppelt willkommen. Wer mit Frankreich vertraut ist oder längere Zeit mit französischen Staatsmännern und Generälen zusammengearbeitet hat, erkennt die ungeheure latente Stärke Frankreichs. Er sieht, was sich dem oberflächlichen Beobachter nicht zeigt. Er sieht das französische Heer ununterbrochen auf dem Quivive. Ein Teil von ihm hält die Wälle rings um das Land besetzt. Der Rest stellt die am vollkommensten ausgebildete und loyalste mobile Streitmacht Europas dar. Das französische Heer ist für Frankreich, was für Grossbritannien die Monarchie ist. Es steht über allen Parteien. Es dient allen Parteien. Es wird von allen Parteien geliebt. Sich niemals in die Politik einmischend, obgleich durchaus nicht in Unwissenheit über sie, erfüllen die Offiziere und Mannschaften des französischen Heeres ihre Berufspflichten und halten ihre Wache an den Grenzen des Landes. Hinter ihnen steht die Millionen von Familien zählende, fest in dem Boden, den sie besitzt, verwurzelte Bauernschaft. Dahinter kommt die in steter Bewegung befindliche Intellektualität,

H1668-0261

welche die lebenswichtigen Ideen in solcher Vollkommenheit repräsentiert und mit solcher Zungenfertigkeit ausdrückt. Dann ist noch die Begeisterung in der Seele eines Volkes da, das sich in besonderem Masse, und in diesem speziellen Augenblick mit noch grösserer Intensität, als Treuhänder der Freiheit in ganz Europa fühlt.

Wir in Grossbritannien wünschen der Regierung Daladier allen Erfolg und wir hoffen, sie werde lange genug bleiben, um die Schaffung einer festen Grundlage zu ermöglichen, auf welcher die für die gemeinsame Sicherheit notwendigen Arrangements getroffen werden können. M. Daladier hat bei der Bildung seines Ministeriums Enttäuschungen erlitten. Er hat Notwendigkeiten, denen eine viel breitere Basis zukäme, in einer sehr schmalen Front Ausdruck geben müssen. Aber er hat eine wichtige politische Kraft in Reserve. M. Blum wird die Sache der europäischen Freiheit nicht im Stich lassen. Sein Einfluss bei der sozialistischen Partei ist beherrschend. Er wird fraglos loyale Hilfe gewähren.

H1668-0262

DIE MÄNGEL IN DER FLUGZEUGPRODUKTION GROSSBRITANNIENS

28. April 1938

Im letzten Monat hat die öffentliche Meinung Grossbritanniens über den Fortschritt der Aufrüstung und insbesondere der Luftrüstung eine sehr entschiedene Wandlung durchgemacht. Bis vor wenigen Wochen gab sich, mit Ausnahme besonders informierter Kreise, alles bequem und leichtherzig der Überzeugung hin, der ganze Prozess der Ausrüstung von Luftstreitmacht und Heer gehe rasch weiter, zweifellos unter grossen Kosten, aber auch mit grosser Geschwindigkeit. Die Regierung, so dachte man, habe vielleicht spät angefangen, aber sie tue ihr Bestes — mehr sei von niemand zu verlangen — und die Kapazität und Elastizität der britischen Industrie werde bald unvergleichliche Resultate ergeben. Wer zwei, drei und vier Jahre vorher gewarnt hatte, galt als lächerlich gemacht, weil kein grosser Krieg in Europa ausgebrochen und dem Britischen Reich nichts Greifbares zugestossen war. Selbst Leute, die es hätten besser wissen sollen, gaben sich dem bequemen Glauben hin, alle Sorgen im Ausland würden sich „in Dunst auflösen", und wir würden bei uns daheim bald in einer starken Position sein.

Diese gemächliche und selbstgefällige Stimmung hat auf die eine oder andere Weise plötzlich von innen einen Stoss erhalten. Es ist nicht leicht, genau festzustellen oder zu beschreiben, was diesen Stoss verursacht hat. Selbstverständlich gehen Gerüchte um, es sei über die Einzelheiten der Verstärkung der Luftwaffe zu Streitigkeiten zwischen Ministern gekommen. All dies ist reine Vermutung, denn die Geheimnisse der Regierung werden zur Zeit bewundernswert

H1668-0263

gut gewahrt. Trotzdem ist das Verhalten vieler, die eine Möglichkeit haben müssten, über die Tatsachen informiert zu sein, auffallend unsicherer geworden. Die Luftwaffe umfasst jetzt eine sehr grosse, einflussreiche und auf ein grosses Gebiet verstreute Bevölkerungsschicht, und die kühne Behauptung, dass alles gut stehe und dass alles „plangemäss" fortschreite, findet, wie sich zeigt, an zahllosen einzelnen Punkten keine Bestätigung. Dann sind die Flugzeugfabrikanten da, eine mächtige, wohlhabende Körperschaft, die durch die Unfähigkeit in den Kontrakt- und Programmdepartements des Luftfahrtministeriums wirklich nur irritiert werden kann. Sie führen Klage darüber, dass zu Beginn des Vergrösserungsplanes keine grossangelegte Disposition für die britische Flugzeugindustrie getroffen wurde; dass Aufträge stückweise, in kleinen Paketen, gegeben wurden und werden; dass sie nie in der Lage waren, ihre Werke für eine Massenproduktion vorzubereiten; dass Pläne wiederholt umgeändert werden, was die Produktion verzögert, und dass es sehr oft zu einer gewaltigen Lücke zwischen der Ausführung eines Vertrags und der Zuweisung eines zweiten kommt.

Alle diese Meinungsflüsschen haben sich im Parlament vereinigt. Das Unterhaus, bisher so bereit, sich zufrieden zu zeigen, wo immer es sich um eine Regierungsaktion handelt, und so wenig bereit, einer Erklärung, die nicht von der Bank des Schatzkanzlers kam, Glauben zu schenken, wurde schon einigermassen beunruhigt durch die Anhäufung von Tatsachen und Beweismaterial, noch ehe ein neues Licht auf das ganze Bild geworfen wurde. Dieses neue Licht kam von dem Entschluss der Regierung, grundsätzlich wichtige Flugzeugankäufe in den Vereinigten Staaten zu machen und grosse Flugzeugfabriken in Kanada zu errichten. Ein solcher Beschluss von Seiten der Regierung ist durchaus bewundernswert und muss von allen, welche die sich zusammenziehenden Gefahren abgewendet sehen wollen, auf das kräftigste unterstützt werden. Selbstverständlich empört er viele der Flugzeugfirmen, und es existiert ein

H1668-0264

natürliches Vorurteil dagegen, dass für Maschinen, welche wir ganz bequem in fast unbegrenzter Anzahl hätten daheim bauen können, Geld aus dem Lande geht.

Die Verärgerung nimmt zu, wenn man von vielen Seiten Versicherungen hört, dass die vorhandene Kapazität nicht voll oder nicht in vorteilhaftester Weise ausgenutzt werde. Wir hören von wichtigen Flugzeugfirmen, die nur bis zu zwei Dritteln ihrer möglichen Kapazität arbeiten, und von gelernten Arbeitern, die an vielen Stellen in ansehnlicher Anzahl abgelohnt werden. Warum also, so wird gefragt, sollen wir so viele Millionen über den Ozean schicken, wenn eine gute Leitung und starke Hände alles, was gebraucht wird, in raschem Tempo daheim erzeugen könnten? An der Fähigkeit der britischen Industrie zu einer grossen Produktion an Kriegsflugzeugen ist nicht zu zweifeln. Zu Ende des Weltkrieges lieferte das Rüstungsministerium Apparate in einem Tempo von 2000 monatlich oder 24.000 jährlich. Die Pläne für den — glücklicherweise nicht zustandegekommenen — Feldzug des Jahres 1919 sahen eine dieser kolossalen Summe gegenüber verdoppelte Produktion vor. Mit einem Bürotisch, einem leeren Feld und genügend Geld und Arbeitskräften müsste es möglich sein, vom achtzehnten Monat an Flugzeuge in ununterbrochener Fülle zu produzieren. Wir haben jetzt den dreiunddreissigsten Monat, seitdem die Regierung Baldwin beschlossen hat, die Königliche Luftflotte zu verdreifachen. Warum ist also diese Fülle nicht da? Das bleibt für alle, die Kriegserfahrung haben, ein Rätsel. Freilich, wir arbeiten jetzt nicht unter Kriegsbedingungen, aber Kriegsbedingungen haben ihre zwei Seiten. Die gesamte Produktion des Rüstungsministeriums in den Jahren 1917 und 1918 wurde bedauerlicherweise, aber ganz und gar zu Recht, durch das wiederholte Abziehen von Männern an die Front und durch den ständigen Übergang von gelernter zu ungelernter Arbeit behindert.

Die Regierung hat, wenngleich sie es nicht für richtig hielt, das Luftfahrtministerium mit Notstandsvollmachten zu versehen, ihm nahezu durch drei Jahre unbeschränkte

H1668-0265

Geldmittel und — unter der Voraussetzung notwendiger Vorrechte — Mannschaften in reichlichstem Ausmass zur Verfügung gestellt. Dennoch holen wir am Ende des dritten Jahres des Vergrösserungplanes, der ohnedies schon mit Verspätung begonnen hat, die deutschen Monatsleistungen nicht ein. Ja, wenn wir den Anspielungen glauben dürfen, die jeden Tag lauter gemacht werden, bleiben wir im Augenblick nicht nur relativ, sondern sogar absolut zurück. Diese Anklagen müssen vom Parlament so bald wie möglich untersucht werden, und es ist sehr zu hoffen, dass es den Abgeordneten nicht an dem Gemeinsinn mangeln wird, der erforderlich ist, wenn die Hand der Regierung bei unter Umständen erforderlichen Massnahmen, und seien sie noch so drastisch, gestärkt werden soll. Auf keinen Fall dürfen Rücksichten auf Parteien oder Personen im Wege dessen stehen, was für unsere eigene Sicherheit und für den Frieden Europas so unerlässlich ist.

Nichts jedoch, was in diesem Stadium in Grossbritannien getan werden kann, darf der Notwendigkeit Abbruch tun, so viele Aufträge wie möglich nach den Vereinigten Staaten und Kanada zu vergeben. Vor fast zwei Jahren mahnte ich die Regierung mit allen Mitteln, die mir zu Gebote standen, sich diese Politik zu eigen zu machen. Es wäre in der Tat nur klug gewesen, schon zu Beginn des Vergrösserungsplans möglichst viele Aufträge jenseits des Atlantik zu placieren. Es war nie zu erwarten, dass wir in Schwierigkeiten geraten würden, wenn wir ein- oder zweitausend moderne Flugzeuge mehr zur Verfügung hätten. Da wir so spät anfingen, hätten wir sofort unsere eigene Industrie bis zur vollen Kapazität erschliessen und gleichzeitig unseren Reichtum dazu benützen sollen, im grössten Ausmass im Ausland einzukaufen. Wie der Mann, dessen Schwiegermutter in Brasilien gestorben war, auf die Frage, wie mit den sterblichen Resten verfahren werden sollte, erwiderte: „Einbalsamieren, verbrennen und begraben. Nur kein Risiko!"

Oberst Moore-Brabazon, der Abgeordnete, der die Ehre hat, das erste Pilotenzertifikat Grossbritanniens zu be-

H1668-0266

sitzen, hat uns alle Argumente für die Schaffung grosser Fabriken in Kanada auseinandergesetzt. Dort steht alles, einschliesslich riesiger Ebenen, für eine rasche, selbständige Produktion der letzten Kriegsflugzeugtypen und auch für die Ausbildung zur Verfügung. Weit ausserhalb der Reichweite feindlicher Angriffe können gewaltige Fabriken errichtet werden, die imstande wären, eine nahezu unbeschränkte Anzahl schwerer Bomber von maximalem Aktionsradius zu liefern. Da Grossbritannien die Herrschaft über die Meere sicherlich beibehalten wird, könnten diese in Fahrzeugen, welche womöglich so zu konstruieren wären, dass sie sie in kampffertiger Ausrüstung verladen können, zu den Flugzeugbasen auf den britischen Inseln verschifft werden. Ja, der Aktionsradius, der jetzt für schwere Bomber möglich geworden ist, könnte solche Apparate sogar in den Stand setzen, zu gewissen Jahreszeiten bei günstigem Wind direkt zu ihren Operationsstandplätzen in England oder vielleicht Irland zu fliegen. Wir müssen in einer solchen Politik eine der besten Sicherungsmassnahmen des Britischen Reiches sehen. Es hätte schon längst getan werden sollen, aber auch jetzt noch sollten grosszügigste Pläne unverzüglich der Verwirklichung zugeführt werden.

Die freundliche Kooperation der Vereinigten Staaten, sowohl bei der Erzeugung von Flugzeugen wie bei der notwendigen Zusammenarbeit mit der kanadischen Industrie, sollte nachgesucht werden. Sie wird in Friedenszeiten uneingeschränkt gewährt werden, solange deutlich zu sehen ist, dass die Politik Grossbritanniens und seiner Verbündeten mit den umfassenden Prinzipien der parlamentarischen Demokratie, der Herrschaft des Rechtes und der Widerstandsleistung gegen Tyrannei und Aggression im Einklang steht. Die Auswirkung dieser Politik auf die freien Länder Europas hat sich bereits beträchtlich verstärkt. Überall ist zu sehen, dass die Vermögensreserven und die Seemacht, deren sich die englisch sprechenden Völker und die in ihren Idealen mit ihnen verbundenen Nationen erfreuen, ein neues, ein entscheidendes, ja ein ausschlag-

H1668-0267

gebendes Gewicht in die Schale der Schicksalswaage werfen, auf welcher die Zukunft der historischen Zivilisation gewogen wird.

H1668-0268

GROSSBRITANNIEN UND ITALIEN

12. Mai 1938

Die schmerzlichen Gefühle, welche durch Mr. Edens Rücktritt und die Umstände, unter denen er erfolgte ausgelöst wurden, dürfen nicht den allgemeinen Problemen Abbruch tun, um die es bei einem Abkommen zwischen Grossbritannien und Italien geht. Der ehemalige Aussenminister selbst war durchaus bereit, mit Italien zu verhandeln. Ja, er führte gerade Gespräche mit den Italienern, als er seines Amtes enthoben wurde. Ausserdem hatte er das „Gentleman's Agreement" vom Januar 1937 abgeschlossen. Dieses Agreement, welches ich befürwortete, gründete sich auf eine gegenseitige Garantierung der Verbindungswege durch das Mittelmeer für beide Mächte. In diesem Zusammenhang machte damals Signor Mussolini die zweckdienliche Unterscheidung zwischen „Vita" und „Via" — *für Italien das Leben, für Grossbritannien die Strasse.*

Die Freiheit des Suez-Kanals für alle Nationen in Friedens- und Kriegszeiten ist seit jeher eine allgemein akzeptierte Forderung. Das Problem italienischer Truppen in Libyen oder britischer Schlachtschiffe im Mittelmeer kann nicht Gegenstand eines wirklichen Abkommens sein, weil nichts verhindern kann, dass im Streitfalle italienische Truppen nach Libyen zurückkehren [1]) oder die britische Flotte in jeder gewünschten Stärke wieder in das Mittelmeer einfährt. Die Frage der Befestigung des Mittelmeers durch Italien, vermutlich gegen Grossbritannien, war schwieriger, und für sie liess sich keine befriedigende Regelung finden. Aber das „Gentleman's-Agreement" hatte den Zweck, eine Plattform für eine ruhige und friedliche Lösung

[1]) Jetzt sind wieder grössere Kontingente hingeschafft worden.

H1668-0269

der Fragen zu finden. Man hoffte, eine Atmosphäre des guten Willens zu schaffen, welche eine engere Zusammenarbeit der beiden seit so langer Zeit durch überlieferte Bande der Freundschaft vereinigten Nationen ermöglichen würde.

Dass dieses Resultat nicht erreicht wurde, war sicherlich nicht die Schuld Grossbritanniens oder seines Aussenministers. Der Grund dafür lag lediglich in der gewaltsamen Art, in der Signor Mussolini in Spanien „nicht intervenierte". Als ganze Armeekorps ausländischer regulärer Truppen, im Gegensatz zu feierlichen Versprechungen, an einem Bürgerkrieg teilnahmen, und als U-Boote Schiffe, die unter der britischen Flagge fuhren, in grosser Anzahl versenkten und die Mannschaften ihrem Schicksal überliessen, musste es — gelinde gesagt — zu gewissen Misshelligkeiten kommen, und die freundschaftliche Atmosphäre, die man herbeizuführen hoffte, wurde zu einem Ding der Unmöglichkeit. Trotzdem, Grossbritannien und Italien haben so viele gemeinsame Interessen, dass das Auswärtige Amt oder Mr. Eden selbst in diesen Akten der Grausamkeit und Unredlichkeit kein Hindernis dagegen sahen, erneute Anstrengungen zu einer Einigung zu machen. Manche sind der Ansicht, durch eine unbeugsamere Haltung Grossbritanniens hätte ein günstigeres Abkommen erzielt werden können. Darüber aber, dass ein Abkommen wünschenswert, ja notwendig ist, herrscht so gut wie gar keine Meinungsverschiedenheit.

Mr. Chamberlains Agreement selbst, das lässt sich nicht leugnen, stellt einen uneingeschränkten Triumph des italienischen Diktators dar. Obgleich er an der Spitze eines Landes steht, das unvergleichlich schwächer ist als Grossbritannien und das Britische Weltreich, hat er uns gegenüber jeden strittigen Punkt durchgesetzt. Er hat das Mittelmeer gegen uns befestigt. Wir haben uns freundschaftlich mit dieser Lage abgefunden und sogar versprochen, Cypern, Haifa und andere wertvolle strategische Punkte nicht ohne sogenannte „Notifizierung" zu befestigen. Praktisch bedeutet das, dass wir nicht die Möglichkeit haben werden, dies zu

H1668-0270

tun, es sei denn, wir sind bereit, einem Zusammenbruch des derzeitigen Einvernehmens ins Auge zu sehen. Zweitens hört er nicht auf, mit Hilfe der in Spanien eingesetzten italienischen Divisionen die Reste der spanischen Republik niederzukämpfen. Wir haben unsere Opposition gegen dieses Vorgehen fallen lassen. Seine Armee wird in Spanien bleiben, bis General Francos Sieg vollkommen ist. Wenn „alles ausser den Erschiessungen vorüber ist", wird er seine Truppen zurückziehen. Dann werden wir ihm die Hand schütteln und anerkennen, dass er Abessinien erobert hat.

Es wird uns gesagt, dass wir damit nur eine vollendete Tatsache anerkennen, aber das ist eine sehr zweifelhafte Angelegenheit. Niemand kann wissen, wie die Situation in Abessinien sein wird, wenn der spanische Bürgerkrieg einmal vorüber ist. Aber wir sollen diese Eroberung anerkennen und die Franzosen dazu bringen, sie gleichfalls anzuerkennen. Wenn wir daran zurückdenken, wie unser Land in der abessinischen Frage handelte, als es den Völkerbund in ein Bündnis führte, das Signor Mussolini nicht nur sein Amt, sondern auch sein Leben hätte kosten können, müssen wir an seine Erinnerungen nicht weniger denken als an unsere. Italien leistete „zweiundfünfzig Nationen unter der Führung einer" mit Erfolg Widerstand, und diese eine ist es, welche jetzt seinen Triumph besiegelt, wenn es wirklich ein Triumph ist.

Das ist jedoch nicht die Situation, der wir uns heute gegenübersehen. Neue Ereignisse von allerhöchster Bedeutung haben das Gleichgewicht und die Beziehungen der europäischen Mächte gründlich verändert. Die Eroberung Österreichs durch die Nazis, die Unterstellung Wiens und alles dessen, was Wien bedeutet, unter die Oberhoheit des Deutschen Reiches, hat sich auf alle Länder ausgewirkt. Jedermann muss sich Rechenschaft ablegen über diese tiefgehende und gewaltsame Wandlung. Die Wirkung, die durch die Eroberung Österreichs auf das italienische Volk ausgeübt wurde, war kolossal. Sein Stolz wurde gedemütigt, und seine Befürchtungen wuchsen. Der italienische Gesandte in Wien,

H1668-0271

welcher wenige Monate zuvor noch fast so etwas wie ein Vizekönig von Österreich war, welcher ungefähr dieselbe Stellung in der Hauptstadt einnahm wie der britische Hohe Kommissar in Kairo, ist jetzt durch einen Generalkonsul ersetzt. Die Italiener sehen sich an einer freilich gebirgigen Grenze, die jedoch eine Länge von fast zweihundert Meilen hat, der furchtbarsten Militärmacht Europas gegenüber. Berge sind heimtückische Schranken, und die Militärgeschichte liefert zahllose Beispiele dafür, wie leicht sie durchbrochen werden können.

Aber noch eine zweite neue Tatsache ist da. Wir können die Politik der Regierung gegenüber Italien nicht betrachten, ohne gleichzeitig ihrer Politik gegenüber Frankreich, welche fast allgemeine Zustimmung findet, volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Der Ministerpräsident hat mit einer noch nie dagewesenen Deutlichkeit Erklärungen über unser Defensivbündnis mit Frankreich abgegeben. Er hat unseren Entschluss bekanntgemacht, zur Verteidigung Frankreichs und Belgiens zu kämpfen, wenn diese Länder die Opfer einer unprovozierten Aggression werden. Ich habe daher die Forderung erhoben, dass diese Erklärungen und Verpflichtungen durch präzise, formale technische Vereinbarungen für die Zusammenfassung der britischen und französischen Streitkräfte zu Wasser, zu Lande und in der Luft für den allerschlimmsten Fall in die Tat umgesetzt und so sicher und wirksam wie möglich gemacht werden. Das ist jetzt eine ausgemachte Sache. [1]) Derartige Generalstabsvereinbarungen führen die Regierung oder das Parlament keineswegs über die Grenzen der Position hinaus, welche der Ministerpräsident umrissen hat. Sie nicht zu treffen, hätte lediglich geheissen, eine Vermehrung unserer Risiken ohne entsprechende Sicherung hinnehmen. Vor dem Weltkrieg hatten wir keine politischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich, aber sehr detaillierte theoretische Militär-

---

[1]) Vor der Eroberung Prags im Jahre 1939 wurden nur sehr geringe ernsthafte Fortschritte gemacht.

H1668-0272

vereinbarungen. Die klarsten Verpflichtungen zu haben, aber keine technischen Abkommen, hiesse die Nachteile nach beiden Richtungen unvermeidlich machen. Wir hätten dann die Gewissheit, hineingezogen zu werden, und die kleinsten Aussichten, durchzukommen.

Die Regierung hat sich, auf Grund ihrer eigenen Beobachtungen und Überlegungen, diesen Standpunkt im wesentlichen zu eigen gemacht. Es wird uns nicht nur ganz positiv versichert, nichts im englisch-italienischen Abkommen gebe die Möglichkeit, einen Keil zwischen uns und die französische Republik zu treiben, unsere Zusammenarbeit sei vielmehr noch enger geworden. Mr. Chamberlains Politik gegenüber Italien und Frankreich muss als Ganzes betrachtet werden. Frankreich und Grossbritannien, enger vereinigt als je zuvor, treten beide in Vereinbarungen mit Italien ein, die, wenn möglich, und wenn sie eingehalten werden, darauf abzielen, aus dem Mittelmeer ein Gebiet zu machen, das aus einem eventuellen Krieg ausgeschlossen ist. Das führt direkt zu der Frage des Donaubeckens und zu den Staaten der „Kleinen Entente" und des Balkanbundes. Zweifellos haben alle diese Länder mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, dass alle Mittelmeermächte bemüht sind, den Krieg dem Mittelmeer fernzuhalten, und sie alle haben den Eindruck, dass die Hoffnung — und der wachsende Glaube — Italien werde durch Gemeinsamkeit der Interessen stets näher an die Seite Frankreichs und Grossbritanniens geführt werden, für sie eine gewaltige Beruhigung und vermehrte Handlungsfreiheit bedeute.

Niemand kann behaupten, die sogenannte „Achse Berlin—Rom" sei zerschlagen worden, aber wir können wenigstens überzeugt sein, dass aus dem Vesuv oder Ätna nicht Funken fliegen werden, welche die Wälder des Nordens in Brand setzen. Diese Hoffnung im gegenwärtigen Zeitpunkt zu unterschätzen, wäre töricht. Wenn Europa stabilisiert und die Vernichtung der Zivilisation verhütet werden soll, ist es eine gebieterische Notwendigkeit, dass sich möglichst viele Mächte, die alle schwer gerüstet sind, in

H1668-0273

einem Nichtkriegs-Gebiet und einem Nichtkriegs-System finden und zusammenschliessen. Aus einer solchen Vereinigung kann sich vielleicht eine praktischere Form der kollektiven Sicherheit entwickeln.

H1668-0274

JAPAN IN SCHWIERIGKEITEN

26. Mai 1938

Offiziell ist nicht Krieg. In den Gebieten des Himmlischen Reiches herrscht Friede. In den letzten zehn Monaten aber hat dieser Friede die Gestalt von Truppenbewegungen ganz grossen Umfanges und von Mord und Verwüstung in gigantischem Masstab angenommen. Dennoch ist, so wird uns versichert, die japanische Freundschaft für China unversehrt. Die Japaner sagen uns, es sei ihr sehnlichster Wunsch, sich wieder glücklicher und fruchtbarer Beziehungen zu den Chinesen zu erfreuen. Auf keinen Fall würden sie ihnen willentlich die geringste Kränkung zufügen oder zwischen zwei alten Rassen, welche so viel gemein haben, böse Gefühle aufkommen lassen. Nichts könnte sie dazu bringen, auch nur einen Quadratzoll chinesischen Gebietes zu annektieren. Sie seien entschlossen, die Integrität und Unabhängigkeit Chinas zu bewahren. Alles, was sie wollen, sei eine chinesische Regierung, die mit ihnen auf nachbarlichem Fusse lebe, nichts, was sie wolle, ungetan lassen, oder auch nur das geringste, was sie nicht wolle, tun werde. Weiter nichts! So sieht die Grimasse aus, welche die kaiserlich-japanische Regierung der Welt zeigt.

Aber schliesslich hat es einen „Zwischenfall" gegeben. Es ist zu einem Verdruss gekommen zwischen den friedliebenden Japanern und den chinesischen Banditen — natürlich sind sie Bolschewisten — welche entschlossen zu sein scheinen, allen japanischen Plänen zur Aufschliessung und Zivilisierung Chinas Hindernisse in den Weg zu legen. Um den Chinesen bei der Errichtung einer Regierung zu helfen, welche diese Banditen und Bolschewisten daran verhindert, „Zwischenfälle" zu verursachen, haben sich mehr als

H1668-0275

600.000 Mann zählende japanische Truppen gezwungen gesehen, eine lange Reise nach China anzutreten und den Chinesen alles mögliche zu tun. Aber alles nur zu ihrem Guten! Es hat sich jedoch herausgestellt, dass die chinesischen Banditen (und Bolschewisten) zahlreicher sind, als man vorausgesehen hat. Daher hat sich der „Zwischenfall" in die Länge gezogen, und Japan muss China noch zusätzlichen Schutz gegen sein schlechtes Verhalten angedeihen lassen.

Die erste grosse Offensive der japanischen Invasionsarmee wurde gegen Shanghai und Nanking gerichtet. Es war eine unangenehme Überraschung, dass die Chinesen so lange Widerstand leisteten und nachher davonkamen, um weiterzukämpfen.

Darin sind sie sehr tüchtig. Jetzt ist die zweite Hauptoffensive der Japaner geliefert worden. Der Kampf spielte sich dreihundert Meilen nördlich von Shanghai an der Linie der chinesischen Ost- und Westbahn ab, rings um den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Suchow (manchmal Hsuchow geschrieben). Längs dieser Linie hatten die Chinesen ein sorgfältig vorbereitetes Verteidigungssystem eingerichtet. Für die Japaner ist es ausserordentlich wichtig, Suchow einzunehmen. Den Chinesen andererseits handelte es sich um nicht mehr, als aus dem Netz zu entkommen und in ihrem ungeheuren Land irgendwo und irgendwie weiterzukämpfen. Darin scheinen sie erfolgreich zu sein. Vielleicht werden sie es lernen, ihren glühenden Patriotismus mit der hartnäckigen Führung von Guerillakämpfen zu vereinigen, und nicht allzu grossen Wert auf feste Stellungen oder grosse Gefechte legen; die chinesische Maxime sollte nämlich sein, überall zu kämpfen und sich nirgends bekämpfen zu lassen. Man hat auch den Eindruck, dass sie dahinter kommen. Wenn das so ist, wird die Lage der Japaner immer schwieriger werden.

Wenn eine Million japanischer Soldaten nach China geschickt würde und man sollte sechs Monate später hingehen und nach ihnen suchen, wäre es nicht leicht, sie zu finden. Mit der Verlängerung der Kommunikationslinien verviel-

H1668-0276

H1668-0277

fältigen sich die Schwierigkeiten des Eindringlings. Jeden Tag verursachen diese japanischen Soldaten weitaus grössere Kosten, als wenn sie zu Hause sind. Dann sind noch die Kriegsgeräte da, die sehr teuer sind und täglich in reicher Fülle geliefert werden. Ausländische Beobachter können nur schwer einsehen, wie Japan China erobern soll, wenn die Chinesen nicht nachgeben. In Japan rechnete jedermann damit, dass sie nachgeben würden. Die Tatsache, dass sie das nicht getan haben, wird in Tokio als „das schlimmste Unheil in unserer Geschichte" bezeichnet. Viele Autoritäten sind der Ansicht, dass die Chinesen nur auszuhalten brauchen, um die Lebenskraft Japans einer Beanspruchung auszusetzen, die in ihrer Intensität vernichtend ist.

Denn dieser „Zwischenfall" in China steht nicht allein. Stets ist die russische Sorge da. Russische Armeen von insgesamt fast einer Million, gut ausgerüstet und sich grösstenteils selbst erhaltend, mit Arsenalen und Rüstungswerken an Ort und Stelle, stehen weit im Norden an der sibirischen Grenze oder, genauer gesagt, der sibirischen Front; denn es ist eine Front stummen Krieges. Gegen diese drohende schwere Gefahr müssen die Japaner nahezu eine halbe Million ihrer besten Truppen einsetzen. Ob diese genügen würden, um einen plötzlichen russischen Vormarsch zum Stillstand zu bringen, kann kein Mensch sagen. Jedenfalls ist es ein kühnes Abenteuer für Japan, mit der rechten Hand die russischen Massen abwehren zu wollen, während es mit der anderen das riesige China würgt. Auf der einen Seite ein grosser Bär, der leise brummt; auf der anderen eine kolossale Qualle, die giftig sticht. Alles in allem eine scheussliche Aufgabe für eine überanstrengte, keineswegs überzufriedene Nation. Japan macht sich in China breit; Russland ist im Norden sprungbereit geduckt. Die russische Luftwaffe kann, die japanische Mode befolgend, einen „Zwischenfall" herbeiführen und eines Nachts Tokio oder anderen japanischen Städten furchtbaren Schaden zufügen.

H1668-0278

Hier müssen wir die Dienste anerkennen, die Sowjetrussland im Fernen Osten der Zivilisation und auch den Interessen Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten erweist. Russland hält die beste Armee Japans an seiner Front fest. Gleichzeitig führen Lastwagen in ununterbrochenem Strom russisches Kriegsgerät auf einer wunderbaren Automobilstrasse von Russisch-Turkestan zur chinesischen Westprovinz Kansu und von da in das Herz Chinas zu den chinesischen Streitkräften. Eine halbe Million Kulis arbeitet ununterbrochen auf dieser Strasse, damit in die Hände derer, die den Boden ihres Geburtslandes verteidigen, wenigstens einige der modernen Kriegswaffen gelegt werden. Sicherlich liegt es weder im Interesse des Britischen Reiches noch in dem der übrigen Welt, dass dieser Verkehr unterbrochen wird. Die westlichen Demokratien sollten die Rolle anerkennen, die Russland, wenn auch für seine eigenen Zwecke, im Fernen Osten spielt.

Die Kämpfe haben sich von Shanghai entfernt, und die unmittelbare Gefahr für britisches Leben und Eigentum ist geringer geworden. Die Regierung in Tokio ist höflicher geworden, und obgleich sich an dem rohen und feindseligen Verhalten der japanischen Soldaten gegenüber britischen Untertanen und anderen Europäern in Shanghai nichts geändert hat, besteht nicht mehr dieselbe Gefahr eines grösseren Aufeinanderpralls. Generalmajor Telfer-Smollett, dem seine unerschütterliche Haltung in einer ganzen Reihe gefährlicher Zusammenstösse den Respekt und sogar die Bewunderung aller Europäer im Fernen Osten eingebracht hat, muss vorübergehend ein Gefühl der Erleichterung empfinden. Auch in Hongkong fühlen sich die Europäer im Augenblick behaglicher. Es ist sehr zu hoffen, dass unser Aussenamt und unsere konservativen Abgeordneten nicht übersehen werden, welcher Quelle, so unbeliebt sie auch sein mag, diese Beruhigung zu verdanken ist.

Die Geheimgesellschaften in der japanischen Armee und Marine, welche die älteren Staatsmänner verdrängten, haben sich aber nicht nur diese gewaltigen Aufgaben in China

H1668-0279

aufgehalst, sie haben es überdies noch zuwege gebracht, sich mit Grossbritannien und den Vereinigten Staaten, die ihnen beide weit überlegen sind, auf ein Flottenwettrüsten mit Linienschiffen usw. einzulassen. Es war nicht ein kluger Schritt von ihnen, ihr altes und ehrenhaftes Land in eine so vergebliche Rivalität zu führen.

Das grösste und wichtigste Ereignis im Fernen Osten ist und bleibt aber schliesslich das Wiedererwachen Chinas. Japan hat für das chinesische Volk getan, was es für sich selbst vielleicht niemals zu tun vermocht hätte. Es hat die Chinesen wieder einmal geeinigt. General Tschang Kai-Tschek ist ein Nationalheld im zahlreichsten Volk der Menschheit. Es wäre durchaus nicht verwunderlich, wenn dieser Patriot und Führer, welcher inmitten von tausend Schwierigkeiten und Mängeln nicht daran verzweifelt, China aus einer niedrigen und erbarmungslosen Vergewaltigung zu erretten, ein Held der ganzen Welt würde. So kann es geschehen, dass vom entgegengesetzten Ende der Erde jene exemplarische Niederlage einer brutalen Aggression kommen wird, die den Demokratien der abendländischen Welt Mut einflössen und sie lehren mag, für sich einzustehen, solange noch Zeit ist.

H1668-0280

Am 30. Mai hielt Sir Thomas Inskip, der Minister für Zusammenfassung der Verteidigungsmassnahmen, im Unterhaus eine Rede, in welcher er darauf hinwies, dass die Regierung Pläne bereit habe, die für eine allgemeine nationale Dienstpflicht in Kriegszeiten Vorsorge treffen.

H1668-0281

NATIONALE DIENSTPFLICHT

9. Juni 1938

Die in der vergangenen Woche erfolgte Ankündigung nationaler Dienstpflicht in Kriegszeiten hätte Sir Thomas Inskip nicht im Verlauf einer unwichtigen Debatte gleichgültig vor einem leeren Haus fallen lassen dürfen. Eine Erklärung dieser Art hätte bei einem bedeutenden Anlass in sorgfältig gewählten Worten und in aller Form der Ministerpräsident abgeben müssen. Dann hätte sie einen wohltätigen Einfluss auf die europäische Lage ausüben können.

Es ist nicht daran zu zweifeln, dass uns in all diesen besorgniserfüllten Jahren die Leistungen des Britischen Reiches im Weltkrieg ein Schutz und Schirm sind. Was immer man vom gegenwärtigen Stand unserer Verteidigungsmassnahmen denken mag, man ist sich auf dem Kontinent im Klaren darüber, dass Grossbritannien, sollte es zur Teilnahme an einem Krieg gezwungen werden, mit seiner ganzen Kraft kämpfen und der gemeinsamen Sache nichts vorenthalten wird. Man hat im Ausland nicht vergessen, dass wir, obgleich wir 1914 nur ein kleines Heer hatten, 1918 5.000.000 Soldaten auf der anderen Seite des Meeres unterhielten. Es ist auch unvergessen geblieben, dass die von Grossbritanniem gemachten Anstrengungen um so grösser wurden, je länger der Kampf dauerte und je schwerer er wurde, und dass die an den Sieg gesetzte Willenskraft unseres Volkes sich als unerschöpflich erwies. So kommt es, dass die grossen Taten und Opfer der letzten Generation eine reale Gewähr für den europäischen Frieden und unsere gegenwärtige Sicherheit bieten. Wenn wir bei den verschiedenen Jahrestagen unsere Kränze an den Fuss des Kenotaphions oder anderer Monumente legen, dürfen wir uns in dem Gedan-

H1668-0282

ken wiegen, dass die heroischen Taten jener Zeit den Lebenden, welche ihren täglichen Geschäften nachgehen, noch immer in einem höchst praktischen Sinn Schutz gewähren.

Grossbritannien wird ganz bestimmt an einem Krieg nur dann teilnehmen, wenn es dazu gezwungen wird, weil das gefährdet ist, worin die Masse des Volkes ihr eigenes Leben und ihre eigene Ehre sieht. Es wird alles tun, was in seiner Macht steht, um den Krieg zu verhüten, und wenn es trotz allem zum Schlimmsten kommt, werden wir mit der Zustimmung der ganzen Nation für die Erhaltung unseres Daseins als Staat und als Reich, und nur in strengster Übereinstimmung mit dem Geist der Völkerbundsatzung, in den Kampf gehen. Eine Teilnahme an einem Krieg, der nicht von dem Herzen und dem Gewissen des gesamten Britentums in der ganzen Welt gebilligt wird, könnten wir niemals in Betracht ziehen. Sollte es jemals zu diesem furchtbaren Ereignis kommen, so dürfen wir sicher sein, dass es dann keine halben Massnahmen geben wird. Es wird um Sieg oder Vernichtung gehen. Sobald wir einmal in den Krieg hineingezogen sind, werden wir keine andere Wahl haben. Der Gedanke, dass Grossbritannien nur mit seinem Berufsheer und den patriotischen Mitgliedern der Territorialarmee, welche selbst für ihre Ausbildung in Friedenszeiten sorgen, kämpfen sollte, hätte dem grossen Herzog von Marlborough seine berühmte Bemerkung entlockt: „Töricht! Töricht!"

Ausserdem wird das nächste Mal die Bombardierung britischer Städte und Ortschaften keine Seltenheit sein. Unseren Männern wird die Tatsache, dass sie rings um sich Frauen und Kinder auf diese feige Art getötet sehen, ein unwiderstehlicher Ansporn zum Kämpfen sein. Kein Mann, der dieser Bezeichnung würdig ist, wird darauf verzichten wollen, am Kampf teilzunehmen. Sogar im letzten Krieg zeigte sich, so oft ein paar Bomben über London abgeworfen oder unsere Küstenstädte bombardiert wurden, eine sehr beachtliche Steigerung des Dienstwillens in allen Bevölkerungsschichten. Um wieviel kräftiger wird dieser grauenhafte Anreiz in Zukunft sein!

H1668-0283

Unsere Regierung, deren Friedensliebe von niemand bezweifelt wird, ist nichtsdestoweniger verpflichtet, in die Zukunft zu blicken und der Lage, die sich ergäbe, wenn unsere Bemühungen vergeblich sein sollten, fest ins Auge zu sehen. Im Jahre 1914 war bei den wohlhabenden und sogenannten herrschenden Klassen die Überzeugung, es sei Pflicht, zu kämpfen, zunächst grösser als bei den lohnempfangenden Massen. Es bedurfte der deutschen Greuel in Belgien, um das ganze Volk aufzurütteln. Jetzt ist es etwas anders. Die lohnempfangenden Klassen sind fest entschlossen, sich nicht dem Nazismus oder Faschismus zu fügen, und in den anderen Schichten der Gesellschaft herrscht mehr Zweifel und Geteiltheit. Wenn aber eine Regierung, die um ihrer bewiesenen Friedensliebe willen allgemeines Vertrauen geniesst, sich verpflichtet fühlte, das Zeichen zu geben – was sie nur täte, wenn alle sähen, dass es unvermeidlich sei – würde die Reaktion darauf so gut wie allgemein sein und gleich einem elektrischen Strom von einem Ende des Weltreiches zum anderen laufen.

In den ersten wenigen Monaten des letzten Krieges meldeten sich als Freiwillige mehr als 1.000.000 Männer, deren grösster Teil niemals davon geträumt hatte, Soldat zu werden. Schliesslich forderten tatsächlich nahezu 2.000.000 aus freiem Willen, über das Meer in die blutigen Schützengräben Frankreichs und Flanderns geschickt zu werden. Im fernen Neuseeland trat fast ein Zehntel der Gesamtbevölkerung des Landes freiwillig eine Reise über die grössere Hälfte des Erdballs an, um für eine Sache zu kämpfen und zu sterben, in der sie vorher gar nicht zu Rate gezogen worden war. In keinem anderen Lande gab es etwas, das sich mit der freiwilligen Leistung des Britischen Reiches vergleichen liesse, welche auch in der Geschichte nicht ihresgleichen findet.

Dann folgte die tragische und schmerzliche Erfahrung, dass grosse Mengen begeistert kämpfender Männer keine Waffen hatten. Wir wurden Zeugen des traurigen Schauspiels, dass Hunderttausende in den Lagern exerzierten und über die Strassen unserer Insel marschierten, oft ohne auch

H1668-0284

nur ein Gewehr in Händen zu haben, während alle Geschütze und Kriegsgeräte, die wir erzeugten, unverzüglich zu unserer verhältnissmässig kleinen Armee an der Front geschickt werden mussten, welche trotz allem zu Weihnachten 15 Divisionen zählte. Aber ein anderes Übel wurde offenbar. Die Blüte der Nation eilte zu den Waffen. Ganze Regimenter wurden aus Männern gebildet, die ihrer Erziehung und ihren Gaben nach dazu befähigt waren, tüchtige Offiziere zu werden. Alles, was in unserem Lande besonders gut, talentiert und prächtig war, eilte ins Feld, und die Verwundeten gingen immer wieder auf Grund ihrer ersten freiwilligen Verpflichtung zurück. So wurde den Besten ein grosser Schaden zugefügt, und überdies wurde unsere Kraft in der verderblichsten Art vergeudet.

Schliesslich hatten etwa zwei Millionen Familien kämpfende Männer an der Front, welche zum Teil schon ein- oder zweimal verwundet waren, während Millionen anderer gesunder Männer ihrer gewohnten Arbeit zu höherer Bezahlung nachgingen, und da wurde der Ruf nach Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht so laut und so hartnäckig, dass sich ihm keine Regierung, auch keine von Lord Kitchener getragene, hätte widersetzen können. Die jetzigen Minister Seiner Majestät dürfen nicht vergessen, dass diese Tatsachen tief im Gedächtnis aller haften, die jene furchtbare Prüfung durchgemacht haben. Es ist darum ihre Pflicht, einen wissenschaftlich durchdachten, gerechten und billigen Plan auszuarbeiten, der, wenn Nation und Parlament den Entschluss fassen, in den Krieg zu ziehen, die Möglichkeit dafür schafft, dass unsere Kraft nicht nur vom ersten Augenblick an, sondern auch während des ganzen Kampfes auf die bestmögliche Art in vollem Umfang zunutze gemacht wird. Es dürfte nichts gesagt werden, was die Kraft der vom Verteidigungsminister abgegebenen Erklärung mindert, weil die Erwartung, dass ein gewaltiges britisches Heer entscheidend eingreifen wird, eines der besten Abschreckungsmittel gegen Aggressoren und eines der sichersten Bollwerke für den Frieden ist.

H1668-0285

Die Einführung einer Volksregistrierung, die einen Überblick über unser gesamtes Reservoir an dienstfähigen Männern bietet, ist nach dem, was im Parlament gesagt wurde, nur um so dringender geworden. Der ganze Vorgang der Freiwilligenrekrutierung für Luftschutzmassnahmen muss unbedingt leiden, wenn so mancher, der sich gern melden würde, die Überlegung anstellen muss, ob es auch nur den geringsten Sinn hat, sich in Friedenszeiten für eine Aufgabe vorzubereiten und dann in Kriegszeiten für eine andere verwendet zu werden, und wenn Männer in militärfähigem Alter, welche sich melden, in den Verdacht geraten können, dass sie sich beizeiten auf sicheren Posten unterbringen. Da die Regierung nun einmal so weit gegangen ist, muss sie auch die Konsequenz eines vollständigen Entwurfs für die nationale Dienstpflicht ziehen, der dann bei Kriegsausbruch mit Zustimmung des Parlaments zur Ausführung zu gelangen hätte. Solche Massnahmen müssten natürlich von einer Gesetzgebung zur „Verhinderung von Kriegsprofiten" begleitet werden, über welche man in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits umfangreiche Studien angestellt hat. Die Vorstellung, dass eine grosse Anzahl von Männern dazu verpflichtet werden soll, sich zu Militärdiensten ins Ausland schicken zu lassen, ist unvereinbar damit, dass andere daheimbleiben, um zu einer Zeit, in der der freie Wettbewerb zu einem guten Teil aufgehoben ist, übermässige Kriegsprofite einzuh eimsen.

Man müsste den Grundsatz proklamieren, dass kein Mann, welchen Beruf immer er habe, durch den Krieg reicher werden darf, und zu diesem Zweck ein Gesetz entwerfen, das im Falle der Notwendigkeit gleichzeitig mit den Dienstpflichtvorschlägen dem Parlament zu unterbreiten wäre. Eine solche Massnahme sozialer Gerechtigkeit wäre die wirksamste Antwort an die Adresse derjenigen, die mit schriller Stimme im Namen der „Konskription des Reichtums" den Krieg dazu benutzen wollen, aut einem Abkürzungsweg zum Kommunismus zu gelangen.

H1668-0286

SCHATTEN ÜBER DER TSCHECHOSLOVAKEI

23. Juni 1938

Wenngleich der spanische Bürgerkrieg und die sich daraus ergebenden Komplikationen in der letzten Zeit die öffentliche Meinung an erster Stelle beschäftigten, so bleibt die Tschechoslovakei dennoch fraglos der unmittelbare Gefahrenpunkt in Europa. Es ist nicht zu bezweifeln, dass Henlein, Hodza und Präsident Beneš an einer Regelung arbeiten und dass auf der Basis des Home Rule für die sudetendeutschen Gebiete innerhalb des tschechoslovakischen Staates eine vernünftige Einigung zwischen ihnen möglich ist. Warum sollte das also nicht erreicht werden? Die tschechoslovakische Regierung ist es Frankreich und Grossbritannien schuldig, dass nichts, was Vernunft und Gerechtigkeit fordern können, abgeschlagen wird. Die Sudetendeutschen wollten niemals den Anschluss an Deutschland, es sei denn als letzten, verzweifelten Ausweg und als Drohung. Sogar die Begeisterung ihrer Führer für eine Eingliederung in das Stahlgerüst des preussischen Nazitums ist infolge der Ernüchterung der österreichischen Nazis bedeutend abgekühlt worden.

Als gleichberechtigte Partner in einem kleinen Staat wie der Tschechoslovakei eine hervorragende Rolle zu spielen, erscheint den Sudetenführern mit jedem Tag verlockender, als in toto von Berlin verschluckt und von den harten Kiefern der Gestapo zu formlosem Brei zermahlen zu werden. Vor allem muss auf beiden Seiten und auf allen Parteien in der Tschechoslovakei der tödliche Gedanke lasten, dass die einzige Folge, die mit Sicherheit vorauszusehen ist, wenn sie mit ihren Streitigkeiten die Flammen eines allgemeinen Krieges entfachen, nichts anderes sein kann, als dass ihr

H1668-0287

Land und ihre Heimstätten, ihre Familien und ihre Besitztümer zu Grunde gerichtet werden und der völligen Vernichtung anheimfallen.

Ohne die Unterstützung des bewaffneten Deutschland wäre das den Sudetendeutschen angetane Unrecht vielleicht niemals wieder gutgemacht worden. Von dem Augenblick der Wiedergutmachung an wird eine weitere Einmischung Deutschlands keinen Segen mehr bringen, sondern nur Elend und Verderb. So führen alle Wege in der Tschechoslovakei nach Prag und zu einem Übereinkommen. Eine solche Regelung wäre, würde sie von Deutschland akzeptiert, ein beachtenswerter Beitrag zum Frieden und könnte wohl der Herold besserer Tage für ganz Europa sein. Niemand weiss jedoch, was für Entschlüsse und Pläne die Gruppe hochgestellter Personen gefasst hat, welche die Macht Deutschlands handhaben und leiten. Die hartnäckige Kampagne der kontrollierten deutschen Presse ist kein günstiges Zeichen. Man muss die Disziplin und erstaunliche Zurückhaltung bewundern, deren sich die tschechischen Militär- und Polizeistellen und noch mehr die tschechische Bevölkerung in diesen Wochen der Wahlerregung und der lebhaft empfundenen Gefahr befleissigt haben. Wenn es den Anschein hat, dass ein grosser Teil der Bevölkerung eine ausländische Armee auffordert, einzumarschieren und das Heimatland zu erobern, wenn Fahnen, Lieder, Abzeichen, weisse Strümpfe zahllose Provokationsmöglichkeiten bieten und wenn der erste beste Hitzkopf auf einer der beiden Seiten einen Aufruhr veranstalten kann, ist es in der Tat staunenswert, dass dieser unruhige Monat ohne grössere Leidenschaftsausbrüche und Gewalttaten vergangen ist. Offensichtlich sind diese Leute entschlossen. Offensichtlich müssen sie es sein. Auch das ist ein Faktor der Beruhigung

Wäre es aber die Absicht und das Ziel der deutschen Regierung, eine grosse Krise herbeizuführen, so würde es selbstverständlich keine Schwierigkeiten bereiten, Zwischenfälle zu schaffen, die sich als tödliche Schmach darstellen liessen. Wenn man die heutigen Sudetenführer für allzu entgegen-

H1668-0288

kommend hielte, gäbe es viele Möglichkeiten, sie zu korrigieren oder durch andere zu ersetzen. Alles hängt von dem Mann ab, der in Berchtesgaden brütet, und von dem Waffenlärm, den seine grimmigen Statthalter in Berlin veranstalten. Das sind die Überlegungen, auf welche die Friedensbemühungen abzustellen wären.

Die tschechoslovakische Regierung hat beschlossen, starke Truppenkräfte an den Grenzen Wache halten zu lassen. Ihr Ziel ist es zweifellos, einen Einmarsch in ihr Land zu einer Operation zu machen, die grosse Truppenbewegungen in Deutschland erfordert. Je grösser der Masstab der Bewegungen, desto schwerer ist es, sie zu verheimlichen. So müsste die Zeit gewonnen werden, die dazu notwendig ist, die gesamte Nationalverteidigung zu mobilisieren. Dies ist ein sehr wesentliches Abschreckungsmittel gegen einen plötzlichen Überfall. Die prodeutsche Propaganda in Grossbritannien gibt eifrigst zu verstehen, dass ein Überrennen der Tschechoslovakei, wenn auch nicht so leicht wie das Österreichs, höchstens eine Angelegenheit von einigen Tagen wäre. Man erzählt uns, mit welcher Geschwindigkeit Panzerdivisionen von allen Seiten in das Land eilen und jeden Widerstand mit unwiderstehlichem Furor niederschlagen werden. So sieht aber das Bild nicht aus, das sich dem auf dem Gebiet der modernen Kriegsführung Erfahrenen bietet. Ein wohldurchdachtes System von Forts und Betonbefestigungen, eine sorgfältige Verbesserung von Natur aus gegebener Hindernisse, eine gründliche Unterminierung von Strassen und Brücken, all dies müsste im Verein mit einem eisern entschlossenen Heer jeden raschen Vorstoss zum Stillstand bringen. Dann ergäbe sich für den Eindringling die Notwendigkeit, die Menschenmassen zu konzentrieren und die gewaltige Artillerie zusammenzuziehen, die zur Niederringung befestigter Stellungen unerlässlich sind.

So wird, was immer sonst geschehen mag, aus einem bequemen Spaziergang eine schwierige und kostspielige Kriegsoperation. Eine angriffslustige Regierung müsste, bevor sie

H1668-0289

sich auf einen solchen Plan einliesse, die allgemeine Mobilisierung, den Einsatz eines grossen Teiles ihres Gesamtheeres und mindestens drei bis vierhunderttausend Mann Verluste ins Kalkül ziehen. Schon ein solches Unterfangen allein würde jeder modernen Macht den Mut rauben, und erst recht einer Macht, die sich eben erst von einer Niederlage in einem Krieg erholt hat, an welchem mit der Zeit nahezu die ganze Welt teilgenommen hatte. Aber bliebe es denn dabei? Würde man die Tschechoslovakei allein Woche um Woche gegen eine Lawine aus Feuer und Stahl kämpfen lassen? Wir haben die ausdrückliche französische Erklärung, welche das Gegenteil besagt. Wir haben die russische Verpflichtung, die nicht gering angeschlagen werden sollte. Wir haben die Erklärung, welche der Ministerpräsident über die Tschechoslovakei im Unterhaus abgegeben hat. Man könnte dem Frieden keinen schlechteren Dienst erweisen, als diese soliden Abschreckungsmittel zu bagatellisieren. Um uns die Auswirkungen eines furchtbaren Konfliktes vorzustellen, der Tag um Tag zwischen den Invasionsarmeen einer Grossmacht und den heldenhaften Verteidigern eines kleinen zivilisierten Staates tobte, brauchen wir nur an die rasche Temperatursteigerung zu denken, welche die öffentliche Meinung Grossbritanniens gelegentlich der Annexion Österreichs, so unblutig sie auch war, durchmachte. Bevor die deutschen Heere 1914 tatsächlich in Belgien einbrachen, hätte sich unter zwanzig Briten nicht einer gefunden, der sich nicht gegen einen Kontinentalkrieg ausgesprochen hätte. Achtundvierzig Stunden später war das Verhältnis hundert zu eins im umgekehrten Sinne.

Das Parlament und die Öffentlichkeit haben die vorsichtige und zurückhaltende Haltung gebilligt, welche Mr. Chamberlain und die Regierung Seiner Majestät eingenommen haben, aber niemand, der die Vergangenheit nicht vergessen hat, kann bezweifeln, dass die Situation und die Stimmung des Volkes gelegentlich auch der ehrlichst friedliebenden britischen Regierung aus den Händen gleiten können. Mag sein, dass ein Teil dieser Überlegungen bei der

H1668-0290

sehr ausgesprochenen Beruhigung im tschechoslovakischen Problem, zu welcher es vor einem Monat kam, seine Rolle gespielt hat. Die grosse Masse der deutschen Bevölkerung in allen Schichten würde, so dankbar sie auch ihrem Führer dafür ist, dass er sie aus der Tiefe der Niederlage wieder auf die Höhe der Macht geführt hat, einer Wiederholung des Weltkrieges — denn dazu kann es dann sehr wohl kommen — sicherlich mit äusserstem Kummer und tiefster Bestürzung entgegensehen. Es ist recht gut bekannt, dass die deutschen Heerführer die ersten sind, die Vorsicht und Verzögerung anraten. Die ehrenhafte Rehabilitierung des Generals von Fritsch ist ein Beweis dafür, dass der Einfluss der deutschen Armee beim Führer von den Machinationen der Radikalen in der Nazipartei und ihrem Werkzeug, der politischen Polizei, nicht unterdrückt worden ist.

Diese Sommermonate werden vielleicht viel Sorge bringen; aber niemand hat das Recht, an einer guten Lösung zu verzweifeln. Eine Regelung und Wiederversöhnung in der Tschechoslovakei wäre keine Demütigung für Herrn Hitler. Im Gegenteil, er könnte mit Recht für sich in Anspruch nehmen, dass seine Bemühungen den Sudetendeutschen einen ehrenhaften Status und den rechtmässigen Platz im Lande ihrer Geburt gewonnen haben und dass der Prozess, der zur Erreichung dieser Reformen geführt hat, die Grundlagen des europäischen Friedens eher gestärkt als erschüttert hat.

H1668-0291

DIE VERGEWALTIGUNG ÖSTERREICHS

6. Juli 1938

Vor zwei Monaten erinnerte ich das Unterhaus daran, dass eine Boa Constrictor, wenn sie eine Ziege oder ein Reh verschlungen hat, einige Monate lang in trägem Schlaf dazuliegen pflegt. Es kann jedoch geschehen, dass dieser angenehme Zustand durch Verdauungsbeschwerden gestört wird. Wenn die Beute nicht gleich genügend zermalmt oder in Schleim gehüllt, vor allem, wenn sie mit Hörnern und Hufen verschlungen worden ist, leidet die Schlange an sehr heftigen Krämpfen, welche von Zuckungen und Windungen begleitet sind, von Übelkeitsanfällen und Gähnkrämpfen. Diese rein zoologischen Beobachtungen, für die weitere Einzelheiten in Buffons Naturgeschichte zu finden sind, bieten eine — zweifellos sehr entfernte — Parallele zu dem, was seit der Eingliederung Österreichs ins Deutsche Reich vor sich gegangen ist.

Obgleich viele der erfahrensten Auslandskorrespondenten ausgewiesen worden sind, erreicht ein ununterbrochener Strom vertrauenswürdiger Nachrichten aus allen Teilen dieses unglücklichen Landes London. Es gibt in der Tat keinen Teil Europas, der von Natur aus weniger geeignet für das deutsche Naziregime wäre als die alte Hauptstadt des Heiligen Römischen Reiches, welche noch immer vom goldenen Abglanz tausendjähriger Pracht und Eminenz umschimmert ist. Ja, im ganzen verstümmelten österreichischen Staat existieren alle Kräfte und Faktoren, gegen die der Kult des Nazismus unbarmherzig Krieg führt. Es gibt Juden in grosser Anzahl; die Katholiken sind nach Millionen zu zählen; es gibt Monarchisten, treue Verfechter einer Habsburger Restaurierung, und die zahlreichen Reste des-

H1668-0292

sen, was einst die hohe Gesellschaft des österreichisch-ungarischen Reiches war. Schliesslich leben in allen Arbeiterdistrikten starke sozialistische und linke Tendenzen. Alle diese Elemente des österreichischen Lebens erregen aus dem einen oder anderen Grunde den Hass und die Gegnerschaft der deutschen Nazipartei.

Es ist leicht, die Juden zu ruinieren und zu verfolgen; ihnen ihr Privateigentum zu stehlen; sie aus allen Berufen und Erwerbszweigen hinauszudrängen; einen Rothschild ins Gefängnis zu werfen oder in Gewahrsam zu halten; jüdische Damen zum Strassenaufreiben zu zwingen und Haufen hilfloser Flüchtlinge auf Donauinseln auszusetzen — und diese Vergnügungen gewähren noch immer Befriedigung. Aber dreihunderttausend Juden in Wien, das ist für eine Ausrottungspolitik ein fast unlösbares Problem von riesigen Ausmassen. Schon wird zugegeben, dass der Prozess einige Jahre in Anspruch nehmen wird. Mittlerweile wird dem ohnedies bereits belasteten Wirtschaftsleben Wiens ein schwerer Verlust zugefügt, wenn eine geschäftige, begabte, fleissige Gemeinschaft, die sich in tausenderlei Art nützlich gemacht hat, zu einer Masse hilfloser, elender Menschen degradiert wird, welche man trotz allem nicht en masse verhungern lassen kann. Die Kunde von ihren Heimsuchungen verbreitet sich durch die ganze Welt, und es ist erstaunlich, dass die Beherrscher Deutschlands sich nicht mehr um die Fluten von Abscheu und Wut kümmern, welche sich in den schwer rüstenden Vereinigten Staaten unablässig gegen sie erheben.

Die österreichischen Katholiken haben vorläufig durch ihren Kardinal einen Separatwaffenstillstand für sich abgeschlossen, und bis jetzt ist kein Versuch gemacht worden, den katholischen Klerus und die katholischen Schulen Österreichs mit der Strenge zu behandeln, die in Bayern herrscht. Die „Heil Hitler"-Erklärung des österreichischen Kardinals Innitzer ist auf den bayrischen Bahnhöfen ausgehängt, um die kräftigere Haltung des Kardinals Faulhaber in München anzuprangern. Kurz, die österreichischen Katholiken

H1668-0293

gelten in Berlin als so zäh, dass man sich vorläufig noch nicht mit ihnen einlässt. Die Unterdrückung der Monarchisten, der Adligen, der Unterstützer des Schuschniggregimes ist unbarmherzig. Dass der Gewinn einer so kostbaren Beute wie Österreich, welcher so rasch und so billig war, in den Herzen der Eroberer nicht mehr Grossmut erzeugt hat, ist wahrhaft erstaunlich. Fast jede andere Gruppe von Männern hätte in einer Stunde so unerwarteten Triumphs dazu geneigt, Vergangenes vergangen sein zu lassen und einen neuen, gerechten Anfang zu machen. Es gehört aber zur Politik des deutschen Nazismus, alle Menschen deutscher Abkunft und deutscher Zunge, die sich nicht die Interessen und ehrgeizigen Ziele des Nationalsozialismus zu eigen gemacht haben, mit exemplarischer Strenge zu behandeln. Auf diesem Wege hofft man durch Furcht die germanischen Bevölkerungen in anderen Ländern zu einigen und so den Boden für weitere Abenteuer vorzubereiten. Man muss jedoch im Auge behalten, dass der österreichische Adel und Landbesitz viele Verbindungen mit denselben Klassen in Deutschland hat, welche hinter und in dem geachteten deutschen Heer Zuflucht suchen.

Aber der stärkste und der einzige offene Widerstand gegen die Nazifizierung Österreichs ist höchst sonderbarerweise aus eben der Schicht österreichischer Nazis gekommen, die die Hauptursache und der Hauptvorwand der Invasion waren. Die österreichischen Legionäre, 30.000 Mann, kehrten aus München und anderen bayerischen Städten zurück, von der Hoffnung geschwellt, sie würden die Herren des Landes werden, das sie verraten hatten. Sie wurden von ihren Genossen, welche die österreichische Republik von innen unterminiert hatten, willkommen geheissen. Beide Gruppen betrachteten sich natürlich als die Helden des Tages, und beide wurden von Zorn gepackt, als sie merkten, dass sie von allen beherrschenden, gewinnbringenden Machtstellungen ausgeschlossen waren. Überall traten ihnen Funktionäre der deutschen Nazipartei entgegen, welche ihnen die ersehnten Amtsfreuden vorenthielten. Sie mussten die Ent-

H1668-0294

deckung machen, dass sie in den Händen Stärkerer die Werkzeuge gewesen waren, die die Kastanien aus dem Feuer holten. Es kam zu lauten Beschwerden und sogar zu Wiederholungen der Sabotage, mit der sie früher die Regierung Schuschnigg in Verlegenheit gebracht hatten. Im Postwesen, auf den Eisenbahnen und in vielen Fabriken kam es zu Zwischenfällen, welche zeigten, wie enttäuscht diese Faktion war, weil sie sich im Augenblick des Triumphs dessen beraubt sah, was sie für ihr gutes Recht gehalten hatte.

Hier bewegte sich jedoch die deutsche Verwaltung auf gefährlichem Boden. Die österreichischen Nazis sind von einer bösartigen Aktivität. Mit ihnen traten weit über die nicht eng gesteckten Grenzen politischer Zurückhaltung hinaus Plünderung, Korruption und Brutalität auf den Plan. Sie waren von dem lebhaften Wunsch beseelt, an ihren österreichischen Landsleuten, die ihren Ansichten entgegengetreten waren, Rache zu üben. Es ergab sich für die deutschen Behörden die Notwendigkeit, sie ihrer Ämter zu entheben und sie unter Aufsicht zu halten, und Herr Bürckel, der eigentliche Gouverneur der Provinz, hat zweifellos recht, wenn er erklärt, sie seien zum grössten Teil für Vertrauensstellungen nicht geeignet. Sie bilden eine knurrende, aber einigermassen eingeschüchterte und völlig desillusionierte Gruppe im Mittelpunkt eines überaus unerfreulichen Bildes.

In Betracht zu ziehen ist noch die Auswirkung der Annexion auf die unorganisierte Masse der österreichischen Lohnempfänger und Bauern. Dass der Lebensstandard in Österreich ausserordentlich niedrig war, ist nicht zu bezweifeln. Die zur strengen Regulierung der Finanzen notwendigen Jahre der Deflation und der Zinsendienst für Auslandsanleihen hatten die Lage der Arbeiter in Stadt und Land auf ein tiefes Niveau herabgedrückt. Man kann nicht behaupten, dass es ihnen wirtschaftlich schaden würde, auf das Niveau der deutschen Bevölkerung gebracht zu werden, so hart das auch im übrigen sein mag. Im Gegenteil, wenn es

H1668-0295

ihnen auch kein Vergnügen bereitet, dass ihnen vorgehalten wird, sie sollten auf ihre „Gemütlichkeit" verzichten und ihre tägliche Arbeit mit mehr Eifer und Energie tun, könnte es trotzdem zu einer beachtlichen Verbesserung in manchen grundlegenden Dingen kommen.

Unterdessen gehen ihre Herren daran, mit erhabener Autorität Belohnungen und Aufgaben nach Gutdünken zu verteilen. Zweierlei einander entgegengesetzte Arten der Abwanderung nach Deutschland sind im Gange. Viele Züge bringen gewaltige Scharen österreichischer Lohnempfänger ins Altreich, wo sie unter eiserner Herrschaft arbeiten müssen. In einer Zeit, in der alle Deutschen entweder von der industriellen oder der militärischen Dienstpflicht erfasst sind, muss das Leben dieser Deportierten in mancherlei Hinsicht an die älteren Formen der Sklaverei erinnern. Weit von ihrer Heimat arbeiten sie unter harten Fronvögten am Aufbau jener kriegerischen Kraft, deren Endziele Europa noch kennenzulernen hat. Seite an Seite mit diesen Unglücklichen fahren die Exkursionszüge derer, die vom Wohlwollen der Organisation „Kraft durch Freude" begünstigt sind. Diese Auserwählten dürfen voll ehrfürchtiger Bewunderung das Bild der Nazimacht anstarren. So wird mit allen Mitteln, von der Peitsche bis zum Zuckerbrot, das ausgemergelte, geplagte Österreich dazu gebracht, den Nazikarren eine immer steiler werdende Höhe hinaufzuschleppen.

H1668-0296

GEDANKEN ÜBER DEN KÖNIGSBESUCH

26. Juli 1938

Der berühmte Königsbesuch in Paris ist vorüber, und sicherlich ist es eine grosse Seltenheit, dass offizielle Zeremonien allen, die daran teilnehmen, so viel wirkliche Freude und Zufriedenheit bereiten. Der König, mit seiner frischen, jugendlichen Persönlichkeit und seinem offenen, mannhaften Blick, und die Königin, mit ihrem magnetischen Charme und ihrem „Allerweltsliebling"-Lächeln, haben Paris und, über Paris, ganz Frankreich erobert. Das königliche Paar, welches aus Liebe heiratete und, als es von der Pflicht gerufen wurde, schüchtern den Thron bestieg, bot bei seinem Besuch in der französischen Republik jenes Bild glücklichen Familienlebens, das dem französischen Herzen so teuer, für das Leben Frankreichs von so unschätzbarem Wert ist. Der einzigartige Willkomm und die Gastlichkeit, die ihnen zuteil wurden, hoben die ganze Episode aus der Sphäre der Paraden und Protokolle, des formalen Prunks und der Etikette hinaus. Neue Brücken wurden über die Abgründe geschlagen, welche sich im Lauf der Jahrhunderte aufgetan hatten, und die Geschichte Frankreichs und seiner Überlieferungen hielt in geschlossenem Zuge ihren Einzug in die Welt von heute.

Obgleich das Blinken der Waffen und das Dröhnen der Kriegsmaschinen eine Rolle spielten, waren sie nicht der vorherrschende oder charakteristische Zug. Andere grosse Länder können mit der traurigen Grossartigkeit solcher Schaustellungen in Konkurrenz treten, wenn auch noch nicht sie überbieten. Aber das den britischen Souveränen gebotene Programm hatte einen Charme und eine Eleganz, eine Friedfertigkeit und Kultur, einen Hintergrund von Kunst und

Dichtung, Musik und Tanz, wie sie nur der französische Genius schaffen kann. Was in Bagatelle, in der Oper, in der Versailler Kapelle, im Bosquet d'Apollon gezeigt wurde, hätte durchaus erdacht sein können, um zu beweisen, dass es im menschlichen Leben ausser Trompetengeschmetter und diplomatischen Netzen noch vieles andere gibt. Es war, als riefe eine helle Stimme die Völker Europas dazu auf, ihre Gedanken von hartem Ehrgeiz, eiserner Reglementierung, bitteren Glaubensbekenntnissen und Hassgefühlen abzuwenden und auf die Freude, das Vergnügen und den Glanz zu lenken, die ohne Mühen und ohne Verbrechen zu gewinnen sind. Das Herz müsste wirklich hart sein, das es über sich bringt, an diesem Tagtraum unter dem freundlichen Sonnenschein der Freiheit und des französischen Landes nicht seine Freude zu haben. Wie schön könnte die Welt sein, wie reichlich die Gaben der Natur, wie herrlich das Erbteil des Menschen, wollten nur die Grosstaaten und Regierungen Europas in Einigkeit und gemeinsam ein paar einfache, entschlossene Massnahmen treffen!

Die Tage, da Souveräne, Herrscher und Minister von sich aus Freundschaften zwischen Nationen dekretieren konnten, sind vorüber. Alle derartigen Feiern, und seien sie noch so imposant, noch so gut inszeniert, sind müssig, wenn nicht das Volk mit dem Herzen dabei ist. In den Hütten auf dem Lande und den Arbeiterbehausungen, da müssen heute Verträge der Eintracht und der Kameradschaft vorgelegt werden. Fachleute mögen sie vorbereiten, die Staatsmänner mögen ihre Namen darunter setzen, aber um Gültigkeit zu erlangen, müssen solche Instrumente heute von Händen bezeugt und gegengezeichnet werden, die von der Arbeit in der Schmiede und auf der Scholle hart sind. Dieses Bewusstsein eines feierlichen sozialen Akkords, welcher von dem Willen vieler Millionen getragen, von allen Klassen und Glaubensbekenntnissen und von jeder politischen Philosophie innerhalb einer freien und toleranten Zivilisation akklamiert wird, dieses Bewusstsein ist es, was der Zusammenarbeit des britischen und des französischen Volkes ihre Bedeutung für

H1668-0297

die ganze Welt und auch in nicht geringem Masse ihre furchteinflössende Stärke gibt. Nirgends leuchtete den Souveränen der verehrungswürdigen britischen Monarchie ein freundlicheres Willkommen entgegen als aus den Augen der ärmsten Bürger der französischen Republik. Die Mengen, die sich in den Strassen von Paris drängten, vergassen, und sei es auch nur für einen Augenblick, den Parteien- und Doktrinenstreit, welcher im Bewusstsein unwissender, verständnisloser Ausländer einen so grossen Raum einnimmt, und wir sahen wieder einmal die Vision der „union sacrée", welche alle Franzosen in einer Gemeinschaft vereinigt, die stärker ist als Schrecken und Tod.

Ich bewegte mich unter den Truppen. Jedes Volk ist stolz auf sein Militär, aber der französische Soldat hat etwas an sich, das einzigartig ist. Eine hundertjährige politische und religiöse Freiheit und die Tatsache, dass der Boden, den er bebaut, sein Eigentum ist, haben ihn geformt. Diese mächtigen Kräfte haben seinen Verstand befreit und seinen Charakter gebildet. Eine starke Persönlichkeit drückt sich in seinem Gesicht aus — die Züge sind finster und hart, die Kiefer sind grimmig aufeinandergepresst. Und dennoch ist ein undefinierbarer Ausdruck der Fröhlichkeit und des Humors da. Die Freiheit und das Ackerland, das waren seine Lehrer, und es bedurfte eines Jahrhunderts zur Schaffung dieses Typus.

Die französische und die britische Demokratie leben in einer Zeit ernstester Sorge. Sie haben in einem Krieg nichts zu gewinnen und fast alles zu verlieren. Die Vorstellung eines Krieges zu ehrgeizigen Zwecken, für Ziele der Eroberung, ist ihnen verhasst. In ihrer gegenwärtigen Stimmung würden sie sich auch nicht weigern, dem Recht und der Gerechtigkeit zu geben, was sie der Gewalt versagen werden. Es ist herrlich, die Ruhe eines Landes zu sehen, wo die Nation das Heer ist, wo die Regierung in den Händen eines Volkes liegt, das in aller Öffentlichkeit von seinen Führern dazu verpflichtet worden ist, die furchtbarste aller Heimsuchungen auf sich zu nehmen, wenn es in Staaten, die fern

H1668-0298

von ihren Grenzen sind, und mit deren Völkern sie keinen anderen Berührungspunkt haben als den der gemeinsamen Sache, zu Ereignissen kommen sollte, auf die sie nicht den mindesten Einfluss haben. Kein Explosivstoff kann so brisante Kräfte entwickeln wie die Seele eines freien Volkes.

Der Besuch König Georgs VI. und der Königin Elisabeth, welcher unter der überwältigenden Zustimmung der Parlamente und der Völker des Britischen Weltreichs zustandekam, muss als neue und zusätzliche Sicherung gegen das plötzliche Hereinbrechen der Katastrophe betrachtet werden. Er hat die tiefe Harmonie, welche die Regierungen und die Massen Frankreichs und Grossbritanniens vereinigt, gestärkt und weithin sichtbar betont. Er hat Frankreich in den Stand gesetzt, sich wieder einmal in seiner wahren Grösse zu sehen. Er hat es den Ministern beider Länder ermöglicht, sich davon zu überzeugen, dass die Einigkeit zwischen den westlichen Demokratien nicht dazu missbraucht werden wird, die notwendige Regelung, die unter den verschiedenen Völkern der Tschechoslovakei erreicht werden muss, zu erschweren. Die tschechische Regierung ist es den Westmächten schuldig, alle Konzessionen, die mit der Würde und der Integrität ihres Staates vereinbar sind, zu machen und zwar schleunigst zu machen. Genau so, wie wir verlangen, dass Deutschland keinen Streit jenseits seiner Grenzen aufrührt, müssen wir dafür sorgen, dass die Definitionen unserer Haltung, welche klar und eindeutig umrissen worden ist, nicht einen Kleinstaat, dessen Existenz vom Gewissen und von den Bemühungen anderer abhängt, zur Halsstarrigkeit ermuntern.

Ich kenne selbst die Plaidoyers beider Seiten in der Tschechoslovakei aus erster Hand, und ich bin überzeugt davon, dass alle wesentlichen Elemente einer guten, dauernden Regelung vorhanden sind, wenn sie nicht durch Eigensinn auf der einen Seite oder bösartige Hetzmanöver auf der anderen vernichtet werden. Guter Wille und Billigkeit, gegenseitige Bereitschaft zu Konzessionen und Masshalten müssten zu einem Ergebnis führen, das von keiner Gross-

H1668-0299

macht verworfen oder angefochten werden wird. Es fehlt jedoch nicht an beunruhigenden Anzeichen. Die am besten Informierten sind nicht die am wenigsten Besorgten. Es kann als gewiss angenommen werden, dass ein militärischer Überfall Deutschlands auf die Tschechoslovakei in Abschnitten, die nicht vorauszusagen sind, zum Ausbruch eines allgemeinen Krieges führen würde, der den grösseren Teil der Welt in seine Strudel risse und zweifellos auf viele Jahre hinaus den Ruin ihrer Wohlhabenheit und Zivilisation im Gefolge hätte. Die Versicherungen, die wir in der letzten Zeit von Herrn Hitler erhielten, müssen in aller Aufrichtigkeit begrüsst und seitens der französischen und der britischen Regierung mit erneuten Anstrengungen zur Herbeiführung einer gerechten und billigen Lösung erwidert werden. Solange nicht Truppen marschieren oder Geschütze feuern, werden die Geduld und die Ausdauer aller Beteiligten sicherlich von Erfolg gekrönt werden. Bis dahin aber kann es keine bessere Gewähr für den Frieden geben als die durch den Königsbesuch in Paris kundgetane, umfassende Solidarität der Ideale und der gemeinsamen Sicherheit zwischen den parlementarischen Demokratien Westeuropas.

H1668-0300

DIE VEREINIGTEN STAATEN UND EUROPA

4. August 1938

Wie schwer lasten doch die Geschicke dieser Generation auf der Regierung und der Bevölkerung der Vereinigten Staaten! Aus vielen Ländern Europas und Asiens wenden sich die Blicke dieser grossen, starken englisch sprechenden Gemeinschaft zu, welche von ihren Meeren geschützt ist und doch auf die Brandung der Weltvorgänge reagiert. Werden die Vereinigten Staaten ihr Gewicht für Friede, Recht und Freiheit in die Waagschale werfen, solange noch Zeit bleibt, oder werden sie Zuschauer bleiben, bis das Unheil zur Tatsache geworden ist, und dann unter unendlichen Kosten und Mühen aufbauen, was niemals hätte umgerissen werden müssen? Das ist das Rätsel einer Sphinx, die unter der Maske der Beredsamkeit, der Liebenswürdigkeit, der Sentimentalität, des angestrengten Geschäfts, der fabrikmässig gelieferten Politik, der Selbstkritik und der Selbstzufriedenheit, der Stärke und der Schwäche, der Tüchtigkeit und der Verworrenheit noch immer die Macht hat, ein feierliches und furchteinflössendes Wort zu sprechen.

In welcher Lage sind, physisch, moralisch und psychologisch, die Vereinigten Staaten heute? Der wilde Kampf, der zwischen den antikapitalistischen oder sich gegen die Reichen richtenden Kräften dieses Landes auf der einen Seite und den Sorgen über sein praktisches wirtschaftliches Wohlergehen auf der anderen im Gange ist, hat so etwas wie einen Gleichgewichtszustand erreicht. Es ist eine gute Politik, die Millionäre zu hetzen, die Monopole zu zerschlagen, die privilegierten Interessen zu besteuern und zu disziplinieren. Aber diese haben grosse Widerstandskräfte. Sie werden kämpfen, sie werden weiterkämpfen; und solange

H1668-0301

der Streit nicht beigelegt ist, steht die Prosperität auf den Fusspitzen draussen vor der Tür. Und doch gab es niemals eine Zeit, da es für die ganze Welt wichtiger gewesen wäre, dass die Vereinigten Staaten sowohl prosperieren wie militärisch stark sind. Die europäischen Demokratien haben vor den Diktaturstaaten reale Vorteile in Reichtum, Kredit und Überseehandel voraus, aber ihre Stärke und Energie steht jederzeit im engsten Zusammenhang mit der Prosperität oder der Not der Vereinigten Staaten.

Wenn es in Amerika gut geht, spürt das zuverlässigere Fussvolk in den freien Ländern Europas einen neuen Kräftezuzug. Geht es schlecht, so wird es auf hundert verschiedenen Wegen in seiner Stärke gerade da getroffen und geschwächt, wo gesetzesfürchtige, friedliebende, zivilisierte Staaten ihren Lohn finden sollten. Wirtschaftliche und finanzielle Unordnung in den Vereinigten Staaten übt nicht nur einen deprimierenden Einfluss auf alle Schwesterländer aus, sondern mindert in ihnen auch eben die Kräfte, die entweder den Völkerhass beschwichtigen oder wesentliches zum Widerstand gegen die Tyrannei beitragen könnten. Der beste Dienst, den die Vereinigten Staaten der Welt erweisen können, ist, wohlhabend und gut gerüstet zu sein.

An der Aufrüstung wird in sehr grossem Masstab gearbeitet. Gewaltige Vorräte an Kriegsgeräten wurden vom Kongress für die Verstärkung der bewaffneten Macht, insbesondere der Marine, bewilligt, weit über das hinaus, was durch unmittelbare Gefahr geboten erscheinen würde. Keine amerikanische Partei widersetzt sich dem Wunsch des Präsidenten, die Vereinigten Staaten zu einem der am schwersten bewaffneten und wissenschaftlich am besten vorbereiteten Länder der Welt zu machen. Der Pazifismus und der Kult der Schutzlosigkeit sind von allen Parteien aufgegeben worden. Niemals gab es im Frieden eine Periode, in der die amerikanischen Rüstungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft eine so imposante Höhe erreichten oder von einer so starken Überzeugung der ganzen Nation getragen waren.

Aber die wirtschaftliche und finanzielle Stärke, die sich

H1668-0302

gleichgesinnten Ländern jenseits der Meere so rasch mitteilen würde, ist noch weit unterhalb ihres natürlichen Niveaus. Der Krieg zwischen dem Grossgeschäft und der Regierung geht mit bedauerlicher Heftigkeit weiter. Diesen mächtigen Kräften scheint nicht bewusst zu sein, wie sehr sie aufeinander angewiesen sind. Der Präsident hört nicht auf, die Wirtschaft und die Hochfinanz nach Herzenslust abwechselnd zu beunruhigen und zu beschwichtigen. Er ist bald freundlich, bald unfreundlich, und das Vertrauen kehrt nicht wieder. Man nützt die Kreditkraft der Nation in Riesenausmassen für die Arbeitslosenfürsorge aus, welche sich zu einem guten Teil selbst kurieren würde, wenn nur für ein einziges Jahr die normalen Vertrauensverhältnisse wiederhergestellt wären. Die Parteipolitik durchdringt alle Sparten des Wirtschaftslebens. Wenn man bedenkt, welche Riesensummen für verschiedene Formen der Arbeitslosenunterstützung, für Ankurbelungsmassnahmen und für die New-deal-Ideologie ausgegeben werden, kann man ermessen, wie umfangreich die neugeschaffene, für diese Zwecke unerlässliche Hierarchie der Beamteten oder Halbbeamteten sein muss, welche von nun an ihre eigenen Privilegien verfechten wird.

Der Versuch, ein die ganze Nation umfassendes System der Arbeitslosenfürsorge unter Verzicht auf das wichtige Triebwerk der Arbeitsbörsen zu organisieren und verwaltungsmässig durchzuführen, muss Schwindel, Vergeudung und Betrug zum Ergebnis gehabt haben. Das edle Bemühen des Präsidenten, eine höhere Form sozialer Gerechtigkeit herbeizuführen, erfordert eine Korrektur und Konsolidierung durch eine sorgfältige Regelung der Verwaltungskosten, die mehrere Jahre hindurch hartnäckig und unter strengsten Bedingungen aufrecht erhalten wird. Wenn es statt dessen wieder zu einer wahren Flut von Wahlmanövern und Stimmenfängereien auf Kosten der nationalen Aktiva kommt, dann wird die stabilisierende Rolle, die die Vereinigten Staaten in der Welt spielen könnten, auf das schwerste geschädigt sein. Die Autorität und das Prestige, welche die

H1668-0303

grossartige Aufrüstung eines freien Volkes erzeugen, werden von finanzieller und politischer Unordnung ausgehöhlt werden. Aber wir müssen hoffen, dass man besser beraten sein wird.

Das britisch-amerikanische Handelsabkommen hat als Beitrag zur Handelsbelebung und Ausdruck der freundschaftlichen Gefühle innerhalb der englisch sprechenden Welt eine sehr reale Bedeutung. Alles spricht dafür, dass in der nächsten Zeit eine günstige Einigung erzielt wird. Die Schuldenfrage hingegen hat eine neue Komplikation erlitten. Die isolationistischen Kräfte in den Vereinigten Staaten haben nicht viel für eine Regelung übrig, die Grossbritannien von dem durch die Johnson-Akte auferlegten Verbot befreien würde, Staaten, welche ihren Anleihediensten nicht nachgekommen sind, Darlehen zu gewähren. Diese Kräfte würden natürlich auf den schärfsten Bedingungen bestehen und es schwer machen, dass ein vernünftiges Kompromiss erreicht wird. Ein Aufwerfen dieser Frage im Augenblick, zudem da die Kongresswahlen bereits am Horizont sind, wäre nicht gerade zweckdienlich. Trotzdem besteht in Grossbritannien das ernste Streben nach einem direkten und freundschaftlichen Abkommen.

Die Richtung, in der sich indessen die amerikanische Meinung über die Angelegenheiten der Welt bewegt, ist bemerkenswert. Neben den lautesten Wiederholungen der Versicherung: „Nie wieder lassen wir uns hineinziehen" ist ein wachsendes Interesse an den grossen Problemen zu beobachten, um die es sowohl in Europa wie im Fernen Osten geht. Niemals gab es im Frieden eine Zeit, zu der die Zeitungen der Vereinigten Staaten ihren Lesern mehr Auslandsnachrichten brachten oder diese Leser sich erpichter darauf zeigten, über Angelegenheiten informiert zu werden, die sich in einer Entfernung von mehreren tausend Meilen abspielen, oder eine lebhaftere Neigung an den Tag legten, sich ausgeprägte geistige und moralische Überzeugungen darüber zu bilden. Es gibt buchstäblich viele Millionen von Männern und Frauen in den Vereinigten Staaten, die den

H1668-0304

Tyranneien der totalitären Regierungen, der kommunistischen wie der nazistischen, ebenso feindlich gegenüberstehen wie seinerzeit ihre Grossväter der Erhaltung der Sklaverei.

Die Empfindungen, nicht gegen Deutschland, sondern gegen das Naziregime, sind in den ganzen Vereinigten Staaten ausgeprägter und werden offener geäussert als in Grossbritannien. Diese Empfindungen sind viel lebhafter und weiter verbreitet, als es vor 1914 der Fall war. Diese Stimmung wird von der Regierung keineswegs entmutigt. Die Reden der bedeutenden Minister sprechen in den glühendsten Ausdrücken die Gefühle der britischen, französischen und skandinavischen liberalen Demokratie aus. Die ehemaligen Kriegsteilnehmer Amerikas stehen der Nazibewegung in starrer, unbeugsamer Feindseligkeit gegenüber. Die deutsche Spionage in Amerika nimmt die öffentliche Aufmerksamkeit ganz in Anspruch. Die New Yorker müssen von Ausschreitungen gegen deutsche Schiffe zurückgehalten werden. Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass es in der Politik oder im Sport zu einem Ereignis kommt, das der fünfhundertköpfigen Tagespresse eine Gelegenheit gibt, gegen den Nazismus genau das zu schreiben, was ihre Leser haben wollen. Hinter all diesen Vorgängen wächst offenbar unablässig eine grimmige Feindschaft gegen Tyrannei und Aggression in jeglicher Gestalt. Die Haltung der amerikanischen Botschafter und ihrer Stäbe in vielen Hauptstädten beweist, wie sehr man für die Aufrechterhaltung des demokratischen Systems ist, gleichzeitig aber geschieht nichts, was zu einer aktiven Intervention der Vereinigten Staaten führen könnte.

All dies sind Tatsachen, die von den Betroffenen beachtet werden sollten. Es wäre eine Torheit, wenn die europäischen Demokratien bei ihren militärischen Vorbereitungen auf eine direkte Hilfe der Vereinigten Staaten rechneten. Noch törichter wäre es, wenn die kriegstreiberischen Kräfte innerhalb der diktatorischen Regierungen Europas diese langsame, aber unaufhörliche Gruppierung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten um die Standar-

H1668-0305

ten der Freiheit und der Toleranz übersehen oder mit Verachtung behandeln sollten. Je mehr Gewicht man in Europa den Vereinigten Staaten in diesen Jahren, vielleicht sogar in diesen Monaten, beimisst, desto besser sind unsere Aussichten, einem zweiten Sturz in den Abgrund zu entgehen.

H1668-0306

DEUTSCHE MANÖVER

18. August 1938

Darüber, ob die jüngsten militärischen Vorgänge in Deutschland lediglich interessante Übungen und Prüfungen seines neuen Heeresapparates sind oder ob sie irgendeinem ernsteren Zweck dienen, sind die Meinungen geteilt. Wenn erklärt wird, dass Deutschland vor Ende des Monats 1.500.000 Soldaten unter den Waffen haben, dass es alle aktiv dienenden Rekruten auf unbestimmte Zeit unter den Fahnen behalten wird, dass es eine, zwei oder vielleicht drei Reservistenklassen einberufen hat, dann wird darauf hingewiesen, dass auch andere Länder gelegentlich Teile ihrer Reserven in Friedensmanövern ausgebildet haben, und da sei es nur natürlich, dass die deutschen Führer ein ähnliches Experiment machen, zweifellos in etwas grösserem Masstab. Wenn darauf hingewiesen wird, dass alle Ackerpferde und alle brauchbaren Lastautomobile für Artillerie und Transportzwecke vom 15. August an requiriert sind, dass alle Beamten zum selben Datum von ihrem Urlaub auf ihre Posten zurückgekehrt sein müssen, und dass kein Mann unter 65 Jahren das Land verlassen darf, dann wird erklärt, das sei lediglich ein Beispiel für die deutsche Gründlichkeit, die darauf abziele, dem Kriegsspiel, das für unbestimmte Zeit bei den verschiedenen Truppenabteilungen vor sich gehen solle, gründlich den Anschein der Wirklichkeit zu geben.

Als wir erfuhren, dass die Landesteile, in denen die stärksten Truppen für Manöverzwecke konzentriert werden, an der Rheinfront und an den Zufahrtswegen zur Tschechoslovakei liegen, wurde zu verstehen gegeben, es sei nicht mehr als vernünftig, dass das neue deutsche Heer mit diesen

H1668-0307

Gebieten besonderen strategischen Interesses bekannt gemacht werde. Wenn die deutsche Öffentlichkeit Nervosität und Bestürzung an den Tag legt, müssen wir daran denken, dass ihr unter dem totalitären System nur mitgeteilt wird, was ihre Herrscher für richtig halten, und dass sie infolgedessen Gerüchten leicht zum Opfer fällt. Wenn es auf der Berliner Börse zu einem heftigen Kurssturz gekommen ist, so zweifellos deshalb, weil die Juden aus purer Bosheit ihre Wertpapiere verkaufen. Die scharfe Steigerung des Goldpreises auf dem Weltmarkt und die Flauheit der New Yorker Börse gehören einfach zur allgemeinen „Angstpsychose".

Vor einigen Monaten wurde in Deutschland ein neues Dienstpflichtgesetz für alle Zwecke erlassen, und die Regierung ist nunmehr in der Lage, jeden Mann von jeder Arbeit wegzuholen und, solange sie will, zu beschäftigen, wie sie wünscht. Diese ganz ausserordentliche Massnahme erregte zu wenig Aufmerksamkeit. Als Hunderte, ja Tausende von Arbeitern plötzlich von ihren Zivilbeschäftigungen abberufen wurden und alle Bauvorhaben und öffentlichen Arbeiten plötzlich zum Stillstand kamen, war dies natürlich ganz einfach die Durchführung eben dieses Gesetzes. Als berichtet wurde, dass diese grossen Massen von Arbeitern und Taglöhnern das bereits umfangreiche Arbeitsheer verstärkt haben, das bei den deutschen Befestigungen an der französischen Grenze beschäftigt ist, erklärten grosse britische Zeitungen, das sei eine reine Verteidigungsmassnahme und darum im wesentlichen eine Friedensaktion der Naziführer Deutschlands, ausgelöst durch die Furcht, sie könnten von den bösen Demokratien an der Westgrenze angegriffen werden.

Eine Politik fieberhafter Notbefestigung gegen eine derartige Gefahr an praktisch sämtlichen Grenzen muss natürlich die Notwendigkeit äusserster Geheimhaltung mit sich bringen, und daher die Sperrung grosser Landesteile für Reisende, insbesondere für solche, die höhere militärische Ränge bekleiden könnten. Sollte jemand die Bemerkung machen, dass ein Mann, der die Absicht hat, in seinem Hintergarten

H1668-0308

ein Verbrechen zu begehen, sehr wohl damit anfangen könnte, dass er vorsichtshalber seinen Vordereingang versperrt, so würde ihm sofort erwidert werden, die wohlbekannten friedlichen Gefühle der Naziführer, ihre Achtung vor den Verträgen und dem Völkerrecht, ihre Abneigung gegen alles, was mit Gewaltsamkeit oder Blutvergiessen verwandt sei, und ihr oft ausgedrückter Wunsch, freundschaftliche Beziehungen zu Grossbritannien herzustellen, all dies lasse eine derartige Äusserung völlig ungehörig erscheinen. Wenn, so wird uns gesagt, noch ein Beweis dafür notwendig wäre, dass von irgendwelchen finsteren Motiven bei den deutschen Nazis keine Rede sein könne, dann sei dieser Beweis in der Offenheit zu finden, mit der diese ganze gewaltige Friedensmobilisierung durchgeführt worden sei und noch durchgeführt werde.

Ich habe mir Mühe gegeben, die Ansichten der Optimisten klar auseinanderzusetzen, und wir alle müssen eifrigst hoffen und beten, dass sie recht haben mögen. Wenn sie recht haben, wenn diese gewaltige und unendlich kostspielige Zusammenfassung der deutschen bewaffneten Macht völlig friedlich und gutartig vorüber geht, und wenn in einigen Monaten alles wieder beim alten ist, wird sicherlich überall ein Gefühl der Erleichterung und des erneuten Vertrauens empfunden werden. Sollte sich jedoch herausstellen, dass die Optimisten unrecht haben, dann könnte es sein, dass die Regierungen und Länder, die derselben Meinung waren, sich in den Anfangsstadien eines Weltkrieges enorm im Nachteil befänden. Eine grosse Verantwortung lastet also auf allen, die infolge geistiger Trägheit, aus einer Augustferienstimmung heraus oder weil sie nicht den Tatsachen fest ins Auge blicken wollen, die Massen ruhiger und friedlicher Durchschnittsmenschen irreführen. Es entspräche nur ganz gewöhnlicher Klugheit, wenn auch andere Länder gleichzeitig mit Deutschland Manöver derselben Art abhielten und vorsichtshalber ihre Kräfte so placierten, dass sie, sollten die Optimisten unrecht haben, nicht völlig ruiniert wären. Ja, nicht rechtzeitig Gegenmassnahmen zu treffen, hätte ledig-

H1668-0309

lich eine Ermutigung böser Anschläge zur Folge, wenn anders man sich etwas derartiges überhaupt als möglich vorstellen kann.

Die britische Regierung hat in dem aufrichtigen Wunsch, den Weg zu einer direkten und freundschaftlichen Lösung des sudetendeutschen Problems zu finden, Lord Runciman nach Prag geschickt. Wer ihn kennt, weiss, dass er es für seine Ehrenpflicht halten wird, die Wahrheit festzustellen und keiner Seite Gerechtigkeit zu versagen. Falls seine Mission einen normalen Verlauf nimmt, werden wir bald ein praktisches, funktionierendes Kompromiss haben, welches den Sudetendeutschen innerhalb einer grosszügiger fundierten tschechoslovakischen Republik die Möglichkeiten eines freien und gleichen Lebens mit den anderen Völkern gibt. Eine solche Regelung könnte den Rahmen für eine Zusammenfassung aller positiven Kräfte liefern, welche die Sache des Weltfriedens stützen. Es gibt viele Gelegenheiten, bei denen ein Aussenstehender weitaus besser helfen kann als die am Streit Beteiligten.

Aber schliesslich liegt das unmittelbar bevorstehende Schicksal Europas doch in den Händen Herrn Hitlers. Er empfängt den Besuch Sir Ian Hamiltons in seiner Bergklause. Wenn man dem Bericht des Generals Glauben schenken darf, spricht dort alles für Frieden und Freundschaft. Die Vorstellung, sagt der General, dass in einer solchen Umgebung ein Krieg geplant werde, sei absurd. Er mag recht haben, und wenn er recht hat, wird auf diese Periode wachsender Spannung, welche ihrem Höhepunkt zustrebt, eine Zeit des Friedens folgen, der auf einer festeren Grundlage ruhen wird als der jetzige.

Nur eine Überlegung empfiehlt sich noch im Augenblick. Niemand kann voraussehen, was für Wirkungen auf ihn selbst und seine Gefährten der Anblick blutiger Gewalttaten ausüben kann. Wenn eine Anzahl von Menschen in heftiger Debatte um einen Konferenztisch herumsitzt und einer von ihnen eine Pistole zieht und zwei, drei seiner Gegner niederschiesst, ändert sich der ganze Charakter der Versammlung,

H1668-0310

und es wird sehr schwierig, ihre Mitglieder zu den anderen auf der Tagesordnung stehenden Punkten zurückzurufen. Drei Tage, bevor Grossbritannien in den Weltkrieg eintrat, hätte man feststellen können, dass von fünf Kabinettsmitgliedern vier und von zehn Abgeordneten im Unterhaus neun sich auf das hartnäckigste gegen unsere Intervention auf dem Kontinent ausgesprochen hätten. Vier Tage später war das Verhältnis umgekehrt.

Was diese Wandlung der Meinungen herbeigeführt hatte, waren weder Argumente noch Überlegungen. Man wollte einfach nicht glauben, dass Deutschland wirklich Frankreich und Belgien angreifen würde. Als aber die deutschen Vorhuten in Luxemburg einbrachen und sich ihren Weg durch Belgien bahnten, als Geschütze feuerten und Menschen gemordet wurden, wusste jedermann instinktiv, wo er stand und was er zu tun hatte. Eine Episode wie ein Niedertrampeln der Tschechoslovakei durch eine überwältigende Heeresmacht würde den Charakter aller menschlichen Vorstellungen grundlegend ändern und schliesslich zu einer solchen allgemeinen Empörung über den Angreifer führen, dass nach einiger Zeit wohl keine der grossen Nationen ausserhalb des Kampfes stünde.

H1668-0311

IST DIE LUFTWAFFE ENTSCHEIDEND?

1. September 1938

Der Hauptgrund der heute in der Welt herrschenden Unsicherheit ist die Bedrohung aus der Luft. Nichts hat so sehr wie dieses neue Werkzeug plötzlicher Überfälle nicht nur auf kämpfende Männer, sondern auch auf ihre Frauen und Kinder weit hinter der Front, Furcht und Misstrauen unter den Nationen erzeugt und die Raubgelüste ermuntert. Darum ist es von äusserster Wichtigkeit, soweit dies möglich ist, abzuwägen, welche Rolle die Luftwaffe in einem modernen Krieg spielen würde. Dabei haben alle Urteile infolge der diesen Fragen anhaftenden Unklarheiten wenig mehr Wert als Vermutungen. Mit einiger Sicherheit kann man jedoch sagen, dass der ganze Ablauf des Krieges in Spanien eher die Grenzen als die Stärke der Luftwaffe aufzuzeigen schien. Die extravaganten Behauptungen einer gewissen Schule von aeronautischen Fachleuten haben sich nicht erfüllt.

Man betrachte als erstes Beispiel die Kriegsschiffe. Vor einiger Zeit wurde uns versichert, die Kriegsmarinen seien veraltet, und grosse Linienschiffe, welche sieben bis acht Millionen Pfund kosten, würden mit Leichtigkeit von Flugzeugen vernichtet werden, die nur wenige Tausende kosten. Vor achtzehn Monaten stellte ich im Unterhaus die Frage, woher es komme, dass auf keiner der beiden Seiten Kriegsschiffe durch Flugzeuge versenkt worden seien. Die spanischen Flotten sind nicht gut mit Luftabwehrartillerie ausgerüstet. Ihre Fahrzeuge haben keine Spezialpanzerung gegen Angriffe von oben. Und doch sehen wir sie in der Nähe der Küste kreuzen, oft in voller Sicht vom Lande, anscheinend so ungefährdet, als wären nie Flugzeuge erfunden worden.

H1668-0312

So sind zwei Jahre dahingegangen. Die ganze Zeit hindurch haben beide kriegführenden Seiten Hunderte von Flugzeugen eines verhältnismässig modernen Typus besessen, die nicht nur von ein paar hitzigen Spaniern bemannt waren, sondern in der Hauptsache von Piloten aus Italien, Deutschland und Russland. Sehr oft bedurfte es eines nicht mehr als einviertelstündigen Fluges von dem an der Küste gelegenen Flugplatz, um diese Schiffe zu erreichen. Sie sind nicht nur nicht zerstört worden, anscheinend verlohnt es sich nicht einmal, das zu versuchen. Die Versenkung des nationalistischen Kreuzers „Canarias" wäre ein gewaltiger Erfolg für die spanischen Republikaner. Warum sind sie nicht imstande, ihn herbeizuführen? In ähnlicher Weise sollte man meinen, dass die republikanischen Zerstörer ein leichtes Ziel für die italienischen und deutschen Flieger wären, aber es geschieht nichts.

Während der abessinischen Spannung im Mittelmeer wurden wir ununterbrochen darauf aufmerksam gemacht, wie leicht es für Mussolinis Luftwaffe wäre, die britische Flotte durch Bombenabwürfe vom Wasser wegzuputzen. Seit damals ist auf den Schiffen der britischen Flotte unerhört viel zur Luftabwehr, sowohl zur aktiven wie zur passiven, getan worden. Jetzt hat man den Eindruck, dass die eigentliche Gefahr sehr übertrieben wurde. Wie gross immer sie vor drei Jahren gewesen sein mag, heute, da unsere Schiffe mit so ausserordentlichen Schutzmassnahmen versehen sind, ist sie bestimmt bedeutend geringer. Ich bleibe daher bei meiner Meinung, die ich oft geäussert habe, dass nämlich die Luftwaffe keine tödliche Gefahr für richtig ausgerüstete moderne Kriegsflotten bedeuten wird, ob sie nun auf hoher See sind oder unter dem Schutz ihrer mächtigen, überdies durch die Küstenartillerie verstärkten Luftabwehrbatterien im Hafen liegen.

Angriffe auf ungeschützte Handelsschiffe sind bedrohlicher, aber obwohl die tapferen Flieger sich hier keiner Gefahr aussetzen, ungestraft so tief herunterkommen dürfen, wie sie nur wollen, und sich sogar die Zeit nehmen können,

H1668-0313

die sich rettenden Mannschaften mit Maschinengewehrfeuer zu belegen, sollen in fünfhundert Angriffen nicht mehr als zehn Schiffe wirklich versenkt worden sein. Die Ausrüstung aller Handelsschiffe mit Luftabwehrartillerie und die Einführung von Konvoys, die von entsprechend ausgerüsteten Fahrzeugen eskortiert werden, sollten diese neue Gefahr so reduzieren, dass man mit ihr fertigwerden kann. Daraus müsste also folgen, dass alle Schlüsse, die man aus der Möglichkeit, eine überlegene Schlachtlinie aufzustellen, für die Macht zur See gezogen hat, nach wie vor ihre Geltung haben. Sollte dem so sein, und das ist die Ansicht sowohl der britischen wie der amerikanischen Marineautoritäten, muss man annehmen, dass die Vormachtstellung der britischen oder der amerikanischen Marine unerschüttert geblieben ist. Diese Tatsache sollte zusammen mit dem Umstand, dass das U-Boot als entscheidende Kriegswaffe zweifellos veraltet ist, den westlichen Demokratien, soweit es sich um die Meere und Ozeane handelt, ein Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens einflössen.

Zu Lande scheinen die Operationen der spanischen Armeen von der Luftwaffe nicht entscheidend beeinflusst worden zu sein. Die Republikaner, welche in der Luft weitaus die Schwächeren sind, haben, oft ohne auch nur im geringsten über Vergeltungsmöglichkeiten zu verfügen, sehr schwere, ausserordentlich überlegene Luftangriffe zu erdulden gehabt. Diese Ungleichheit hat ihnen den Mut nicht geraubt; im Gegenteil, aus allen Berichten geht hervor, dass sie zäher und entschlossener kämpfen als zu Kriegsanfang. Das schlagendste Beispiel jedoch für die der Luftwaffe gezogenen Grenzen ergibt sich aus den Operationen am Ebro. Hier haben republikanische Truppen in der Stärke von fünfzigtausend Mann ununterbrochen am Südufer dieses Flusses gekämpft und Tag um Tag Nachschub über eine Anzahl von Brücken empfangen, die sämtlich von der Luft aus völlig eingesehen und keineswegs durch eine grosse Anzahl von Luftabwehrgeschützen geschützt sind.

Warum, so müssen wir fragen, sind diese Brücken nicht

H1668-0314

durch Bombenabwürfe zerstört worden? Sicherlich wäre, hätte man dies zuwege gebracht, unmittelbar darauf die Niederlage und Vernichtung der republikanischen Armee gefolgt. Es bestand also für General Franco und seine deutschen und italienischen Piloten der denkbar stärkste Anreiz zur Sprengung dieser Brücken. Fraglos besass Franco einige hundert Flugzeuge des modernsten Typus, welche von nahe gelegenen Flugplätzen aus operieren und etwa alle halben Stunden zurückkehren konnten, um neue Bombenvorräte einzuladen. In diesem Fall haben sie es versucht, aber wir müssen noch immer fragen, warum es ihnen nicht gelungen ist? Das Unvermögen, genau zu zielen, und mangelnde Bereitschaft bei den ausländischen Piloten, selbst bei schwachem Feuer tief herunterzugehen, scheinen die einzigen Erklärungen zu sein.

Wir kommen jetzt zu den Auswirkungen von Bombardements und Maschinengewehrfeuer aus der Luft auf Truppen in Schützengräben. Die moralische Wirkung ist zweifellos sehr gross, insbesondere wenn es sich um einseitige Luftangriffe handelt. Aber alles zeigt, dass ein Luftangriff auf Schützengrabenlinien und befestigte Punkte bedeutend weniger wirksam ist als Beschiessung durch Artillerie. Ja, ich habe sogar von Soldaten mit Kriegserfahrung gehört, dass das konzentrierte Feuer von zwei oder drei Feldkanonenbatterien viel schwerer zu ertragen sei als das von hundert Flugzeugen. Bei dem Vormarsch gegen das Baskenland waren es entschieden nicht die Flugzeuge, sondern die starken ausländischen Batterien, die den Weg für General Francos Vorrückung freimachten. Es hat also den Anschein, dass die Luftwaffe, insoweit es sich um die kämpfende Truppe handelt, eher eine zusätzliche Komplikation als eine entscheidende Waffe ist. Man glaubt, dass diese Ansichten von den führenden Militärs Frankreichs und Deutschlands geteilt werden. Wenn sie recht haben, wird sich herausstellen, dass die wichtigsten Grundbedingungen, unter welchen Heere kämpfen, ganz wie im Falle der Flotten, keine revolutionäre Wandlung durchgemacht haben. Aber es ist

H1668-0315

selbstverständlich möglich, dass der spanische Kampf ein Spezialfall ist und man aus den in ihm gemachten Erfahrungen keine sicheren Schlüsse ziehen kann.

Bleibt der Luftangriff auf die Zivilbevölkerung, auf die Kriegsgeräte erzeugenden Fabriken und die wirtschaftlichen Quellen des Landes. In Spanien sind bei Bombardements auf besonders kleine Ziele sehr geringe Genauigkeitserfolge erreicht worden, besonders wenn es sich um Punkte handelte, die irgendwie verteidigt waren. Was nun die psychologische Wirkung auf die Zivilbevölkerung Madrids, Barcelonas und Valencias betrifft, so war sie das genaue Gegenteil dessen, was die deutschen und italienischen Bomber erwartet hatten. Weit entfernt davon, eine Panik und den Wunsch nach Übergabe herbeizuführen, haben sie unter allen Klassen einen wilden, unbeugsamen Widerstandsgeist ausgelöst. Sie haben ganze Gemeinschaften, die im übrigen tief zerrissen waren, im gemeinsamen Abscheu gegen so niederträchtige, barbarische Methoden geeinigt. Ich bleibe daher bei der Überzeugung, dass in den Fällen, wo die Kraft der Luftwaffe auf beiden Seiten gleich ist, die Seite, die ihre Energie darauf verwendet, die Zivilbevölkerung abzuschlachten, wahrscheinlich überraschende Enttäuschungen erleben wird.

Alle diese Überlegungen könnten umgestossen werden, wenn bedeutend grössere Anzahlen von Flugzeugen gegen bedeutend grössere Ziele operieren. Ich muss daher, um Missverständnisse zu verhüten, hinzufügen, dass keiner der Schlüsse, die ich aus dem spanischen Bürgerkrieg zu ziehen versucht habe, auch nur im geringsten gegen die Notwendigkeit spricht, dass Grossbritannien mit seinen ganz speziellen Gefahren und verwundbaren Punkten so rasch wie möglich in den Besitz einer Luftwaffe kommt, die mindestens der jeder in Reichweite ihrer Küsten gelegenen Macht gewachsen ist.

H1668-0316

DIE EUROPÄISCHE KRISE

15. September 1938

Furcht, nicht unmännliche, aber darum nicht weniger nagende Furcht lastet in diesen schicksalsschweren Tagen auf Europa. Die Sorge sollte weniger dem gelten, was Hitler gesagt hat, als dem, was er vielleicht tun wird. Seine bedrohliche Rede muss in Zusammenhang mit den Ereignissen beurteilt werden, die tatsächlich im Gange sind. Sie verschliesst dem Übel keine Tür. Sie soll Zeit gewinnen, während Vorbereitungen ihrer Vollendung zugeführt werden. Die beherrschenden Tatsachen sind militärischer Natur.

Deutschland ist in grösstem Masstab mobilisiert. Die Flotte ist mobilisiert; die Luftwaffe ist einsatzbereit, und zwei Drittel des Heeres sind auf Kriegsstärke. Die wirtschaftliche und industrielle Organisation des Landes und seine allgemeine Lebenshaltung sind nicht weit entfernt von Kriegsbedingungen. Die Chefs des Naziregimes haben diese gewaltigen Ansprüche an ihr Land gestellt, und nichts dergleichen ist jemals zuvor in Friedenszeiten geschehen. Es scheint nicht möglich zu sein, dass diese ungewöhnlichen Bedingungen in ihrem gegenwärtigen Spannungszustand sehr lange anhalten können. Die Heere müssen handeln, oder sie müssen sich zerstreuen. Der Winter rückt näher, und von der zweiten Oktoberhälfte an kann das Wetter sehr streng werden. Darum scheint die Zeitspanne, innerhalb deren diese bedeutenden Kräfte entweder in den Krieg geschickt oder nach Hause entlassen werden, sehr kurz zu sein. Wenn sie, ohne dass es zu einem eindeutigen Triumph gekommen ist, demobilisiert werden, wird das Naziregime, welches in Deutschland bereits der Gegenstand nicht unbeträchtlicher Kritik ist, einen schweren, sich unter Umständen auf sein

H1668-0317

künftiges Leben auswirkenden Rückschlag erlitten haben.

Viele glaubwürdige Zeugen erklären, es werde ein ganz bestimmtes Programm Schritt um Schritt durchgeführt. Fraglos scheinen die Truppenverschiebungen, welche grosse Streitkräfte von Mitteldeutschland an die Rheingrenze brachten und zu sehr grossen Konzentrierungen rings um die Tschechoslovakei, vor allem in der neu eroberten Provinz Österreich geführt haben, sämtlich zu einem Plan zu gehören, der noch vor Ende dieses Monats seinen Wendepunkt erreichen wird. Die Zeit ist von den mobilisierten Truppen darauf verwendet worden, die Reservisten ganz in ihre Formationen einzufügen und diese zu kriegstüchtigen Einheiten zu machen. Wir müssen annehmen, dass alles für einen konzentrischen Angriff mit Truppen und Waffen, welche die Nazipartei für überwältigend hält, auf die Tschechoslovakei fertig ist oder in den nächsten zehn Tagen fertig sein wird. Alles, was noch zu tun bleibt, ist, dass ein blutiger Zwischenfall oder auch eine wirkliche Revolte in dem Augenblick, den Hitler vorschreibt, hervorgerufen und das Signal zum Vormarsch gegeben wird. Es ist nicht wahrscheinlich, dass es zu einem Ultimatum kommen wird. „Wenn ich zuschlage", sagte Hitler vor einem Jahr in einer vielfach vergessenen Rede, „werde ich nicht Zeit mit Auseinandersetzungen versäumen wie Mussolini. Ich werde zuschlagen wie der Blitz in der Nacht."

Innerhalb der tschechoslovakischen Republik herrscht der unerschütterliche Entschluss, um Leben und Freiheit zu kämpfen. Alle ihre Grenzen, selbst die österreichische, sind gut befestigt und von einer starken, loyalen Armee bewacht. Ich habe mir sagen lassen der Überfallsplan der Nazis gehe dahin, diesen kleinen Nachbarn von allen Seiten in grosser Überzahl anzufallen, die deutschen Panzerdivisionen durch irgendeine Lücke im Verteidigungsring vorstossen zu lassen und sowohl Prag wie andere alte Städte und Ortschaften in einer solchen Sintflut von Bomben aus der Luft zu vernichten, dass jeder Widerstand in wenigen Tagen zusammenbrechen wird. Wenn das ihr Traum ist,

H1668-0318

H1668-0319

werden sie wahrscheinlich ein böses Erwachen haben. Ein Luftbombardement mag die Baudenkmäler Prags vernichten, es mag ein furchtbares Blutbad unter Frauen und Kindern anrichten, aber es wird die Verteidigungstruppen nicht daran verhindern, die ihnen zugewiesenen Plätze zu erreichen, noch wird es tapfere Männer aus sorgfältig befestigten Stellungen vertreiben. Wir beobachten, mit welcher Zähigkeit die spanischen Republikaner einem Luftbombardement standhalten, obwohl es ihnen an jedem Erwiderungsmittel fehlt. Die tschechoslovakische Armee ist jedoch eine der bestausgerüsteten der Welt. Sie besitzt bewundernswerte Tanks, Tankabwehrgeschütze und Luftabwehrartillerie. Dieses entschlossene Volk ist seit langem auf die Heimsuchung vorbereitet. Verteidigungssysteme aus Betonstützpunkten und festen Verschanzungen können, wenn in ihnen gekämpft wird, nicht überrannt werden.

Es ist stets unklug, Unbekanntes voraussagen zu wollen, aber wenn der Geist der Tschechen nicht durch den Druck und die Schikanen, denen sie ausgesetzt waren, gebrochen worden ist, dürften drei bis vier Wochen und drei- bis vierhunderttausend Mann Verluste der geringste Preis an Zeit und Blut sein, den der Eindringling zu zahlen hätte. Ich glaube nicht, dass die zivilisierte Welt einem solchen Schauspiel untätig zusehen könnte. Nur wenige Menschen ausserhalb Deutschlands lassen sich heute noch durch die Nazipropaganda irreführen. Zweifellos sind die Unruhen, die dem Überfall voranzugehen hätten, mit derselben peinlichen Sorgfalt vorbereitet worden wie die militärischen Bewegungen. Es mag sein, dass man, wie es im Fall Österreichs geplant war, einen Anschlag auf das Leben eines der sudetendeutschen Führer inszenieren wird. Aber von dem Augenblick an, da der erste Schuss abgefeuert ist und die deutschen Truppen den Versuch machen, die tschechoslovakische Grenze zu überschreiten, wird das ganze Bild geändert sein, ein Schrei der Wut und Empörung wird bei den freien Völkern der Welt erschallen, und sie werden nichts geringeres als einen Kreuzzug gegen den Angreifer prokla-

H1668-0320

mieren. Für die lohnempfangenden Massen aller Länder bedeutet das Wort „Tschechoslovakei", bis vor kurzem ihren Ohren so unbekannt, nichts anderes als „Selbsterhaltung". Darum glaube ich, dass Nazideutschland, sollten diese dunklen Anschläge, welche sich jetzt so unaufhaltsam Stunde um Stunde entrollen, den ihnen zugedachten Höhepunkt erreichen, sich in einen Weltkrieg verwickelt sehen wird, der keine Gnade kennt.

Es gibt immer noch Menschen, die behaupten zu glauben, dass Herr Hitler und seine Verbündeten niemals auch nur im Traum daran denken würden, sich gegen die Tschechen der Gewalt zu bedienen, dass diese ungeheuren Vorbereitungen schliesslich doch nichts anderes als ihrem Charakter nach völlig normale, wenn auch in ihrem Umfang ein wenig ausgedehnte kleine örtliche Manöver seien, und dass die Armeen sich bald zerstreuen werden. Sollte das wahr sein, so dürfen wir alle frohlocken. Angenommen aber, es sei nicht wahr, das Verbrechen sei geplant und stehe unmittelbar bevor, so ist die Frage, vor die wir gestellt sind, die, ob wir es verhindern können, und wie. Die von einer einigen Nation getragene britische Regierung hat unmissverständlich erklärt, dass sie, sollte es zum Ausbruch eines grossen Krieges kommen, so gut wie unweigerlich zur Teilnahme daran gezwungen ist. Aber es genügt nicht, zu sagen, dass wir wahrscheinlich Krieg führen werden, wenn das geschieht. Was vor allem wichtig ist, ist zu verhindern, dass es geschieht. Die üblichen glatten und abgewogenen Phrasen der Diplomatie mit all ihren Verfeinerungen und Reserven sind von wenig Nutzen gegenüber den grimmigen Chefs des deutschen Nazitums. Nur die unverblümteste, offenste, ja brutalste Sprache wird ihre Wirkung haben. Ausserdem muss, was für Worte immer gebraucht werden, von ihnen eine Kraft ausgehen, die jeden überzeugt, dass sie in tödlichem Ernst gesprochen werden. Es ist keine Zeit zum Bluffen.

Alle Welt wird mit denhochsinnigen Staatsmännern sympathisieren, die mit solcher Geduld für den Frieden gear-

H1668-0321

beitet haben. Man muss sich aber fragen, ob sie unsere Gefahr merklich vergrössern würden, wenn sie sich, solange noch Zeit bleibt, unmissverständlich äussern. Wenn zum Beispiel Grossbritannien, Frankreich und Russland selbst jetzt noch eine gemeinsame oder gleichzeitige Note an Herrn Hitler persönlich richteten, in der erklärt wird, dass ein Angriff auf die Tschechoslovakei ein unverzügliches gemeinsames Vorgehen zur Folge haben wird; und wenn zur gleichen Zeit Präsident Roosevelt bekannt gäbe, dass diese Note die moralische Unterstützung der Vereinigten Staaten geniesse, und zwar mit allen dazu gehörigen Konsequenzen — dann wäre zu hoffen, wenn nicht fast mit Sicherheit zu erwarten, dass die furchtbare Katastrophe, welche so leicht unsere Zivilisation verschlingen könnte, abgewendet wird.

Warum sollen wir warten, bis das Schlimmste Tatsache geworden ist, bevor wir bereit sind, ein Risiko einzugehen? Dürfen für den Frieden nicht ebenso grosse Risiken eingegangen werden wie für den Sieg, wenn zum es Schlimmsten kommt? Wenn dieser Augenblick durch Zaudern, und sei es noch so gut gemeint, verloren wird, und sollte der Krieg kommen, was vielleicht, und zwar recht bald, der Fall sein wird, wie müssig werden dann Vorwürfe und Reue sein, wie unermesslich die Tragödie der Menschheit! [1])

---

[1]) Die Ereignisse nahmen einen anderen Verlauf. Mr. Chamberlain betrieb, nachdem er (am 15. September) Herrn Hitler in Berchtesgaden besucht hatte, in Übereinstimmung mit M. Daladier die im Münchener Abkommen (28. September) zum Ausdruck gebrachte Befriedungspolitik. Die tschechoslovakische Regierung wurde veranlasst, sich der deutschen Besetzung der von Herrn Hitler geforderten Gebiete widerstandslos zu fügen und die Befestigungslinie auszuliefern, die es ihr ermöglicht hätte, sich gegen weitere Aggressionen zu verteidigen.

H1668-0322

FRANKREICH NACH MÜNCHEN

4. Oktober 1938

In diesem schicksalsschweren Abschnitt seiner langen Geschichte kann Frankreich des britischen Mitgefühls sicher sein. Alle Männer der Öffentlichkeit auf beiden Seiten des Kanals, welche über die ungeheuren Geschehnisse der beiden letzten Wochen schreiben oder sprechen, haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass keines ihrer Worte die Bande schwäche, die unsere beiden Länder vereinigen. Dies wäre der letzte, der krönende Dienst, der der triumphierenden Nazimacht erwiesen werden könnte. Wenn die französische Republik und das britische Reich einander in den Tagen des Krieges und in den Tagen des Erfolges nicht entbehren konnten, dann können sie es in diesen Zeiten, da alles so ganz anders ist, noch weniger. Vor allem darf es keine Vorwürfe zwischen den beiden Ländern geben, deren künftige Sicherheit und Unabhängigkeit mehr denn je mit ihrer Einigkeit steht und fällt. In beiden Ländern herrschte die gleiche bewundernswerte Haltung bei der ganzen Masse der Bevölkerung, solange die Periode der Spannung dauerte, in beiden kam es zu der gleichen offenen, spontanen, natürlichen Äusserung der Erleichterung und Freude, als die Menschen erfuhren, dass ihnen die furchtbare Heimsuchung, für welche sie sich gerüstet hatten, erspart bleiben sollte.

Jedermann bewunderte die reibungslose Tüchtigkeit, mit der der französische Militärapparat in völlige Bereitschaft gesetzt wurde, und die Loyalität und den Patriotismus, von denen die Millionen Menschen beseelt waren, welche ihre Heimstätten und friedlichen Beschäftigungen verliessen und sich an den Grenzen ihres Landes aufstellten, um dem Schlimmsten ins Auge zu sehen, was das Geschick für sie

H1668-0323

bergen mochte. Ebenso beruhigend war das nüchterne Vertrauen, mit dem die französischen Heeresführer an ihre Aufgabe gehen konnten, so sehr sie auch durch die beklagenswerte Schwäche in der Luft, welche auf keinen Fall übersehen werden darf, behindert sein mochten. Frankreich hat in einer Zeit, die das Gedächtnis der Lebenden noch überblicken kann, mehrere schwere Schläge erlitten und ist aus jedem von ihnen nur um so stärker hervorgegangen. Es gibt in der freien Demokratie tatsächlich eine Erholungskraft, die es ihr, allen Schwächen zum Trotz, ermöglicht, nach jeder Berührung mit der Erde sich wieder zu erheben wie Antaeus. Nichts im Verlauf der Geschichte war eindrucksvoller als die Art, wie Frankreich in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts seine Kraft und sein Selbstvertrauen wiederfand, ohne sich von der schweren zahlenmässigen Überlegenheit seines kriegerischen Nachbarn einschüchtern zu lassen. In diesem Geist muss die Zeit, die nun vor uns liegt, durchlebt werden.

Die Änderungen, die in Mitteleuropa vor sich gegangen sind, dürfen entschieden nicht unterschätzt werden. Die Eroberung Österreichs, der Ruin und die Neutralisierung der Tschechoslovakei, der Zusammenbruch der „Kleinen Entente", der Abfall Polens und schliesslich die mögliche Abkehr Russlands vom europäischen System öffnen dem jubelnden Nazitum unbehindert und hemmnisfrei den Weg durch das Donautal zum Schwarzen Meer. Wenn diese Gefahr Polen, Rumänien und Jugoslavien nicht dazu bringt, sich klarzumachen, welche Konsequenzen all das für sie hat, und neue Kraftquellen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit in sich zu erschliessen, dann mag es sehr wohl dahin kommen, dass dieses grosse ehrgeizige Werk, dieser Traum von der Vorherrschaft in Europa der Tatsache nach, wenn auch nicht der Form nach, zur Verwirklichung gelangt, ohne dass auch nur ein einziger Schuss abgefeuert wird. Die Position aller Staaten ausserhalb des deutschen Systems, insbesondere die Frankreichs und Englands, wird diesen neuen alles beherrschenden Tatsachen angepasst werden müssen.

H1668-0324

Es wäre heuchlerisch, zu leugnen, dass die ganze Basis der französischen Aussenpolitik in Mittel- und Osteuropa einfach verschwunden ist. Andererseits kann man gegen Frankreich nicht die Anklage erheben, es sei seinen militärischen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslovakei nicht nachgekommen. Dieses Versprechen wurde nicht wirksam, ehe der Aggressionsakt tatsächlich durchgeführt war. Allein der Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes hätte die französische Verpflichtung absolut gemacht. Von Frankreich und Grossbritannien wurde ein „unerträglicher Druck" auf die tschechoslovakische Regierung ausgeübt, und unter diesem Druck beugte sie sich und gab nach.

Es lässt sich nicht leugnen, dass eine grosse Nation, welche der Verbündete eines kleinen Landes ist, ein Recht darauf hat, innerhalb gewisser Grenzen auf dieses Land einen Druck auszuüben, damit nicht bedeutend grössere Interessen gefährdet werden. Nichtsdestoweniger: hätte die Regierung des Präsidenten Beneš sich geweigert, die ihr am 20. September aufgedrängten Bedingungen ohne gebührende Untersuchung zu akzeptieren, wäre ferner die Tschechoslovakei daraufhin von Nazideutschland angegriffen worden und hätte sie dem grausamen, blutigen Überfall mannhaft Widerstand geleistet, so hätte sich Frankreich vor der Notwendigkeit gesehen, zu intervenieren, und Grossbritannien, Frankreich zu Hilfe zu kommen. So kann weder der Form noch der Wirklichkeit nach gesagt werden, Frankreich habe sein Wort nicht gehalten. Noch weniger lässt sich natürlich behaupten, Grossbritannien, das keine spezielle Verpflichtung der Tschechoslovakei gegenüber hatte und nur durch die allgemeinen Verpflichtungen des Paktes gebunden war, sei technisch vertragsbrüchig.

Dem Prestige und der Autorität der beiden westlichen Demokratien ist jedoch ein Schade zugefügt worden, der ihren Einfluss in kleinen Ländern aller Schattierungen in der unangenehmsten Weise schmälern muss. Es wird nicht leicht sein, das verlorene Vertrauen wiederzugewinnen. Alle jene Staatsmänner in den kleineren Ländern Europas, die

H1668-0325

sich konsequent bemüht haben, ihre Politik den Nazieinflüssen anzupassen, die auf die Schwäche der Demokratien und die durch ihre parlamentarischen Systeme herbeigeführte Aktionsbehinderung hingewiesen haben, stehen jetzt selbstverständlich gerechtfertigt da. Alle jene, die bisher, der Leistungen und Ergebnisse des Weltkrieges gedenkend, an der Seite Frankreichs und Grossbritanniens gearbeitet und dem totalitären System entgegengesetzte Elemente dargestellt haben, sind im entsprechenden Ausmass lächerlich gemacht und entmutigt. Das gilt für Polen, für Rumänien, für Jugoslavien und Bulgarien. Die Versuchung, und in manchen Fällen der Zwang, sich, so gut es geht, mit der einzigen Macht zu einigen, die bereit ist, skrupellos brutale Gewalt einzusetzen, wird sich überall geltend machen. Man kann nur hoffen, dass das deutsche Sprichwort: „Die Bäume wachsen nicht in den Himmel" sich bewahrheiten, und dass die Reaktionen auf das von der Tschechoslovakei erlittene Schicksal vielleicht doch nicht völlig einseitig sein werden.

Es wird sehr auf die Haltung des britischen und des französischen Parlaments ankommen und auf die neuen Massnahmen, welche diese Körperschaften für notwendig halten mögen, um die schwere Schädigung zu überwinden, die ihre Positionen erlitten haben. Zweifellos ist es herzzerreissend, auf die letzten wenigen Jahre zurückzublicken und sich vor Augen zu führen, welch gewaltige Mittel militärischer und politischer Macht vergeudet wurden, weil es an Führung und Zielbewusstheit fehlte. Bis heute hat es keinen einzigen Augenblick gegeben, in dem nicht eine feste Haltung Frankreichs und Grossbritanniens in Gemeinschaft mit vielen Ländern, die noch vor kurzem zu ihnen aufblickten, der Nazigefahr Einhalt getan hätte. In jedem Stadium, bei jedem neuen Vertragsbruch haben Ängstlichkeit, Mangel an Kenntnis und Vorausblick die beiden friedliebenden Mächte daran verhindert, in gleichem Schritt zu marschieren. So müssen wir zusehen, wie eine Handvoll Männer, welche eine grosse Nation in ihrer Gewalt haben, der gewaltig über-

H1668-0326

legenen Kräfte spotten, die seit einiger Zeit den westlichen Demokratien zu Gebote stehen.

Es ist ein Verbrechen, zu verzweifeln. Wir müssen es lernen, in dem Missgeschick Quellen künftiger Kraft zu finden. Unsere Führung muss mindestens ein Stück von dem Geist jenes deutschen Gefreiten haben, der, als alles rings um ihn in Trümmer zerfallen war, als Deutschland für alle Zukunft im Chaos versunken zu sein schien, nicht zögerte, gegen die gewaltige Schlachtreihe der siegreichen Nationen zu marschieren und sie bereits so entscheidend geschlagen hat. Die Stunde gebietet nicht Verzweiflung, sondern Mut und Wiederaufbauwille; und das ist der Geist, der uns beherrschen sollte.

H1668-0327

Am 7. Juli 1937 wurde der sich für eine Teilung aussprechende Bericht der Königlichen Kommission publiziert. Im August kam er vor den Mandatsausschuss des Völkerbundes, der sehr wenig Begeisterung für die von der Britischen Regierung vorgeschlagene Regelung an den Tag legte.

Anfang 1938 waren die Araber im effektiven Aufstand, und es gab nach Hunderten zählende Verluste. Unterdessen schickte die Regierung unter dem Vorsitz Sir John Woodheads, der sich beratend darüber äussern sollte, wie die Teilung durchzuführen sei, eine technische Kommission nach Palästina. De facto sprach sich der Rat des Woodhead-Ausschusses jedoch gegen die Teilung aus. Um die Mitte des Sommers, als der Kolonialsekretär, Mr. Ormsby-Gore (der jetzige Lord Harlech) zurücktrat, stellte sich heraus, dass die Britische Regierung sich dazu entschlossen hatte, auf die Teilung zu verzichten.

H1668-0328

PALÄSTINA

20. Oktober 1938

Die grösseren Sorgen, welche die Welt heimsuchen, haben die Lage in Palästina in den Hintergrund rücken lassen. Die Pause nach dem europäischen Sturm, in welcher die siegreichen Nazis ihre Beute zusammentragen, zwingt uns dazu, den Blick auf dieses unruhige Land zu richten, für das wir verantwortlich sind.

Was sich da dem Auge bietet, ist in der Tat ein ärgerliches Bild. Diese kleine Provinz versinkt gänzlich in Anarchie. Juden und Araber führen eine grauenhafte Vendetta mit Mord und Wiedervergeltung. Bomben werden an Markttagen unter harmlose Dorfbewohner geworfen. Frauen und Kinder werden des Nachts von Araberstreifen massakriert. Die Strassen werden aufgerissen. Die Eisenbahnen haben zu einem guten Teil aufgehört zu funktionieren. Die Pipeline wird trotz schwerster Bewachung wiederholt unterbrochen. Ein ansehnlicher Teil der regulären britischen Armee hält zusammen mit grossen Abteilungen bewaffneter Polizei die Hauptzentren der Regierung und macht Ausfälle und Patrouillengänge. Die arabischen Rebellen haben eine Konkurrenzregierung ins Leben gerufen, welche nicht unbeträchtliche Gebiete unter sich hat. Es ist eine Wiederholung dessen, was sich 1920 in Irland ereignete, aber hier sind die Aufständischen mit Waffen, Explosivstoffen, Geldern und Propagandamaterial aus deutschen und italienischen Quellen gut gerüstet.

Der Anblick ist peinlich und schimpflich. Grossbritannien soll unter gewaltigen Kosten, Mühen und auch dem Einsatz von Menschenleben eine Politik schärfster Unterdrückung mit allen ihren schmerzlichen Einzelheiten fortführen, nicht

H1668-0329

um seiner selbst willen, sondern wegen der erbitterten Fehde, die sich nunmehr zwischen Arabern und Juden entwickelt hat. Die Diktatoren höhnen über den schlechten Erfolg unserer Methoden. Sie verbreiten sich ausführlich über die Härte der Massnahmen, die von dem Bemühen, die Ordnung aufrecht zu erhalten, untrennbar sind, und betonen immer wieder, dass dies die Moral britischer Unfähigkeit sei. Diese letzte Anklage ist mehr als zureichend begründet. Bis 1934 machte Palästina unserer Verwaltung in jeder Hinsicht Ehre. Das Land hatte sich in grossen Schritten entwickelt. Es herrschte Friede und Wohlstand, Strassen und Schulen waren gebaut worden; grosse Kraftversorgungspläne waren eingeleitet. Das bebaute Gebiet war in ständiger Ausdehnung begriffen. Die Einwanderung der jüdischen Jahresquote ging ohne ernste Reibung vor sich. All dies wurde geleistet, ohne dass das Land mit grossen militärischen Institutionen belastet worden wäre. Im Gegensatz zu Syrien, wo die Franzosen eine Armee von mehr als 50.000 Mann unterhielten, bot Palästina einen geordneten und verheissungsvollen Anblick, wobei die Regierenden nur ein paar Bataillone und ein paar hundert Mann Polizei hinter sich hatten.

Die von Hitler eingeleiteten Verfolgungen und das jammervolle Schicksal der beraubten und gehetzten Juden, die aus den Ländern ihrer Geburt vertrieben wurden, führten zu einer gewaltigen Steigerung der jährlichen Einwanderungsquote. In einem einzigen Jahr trafen nicht weniger als 60.000 Menschen ein, und obgleich jüdisches Geld und jüdischer Unternehmungsgeist Beschäftigung und Unterbringungsmöglichkeiten für alle schufen, war die Bestürzung der Araber nicht unnatürlich. Sie befürchteten, in gar nicht ferner Zeit zahlenmässig erdrückt zu werden. An die Aufnahmekraft Palästinas wurden Ansprüche gestellt, denen es nicht mehr gewachsen war. Die Agitation setzte ein. 1936 brachen schwere Unruhen aus. Die britische Regierung sah sich ausserstande, zu einer klaren Entscheidung zu kommen. Sie liess die Angelegenheiten dahintreiben. Meinungs-

H1668-0330

verschiedenheiten zwischen Ministern verhinderten einen längst überfällig gewordenen Wechsel im Amt des Hohen Kommissars. Die Linie des geringsten Widerstandes schien mit der Entsendung einer Königlichen Kommission gefunden worden zu sein. Eine Gruppe achtungswerter Herren brach also unter der Führung des verstorbenen Lord Peel nach Palästina auf, bereiste das Land, sammelte eine grosse Menge von Beweismaterial, hörte und sprach alle Schichten und alle Interessenten. Dann fuhren sie nach Hause, um ihren Bericht zu schreiben, der sorgfältig durchdacht und umfangreich war. Als der Bericht nach weiteren Verzögerungen publiziert wurde, stellte sich heraus, dass die Kommission eine Teilung empfahl. Das Land sollte in drei Stücke geteilt werden, einen jüdischen Staat, einen arabischen Staat und eine britische Zone zwischen den beiden, wobei den Briten die Aufgabe zugedacht war, für ein einigermassen gerechtes Gleichgewicht zwischen den beiden Völkern zu sorgen und sie davon abzuhalten, dass sie einander an die Gurgel springen.

Ich bezeichnete vom ersten Augenblick an diese Politik als schädlich und gefährlich. Sie versetzte die britische Verwaltung in eine unmögliche Lage. Sie schuf zwei feindliche Staaten, welche beide Mitglieder des Völkerbundes werden und das volle Recht haben sollten, nach Belieben Heere aufzustellen. Dieser Plan war in der Tat, wenn auch von fähigen Männern mit den edelsten Motiven erdacht, nichts mehr und nichts weniger als ein Kriegsrezept. Und dennoch wäre sogar dieser Plan, hätte man ihn energisch und prompt in die Tat umgesetzt, immer noch besser gewesen als die hoffnungslose Unentschlossenheit, die dann folgte. Die Regierung Seiner Majestät zeigte sich ausserstande, einen Beschluss zu fassen. Sie akzeptierte den Bericht der Königlichen Kommission im Prinzip, aber offensichtlich ohne überzeugt zu sein. Nach erneuten Verzögerungen, in deren Verlauf der Zustand des Landes sich beständig noch weiter verschlimmerte, wurde eine zweite Kommission entsandt, welche über die Methoden Bericht erstatten sollte, mit de-

H1668-0331

nen der Bericht der ersten Kommission in Wirksamkeit zu setzen wäre. Unterdessen verschlimmerte sich alles; es kam zu Mordtaten, welche Vergeltung fanden, Verstärkungen wurden tröpfchenweise ins Land gebracht, starke Massnahmen wurden mit halbem Herzen durchgeführt, und so sank das Land in einem ununterbrochenen Prozess des Schwankens und der Schwäche in seine jetzige furchtbare Notlage herab; und zwischen den Arabern und Juden hat sich eine Blutfehde entwickelt, deren Ende nicht abzusehen ist.

Sicherlich stehen hier die Dinge so, dass die britische Regierung sich entschliessen und eine Politik des Zeitgewinnens und Weiterwurstelns zum Abschluss bringen sollte. Alles, was man über Palästina wissen kann, hat das Kolonialamt längst zu seiner Verfügung. Niemals bestand eine Notwendigkeit zur Entsendung dieser Königlichen Kommissionen, es sei denn zu dem Zweck, den widerwärtigen Tag hinauszuschieben, an dem die Entscheidung getroffen werden muss. Dem Parlament müsste in den nächsten Wochen gesagt werden, ob der Peelsche Teilungsplan aufgegeben werden soll oder nicht. Wenn die Teilung abgelehnt wird, müssen wir dann unsere Aufgabe als unlösbar ablehnen und das Mandat in die Hände des Völkerbundes zurücklegen? Das ist eine Lösung, die sicherlich Verteidiger in der britischen Presse finden wird. Wir müssten dann zugeben, dass wir unser Bestes versucht, und dass wir unsere Unfähigkeit eingesehen haben, unsere Pflicht zu erfüllen. Die Verfechter dieses Vorgehens würden zweifellos ins Treffen führen, der Friede und die Vermeidung von Sorgen und Mühen sollten vor sentimentalen Überlegungen, etwa Nationalstolz und Pflichten gegenüber der Allgemeinheit, kommen. Aber es gibt ernsthafte praktische Hindernisse, die einer solchen Politik im Wege stehen.

Es sind natürlich drei Mächte da, die bereit wären, die Aufgabe zu übernehmen. Deutschland und Italien würden sich eifrig melden, und sei es auch nur wegen der strategischen Vorteile, die ihnen Palästina bieten würde. Die dritte

H1668-0332

Macht ist die Türkei, und wir müssen zu unserem Kummer eingestehen, dass der gegenwärtige Zustand Palästinas einem Vergleich mit dem, der vor dem Krieg unter der türkischen Oberhoheit herrschte, nicht standhielte. Nichtsdestoweniger wäre die Annahme einer dieser Alternativen peinlich und schmählich im höchsten Ausmasse. Überdies können wir uns vorstellen, dass die Kontroverse, zu der es in Genf käme, lange dauern würde. Der Prozess einer Abwicklung der britischen Interessen im Lande, der Abziehung der Truppen und Niedergelassenen in Palästina wäre kompliziert und langwierig. Selbst im raschesten Tempo würde ein Jahr dazu gebraucht werden. In der Zwischenzeit müssten wir unter sich ständig erschwerenden Umständen die Ordnung aufrecht erhalten. Die vorgeschlagene Mandatsübertragung bietet also keineswegs jene Möglichkeit, sich einer unangenehmen Pflicht zu entziehen, die sie ihren Verfechtern so anziehend erscheinen lässt. Je näher man sie untersucht, desto lebhaftere Ablehnung wird sie finden.

Was bleibt also? Es bleibt lediglich die Politik der Treue und Ausdauer. Wir müssen unentwegt die Ordnung wiederherstellen und die Mord- und Vergeltungskampagne zwischen den beiden Völkern unterdrücken. Wir müssen der grossen, im Lande bereits etablierten jüdischen Gemeinschaft Schutz gewähren, aber wir sollten auch den Arabern, womöglich in einem Abkommen, zu dessen Unterzeichnung Araber und Juden einzuladen wären, die feierliche Versicherung abgeben, dass die jährliche Quote der jüdischen Einwanderung für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren über eine bestimmte Zahl nicht hinausgehen wird.

Zweifellos würde ein solches Verfahren zu einem Wutausbruch führen und uns eine lange und undankbare Aufgabe auferlegen, sollte es sich aber zeigen, dass dies der einzige Weg ist, so müssen wir, wenn wir unseren guten Namen weiter wahren wollen, ihn unbeugsam und mit Überzeugung ins Auge fassen.

JAPANS SORGENLAST

3. November 1938

Wir wälzen uns auf dem unbequemen Bett der europäischen Angelegenheiten und drehen uns auf die andere Seite. Wir sind in Himmlischen Regionen. Wir sind in China. Ist es dort kühler? Werden wir besser ruhen? Wie steht es um die Sache der Freiheit, des Rechtes und Gesetzes, gegenüber den Kräften der Eroberung und Invasion im Fernen Osten?

Es ist einige Monate her, dass ich die Aufmerksamkeit der Leser dieser Berichte auf den japanischen Krieg gegen China lenkte. Seit damals haben die Chinesen in einer einzigen Woche zwei schwere Schläge erlitten. Nach anderthalb Kriegsjahren sind sowohl Hankau, das wichtigste militärische Zentrum und Arsenal Chinas mit seinen starken Befestigungen und tapferen Verteidigern, wie auch die grosse Stadt Kanton weit im Süden in die Hände der Eindringlinge gefallen. Welche Wirkung wird das auf den Geist Chinas und auf die chinesische Widerstandskraft haben? Nähert sich der Krieg im Fernen Osten einem raschen Ende? Wird China jetzt zusammenbrechen und in Dienstbarkeit der Ausbeutung anheimfallen oder kann es den Kampf fortsetzen? Das sind Fragen, welche unmittelbare Bedeutung für uns haben; denn die Missgeschicke der Chinesen wirken sich auf Europa aus, genau so wie die von der französischen und der britischen Demokratie erlittenen Rückschläge ihre bösen Botschaften nach dem Osten bringen.

Wenn man diese Fragen zu beantworten sucht, ist es vor allem notwendig, einen Blick auf die Karte zu werfen. Nach achtzehn Kampfmonaten sind die japanischen Heere tief in China eingedrungen. Sie haben sich in den Besitz von Eisen-

H1668-0333

bahnlinien und Flussverbindungen gesetzt, die es ihnen ermöglichen, ihre Front heute auf dem Papier so zu ziehen, dass ungefähr ein Drittel Chinas eingeschlossen wird. An vielen Punkten stehen ihre Feldwachen am Gelben Fluss. Hinter dieser Kampffront wohnen mehr als hundert Millionen Chinesen. Sind sie alle erobert? Haben sie sich unter das japanische Joch gefügt? Können wir annehmen, dass diese Militärherrschaft, die auf einem so grossen Gebiet und über so viele Menschen ausgeübt wird, eine wirkliche Übertragung der Macht darstellt? Die Antwort ist sicherlich in der Tatsache zu finden, dass sich in dem ganzen besetzten Gebiet wahrscheinlich nicht mehr als sieben- bis achthunderttausend Mann japanischer Truppen befinden.

Die Japaner müssen noch immer nahezu eine halbe Million ihrer best ausgebildeten Truppen im Norden gegen Russland eingesetzt halten. Die dreiviertel Millionen, die sie in China haben, sind imstande gewesen, längs den Eisenbahnen und Flüssen vorzurücken, sind aber völlig ausserstande, das Land in der Hand zu behalten. Neun Zehntel des Gebiets hinter der japanischen Front werden noch immer nach den Anweisungen der chinesischen Zentralregierung verwaltet, und Hunderte von Städten und Flecken in Gebieten, welche so gross sind wie Yorkshire oder die Champagne, haben, obgleich sie in den sogenannten eroberten Zonen liegen, noch keinen japanischen Soldaten gesehen. Vielleicht erblicken sie von Zeit zu Zeit ein feindliches Flugzeug am Himmel; aber im übrigen wissen sie von dem Überfall und davon, dass sie von ihm überrannt sind, nur aus den Erzählungen und Gerüchten, die aus dem Osten kommen, und aus ihrer Lektüre der wenigen Nachrichtenblätter, die gedruckt werden.

Trotzdem ist ihnen die Gefahr bewusst, in welcher ihr Land schwebt. Sie pflegen und beherbergen die Guerillatruppen, welche das flache Land beherrschen. Diese Truppen sind sehr beträchtlich. Die gefürchtetste von ihnen ist die sogenannte Achte Behelligungsarmee. Es ist die alte kommunistische Streitmacht, welche viele Jahre hindurch

H1668-0334

im Kampf gegen die chinesische Regierung Erfahrungen gesammelt hat und jetzt mit ganzem Herzen im Dienst der nationalen Sache steht. Diese kommunistischen Guerillakämpfer sind entschlossen, geschickt und nicht zu fassen. Sie tauchen auf; sie schlagen zu; sie verschwinden. Das japanische Heer hält die Eisenbahnlinien, die Blockhäuser, die Brückenköpfe, die befestigten Posten und die ummauerten Städte, welche es eingenommen hat. Die Truppen sind nicht stark genug, um aus ihnen hinauszugehen, es lohnt sich auch nicht für sie. Die Guerillaabteilungen, welche diesen kleinen Posten erobern oder jene Eisenbahnlinie unterbrechen, welche irgendeine unvorsichtige japanische Aufklärungspatrouille in eine Falle locken und vernichten, sind unauffindbar. Chinesische Dorfbewohner zur Vergeltung zu massakrieren, ist ganz leicht. Aber was nützt das? Wie „Mr. Dooley" vor langer Zeit sagte: „China die Rute geben, heisst einer Qualle die Rute geben." Der japanische Generalstab beschränkt also seine Aktionen auf die militärischen Kommunikationen und die von der Armee besetzte Front und steckt zum Trost an allen diesen Punkten auf der Karte Fähnchen ein, um den siegreichen Vormarsch zu beweisen.

Was liegt jenseits der japanischen Front? Sobald die Eisenbahnlinie Kanton-Hankau einmal in die Hände der Japaner gefallen ist, was bald der Fall sein kann, wird der Krieg in Gebiete getragen werden, in denen es kaum Eisenbahnen und nur eine beschränkte Anzahl moderner Strassen gibt. Wenn die Japaner in diese ungeheuren Regionen vorrücken, werden die militärischen Schwierigkeiten und die Gefährlichkeit des Nachschubs für ihre Streitkräfte ständig steigen. Die chinesischen Heere haben bei der Flucht aus allen Städten, die von ihnen in grösserem Masstab verteidigt wurden, eine ausserordentliche Geschicklichkeit an den Tag gelegt. Sie schlüpften ungefährdet von Hankau weg. Sie zogen sich rechtzeitig, wahrscheinlich klugerweise, aus Kanton zurück. Tschiang Kaischek hat die richtige Strategie für China erkannt und die Parole ausgegeben, dass die Hoff-

H1668-0335

nungen auf einen chinesischen Sieg um so grösser werden müssen, je weiter sich der Krieg nach dem Westen zu, das heisst in das Landesinnere bewegt. Es ist durchaus möglich dass wir eine Wiederholung von Napoleons Versuch erleben, und die Japaner auf ein Moskau losmarschieren. Die Grösse des Landes ist gewaltig. Die Bevölkerungsmassen sind gewaltig. Die herrschende Armut is deprimierend. Die Heere, welche sich nach den Kämpfen zurückgezogen haben, sind noch immer schlagkräftig und einigermassen gut ausgerüstet. Die chinesische Zentralregierung hat sich in das mehr als fünfhundert Meilen entfernte Tschung King zurückgezogen, wo auch Tschiang Kaischeks Hauptquartier liegt. Die Intelligenz, das Universitätsleben des modernen und fortschrittlichen China findet eine ruhige Unterkunft noch weiter westlich in Tschengtu. Es ist nicht einzusehen, warum China nicht durchhalten und seine Unabhängigkeit auf unbeschränkte Zeit wahren sollte, wenn die Chinesen nur bei dem Geist der nationalen Einigkeit bleiben und treu zu ihrem grossen Führer Tschiang Kaischek stehen.

Der Nachschub ist schwieriger geworden. Die Eroberung Kantons durch die Japaner hat den Nachschubweg Chinas, welcher durch Hongkong führte, abgeschnitten. Aber die alte russische Seidenroute durch Turkestan liefert noch immer ihre wöchentlichen Mengen an Kriegsgeräten aus dem Herzen Asiens, und auch die durch Französisch Indochina, Tongking, führende Eisenbahnlinie unterhält einen lebhaften Verkehr, wenn nicht M. Bonnet sie in seiner „Befriedungspolitik" schliessen lässt. Viele Nationen liefern Waffen an China — die Vereinigten Staaten, die Deutschen und die Italiener. Die gemeinsame Front gegen den Bolschewismus findet keine Anwendung, wenn es sich um Profite handelt. Nur die Engländer verkaufen den Chinesen keine Waffen. Sie brauchen sie alle zu Hause.

Unterdessen wächst in Japan, dem Lande der Verlorenen Illusionen, das einst die Lieblingshoffnung der englisch sprechenden Welt war, im Lauf der Monate die Beanspruchung durch diesen langen, hartnäckigen und stets an Um-

H1668-0336

fang gewinnenden Krieg. Das Inselreich ist in den Händen eines harten Militärdespotismus, welcher sich jetzt mit nazistisch-faschistischen Emblemen zu maskieren sucht, genau so wie sich vor fünfzig Jahren die liberalen Kräfte in Japan mit den Federn der abendländischen Zivilisation schmückten. Die ganze Bevölkerung beugt sich unter der Steuerlast; die Aufgabe, bedeutend mehr als 1.000.000 Mann jenseits des Meeres zu unterhalten, dazu der teure moderne Kriegsapparat, lastet schwer auf der Regierung. Japan muss, um neben dem Ausbau und der Erhaltung einer grossen Marine diesen stets wachsenden Konflikt durchzukämpfen, sehr grosse Quantitäten der für die Kriegsindustrie notwendigen Rohmaterialien einführen. Was Rohöl und Benzin betrifft, lebt es von der Hand in den Mund; Gummi ist knapp; die Reserven an vielen anderen Kriegsmaterialien sind dürftig. Alles muss gegen Valuta gekauft werden. Der Kredit ist versiegt, und die Exportkapazität reicht für den notwendigen Import nicht aus. Die Goldreserve ist auf ein knappes Viertel dessen gefallen, was sie vor dem Überfall auf China war.

Man muss sich fragen: „Wo werden diese beiden Kämpfer, China und Japan, in einem Jahr oder in zwei Jahren von jetzt stehen, wenn die Chinesen zusammenhalten, wenn sie Tschiang Kaischek treu bleiben und seine kluge Strategie befolgen?" Objektive Beobachter müssen den Eindruck haben, dass China nur auszuharren hat, um sich zu retten. Die ganze Zeit wacht und droht an den Grenzen Mandschukuos die mehr als eine Million starke russische Sibirien-Armee. Jeden Augenblick kann sie, wie es vor sechs Wochen geschah, ein Ablenkungsmanöver durchführen und die hastige Abziehung von hunderttausend Mann japanischer Truppen nach dem Norden veranlassen; jeden Augenblick kann sie einen schweren Druck auf die Verteidigungsarmee Japans ausüben. Die Vereinigten Staaten, die zu Hause von keinen ernsten Sorgen geplagt werden, sind interessierte Beobachter eines Konflikts, in welchem wichtige amerikanische Interessen auf dem Spiel stehen, von Recht und Un-

H1668-0337

recht ganz zu schweigen. Nichtsdestoweniger muss die stets wachsende Flottenstärke der amerikanischen Republik in den Herzen der japanischen Kriegsherren eine nagende Besorgnis auslösen.

Wir wenden unsere Augen ab von den Grausamkeiten, der grenzenlosen, unsinnigen Vergeudung und Zerstörung, welche diese Invasion in China nach sich zieht. Unermessliche Strecken zu Lande und zu Wasser erschweren den genauen Überblick über schauerliche, beklagenswerte Szenen. Und doch könnten die behaglich auf ihren Federbetten in New York, Paris und London ruhenden kleinen Gehirne gelegentlich einen Gedanken an dieses furchtbare Drama wenden, welches, wenn es zu einem bösen Ende kommt, die Welt für ihre Kinder und für eine noch ungeborene Generation verfinstert haben wird.

H1668-0338

DIE ZEIT NACH MÜNCHEN

17. November 1938

Dass der Ministerpräsident eine Politik verfolgt, die sich durch sehr grosse Entschlossenheit und alles überragende Bedeutung auszeichnet, kann niemand leugnen. Er hat seine eigenen sehr ausgeprägten Ansichten darüber, was zu tun ist, und darüber, was geschehen wird. Er hat seinen eigenen Wertmasstab; er hat seinen eigenen Blickwinkel. Er glaubt, dass er eine gute Regelung für Europa und für das Britische Reich herbeiführen kann, wenn er zu einer Verständigung mit Herrn Hitler und Signor Mussolini gelangt. Kein Mensch bestreitet seine Motive. Kein Mensch zweifelt an seiner Überzeugtheit oder seinem Mut. Von alledem abgesehen hat er die Macht, zu tun, was er für das Beste hält. Wer anderer Ansicht ist, sowohl über die Grundsätze unserer Aussenpolitik wie über die Tatsachen und Wahrscheinlichkeiten, mit denen unser Land zu rechnen hat, muss zugeben, dass es durchaus nicht in unserer Macht steht, ihn daran zu verhindern, dass er mit den Hilfsmitteln und Methoden, die ihm zu Gebote sind, den Weg einschlägt, von dessen Richtigkeit er aufrichtig überzeugt ist. Er ist bereit, die Verantwortung zu übernehmen, er hat das Recht, die Verantwortung zu übernehmen; und wir werden in verhältnismässig kurzer Zeit erfahren, was seiner Meinung nach mit uns zu geschehen hat.

Der Ministerpräsident ist überzeugt davon, dass Herr Hitler auf dem europäischen Kontinent keine weitere territoriale Ausdehnung mehr sucht; dass die Überwältigung und das Verschlucken der tschechoslovakischen Republik den Appetit des deutschen Naziregimes gesättigt hat. Vielleicht hat er den Wunsch, die konservative Partei dafür zu ge-

H1668-0339

winnen, dass die in britischem Besitz befindlichen Mandatsgebiete oder etwas, das man für ihr Äquivalent hält, Deutschland zurückgegeben werden. Er glaubt, dass dieser Restaurationsakt langwährende, gute, ungefährdete Beziehungen zwischen Grossbritannien und Deutschland im Gefolge haben wird. Er glaubt ferner, dass man diese guten Beziehungen erreichen kann, ohne auch nur im geringsten die fundamentale von der Selbsterhaltung diktierte Bindung an die französische Republik zu schwächen; eine Bindung die, worüber zwischen uns allen keinerlei Meinungsverschiedenheit besteht, gewahrt bleiben muss. Mr. Chamberlain ist überzeugt, dass seine gesamte Politik zu einem universellen Übereinkommen führen werde, zur Beruhigung der unzufriedenen Mächte und zu dauerndem Frieden.

All dies liegt jedoch auf dem Gebiet der Hoffnung und der Spekulation. Eine ganze Gruppe entgegengesetzter Möglichkeiten darf nicht ausser acht gelassen werden. Es ist möglich, dass er von uns verlangt, wir sollten uns Dingen fügen, die wir nicht ertragen können; es ist möglich, dass er dazu gezwungen wird, von uns zu verlangen, wir sollten uns Dingen fügen, die wir nicht ertragen können. Oder aber, die andere Seite bei dieser schwierigen Verhandlung wird vielleicht nicht in demselben Geist des guten Willens und des guten Glaubens handeln, der den Ministerpräsidenten beseelt. Was wir zu geben haben, was zu geben man uns veranlasst, mag uns teuer zu stehen kommen, aber es wird vielleicht noch immer nicht genug sein.Die Folgen können unter Umständen eine schwere Schädigung und Demütigung des Britischen Reiches sein, und doch wird das Ganze vielleicht nicht dauerhaft sein oder den Gang der Ereignisse auf dem Kontinent, wenn überhaupt, für nicht mehr als einige Monate auf eine andere Bahn lenken. Um diese Zeit im nächsten Jahr werden wir wissen, ob die Ansichten des Ministerpräsidenten über Herrn Hitler und die deutsche Nazipartei richtig oder falsch sind. Um diese Zeit im nächsten Jahr werden wir wissen, ob die Befriedungspolitik befriedet oder lediglich einen noch heftigeren Appetit ausgelöst hat. Un-

H1668-0340

terdessen können wir nichts anderes tun als Widerstands- und Verteidigungskräfte sammeln, damit wir, sollte der Ministerpräsident unglückseligerweise Unrecht haben oder irregeführt oder getäuscht sein, im schlimmsten Fall wenigstens Leib und Seele zusammenhalten können.

Aber diese Probleme werden, so schmerzlich und wichtig sie auch sind, durch die Gefahren der sogenannten Abrüstung weit in den Schatten gestellt. Was bedeutet sie? Jedermann würde sie gern sehen. Alle Welt wäre glücklich und zufrieden, wenn die Mittel und Fähigkeiten aller grossen Nationen der Erde in den Dienst von Zielen gestellt werden könnten, die für die Massen der Völker ergiebiger sind. Aber sicherlich müssen wir sorgfältig darauf achten, dass das, was Abrüstung genannt wird, nicht de facto Grossbritannien in eine Lage bringt, in der man die schwersten Erpressungen an ihm begehen kann. Ich fürchte, man wird uns, vielleicht in ganz kurzer Zeit, sehr verführerische Vorschläge machen. Man wird uns sagen, dass die Deutschen sich damit einverstanden erklärt haben, die Verwendung von Giftgas abzuschaffen, welche sie vielleicht niemals planten, es sei denn, dass sie es sich überlegen oder dass etwas geschieht, was ihnen ein Recht gibt, zu sagen: „Hier liegt eine neue Tatsache vor, die alle existierenden Vereinbarungen ungültig macht." Und schliesslich ist der Krieg eine neue Tatsache, die nach Ansicht vieler Juristen automatisch alle vorhergehenden Vereinbarungen ausser Kraft setzt. Eine derartige Versicherung wäre ein Trost, der sich leicht als Falle entpuppen könnte.

Ich wäre, soweit Konventionen überhaupt etwas taugen, sehr für eine Konvention, die in allen Ländern grosse Gebiete bestimmt, über welchen Flugzeuge nicht planmässig Bomben abwerfen dürfen, aber ich würde es sehr bedauern, wenn eine solche Übereinkunft unsere einzige Verteidigungsmassnahme wäre, weil, wie ich schon gesagt habe, das Wetter sich sehr plötzlich ändern kann. Man kann uns auch den Vorschlag machen, dass die Bomber mit grossem Aktionsradius kassiert werden sollen, aber das würde in Wirklichkeit bedeuten, dass wir wohl nicht Berlin, die Deutschen

H1668-0341

aber sehr leicht London mit mittelgrossen Flugzeugen erreichen könnten.

Wenn es in der näheren Zukunft zu Wahlen kommt, werden es sehr sonderbare und unglückliche Wahlen sein. Es handelt sich viel weniger darum, wer gewinnt oder verliert, als darum, was mit dem Land geschieht. Ich habe es noch nie so geteilt gesehen wie heute. Die Teilungslinie folgt nicht genau den regulären Parteigruppierungen, aber sie geht sehr tief und wird viele Bande und Freundschaften zerschneiden. Bei Flodden Field hatten die englische und die schottische Armee die Stellungen vertauscht, sie standen mit dem Gesicht zur Heimat und dem Rücken zum Feindesland. Trotzdem kämpften sie um nichts weniger entschlossen. Gerade in eine Stellung solcher Art können wir unter Umständen sehr bald gebracht werden. Eine Seite wird die andere anklagen, Kriegshetzer zu sein; und Herr Hitler wird jenseits der Nordsee auf das heftigste sekundieren. Die anderen Parteien werden zweifellos erwidern, was ihnen gerade einfällt. Und offensichtlich wären auch Antworten da, die gegeben werden könnten. Aber wo wären wir alle, wer immer gewinnt, am Ende? Das Resultat mag so oder so ausfallen, nichts ist gewisser, als dass Wahlen zur Zeit alle Parteien in eine sehr ungewöhnliche und unbehagliche Lage brächten und einen tiefen Riss durch die Nation zögen.

Und was soll unterdessen mit der Aufrüstung geschehen? Wie sollen wir unsere Kraft und unsere Stellung in der Welt wiedergewinnen? Wir können unmöglich wirksame Anstrengungen zur Wiedererlangung der Stärke Grossbritanniens machen, wenn wir nicht erreichen, dass die Tory-Partei und die Gewerkschaften unter allgemeiner politischer Billigung Hand in Hand miteinander arbeiten. Nur so können die Waffen, die wir so bitter nötig haben, in dem erforderlichen grossen Umfang erzeugt werden. Derartige Wahlen aber würden, wie immer sie ausfielen, alle Möglichkeiten einer energischen und freudigen Zusammenarbeit auf die Dauer mindestens eines weiteren kostbaren Jahres zunichte machen.

H1668-0342

FRANKREICH UND ENGLAND

1. Dezember 1938

Über den Zweck und die Ergebnisse des Besuchs, den der Ministerpräsident und Lord Halifax in der vergangenen Woche Paris abstatteten, wurden viele Überlegungen angestellt. In den düsteren Tagen nach München war es zweifellos notwendig, dass die Minister, die in beiden Ländern an der Spitze der Geschäfte stehen, sich über ihre Lage und über ihre gegenseitigen Beziehungen Klarheit schaffen. In Europa ist es zu einer gewaltigen Änderung der Gewichtsverteilung gekommen, und ausserdem sind in der öffentlichen Meinung der beiden westlichen Demokratien ausschlaggebende Reaktionen im Gange. Grossbritannien ist in seinen Ansichten über die Aussenpolitik völlig gespalten. Die politischen Auseinandersetzungen sind lebhaft und werden immer heftiger werden. In Frankreich ist die Wirkung des durch das Septemberereignis ausgelösten Stosses nur um so tiefer, weil er schweigend hingenommen wurde. Die Kammer akzeptierte das Verhalten von M. Daladier und M. Bonnet nahezu einmütig; ein einziger Abgeordneter der Rechten, M. de Kerillis, stimmte mit den Kommunisten dagegen. Aber alle Schichten der französischen Gesellschaft wurden bis auf den Grund erschüttert.

Die unblutige Eroberung und Aufsaugung der Tschechoslovakei durch Nazideutschland hat die militärische Stellung Frankreichs gründlich geändert. Ihr ganzes Bündnissystem in Osteuropa ist zusammengebrochen und kann niemals wieder hergestellt werden, es sei denn höchstens nach Ablauf etlicher Jahre und in völlig anderer Gestalt. Bis nun hatten Frankreich und Grossbritannien das Gefühl, stärker zu sein als Deutschland. Von jetzt an steht es anders. Wir

H1668-0343

haben gesehen, was Herr Hitler trotz seiner Schwäche zustande bringen konnte. Nun werden wir erfahren müssen, was für Gebrauch er von seiner Stärke machen wird. Wenn München und andere Triumphe am grünen Holz gewonnen wurden, was wird am dürren geschehen? Die Staatsmänner Grossbritanniens und Frankreichs haben auf Stücke Papier, welche Hitler bereitwilligst unterzeichnet, ihre Namen geschrieben, oder sie werden es noch tun; aber in beiden Ländern gibt es keinen einzigen Menschen, der sich auf Grund solcher frommer und verschwommener Versicherungen des guten Willens auch nur im geringsten sicherer fühlt, als seinerzeit die Nationen der Welt nach dem Kellogg-Pakt, welchen alle unterzeichneten.

Man muss offen gestehen, dass die Freunde Frankreichs in England sich einer gewissen Bestürzung nicht erwehren konnten. Sogar ich, der ich dreissig Jahre lang im Frieden, im Krieg und nach dem Krieg unablässig die Sache der englisch-französischen Solidarität verfochten habe, bin jetzt einigermassen verwirrt. Man weiss nicht, wofür sich das neue Frankreich zur Zeit einsetzt, was es bedeutet, oder was für innere Wandlungen der Dritten Republik bevorstehen. Diese Wandlungen können sehr drastisch sein. Ich zweifle nicht daran, dass sie auf dem einen oder dem anderen Wege zu einer Wiederbestätigung des französischen Lebenswillens führen werden. Den so eifrig verbreiteten defaitistischen Erzählungen, dass diese grosse Nation willens sei, sich mit der Rolle einer kleinen Macht zu begnügen, kann niemand, der die Frankreich innewohnende Kraft kennt, Glauben schenken. Es muss und es wird auf beiden Seiten des Kanals zu einer ausserordentlich lebhaften Wiederbelebung kommen. Aber wie und in welcher Gestalt das in Frankreich erreicht werden wird, ist ein Rätsel der Zukunft.

Der Ausbruch von Streiks und Unruhen, welche von den Parteien der Linken geschürt werden, mag die Wirkung haben, Frankreich momentan zu schwächen; aber es wäre ein grosser Irrtum, in ihnen ein Zeichen krankhafter Schwäche zu sehen. Das Prinzip, das die Masse des französischen Vol-

H1668-0344

kes im Widerstand gegen die Diktatur und die totalitären Mächte einigte, ist auf das heftigste erschüttert worden. Die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter, welche noch vor einigen Wochen den Mobilisierungsbefehlen mit Ergebenheit und Pünktlichkeit gehorchten, werden nicht mehr durch das Motiv des Widerstandes gegen ausländische Tyrannei an ihre Pflicht gemahnt. Sie begreifen nicht ganz, für welches hohe Weltziel sie jetzt schuften sollen. Wenn es sich lediglich um eine Beruhigung der nazistischen und faschistischen Diktatoren durch Konzessionen an ihre Forderungen und Unterwerfung unter ihren Willen handelt, warum sollte dann die Arbeitszeit verlängert werden? Die Sonne leuchtet über einem schönen Land; Musse ist süss für die arbeitenden Massen. Zweifellos könnten, wäre nicht diese äussere Bedrohung da, die ihren Schatten über so viele Länder wirft, Wissenschaft und Technik heute allen ein bequemeres und schöneres Leben ermöglichen. Soll der Naziaggression Widerstand geleistet werden, oder sollen die westlichen Demokratien mit gefalteten Händen dasitzen und resigniert auf die furchtbaren Ereignisse blicken, die sich im Zentrum und im Osten Europas vorbereiten? Wir erinnern an den ironischen Kriegswitz über den Optimisten und den Pessimisten. Der Optimist war der Mann, dem es gleichgültig war, was passierte, solange es nicht ihm passierte. Der Pessimist war der Mann, der mit dem Optimisten zusammenhauste. Soll die gemeinsame Zukunft unserer beiden Völker sich so schildern lassen?

Es ist nunmehr bekannt, dass Herr Hitler während der letzten Krise drei Viertel seiner Heere gegen die Tschechoslovakei konzentrierte und an der französischen Grenze zur Bewachung seiner noch nicht fertig gestellten Verteidigungslinie eine Truppenmacht zurückliess, die dem französischen Heer weit unterlegen war. [1]) Alles, was wir in jenen Tagen

---

[1]) De facto stellten die Deutschen 42 Divisionen auf, von denen 30 gegen die Tschechoslovakei massiert wurden, 4 in Reserve blieben und nur 8 die deutsche Grenze von der Schweiz bis Luxem-

H1668-0345

erfahren haben, beweist die solide Kraft und Qualifikation des französischen Heeres. Das nüchterne Vertrauen, das die Führer in das Heer setzten, wurde von allem, was im Verlauf der Mobilisierung geschah, bestätigt. Obgleich die deutsche Armee mit jedem Monat stärker wird und obgleich Deutschland über doppelt so viel kriegstüchtige Männer verfügt als Frankreich, darf nicht vergessen werden, dass die französischen Reserven an ausgebildeten Soldaten bedeutend grösser sind als die Deutschlands. Es ist erst drei Jahre her, dass unter Vertragsbrüchen die allgemeine Wehrpflicht für ganz Deutschland eingeführt wurde. Daher existieren nur drei Jahresklassen ausgebildeter Reservisten. Diese Jahresklassen kommen zweifellos numerisch fünf bis sechs französischen Reservistenklassen gleich. Aber Frankreich hat zwanzig Jahresklassen ausgebildeter Männer, und für alle diese existieren gut ausgerüstete und völlig kriegstüchtige Formationen. Ausserdem macht sich der Offiziersmangel in Deutschland unangenehm fühlbar und kann nicht in kurzer Zeit beseitigt werden. Entweder muss Herr Hitler ein verzweifelter Hasardeur sein oder er muss ziemlich sicher gewesen sein, dass man ihn mit der Tschechoslovakei würde machen lassen, was er wollte.

Wenn diese Tatsachen im Verlauf der Zeit in das Bewusstsein der französischen Nation dringen, müssen sie unweigerlich tiefe Emotionen auslösen. Niemand, der die Geschichte Frankreichs seit 1870 studiert hat, kann daran zweifeln, dass ein Feuer schwelt; aber kein Mensch kann sagen, wie und wann die Flammen daraus emporschlagen werden. Man hat die bemerkenswerte Rede, in welcher der Graf von Paris die Münchener Kapitulation verurteilte, allzu wenig beachtet. Diese Rede sollte gewisse Elemente der Rechten, die sich durch ihre Entfremdung von der Republik haben verführen lassen, die Stärke ihres Landes gerin-

---

burg besetzt hielten. Die französische Überlegenheit gegenüber diesen 8 Divisionen war gewaltig, und der französische Generalstab erklärte, er setze volles Vertrauen in den Erfolg, vorausgesetzt dass die Tschechoslovakei 14 Tage aushalten könne.

H1668-0346

ger einzuschätzen, als die Umstände es notwendig machen, an ihre Pflichten erinnern. Die Gründe dafür, dass Frankreich sich zur Zeit nicht in seiner vollen Stärke zeigt, sind nicht bei den arbeitenden Massen zu suchen, welche gleichzeitig die Soldaten Frankreichs sind, sondern in gewissen Schichten der Mittelklasse und der Wohlhabenden. Etwas Ähnliches ist auch in Grossbritannien zu beobachten.

Die beiden grossen Völker, deren Geschicke miteinander verflochten sind, sollten ihr Gewissen erforschen. Es steht ausser Zweifel, dass sie sich nur in ihrer wahren Stärke und im Geist der alten Zeit aufrichten müssen, um inmitten der gegenwärtigen Gefahren wieder eine sichere Stellung einzunehmen. Sie haben noch immer die Kraft, ihre Zukunft, mit welcher die in dem langwährenden Zurechtschmieden des britischen parlamentarischen Systems und in den raschen, harten Lehren der französischen Revolution für die ganze Welt errungenen Freiheiten untrennbar verbunden sind, wieder in die Hand zu nehmen und zu sichern. Vor allem ist es unerlässlich, dass das britische und das französische Volk erneut Anstrengungen machen und Opfer bringen, und dass sie jedes Manöver, das darauf abzielt, sie voneinander zu trennen, als tödliche Bedrohung abwehren.

H1668-0347

NEUE GESICHTSPUNKTE IN OSTEUROPA

15. Dezember 1938

Wenn der polnische Aussenminister, Oberst Beck, Schüler und bis zu einem gewissen Grade Erbe des Marschalls Pilsudski, die Lage Europas in der unfreundlichen Dämmerung nach München betrachtet, muss ihm ziemlich unangenehm zumute sein. Sonst hätte er sich bestimmt nicht so sehr beeilt, neuen Kontakt mit Sowjetrussland aufzunehmen, von welchem Polen in einem nur wenige Wochen zurückliegenden Augenblick der Krise eine praktisch einem Ultimatum gleichkommende Note erhalten hatte. Zweifellos war es sehr erfreulich, beim Zusammenbruch der Tschechoslovakei in den Besitz Teschens zu gelangen, um das ein langer Streit ging. Aber nach dem Schmaus kommt die Rechnung. Diese Rechnung präsentiert der deutsche Wirt, der nahezu den ganzen Gasthof mitsamt dem anliegenden Grundstück erworben hat; und es kann eine ziemlich gepfefferte Rechnung werden. Die Agitation, die jetzt in der polnischen Ukraine unterhalten wird, zeigt, dass es sich um ziemlich grosse Posten handelt; unter diesen können auch Danzig und der polnische Korridor aufgezählt werden. So sieht die Rechnung aus, die Nazideutschland in der nächsten Zukunft Oberst Beck präsentieren kann. Doch vielleicht wird ihm die russische Sowjetunion Sukkurs gewähren und beim Nichtbezahlen helfen — vielleicht aber auch nicht!

Die westlichen Demokratien Frankreich und Grossbritannien haben seit jeher eine sehr ausgeprägte Sympathie für die nationale Selbständigkeit der Polen. Diese Sympathie hat sich nicht nur in Worten ausgedrückt. Napoleon machte einen denkwürdigen Versuch, Polen wiederherzustellen. Erst

H1668-0348

1919 ermöglichte der Sieg der französischen und britischen Bajonette die Wiedergutmachung des vor mehr als anderthalb Jahrhunderten von den drei Despotien Preussen, Oesterreich und Russland begangenen historischen Verbrechens. Ich habe die Befreiung Polens aus seiner dreifachen Knechtschaft stets als eine der erfreulichsten Konsequenzen des Weltkrieges begrüsst. Die niemals schlummernde, niemals unterdrückte Idee der nationalen Einheit der Polen gehört zu den Wundern der Geschichte, und dass diese Idee dank französischen und britischen Opfern und Siegen verwirklicht werden konnte, war ein grosses Ereignis. Niemand, der sich mit der Vergangenheit befasst hat, konnte in den letzten schicksalsreichen Monaten ohne schmerzliche Empfindungen zusehen, wie das wiederhergestellte Polen in so völliger Gleichgültigkeit gegenüber den Mächten, die es befreit hatten, und gegenüber der Sache des Rechtes und der Freiheit in Europa handelte. Diejenigen, die die Tore einer Bastille eingestossen hatten, mussten zu ihrer Enttäuschung feststellen, dass der Eingekerkerte in seiner langen Gefängniszeit nichts vergessen und nichts dazu gelernt hatte. Aber Enttäuschung ist ja nur zu oft die Frucht der Erfahrung.

Ganz Osteuropa verbringt diese Weihnachtszeit in tiefster Furcht. Gegen wen wird der nächste Schlag gerichtet werden? Welche Länder, die jetzt selbständig und in Frieden leben, werden die Konsequenzen Münchens zu spüren bekommen? Die Lage in Rumänien ist ausserordentlich gespannt. Wir haben in der jüngsten Zeit den Besuch König Carols in England empfangen. Der Eindruck, den er in London machte, war überaus günstig; die britische Öffentlichkeit hatte das Gefühl, in ihm einen wirklichen Mann zu sehen, einen ausserordentlich fähigen Fürsten, der Schwierigkeiten entschlossen und gerüstet entgegentritt. Aber das an Petroleum und Getreide reiche Rumänien, welches eine Schar neu erworbener Minoritäten in seiner Mitte, und das schwer und tief gekränkte Ungarn unmittelbar vor seinen Toren hat, scheint ein Land mehr zu sein,

H1668-0349

das in diesem unglückseligen Zeitabschnitt gefährdet ist.

Jenseits der beiden bedrohten Länder Polen und Rumänien liegt das gewaltige Russland, und weiter im Süden die mächtige Militärrepublik der Türkei. Russland und die Türkei, Jahrhunderte alte Feinde, sind gute Nachbarn geworden. Zusammen bilden sie ein Gegengewicht für Europa, das von unschätzbarem Wert sein mag. Russland ist ein Geheimnis und ein Rätsel, das wohl niemand lösen kann. Die Rolle, die Russland im Fernen Osten spielt, verdient die Hochachtung Grossbritanniens sowie der Vereinigten Staaten. Was Russland tun kann oder tun wird, falls oder sobald seine Grenzen verletzt werden, kann niemand sagen. Wer es aber bagatellisieren wollte, wäre in der Tat ein Tor.

Die Türkei ist jedoch eine weitere stabilisierende Kraft, viel kleiner, aber von bedeutend ausgesprochenerem Charakter. Der Tod Mustapha Kemals, des Retters der Türkei im Krieg, des Mannes, der die türkische Nation nach dem Krieg wiederaufgerichtet hat, war sowohl für das ottomanische Volk wie für Europa ein sehr betrüblicher und ungelegen kommender Verlust. Die Tränen, welche Männer und Frauen aller Klassen an seiner Bahre vergossen, waren ein gebührender Tribut für das Lebenswerk eines Mannes, der gleichzeitig der Held, der Vorkämpfer und der Vater der modernen Türkei war. Unter seiner langen Diktatur schuf eine Politik bewundernswerter Zurückhaltung und des Willens zur Freundschaft zum ersten Mal in der Geschichte ausgesprochen freundschaftliche Beziehungen zu Griechenland. Die furchtbaren Unbilden, welche die beiden Völker einander nach dem Weltkrieg antaten, sind von der Zeit und durch die Vernunft getilgt worden. Das Voneinanderlösen der Bevölkerungen war eine Leistung hervorragender Staatskunst, welche ohne Parallele dasteht. Die Voraussage, dass die Türken nicht imstande sein würden, ohne eine gewisse Anzahl Griechen als Ärzte, Chemiker, Bankiers, Geldverleiher und Handlanger in ihren Siedlungen auszukommen, hat sich glücklicherweise als falsch erwiesen. Die Fähigkeit der Türken war der Aufgabe, eine komplette

H1668-0350

heimische Wirtschaft zu schaffen, völlig gewachsen.

Wie bewundernswert war auch die Leistung der Griechen, denen es gelungen ist, in ihrem keineswegs reichen und fruchtbaren Land Platz und Lebensmöglichkeiten für nahezu 2.000.000 aus türkischen Gebieten Repatriierte zu finden. Sowohl Griechenland wie die Türkei hegen gegenüber Grossbritannien die freundschaftlichsten Gefühle. Zwischen der im Mittelmeer führenden Seemacht und den beiden Wächtern des Ägäischen Meeres besteht nicht der geringste Interessenkonflikt. Es scheint für Grossbritannien ein Ziel von grösster Wichtigkeit zu sein, das Wachstum von Wohlstand, Kredit und Handel sowohl in der Türkei wie in Griechenland zu fördern und zu ermuntern. Das Darlehen von £ 16.000.000, welches Mr. Chamberlain klugerweise in der ersten Hälfte dieses Jahres gewährte, kam der Türkei überaus zustatten und wurde von der türkischen Regierung wärmstens willkommen geheissen. Es steht zu hoffen, dass sich Mittel finden lassen werden, den griechischen Handel zu fördern und auch in anderer Form dem Volk zu helfen, dessen Beziehungen zu Grossbritannien seit langer Zeit so erfreulich sind und auf dessen Thron jetzt ein fähiger konstitutioneller König sitzt, welcher lange in England gelebt hat.

Griechenland, die Türkei und Rumänien können zusammen einen überaus segensreichen Einfluss auf Bulgarien ausüben. Als Bulgarien bei der Saloniki-Konferenz endgültig wieder an die Seite seiner Schwesterstaaten auf der Balkanhalbinsel trat, wurde in der Balkanpolitik ein grosser Schritt vorwärts getan. Alle diese Länder werden sicher sein und gedeihen, wenn sie gemeinsam handeln und sich zu einem starken Block friedlicher, aber gut gerüsteter Staaten zusammenschliessen. Wenn sie sich von deutschen Bestrebungen teilen und gegen einander ausspielen oder wenn sie sich von den Nazidoktrinen infizieren lassen, wird sich die Büchse der Pandora wieder einmal auftun, und dann wird des Elends, das sie erwartet, kaum eine Grenze zu sehen sein.

H1668-0351

Vielleicht wird das Schicksal der Tschechoslovakei, obgleich es ganz Ost- und Südeuropa neuen unermesslichen Gefahren aussetzt, gleichzeitig in allen betroffenen Ländern frische Kräfte der Selbsterhaltung auslösen. Nichts könnte den westlichen Demokratien willkommener sein oder mit grösserer Wahrscheinlichkeit ihr Interesse und ihre Sympathien erwecken.

H1668-0352

H1668-0353

DAS SPANISCHE GESCHWÜR

30. Dezember 1938

Ist es nicht an der Zeit, dass in Spanien Friede wird? Und ist jetzt nicht der Augenblick da, in welchem alle, denen etwas an Spanien liegt, sich bemühen sollten, ihn herbeizuführen? Die Regelung dieses grauenhaften Bürgerkrieges durch ein Übereinkommen liegt selbstverständlich im Interesse Grossbritanniens. Das Interesse, welches das Britische Reich daran hat, ist sogar überaus gross geworden. Nicht nur ist der spanische Streit ein glühender Ofen in der Nähe eines Pulvermagazins, das politische Vorgehen Grossbritanniens würde ausserdem geschlossener werden, sowie die Sympathien von Klassen und Parteien für die eine oder die andere Seite in Spanien sich nicht mehr auswirken.

Der grösste Teil der Konservativen bewundert General Franco; alle Linkskräfte setzen sich glühend für die Republik ein. Die Meinungsverschiedenheit zwischen der Herzogin von Atholl und den schottischen Torys gelegentlich der Nachwahl in Perth hatte ihre Ursache in der spanischen Angelegenheit. Die in jener Gegend ausschlaggebende Mehrheit sah in ihrer heftigen Parteinahme für die spanische Regierung einen Beweis dafür, dass sie so gut wie bereit sei, den Bolschewismus in Grossbritannien einzuschleppen, ihr Eigentum zu konfiszieren, ihre Kirchen zu besudeln und ihnen notfalls noch die Kehlen abzuschneiden. Nichts hat den Einfluss des Ministerpräsidenten bei der wohlhabenden Gesellschaft so nachdrücklich gestützt wie der Glaube, dass er freundschaftliche Gesinnungen für General Franco und die Sache der Nationalisten in Spanien hege. Diese Gefühle können jedoch leicht auf beiden Seiten über die Grenzen hinaus führen, die das Interesse Grossbritanniens zieht. Es

H1668-0354

hat den Anschein, dass das Britische Weltreich heute durch einen Sieg der spanischen Regierung weitaus weniger gefährdet wäre als durch den General Francos.

Ich wurde immer durch die Furcht vor dem, was der geschlagenen Seite, welche es auch sei, bevorsteht, davon abgeschreckt, für eine der beiden Parteien einzutreten. Das Schauspiel eines Franco-Spanien oder eines Negrin-Spanien, in dem die besiegte Hälfte der spanischen Nation zertreten wird, ist mir stets so finster und grausam erschienen, dass ich, da ich kein Spanier bin, auf keiner Seite Parteigänger werden will. Eines steht aber fest. Sollte die spanische Regierung jetzt den Sieg davon tragen, so würde sie so ängstlich darauf bedacht sein, in Freundschaft mit Grossbritannien zu leben, und so viel Sympathie bei der Bevölkerung Grossbritanniens finden, dass wir wahrscheinlich imstande wären, sie zu einem Verzicht auf die Rache zu überreden, die in einem früheren Zeitpunkt ihrem Sieg unweigerlich gefolgt wäre. Gewinnt aber andererseits Franco, so würden seine nazistischen Förderer ihn zu brutalen Unterdrückungen derselben Art treiben, wie sie in den totalitären Staaten üblich sind.

Ein Sieg der spanischen Republikaner wäre daher nicht nur eine strategische Sicherung der durch das Mittelmeer führenden Verbindungswege des Britischen Reiches, er würde auch bedeuten, dass sich freundlichere und versöhnliche Kräfte durchsetzen können. Grossbritannien würde einen grossen Einfluss in der spanischen Republik ausüben. Nazideutschland würde Franco mit eisernem Griff am Genick festhalten oder das mindestens versuchen. Der Charakter der spanischen Regierung hat sich seit den ersten Monaten des Bürgerkriegs ausserordentlich gewandelt. Die ungeheuerliche Unfähigkeit, die Ordnung aufrecht zu erhalten, welche die Hauptrechtfertigung für die Militärrevolte war, ist in einem Kampf auf Leben und Tod von eiserner Disziplin abgelöst worden. Während in den meisten Konflikten dieser Art die radikaleren Kräfte unausgesetzt mehr Macht gewannen und immer gewalttätiger wurden, hat sich

H1668-0355

in Barcelona und Valencia der umgekehrte Prozess abgespielt. Dort sind die liberalen und gemässigten Einflüsse gewachsen, und die anarchistischen und kommunistischen Doktrinäre und Mörder werden allmonatlich unter die von bitterer Notwendigkeit diktierte gesunde Disziplin des Militärdienstes gebracht.

Während General Franco zu Anfang ein zivilisiertes und geeinigtes Spanien zu repräsentieren schien, hat die Tatsache, dass er sich immer mehr auf deutsche und italienische Hilfe stützte, die spanische Regierung zu einem guten Teil wieder in den Besitz der nationalen Rechtstitel gesetzt. Beide Seiten sind gegen den Vorwurf, antispanisch zu sein, empfindlich geworden. Ihre Propaganda prüft jetzt mit zunehmender Genauigkeit, welche Elemente ausländischer Hilfe in den Reihen der Gegenseite zu finden sind. General Franco schämt sich herzlich, von den Deutschen und Italienern so abhängig zu sein. Seine Verteidiger weisen nicht ohne Rechtfertigung auf die vielen russischen und marxistischen internationalen Persönlichkeiten hin, die in den Stäben des republikanischen Heeres figurieren. Die spanische Regierung legt in diesem Punkt grosse Empfindlichkeit an den Tag. Die Zusammenberufung und Entlassung der Internationalen Brigaden auf dem Höhepunkt des Kampfes war ein Akt der Loyalität, der keinem Spanier entging.

Auf Francos Seite verursacht die Unbeliebtheit der trotz allem unentbehrlichen italienischen Kontingente und der überaus fähigen nazistischen Agenten, Stabsoffiziere, Artilleristen und Flieger eine sich ständig steigernde Spannung. Dass alle Ausländer, die sich in den heimischen Streit eingemischt haben, von der spanischen Halbinsel vertrieben werden, ist der sehnlichste Wunsch der gesamten spanischen Nation, und vom britischen Standpunkt aus ist das auch ein gesundes und solides Ziel. Aus allen Gründen, strategischen, menschlichen und moralischen, müsste also Grossbritannien, wäre es vor die Wahl gestellt, heute den Sieg derjenigen Seite begrüssen, die weniger auf die Ausländer ange-

H1668-0356

wiesen ist. Aber warum sollen wir vor eine Wahl gestellt werden? Und warum sollen die Spanier wählen müssen? Haben sie nicht ein alles überragendes gemeinsames Interesse an einem wahren Frieden, an einer dauernden Wiedervereinigung, die sich auf die Unabhängigkeit, die Integrität und die Wiederherstellung ihres Geburtslandes stützt?

Und hier wollen wir durch die Kriegswolken hindurch und über die Leichen hinweg, die in den Schlachtfeldern ruhen und an so vielen Gefängnismauern liegen, einen Blick zurück in die Vergangenheit werfen. Nichts ist gewisser, als dass Spanien dies niemals wollte. Ein grauenhaftes Missverständnis infolge von Fehlern und Exzessen, die sehr wohl in einem stärkeren Staat hätten redressiert werden können, öffnete die Schleusen und liess die Hölle los auf ein Volk, welches mit seinen Gaben und Tugenden untrennbar zur europäischen Familie gehört. Man hat vergessen, dass Franco ein führender General der verfassungsmässigen spanischen Republik war. Einige Wochen vor Kriegsbeginn machte er in einem denkwürdigen Brief, welcher in der britischen Presse publiziert wurde, die Regierung auf die Gefahren aufmerksam, die das Zunehmen der Anarchie und die Schwäche der Exekutivgewalt über das Land bringen würden. Das Versagen des politischen und parlamentarischen Spiels, dessen Ende schliesslich war, dass der hin und her geworfene Ball in den Sumpf fiel, veranlasste die Heerführer, die von allen gesellschaftlichen Kräften des alten Spanien unterstützt wurden, zu einem jener „Pronunciamentos", zu denen es in der modernen spanischen Geschichte so oft gekommen war, und einige Male mit segensreicher Wirkung. Der militärische Staatsstreich misslang. Die Regierung löste sich im Blutfuror des Mobs auf. Tausende von Hinrichtungen stürzten das spanische Volk in die tiefen, finsteren, unbarmherzigen Wirbel des Unheils.

Sobald die Kampfreihen gebildet waren, machten sowohl ihre Tugenden der Beständigkeit und des Mutes wie ihre übertriebene Unempfindlichkeit gegen menschliches Leiden die Dinge noch schlimmer. Ein langer, wilder und verbis-

H1668-0357

sener Krieg verwüstet ihre Heimat. Jede Seite hat der anderen ganze Listen von Greueltaten vorzuhalten. Auf jeder Seite haben sich Tausende von Männern und Frauen gelobt, bis zu ihrem letzten Atemzug Rache zu üben für irgendeinen, der ihnen teuer war, einen allzuoft nur in kaltem Blut hingemordeten Vater, Gatten, Bruder oder Sohn. Eine düstere Vergeltungslogik hat geherrscht. Aber wo soll sie aufhören? Heute, nach mehr als zwei Jahren mörderischen Kampfes, kann niemand sagen, wer siegen wird. Dass Spanien verlieren wird, dessen kann aber jeder sicher sein.

Die Schulden können nie bezahlt werden. Hier in dieser Welt wenigstens kann keine Seite Gerechtigkeit fordern. Sie können sich in ihrem Furor höchstens zusammentun, um den verderblichen Preis des Todes und Ruins für alle zu gewinnen. Auf Francos Sieg muss ein erbitterter Kampf folgen zwischen den tapferen religiösen Kräften des alten Spanien, den romantischen, wackeren Requetes auf der einen, und den von Deutschland unterstützten Phalangisten, denen der edle, tragische Name des jungen De Rivera ein Gegenstand der Verehrung geworden ist, auf der anderen Seite. Auch hier nur eine Zukunft der Spaltung und Zerrissenheit! Aber man blicke zu der anderen Seite hinüber. Die Anarchisten und Kommunisten, zur Zeit vom harten Griff der Selbsterhaltung umklammert, werden im Augenblick eines Erfolges ihren Kampf unter einander und mit der spanischen Regierung wieder aufnehmen. Welche Partei also auch siegt, und sei es noch so gründlich, es wird lediglich eine blutige Seite umgeblättert werden, um eine andere an die Oberfläche zu bringen.

Aber braucht Spanien nicht alle seine Söhne? Ruft seine alte Grösse nicht aus der Vergangenheit die Hilfe aller wahren Männer und wahren Frauen im Lande an? Die zähe, unerschütterliche republikanische Infanterie, welche die Gräben um Madrid und am Ebro hielt, die furchtlosen Katalanen mit ihrer langen Geschichte, die unglückseligen irregeführten und verwirrten Basken, die heroischen Kadetten, die im Alcazar unbesieglich waren, die patrioti-

H1668-0358

schen Generäle der alten Armee, ihre Offiziere und loyalen Soldaten — sie alle haben eine gemeinsame Sache, die stärker sein sollte als der Ruch frisch vergossenen Blutes. Warum sollen die Ideale der Religion und der Monarchie mit denen der Freiheit und Demokratie unvereinbar sein? Auf unserer Insel sind sie zu einem grossen Strom vereinigt. Warum sollen sie nicht auch auf der spanischen Halbinsel in einem gemeinsamen Bett fliessen können?

Jetzt ist es an der Zeit! Jetzt, solange der Kampf noch im Gleichgewicht steht. Jetzt, da die Frontkämpfe im Winter ruhen, jetzt, ehe der gewaltige Schatten europäischer Feindschaften das Bild noch mehr verfinstert, jetzt mögen die Spanier zusammenkommen und durch einen erhabenen Akt des Vergessens das Land retten, das sie so sehr lieben.

H1668-0359

DAS ENGLISCH-DEUTSCHE FLOTTENABKOMMEN

12. Januar 1939

Seitdem die Deutschen bekannt gegeben haben, dass es ihre Absicht ist, bis zur hundertprozentigen Parität mit der britischen U-Boot-Tonnage zu bauen, wird viel über das englisch-deutsche Flottenabkommen geredet. Zweifellos ist Deutschland durch den Vertrag zu seinem Vorgehen berechtigt. Es erhebt sich jedoch die Frage, ob die britische Regierung 1935 recht oder unrecht daran tat, das Abkommen zu treffen. Die offizielle Ansicht in Whitehall ist, es sei ein Meisterwerk der Politik gewesen, der erste grosse Schritt im Prozess der „Befriedung" und ein Beispiel, das der ganzen Welt beweise, wie leicht es sei, zu wirksamen Abmachungen zwischen demokratischen, parlamentarischen Nationen und Diktaturen zu gelangen. Eine Beurteilung solcher Angelegenheiten ist ohne einen Rückblick auf ihre Wurzeln nicht möglich. Wir müssen uns die Situation des Sommers 1935 ins Gedächtnis zurückrufen. Das ist nicht erfreulich, weil uns dabei vor Augen geführt wird, in welch grauenhaftem Masse sich unsere Angelegenheiten seit damals verschlechtert haben.

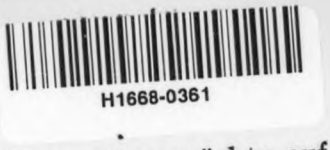
Im Mai 1935 tat Herr Hitler seine Absicht, den Vertrag von Versailles zu brechen, kund, indem er die allgemeine Militärdienstpflicht in Deutschland wieder einführte. Die meisten seiner Generäle und Ratgeber wollten nicht recht mitmachen und warnten ihn davor, dass die früheren Alliierten ihn niemals einen derartigen Schritt tun lassen würden. Wie sich aber herausstellte, wusste er es besser als sie. Er machte also den Sprung. Das Ergebnis war die Konferenz von Stresa, wo Grossbritannien, Frankreich und Italien der nazistischen Verwerfung feierlicher Verpflich-

H1668-0360

tungen in gemeinsamer Front entgegentraten. Es war die letzte aussenpolitische Handlung Ramsay MacDonalds und zweifellos seine beste. Der Völkerbundsrat wurde einberufen. Er verurteilte formell den, wie man im heutigen Jargon sagt, einseitigen Vertragsbruch. Auf diese Weise standen nicht nur die drei früheren Alliierten wieder in einer gemeinsamen Front, sondern die gesamte, im Völkerbund repräsentierte internationale und moralische Autorität unterstützte sie. Macht und Gesetz bekundeten gemeinsam einen Widerstand gegen Vertragsbrüche, welchen Deutschland, das damals so gut wie unbewaffnet war, sicherlich nicht hätte brechen können.

Am 18. Juni wurde jedoch das englisch-deutsche Flottenabkommen unterzeichnet, und Europa erfuhr staunend, dass die britische Regierung mit Nazideutschland über die Flottenstärke ein Privatgeschäft gemacht hatte, welches die Übereinkunft der drei alliierten Mächte in Stresa völlig ad absurdum führte und die letzte Erklärung des Völkerbundsrates lächerlich machte. Britische Minister hatten, so sah es aus, den Bruch von Verträgen über Flottenstärke gerade in dem Augenblick gutgeheissen, in dem sie die kleineren Mächte Europas dazu drängten, gemeinsam gegen den Bruch der Militärklauseln zu protestieren. Das war ein schwerer Schlag für die ganze internationale Zusammenarbeit zur Unterstützung des Völkerrechts. Die skandinavischen Mächte waren in Genf vertreten gewesen; sie hatten sich an dem Protest gegen die Einführung der Heeresdienstpflicht in Deutschland beteiligt. Nun fanden sie sich plötzlich im Stich gelassen, die Interessen Skandinaviens und der baltischen Länder waren auf das schwerste in Mitleidenschaft gezogen. Es wurde sicher, dass die Deutschen ihre alte und für sie so wichtige Beherrschung der Ostsee bald wieder herstellen würden. Das Bild für Skandinavien änderte sich grundlegend.

Signor Mussolini hatte seine Pläne für Abessinien. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass er bereit gewesen wäre, für eine grosse und beständige Kombination der drei ehe-


H1668-0361

mals alliierten Grossmächte auf sie zu verzichten. Als er jedoch sah, dass die britische Regierung bereit war, Privatvereinbarungen in Dingen zu treffen, an denen sie interessiert zu sein glaubte, hatte er den Eindruck, er dürfte auch seine eigenen Interessen wahrnehmen. Wenn die Währung des internationalen guten Glaubens in solcher Art abgewertet werden sollte, warum konnte da die italienische Münze nicht auch in Tätigkeit gesetzt werden? Aus dieser Ursache unter anderen ergab sich eine ganze Kette rasch aufeinander folgender Ereignisse.

Man kann verstehen, wie verlockend der deutsche Vorschlag für die britische Admiralität war. Vor dem Krieg wahrten wir unter grossen Anstrengungen eine Überlegenheit von sechzehn zu zehn in grossen Schiffen und von zwei zu eins in Kreuzern und kleinen Fahrzeugen. Nun machte sich Deutschland erbötig, sich mit einem Verhältnis von nur eins zu drei gegenüber der britischen Kriegsmarinetonnage zu begnügen und damit, auf dem Papier wenigstens, alle Ansprüche auf eine Beherrschung der Meere aufzugeben. Als ich im Parlament darauf hinwies, dass, wenn die Deutschen eine neue Flotte von einem Drittel der damals veralteten britischen Flotte bauten, die Folge ein völliger Neubau der britischen Kriegsmarine sein müsse, blieb die Admiralität ganz kühl. Sie hiess die deutschen Baupläne als einen Ansporn und Schrittmacher willkommen, der ihnen die nötigen Mittel von der britischen Regierung sichern würde. So wurde das Abkommen im Unterhaus glatt durchgebracht, und alle Proteste und Warnungen fruchteten nichts.

Betrachten wir jetzt einmal die Situation des Jahres 1935 von Herrn Hitlers Standpunkt. Ihm lag vor allem anderen daran, die allgemeine Militärdienstpflicht in Deutschland wieder einzuführen. Er hatte bereits insgeheim eine ansehnliche Militärmacht aufgebaut, aber ohne allgemeine Dienstpflicht konnte er die deutsche Expansionspolitik nicht vorwärts treiben. Daher war es klug von ihm, Grossbritannien hinsichtlich der Marine eine Konzession zu

H1668-0362

machen, die es in Ruhe wiegen, es in Gegensatz zum übrigen Europa bringen und dem Völkerbund Schwierigkeiten bereiten würde. Aber gab er selbst in Dingen der Flotte etwas auf, das er wollte oder in der nächsten Zukunft tun konnte? Unter dem Versailler Vertrag hatte er zu jener Zeit so gut wie gar keine Flotte. Das Recht, bis zu einem Drittel der britischen Tonnage zu bauen, musste für eine ganze Reihe von Jahren alle Kräfte verzehren, die Deutschland von der Aufrüstung zu Lande und in der Luft abziehen konnte. Die deutschen Mittel an gelernten Arbeitskräften, geeigneten Werken und hochqualifizierten Kriegsmaterialien waren niemals unbegrenzt. Die Luftflotte kam an erster Stelle, dann das neue Heer, und die Flotte konnte nur an dritter Stelle stehen. Das Deutsche Reich hatte keine Möglichkeit, Grossbritannien zu überholen, und sobald Grossbritannien anfing, im Ernst an den Ausbau seiner Flotte zu gehen, wurde dies noch klarer als vorher. Dennoch, wenn Deutschland nur ein Drittel der britischen Tonnage hätte, müsste ihm die Vormachtstellung in der Ostsee gesichert sein. So gab ein Abschluss des Abkommens Hitler gewaltige Vorteile, ohne ihm Kosten zu verursachen.

Überdies, wenn Deutschland, nachdem es ihm gelungen ist, ein Drittel der britischen Flotte zu bauen, den Wunsch hat, mehr zu bauen, wie leicht ist es dann, zu sagen, die Situation habe sich geändert, die Flottenbauten der Vereinigten Staaten und Russlands hätten zu 1935 nicht vorhergesehenen Faktoren geführt, und mit dieser Begründung die Hälfte, zwei Drittel oder gar Gleichheit zu fordern, wie es im Hinblick auf die U-Boote bereits geschehen ist. Die Geschichte wird noch lange Zeit Herrn Hitlers Schlauheit bewundern und über die Einfalt derer, mit denen er verhandelte, den Kopf schütteln.

Jetzt haben wir es mit der Situation zu tun, wie sie heute existiert. Es ist nicht zu befürchten, dass Deutschland Grossbritannien zu Wasser überflügelt. Die gewaltigen Flotten, die jetzt auf den britischen Werften im Bau sind, lassen Deutschland weit im Hintertreffen. Es wird ununter-

H1668-0363

brochen damit beschäftigt sein, auch nur auf ein Drittel der britischen Gesamttonnage zu kommen. Die U-Boote, bei denen sie der Anzahl und auch der Tonnage nach der Königlichen Kriegsmarine bald überlegen sein werden, würden im Kriegsfall den britischen Handel ernsthaft beeinträchtigen und schädigen. Aber die Methoden, mit Unterwasserfahrzeugen fertig zu werden, haben sich über alle Erwartungen hinaus verbessert, und vorausgesetzt, dass die britischen Flottillen und U-Boot-Abwehrfahrzeuge vordringlich und in grossem Masstab vermehrt werden, besteht kein Grund zu der Annahme, dass das U-Boot eine entscheidende Waffe sein werde. Grossbritannien ist eine vermeidbare Gefahr eingegangen, aber nichtsdestoweniger eine Gefahr, mit der es, wenn auch unter Verlusten und Leiden, zweifellos fertig werden kann. Nun, da die Ostsee verloren, der Völkerbund zerschlagen und Italien entfremdet ist, muss man es wohl für verfehlt halten, das englisch-deutsche Abkommen hinsichtlich seiner Fassung und seiner Folgen als Vorbild für den Charakter von Abmachungen, die wir in künftigen Zeiten vielleicht anstreben, zu verteidigen.

Eine grosse Gefahr aber ist noch immer da; es ist möglich, dass uns in der Zukunft von Deutschland neue Vorschläge für eine sogenannte „Abrüstung" gemacht werden. Die Naziunterhändler werden sagen, wenn Deutschland bereit sei, eine britische Flotte zu akzeptieren, die die dreifache Tonnage ihrer eigenen habe, werde Grossbritannien sicherlich eine deutsche Luftflotte akzeptieren, die zwei- oder dreimal so gross sei wie die britische. [1]) So können die Dummheiten, die wir mit einer Hand begangen haben, zur Entschuldigung für eine zweite Reihe noch viel gefährlicherer Dummheiten gemacht werden, die der anderen vorbehalten sind. Das englisch-deutsche Flottenabkommen aufzugeben und Nazideutschland eine so grosse Flotte bauen zu lassen, wie es nur kann, wäre klüger für Grossbritannien, als unter Verletzung des Versprechens, das Mr. Baldwin dem Parla-

[1]) Herrn Hitlers einseitige Aufkündigung des Flottenabkommens hat uns das erspart.

H1668-0364

ment über die Luftparität gab, auf irgendwelche Beschränkungen im Luftflottenbau einzugehen.

Minister, die damit einverstanden wären, die britischen Inseln einer dauernden Unterlegenheit in der Luft gegenüber Deutschland auszuliefern, würden sich eines Verbrechens gegen das Leben des Reiches schuldig machen. Es wäre sogar vorteilhaft, wenn die Deutschen ihre Kräfte und ihren beschränkten Materialvorrat in einem Flottenwettrennen verbrauchten, das sie niemals gewinnen können, und so nicht imstande wären, sich auf eine Bedrohung der Freiheit und Sicherheit Grossbritanniens von der Luft her zu konzentrieren.

H1668-0365

MUSSOLINIS SORGEN

30. Januar 1939

Bis vor wenigen Jahren bewunderten viele Menschen in Grossbritannien, was dieser ausserordentliche Mann, Signor Mussolini, für sein Vaterland geleistet hatte. Er hatte es aus den Anfängen der Anarchie in eine würdevolle und geordnete Situation gebracht, welche sogar bei denen Bewunderung erregte, die die Zunichtemachung der italienischen Freiheit bedauerten. Die Engländer sahen, obgleich sie Gegner der faschistischen Idee waren, mit Freuden Italien stärker werden und wünschten ihm mit der ganzen Aufrichtigkeit alter Freundschaft das Beste.

Seit 1935 ist vieles anders geworden. Die Eroberung Abessiniens, die Verletzung aller den Völkerbundsmitgliedern gegebenen Versprechen, der erzwungene Rückzug der britischen Regierung in der Sanktionspolitik haben die historischen Beziehungen der beiden Völker in schmerzlicher Weise geändert. Die Invasion regulärer italienischer Heeresdivisionen in Spanien, die wiederholte Versenkung britischer Schiffe durch italienische Flugzeuge und einmal durch italienische U-Boote, die durch den Verkauf oder die Verleihung an Franco nur schlecht maskiert waren, haben einen überaus tiefen Eindruck auf die britische Arbeiterklasse gemacht, welchen die der Wahrheit und den Tatsachen ins Gesicht schlagende und mit hartnäckiger Schamlosigkeit aufrecht erhaltene Behauptung des Nichtinterverierens nur noch verschlechterte.

Im März 1938 machte Mr. Neville Chamberlain eine gewaltige Anstrengung, die Vergangenheit zu vergessen und die alte Freundschaft wiederherzustellen. Er erzwang Mr. Edens Rücktritt und wurde de facto, wenn auch nicht der

H1668-0366

Form nach, sein eigener Aussenminister. Das englisch-italienische Agreement wurde entworfen, und obgleich die von der britischen Regierung gestellten Bedingungen über Spanien nicht erfüllt wurden, ist das Abkommen jetzt ratifiziert worden. Es ist in jeder Hinsicht günstig für Italien. Grossbritannien, welches bei der Auferlegung der Sanktionen zum Schutz Abessiniens die Führung gegen die Aggression übernommen hatte, ging jetzt in der Anerkennung der italienischen Eroberung voran, die entschieden noch nicht vollendet ist. Aber weder eine Rückziehung der italienischen Truppen aus Spanien noch eine Wiederbelebung der früheren freundschaftlichen Gefühle hat die wohlgemeinten Bemühungen des Ministerpräsidenten belohnt. Sein kürzlich in Rom abgestatteter Besuch, dem eine einigermassen frostige Einladung vorausgegangen war, führte zu nichts anderem als dazu, dass beide Seiten höflich anerkannten, wie verschieden ihre Standpunkte und Ziele seien.

Mittlerweile ist auf dem grossen europäischen Feld Deutschland die vorherrschende, aggressive Macht geworden. Österreich ist gefallen; die Tschechoslovakei ist unterdrückt; deutsche Macht und deutscher Handel schreiten nebeneinander das Donautal hinunter. Die Stahlhelme des deutschen Heeres funkeln auf dem Brennerpass. In der ungleichen Partnerschaft der beiden Diktatoren hat Hitler alles und Mussolini nichts gewonnen. Gleichzeitig hat die Aufrechterhaltung einer grossen, völlig unergiebigen Armee in Abessinien, welche das Land nicht in der Hand hat und es nicht erschliessen kann, die italienische Finanz und Wirtschaft einer schweren Beanspruchung ausgesetzt. Die sehr grossen italienischen Streitkräfte, die heute in Libyen unterhalten werden, sind eine zusätzliche Belastung.

Aber die schwersten Kosten an Blut, Geld und Kriegsgerät erwuchsen Italien in Spanien. Die Deutschen haben sich damit begnügt, zusammen mit grossen Mengen von Kriegsmaterialien aus ihren überfüllten Fabriken Spezialisten, Techniker und Flieger hinunterzuschicken. Mussolini hat wirklich General Franco einen grossen Teil der Kriegs-

H1668-0367

führung an der Front abgenommen. Die italienischen Kriegsvorräte aller Art sind schwer in Anspruch genommen worden, und die Belastung des italienischen Volkes ist nur noch grösser geworden. Im vergangenen Jahr wurde zum ersten Mal in den herrschenden Kreisen des italienischen Lebens und der italienischen Politik Kritik laut; und obgleich die wiederholten Unterwerfungen der westlichen Demokratien unter Forderungen der Diktatoren die Kräfteverteilung verschleiert haben, steht es ausser Zweifel, dass heute sowohl Italien wie sein Führer in einer schwierigen und gefährdeten Lage sind.

Das Ergebnis all dieser Anstrengungen und Manöver für Mussolini ist, dass er sich ganz in den Händen Hitlers findet. Die Notwendigkeit, irgendeine Beute zu haben, die der italienischen Nation gezeigt werden kann, irgendeinen Anteil an den gewaltigen von Deutschland gemachten Gewinnen zu bekommen, ist für ihn gebieterisch geworden. Aber Hitler ist der reiche Onkel, der allein dem treuen, aber unvorsichtigen Neffen aus seinen Schwierigkeiten heraushelfen kann. Es lässt sich nicht leugnen, dass der Onkel Verpflichtungen hat, die sowohl an seine Loyalität wie an seine Freigebigkeit appellieren müssten. Wird der Onkel die Rechnung bezahlen und kann er ihre Bezahlung mit anderen schweren Belastungen und Projekten vereinbaren? Das ist die Frage, die heute viele Köpfe beschäftigt. Es scheint, dass Mussolini durch den britischen Besuch in Rom erfuhr, Mr. Neville Chamberlain habe die Grenzen seines Befriedungswillens erreicht. Da die allgemeinen Wahlen näher rücken, muss die öffentliche Meinung in Betracht gezogen werden. Geduld und Bereitschaft, auf ein faires Verhalten fair zu reagieren, ist alles, was Grossbritannien Mussolini zur Lösung seiner Probleme anbieten kann.

Unterdessen hat er absichtlich einen Streit mit der französischen Republik vom Zaun gebrochen. Man muss die Annalen Europas schon sehr gründlich durchsuchen, um eine anscheinend so übermütige Provokation zu finden. Ansprüche auf Nizza, Korsika und Tunis, offenbar von offi-

H1668-0368

zieller Stelle geschürt, eine Verleumdungs- und Beschimpfungskampagne in der von der Regierung kontrollierten Presse, die Aufkündigung bisher für befriedigend gehaltener Abmachungen, das ist der ganze Lohn, den Frankreich für die Anerkennung der italienischen Souveränität in Abessinien eingeheimst hat. Hier bleibt Signor Mussolini wiederum stecken; und es ist von äusserster Wichtigkeit, dass er nicht irregeführt werde oder seine Landsleute irreführe.

Die Franzosen wollen wie die Briten vor allem in Frieden leben. Sie haben sich bereits sowohl Schädigungen wie Spott ausgesetzt, um zu beweisen, dass es so ist. Aber es wäre unklug, ja es ist in der Tat unmöglich, zu verheimlichen, dass die französische Nation jetzt entschlossen ist, jeglichem Angriff, auch dem kleinsten, auf ihr Gebiet mit Waffengewalt Widerstand zu leisten. Ein neuer Geist der Entschlossenheit herrscht in Frankreich; er beseelt alle Klassen und Parteien. Keine Täuschung könnte für Mussolini gefährlicher sein als zum Beispiel die, dass ein Angriff auf Djibouti als ferner Lokalzwischenfall behandelt werden würde, über den nachträglich eine Konferenz beraten könnte. Es wäre ein Kriegsakt erster Ordnung zwischen den beiden führenden Mittelmeermächten. Ein solcher Krieg könnte augenblicklich in eine allgemeine Katastrophe ausarten.

Ist es das, was Signor Mussolini will? Sind seine Verlegenheiten daheim so gross, dass nur eine die ganze Welt erfassende Explosion einen Ausweg bietet? Ist dem italienischen Volk klar, dass es mit Leichtigkeit in einen Kampf verwickelt werden kann, der entweder mit seiner Niederlage enden würde oder mit seiner Rettung durch Deutschland um einen Preis, der für seine Selbständigkeit tödlich sein könnte? Auch im Zusammenhang mit Spanien existieren Gefahren, die zu einem Unheil führen können, dessen Abwendung über die Kraft des britischen guten Willens hinausginge.

Wir alle müssen inständigst hoffen, dass der italienische Diktator die Kosten überdenken wird, bevor er die Tore

H1668-0369

öffnet und die Kriegsfurie auf die Welt loslässt — und in erster Linie auf das überaus verwundbare Land, dessen Geschicke er so lange temperamentvoll und erfolgreich gelenkt hat.

H1668-0370

Um diese Zeit gaben führende Minister der Krone eine Reihe ausserordentlich ermutigender Erklärungen über die künftigen Geschicke in Europa und das rasche Herannahen eines goldenen Zeitalters ab. Diese von autoritativer Stelle kommenden Versicherungen wurden von der britischen Presse zu einem guten Teil akzeptiert.

DIE WINDSTILLE IN EUROPA

9. Februar 1939

Die Ansätze zum Optimismus, zu denen es seit der letzten Rede Herrn Hitlers in der öffentlichen Meinung Grossbritanniens und Europas gekommen ist, sind leider nicht so berechtigt, wie man wünschen möchte. Von allen Seiten hört man, dass grosse Mengen von deutschen Kriegsgeräten und Vorräten durch Prag, Wien und München transportiert werden. Der normale Eisenbahndienst ist eingeschränkt, während diese grossen Sendungen durchkommen. Welche Bestimmung haben sie? Was ist ihr Zweck? Das deutsche Heer behält eine noch bedeutend grössere Anzahl von Mannschaften unter den Fahnen, als selbst sein gewaltiger Apparat erfordert. Kleine, aber zahlreiche technische Informationen zeigen, was im Gange ist. Es steht ausser Zweifel, dass Signor Mussolini bald ernste Forderungen an Frankreich stellen wird, und obgleich die deutsche Naziregierung ihn keineswegs dazu ermuntert hat, haben wir die Erklärung Herrn Hitlers, dass er ihn unterstützen würde. Es ist ja auch völlig klar, dass der deutsche Diktator es sich nicht leisten könnte, dem Sturz seines italienischen Kollegen zuzusehen.

Darüber, dass die Naziaspirationen in der Ukraine nunmehr in ein zweites, ein Eventualstadium des Expansionsprogramms verbannt sind, scheint keine Meinungsverschiedenheit zu bestehen. Ungarn ist in der Umklammerung des Nazisystems, und all die schwierigen Fragen, die zwischen Ungarn und Rumänien offen sind, können jederzeit zum Gegenstand von Forderungen an König Carol gemacht werden. Die Politik Jugoslaviens ist für Aussenstehende schwer zu begreifen. Dieses grosse, kraftvolle und mannhafte Land mit seiner kriegerischen Bevölkerung und unzulänglichen

H1668-0371

Ausrüstung beobachtet mit grösster Besorgnis die Bewegungen der beiden Diktaturmächte an seinen Grenzen. Der plötzliche Sturz des Regimes Stojadinovitsch ist auf Kräfte zurückzuführen, die schwer zu ermessen sind. Zu Grunde liegt jedoch die Frage der nationalen Verteidigung. Die Unzufriedenheit der Kroaten mit dem derzeitigen Aufbau und System der jugoslavischen Regierung ist so bitter, dass es nicht möglich wäre, die Soldaten Kroatiens zu mobilisieren. Diese würden freilich mit ganzem Herzen für die Verteidigung ihres Landes kämpfen, aber sobald man dieser tapferen und gut ausgebildeten Bauernschaft Waffen in die Hand gäbe, wäre es mehr als wahrscheinlich, dass sie dazu gebraucht würden, eine Föderativverfassung für das Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen zu errichten.

Offensichtlich hat die Notwendigkeit, die Regierung des Prinzen Paul auf die breite Grundlage des ganzen Staates zu stützen, zu einem ganz jähen Entschluss geführt. Nur wenn die Serben, welche die Herrschaft innehaben, gemeinsame Sache mit dem übrigen Königreich machen, kann seine volle Stärke, Sicherheit und Integrität zur Wirklichkeit werden. Dr. Stojadinovitsch war in seiner Politik ausgesprochen deutschfreundlich und bis zu einem gewissen Grade nazifreundlich. Er gehörte zu jenen europäischen Staatsmännern, die in dem Münchener Abkommen und dem Schicksal der Tschechoslovakei eine Rechtfertigung des Kurses sahen, den sie verfolgt hatten. Seine Regierung war stets der Ansicht gewesen, dass Frankreich die tschechoslovakische Republik im Stich lassen würde, und an dem Tag, nachdem dies zur Tatsache geworden war, schienen seine Gegner, die sich mit den Interessen der westlichen Demokratien zu verbinden gewünscht hatten, völlig vernichtet zu sein. Wir können daher aus seinem Rücktritt den Schluss ziehen, dass die inneren und äusseren Spannungen Jugoslaviens einen Punkt erreicht haben, an dem die Selbsterhaltung der Nation ins Spiel gezogen zu sein scheint. Es ist müssig, den künftigen Lauf der Ereignisse in diesen dunklen Gegenden voraussagen zu wollen. Man kann nur erklären, je

H1668-0372

stärker und einiger die drei Völker, die aus freiem Willen einen gemeinsamen Staat bildeten, werden, desto besser für den Frieden auf dem Balkan und im Donautal, und desto besser auch für umfassendere Belange.

Eine unmittelbarere Frage ist die Haltung Frankreichs gegenüber den italienischen Ansprüchen im Mittelmeer. Hier gab es Grund zu der Befürchtung, dass sich zwei Stimmen vernehmbar machen würden. M. Daladier und der Hauptteil des französischen Kabinetts haben erklärt, dass sie sich mit Italien, selbst in untergeordneten Angelegenheiten, auf keinerlei Gespräche einlassen werden, solange die empörende Pressekampagne gegen Frankreich fortgeführt und solange Forderungen nach der Abtretung von Tunis, Korsika und Nizza geäussert werden. M. Bonnet jedoch hatte allem Anschein nach einen anderen Eindruck erweckt, und für Beobachter ausserhalb Frankreichs war es schwer, die Kraft der rätselhaften Elemente abzuschätzen, auf die sich der französische Aussenminister stützte. Die Erklärung, die er am Dienstag vor dem Senat abgab, bewies die völlige Einigkeit Frankreichs.

Die von Mr. Chamberlain am Montag im Unterhaus abgegebene bedeutungsvolle Erklärung, dass ein Akt der Aggression gegen Frankreich, von welcher Seite immer er erfolge, auch den Widerstand Grossbritanniens auf den Plan rufen werde, beweist, dass die beiden westlichen Demokratien zu einander stehen und als Einheit handeln werden. Wohl nur wenige können sich des Eindrucks erwehren, dass die allernächsten Monate wieder ein Messen der Kräfte und der Energie zwischen den rivalisierenden Gruppen in Europa sehen werden. Als Herr Hitler von seinem Glauben sprach, dass eine lange Friedensperiode vor uns liege, tat er dies zweifellos in der Erwartung, dass nach einer gewissen Zeit der Spannung die Dinge zur Zufriedenheit der beiden Diktaturmächte geregelt würden. Ob dies der Fall sein wird oder nicht, kann niemand prophezeien. Die von Signor Mussolini erneut abgegebenen Versicherungen, dass Italien keine territorialen Gewinne auf Kosten Spaniens suche, las-

H1668-0373

sen das militärische Problem unberührt. Der Sieg General Francos kann von Vereinbarungen gefolgt werden, die, ohne an den Souveränitätsverhältnissen etwas zu ändern, den beiden Ländern, welche ihm so erheblich geholfen haben, die effektive Benutzung aller spanischen Stützpunkte, der maritimen sowie der aeronautischen, freistellen. Abmachungen dieser Art würden in jeder Hinsicht den britischen und französischen Interessen ebenso abträglich sein wie eine wirkliche Gebietsabtretung.

Es wäre jedoch unrecht, nur die Schattenseite betrachten zu wollen. Der bemerkenswerte, zweifellos von der Regierung und der Bevölkerung der Vereinigten Staaten gebilligte Schritt des Präsidenten Roosevelt, aller Welt bekannt zu geben, dass den westlichen Demokratien, sollten sie Opfer eines unprovozierten Angriffes werden, nicht nur die moralische Unterstützung Amerikas, sondern auch Hilfe mit Kriegsgeräten und Vorräten zuteil werden wird, ist ein mächtiger Stabilisierungsfaktor. Es ist durchaus möglich, dass diese weitblickende und mutige Politik die Erhaltung des europäischen Friedens sichern wird. Der Geist des Widerstandes gegen Naziübergriffe ist in Südosteuropa nicht ganz gebrochen worden. Länder, die vor München unter dem Eindruck standen, sie würden gebeten, Frankreich und Grossbritannien Gefälligkeiten zu erweisen, haben jetzt gründlich eingesehen, dass die Gefahren ihrem eigenen Leben drohen.

Hier bei uns in England ist es zu einer erneuten Konsolidierung der nationalen Einigkeit gekommen. Die Haltung der Regierung hat sich versteift, und einige von den Meinungsverschiedenheiten der Vergangenheit verblassen und gehen allmählich in die Geschichte über. Vor allem ist das Gefühl da, dass Kräfte gesammelt werden. Die Stärke und Verfassung der Kriegsmarine ist den an sie gestellten Anforderungen in noch nicht dagewesener Weise gewachsen. Die lang verzögerte Massenlieferung von Flugzeugen und Kriegsgeräten setzt jetzt ein. Wenn verdoppelte Anstrengungen gemacht werden, kann man ein grösseres Mass von Sicher-

H1668-0374

heit der Zivilbevölkerung gegen Luftangriffe erreichen. Die Zukunft erklären können wohl nur Astrologen und andere Lieferanten für Aberglauben, aber eines lässt sich wohl sagen: es wird vielleicht noch der Tag kommen, da die friedliche, gesetzestreue britische Nation wieder einmal ihren Weg gehen kann, ohne von Woche zu Woche zu warten und am Radio auf die Reden der Diktatoren in Ländern zu lauschen, denen sie in der Vergangenheit Niederlagen zugefügt oder Beistand gewährt haben.

H1668-0375

HOFFNUNG IN SPANIEN

23. Februar 1939

Jedermann muss jetzt wohl eine schleunige Regelung in Spanien herbeiwünschen, und wenn die britische und die französische Regierung dazu beitragen können, dass eine solche zustandekommt, werden sie sich den Dank aller verdienen. Ganz entschieden hätten sie ein Recht darauf, in diesem Augenblick das Druckmittel der Anerkennung zu verwenden, um eine barmherzige Behandlung der geschlagenen Seite durchzusetzen. Obgleich General Miaja und die Madrider Armee vielleicht imstande sind, noch etliche Monate hartnäckigen Widerstand zu leisten, können sie den schliesslichen Sieg General Francos und der Nationalisten nicht verhindern. Was wäre also der Sinn einer weiteren grausamen Periode des Blutvergiessens, in welcher die Spanier ihrem Vaterland die Eingeweide zerreissen?

Die Spanier müssen zusammenkommen. Sie müssen sich vornehmen, als ein Volk auf ihrer grossen Halbinsel zu leben. Sie müssen gemeinsam den Kontakt mit ihrer Geschichte wieder aufnehmen. Sie müssen wieder an den wirtschaftlichen Fortschritten der Welt teilnehmen. Wer hätte einen Vorteil von einer Verlängerung dieser selbstauferlegten Marter? Sicherlich niemand, der ein wahrer Freund Spaniens ist. Eine Generation lang wuchs in Spanien ein aus sozialen Spannungen entstandener heftiger Hass. Das Vehikel der parlamentarischen Diskussion konnte die Last nicht länger tragen; es brach zusammen. Ein elektrischer Strom wurde zu hoch gespannt für die Leitung; es kam zu einem Kurzschluss. Eine vor Zorn sprachlos gewordene Gesellschaft konnte nur im Krieg einen Ausdruck finden. Spanien hat seinen Krieg gehabt. Es wird behauptet, eine Million

H1668-0376

Leben sei von einer Bevölkerung eingebüsst worden, die für das von ihr bewohnte historische Land keineswegs zu gross ist. Dass dieses grauenhafte Geschehen über ihr Land käme, wollte auf beiden Seiten, sowohl bei den Generälen wie bei den Republikanern, niemand. Es brach über sie herein mit der ganzen bestürzenden Wucht einer Explosion. Dann hatte jeder seine Seite zu wählen, das Haupt zu beugen und sich gegen den Sturm zu stemmen. In der Geschichte aller Länder gibt es Augenblicke, in denen eine verhängnisvolle Raserei alle Männer mit sich fortreissen kann.

Dann kommt das Schwert. Der Bürgerkrieg hat eingesetzt. Alle Duldsamkeit ergreift die Flucht; Tausende fallen im Kampf; andere Tausende werden an die Wand gestellt oder niederträchtig im Strassengraben ermordet. Unzählige Fehden werden entzündet; Schuldkonti werden geführt, die niemals bereinigt werden können. Aber schliesslich treten reguläre Heere auf den Plan. Disziplin und Organisation packen beide Seiten ernsthaft an. Mit dem ganzen, den führenden Völkern der Menschheit gemeinsamen Mut marschieren und manövrieren sie, exekutieren sie Angriffe und Rückzüge. Aber hier sind auf beiden Seiten einander nicht unähnliche Fundamente eines auf Blut, Schweiss und Tränen aufgebauten Nationallebens, welche darum auch vereinigt werden können. Was wäre durch ein Weitergehen zu gewinnen? Jetzt ist es an der Zeit, halt zu machen.

Ein prominenter Spanier, Señor Madariaga, hat an ausländische Enthusiasten und aussenstehende Unberufene aller Arten, die sich einmischen, eine eindringliche Warnung gerichtet. Sie mögen darauf achten, dass sie in ihrem leichtfertigen Über-allen-Wassern-schweben die Leiden des spanischen Volkes nicht verlängern. Sie mögen aufhören, in Spanien eine Arena zu sehen, in der faschistische und kommunistische Ideologien auf Kosten Spaniens Schaukämpfe durchführen. Er fordert — und mit ihm neunundneunzig von hundert Spaniern — dass man es Spanien allein überlasse, seinen Streit auf seine eigene Art zu Ende zu bringen. Dies ist die spanische Haltung, mit der jetzt sowohl die

H1668-0377

westlichen Demokratien wie die faschistisch-nazistischen Mächte zu rechnen haben. Dazu sind einige Bemerkungen zu machen.

Zu Beginn des spanischen Bürgerkriegs, der sich zunächst in der Gestalt einer Militärrevolte gegen die drohende Anarchie manifestierte, mussten wir plötzlich zu unserer Überraschung beobachten, dass die französische Regierung M. Blums eine Nichtintervention vorschlug, die so geartet war, dass die eingesetzte Regierung Spaniens sogar daran verhindert wurde, die Waffen vom Ausland zu kaufen, die sie schon vor dem Ausbruch bestellt hatte und für deren Bezahlung ihr reichliche Mittel zur Verfügung standen. Eine solche Politik erforderte die gleiche Zurückhaltung und Loyalität auf Seiten der Diktaturstaaten. Davon war keine Rede, und dann wurde mühsam ein künstliches System offiziellen Humbugs aufrechterhalten. In der ganzen langen Kriegszeit haben Deutschland und Italien Franco nicht nur mit Waffen, sondern auch mit Mannschaften schamlos unterstützt. In der gleichen Zeit belieferten Russland und Frankreich insgeheim die Republikaner. Grossbritannien allein stand abseits und bemühte sich, unparteiisch zu sein.

Solange die Kriegsgeschicke ausgeglichen waren, wäre es für Grossbritannien unrecht gewesen, sein Gewicht in die eine oder die andere Waagschale zu werfen. Selbst vor einigen Monaten, als das isolierte gebirgige Katalonien noch unerobert war, wäre eine britische Anerkennung Franco-Spaniens ein Akt der Parteinahme gewesen. Jetzt steht alles auf einer anderen Grundlage, und es müssen die wichtigsten Interessen Grossbritanniens in Betracht gezogen werden. Diese Interessen liegen nackt und klar vor der ganzen Welt. Was wir anstreben, ist ein geeinigtes, selbständiges Spanien, das abseits von Europa mit sich so gut wie möglich fertig wird. Für diesen Zweck ist es vor allem anderen von Bedeutung, dass an den Besiegten keine grausame Vergeltung geübt wird. Die Interessen des Britischen Reiches sind in der Tat identisch mit denen ganz Spaniens. Spanischer Friede,

H1668-0378

spanischer Wohlstand, spanische Selbständigkeit, das ist alles, was wir anstreben.

Aber wir sollten darauf vorbereitet sein, dafür auch Anstrengungen zu machen, Kosten auf uns zu nehmen und Risiken einzugehen. Die Neutralisierung Spaniens gegenüber den Streitigkeiten, die in der modernen Welt im Gange sind, liegt gleichermassen im Interesse des Britischen Reiches und der französischen Republik. Die beiden einander verbündeten Demokratien sollten daher ganz natürlich und ruhig den Weg des spanischen Friedens und des allgemeinen Vorteils gehen. Wenn dieser Weg mit Entschlossenheit und grosser Energie beschritten wird, sind keine neuen Gefahren zu befürchten, im Gegenteil, er führt zu vermehrter Sicherheit. Spanien gegenüber gebrauchen wir den Aufruf des grossen Pitt: „Seid ein Volk." Der übrigen Welt gegenüber muss unsere Politik sein: „Hände weg von Spanien."

Den Lauf der Ereignisse in Spanien vorauszusagen, ist unmöglich. Für General Franco eröffnet sich durch seinen Triumph lediglich ein Ausblick auf neue Schwierigkeiten. Er kann nicht vom Terror leben. Die eine Hälfte einer Nation kann nicht die andere ausrotten oder unterjochen. Er muss mit dem Rest seiner Landsleute zu einer Verständigung kommen. Das zu tun, liegt nur allzu sehr in seinem Interesse. Ich habe meine Leser mehrere Male daran erinnert, dass Franco ein republikanischer General war, der die spanische Regierung vor der politischen Anarchie, auf welche sie zutrieb, ausführlich warnte. Jetzt hat er die Gelegenheit, ein grosser Spanier zu werden, von dem man in hundert Jahren vielleicht schreiben kann: „Er einigte sein Vaterland und richtete es wieder zu der alten Grösse auf. Darüber hinaus söhnte er die Vergangenheit mit der Gegenwart aus und schuf bessere Lebensbedingungen für die Arbeiter, während er den Glauben und die Struktur der spanischen Nation wahrte." Eine solche Leistung würde in der Geschichte den gleichen Rang einnehmen wie das Werk Ferdinands und Isabellas und die Pracht und Herrlichkeit Karls V. Die starken

H1668-0379

Hände Gross-britanniens und Frankreichs würden ihm bei dieser Aufgabe helfen.

Es bleibt noch die schwere Frage zu untersuchen, ob dieser Prozess der Heilung, des Erbarmens und der Regeneration von den beiden Diktatoren behindert werden wird. Man hört es nicht gern, dass sie sich der Wiedererrichtung einer konstitutionellen und eingeschränkten Monarchie in Spanien widersetzen. Man muss annehmen, dass eine Verlegung des höchsten Amtes im spanischen Staat in eine Region hoch über den privaten Ehrsüchten dem Werk des spanischen Wiederaufbaus eine unschätzbare Stabilität verleihen würde. Mit ihr würde eine erhabene Stelle geschaffen werden, die den Mittelpunkt einer neuen Loyalität bilden und frühere politische Zwistigkeiten tief unter sich lassen oder gar in Vergessenheit versenken könnte. Natürlicherweise wäre die britische Demokratie, die zufrieden unter einer alten Monarchie lebt, sich vollster politischer Freiheit erfreut und täglich volle gedeckte Tische in ihren Häusern stehen hat mehr als alle anderen Nationen in Europa, für eine solche Lösung eingenommen. Sicherlich könnten wir sie Spanien nicht aufzwingen. Wir haben unsere Ansichten und unsere lange Erfahrung; aber es kommt uns nicht zu, Vorschriften zu machen.

Ob man es Spanien überlassen wird, den Rückweg zu Gesundheit und Wohlergehen ohne ausländische Einmischung zu finden, hängt nicht von uns noch von Frankreich ab, sondern davon, ob es zu einer allgemeinen Schlichtung kommt oder zu dem europäischen Knacks. Über dieses bedeutendere Problem werden wir bald besser unterrichtet sein.

H1668-0380

IST DAS FRIEDE?

9. März 1939

Von allen Seiten kommen Berichte über den ausserordentlichen Eindruck, den die Voranschläge der britischen Verteidigungsausgaben im neuen Finanzjahr im Ausland hervorgerufen haben. Nicht weniger als £ 580.000.000 werden für die Luftflotte, die Marine und das Heer bereitgestellt. Dies nach einem Jahr, in welchem £ 405.000.000 tatsächlich ausgegeben wurden. Dieser gewaltige Ruck nach oben bedeutet nicht eine neue Politik von Seiten der Regierung. Er ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass so viele gewaltige Werke mit vieler Mühe und in langer Zeit errichtet und in Betrieb gesetzt wurden, und selbstverständlich auch darauf, dass drei umfangreiche Flottenprogramme gleichzeitig im Bau begriffen sind, was eine akkumulierende Wirkung ausübt. Es ist unbezweifelbar, dass alle für 1939 projektierten Ziffern, wenn es nicht zu grossen Änderungen in der Welt kommt, im Jahre 1940 noch bedeutend wachsen werden. Dass diese ausserordentliche Aufrüstung ohne ernsthafte Belastung des britischen Kredits und sogar Hand in Hand mit einer positiven Verbesserung des Handels finanziert werden kann, ist ein Beweis für die wunderbare wirtschaftliche Stärke der britischen Nation. Der Leistung des Schatzkanzlers in den letzten Jahren, welche solche Erfolge ohne übermässige Beanspruchungen oder Entbehrungen ermöglicht hat, muss alle Achtung gezollt werden.

Es steht fest, dass Italien in diesem beklagenswerten Rüstungswettlauf nicht mehr mit Erfolgsaussichten oder auf dem gleichen Niveau konkurrieren kann. Signor Mussolinis Flottenausgaben waren nie mehr als ein kleiner Bruchteil der britischen, und sind jetzt kaum noch ein Fünftel.

H1668-0381

Die italienischen Anstrengungen zur Luft sind nicht nur nicht vermehrt, sondern bereits entscheidend reduziert worden. Die Beanspruchungen durch die Unterhaltung dreier grosser Überseearmeen in Abessinien, Libyen und Spanien auf Kriegsfuss haben die gesamte italienische Militärmaschinerie geschwächt. Es ist ein Wunder, wie all dies überhaupt so lange in Gang erhalten werden konnte. Das geduldige, fleissige, gutmütige italienische Volk hat schwere Opfer gebracht, um die Last eines Regimes zu tragen, das ihren patriotischen Stolz befriedigt. Die mittleren und wohlhabenden Schichten sind fühlbar verarmt. Die Notwendigkeit, so viele der teuren Materialien für die Kriegsproduktion gegen Valuta zu kaufen, schafft ständig unklarere und delikatere Probleme. Es steht ausser Frage, dass das kommende Jahr eine auffallende Abnahme der relativen Stärke Italiens zu Wasser und in der Luft gegenüber Grossbritannien und den Vereinigten Staaten aufweisen wird. Sollte es zu Schwierigkeiten kommen, so würde Deutschland Italien bedeutend kräftiger zu stützen haben, als es das österreichisch-ungarische Reich im Weltkrieg stützte. Die spezifische Verwundbarkeit der italienischen Halbinsel und die Unmöglichkeit, grosse italienische Heere jenseits des Meeres zu unterhalten, sobald einmal die Herrschaft über das Mittelmeer in andere Hände übergegangen ist, würde die Durchführung der deutschen Aufgabe noch schwerer machen.

Betrachten wir also die Zustände in dem mächtigen Reich, auf das sich die Hoffnungen und ehrgeizigen Bestrebungen der Achsenmächte stützen. Eine sorgfältige Untersuchung der deutschen Finanzen zeigt, dass die direkten und indirekten Ausgaben für Rüstungen in diesem Jahr weiter ansteigen. Man berechnet, dass Deutschland für das Jahr 1938/39 mehr ausgegeben haben wird als den Gegenwert von £ 1.150.000.000 Sterling. Dies folgt auf Ausgaben, die in den drei vorhergehenden Jahren niemals weit unter £ 1.000.000.000 geblieben waren. Als ich anfangs 1936 zum ersten Mal die Ziffer von £ 800.000.000 für die deutschen Rüstungsausgaben nannte, wurde sie allgemein für phan-

H1668-0382

tastisch gehalten. In Wirklichkeit war die Schätzung zu niedrig. Aber jetzt haben sich die Ausgaben noch mehr erhöht, und man nimmt an, dass sie nahezu 26 % des gesamten deutschen Nationaleinkommens ausmachen.

Was die Ausgaben betrifft, wird Deutschland offensichtlich bedeutend härter beansprucht als Grossbritannien. Der Anteil des britischen Nationaleinkommens, der im kommenden Jahr auf Rüstungen verwendet werden soll, ist weniger als die Hälfte des deutschen Anteils. Allerdings ist die deutsche Gesamtzahl von £ 1.150.000.000 auch doppelt so gross wie die in dem neuen britischen Programm vorgesehene. Aber man darf nicht vergessen, dass die Hauptausgabe innerhalb des deutschen Militärbudgets der Armee zugute kommt, wofür im britischen Finanzplan überhaupt kein vergleichbarer Posten existiert. Soweit es sich um Marine und Luftflotte handelt, müssen die Beträge, die jetzt endlich in Grossbritannien ausgeworfen werden, den deutschen Ausgaben für die Luftrüstung nahezu gleichkommen und die deutschen Aufwendungen für die Marine um ein Mehrfaches übertreffen.

Wie wirken sich diese Faktoren auf die Frage der Erhaltung des Friedens aus, die uns niemals verlässt? Jedermann kann sehen, dass es sich um eine doppelte Wirkung handelt. Einerseits hat die offenbare Absicht und Fähigkeit der britischen Regierung, im grössten Masstab aufzurüsten, den britischen Wünschen und Rechten einen Respekt eingetragen, von dem vorher nichts zu merken war. Andererseits muss man bedenken, dass die grossen Leistungen der Aufrüstung Grossbritanniens noch der Zukunft angehören. Das riesige Feld ist geackert und gesät. Die Ernte ist reich und verheissungsvoll, aber sie ist noch nicht eingesammelt worden. Dagegen hat Deutschland, das vier Jahre nacheinander unablässig jährlich rund £ 1.000.000.000 ausgegeben hat, schon einen gewaltigen Vorrat aus diesen üblen Ernten.

Mr. Chamberlain erklärte kürzlich im Unterhaus, in England gäbe es keinen Mann der Öffentlichkeit und keine Par-

H1668-0383

tei, die jemals einen sogenannten „Präventivkrieg" gegen irgendein anderes Land in Betracht gezogen hätten. Die Wahrheit dieses Ausspruchs wird evident, wenn wir uns überlegen, was der Ausdruck „Präventivkrieg" bedeutet. Die in der Geschichte üblichste Form ist ein Krieg, der den Zweck hat, einem Gegner zuvorzukommen, der an relativer Kraft gewinnt. So oft ein Land, das sich einer starken Überlegenheit erfreut hat, sieht, dass seine Vorteile im Schwinden begriffen sind, besteht immer die Versuchung, einen Präventivkrieg zu führen oder die Angelegenheiten zu einem Austrag zu bringen, solange noch Zeit ist. Unsere Lage ist das genaue Gegenteil davon. Wir müssen uns also davor hüten, anzunehmen, dass die der gegenwärtigen europäischen Situation innewohnenden Gefahren durch irgendetwas zum Verschwinden gebracht werden, was bis jetzt auf dem Gebiet der britischen Nationalverteidigung geschehen ist. Im Gegenteil, alles auf dem Kontinent strebt noch immer einem Höhepunkt in nicht ferner Zeit zu. Ob dieser Höhepunkt ein Krieg sein oder zu einem Messen der Kräfte ohne Krieg führen wird, ist eine andere Frage. Wer aber die Augen vor dem grundsätzlichen Ernst der uns bevorstehenden Monate schlösse, wäre ein törichter Optimist.

Wir warten noch immer auf die Formulierung der Ansprüche an die französische Republik, welche Signor Mussolini Berichten zufolge beabsichtigt. Eine Lösung der deutschen und italienischen Intervention in Spanien ist noch nicht erreicht worden. Die militärischen Vorbereitungen nicht nur Italiens, sondern auch Frankreichs im nordafrikanischen Küstengebiet nehmen an Intensität zu. Sicherlich waren es sehr schwerwiegende Informationen, die Präsident Roosevelt dazu veranlassten, seine Kreuzfahrt mit der amerikanischen Flotte abzubrechen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist über Europa sehr genau unterrichtet und studiert seine Probleme von ihrem eigenen Gesichtswinkel aus. Sicherlich erfordert die Zeit äusserste Wachsamkeit und unablässige Bemühungen.

Die Besserung im Osten Europas ist jedoch ein überaus

H1668-0384

wichtiges Element der Stabilisierung. Eine Woge wahren Abscheus gegen mögliche Naziaggressionen ist über alle Länder von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer gegangen. Das gegenseitige Defensivabkommen, zu welchem die wichtigeren Balkanstaaten und die Türkei gelangten, bietet eine wichtige Friedensgarantie. Die neue jugoslavische Regierung, die sich auf eine energische Versöhnung mit den Kroaten stützt, hat die Gemeinsamkeit der Interessen anerkannt, die zwischen ihrem Land und Rumänien besteht. Selbst Ungarn ist merklich zurückgewichen. Zu noch günstigeren Entwicklungen ist es in Polen gekommen. Ein starker Drang zur Selbsterhaltung scheint in Osteuropa zu erwachen. Das Schicksal der Tschechoslovakei hat nicht zu Unterwerfung oder Verzweiflung geführt.

Hinter all dem liegt das grosse Gegengewicht Sowjetrusslands. Wir mögen nicht imstande sein, seine gegenwärtige Bedeutung zu ermessen, aber dass es ausschlaggebend ist und zur Erhaltung des Friedens eingesetzt wird, kann nicht bezweifelt werden. Mr. Chamberlains Besuch in der Londoner Sowjetbotschaft ist ein Unterpfand für das neue Interesse, das Grossbritannien an den Möglichkeiten eines Ausbaus der Handelsbeziehungen und der Zusammenarbeit mit Russland nimmt. Wir dürfen daher sowohl in den Geschehnissen im Osten Europas wie in der wachsenden Stärke jenseits des Atlantik zunehmende Garantien gegen einen Zusammenbruch der Zivilisation in diesem sorgenschweren Jahr sehen.

H1668-0385

An den Iden des März drang Herr Hitler, sich über seine Mr. Chamberlain in München gegebenen Versprechungen verachtungsvoll hinwegsetzend, in die tschechischen Republik ein, besetzte und annektierte sie, bemächtigte sich ihres Staatsschatzes, löste ihre Armee auf und führte ihre Vorräte an Kriegsmaterialien und Nahrungsmitteln fort. Tausende von Tschechen wurden in Konzentrationslager geworfen, eiserne Herrschaft und Zensur wurden eingerichtet.

Darauf entschloss sich Mr. Chamberlain, die Befriedungspolitik aufzugeben und den Versuch zur Bildung eines Friedensblocks bewaffneter Nationen zu machen. Britische Garantien wurden Polen und Rumänien übermittelt, und andere Verhandlungen eingeleitet.

H1668-0386

DER KNACKS

24. März 1939

Vor einem Monat gebrauchte ich in diesen Spalten die Phrase „der europäische Knacks", weil es gewiss zu sein schien, dass eine grosse Kraftprobe zwischen dem Nazitum und seinen Gegnern bevorstand. Es war klar, dass die deutschen Vorbereitungen auf einen abermaligen Gewaltstreich abzielten. Anfangs März waren die letzten Massnahmen zur industriellen Mobilisierung und zur Umstellung der deutschen Fabriken auf Kriegsproduktion getroffen worden. Gleichzeitig wurden im Osten umfangreiche Transporte von Kriegsgerät und Truppenbewegungen sichtbar. Der Optimismus, dem sich Männer hingaben, die bessere Informationsmöglichkeiten gehabt hätten, war ein Ausdruck ihrer Wünsche, aber eine Grundlage in bekannten, verifizierbaren Tatsachen hatte er nicht. Es ist erstaunlich, dass gut informierte und denkende Menschen tatsächlich glauben konnten, das Frühjahr werde ohne einen neuerlichen Angriffsakt des deutschen Diktators vorübergehen.

Der Schlag ist geführt worden. Hitler hat, genau die in *Mein Kampf* niedergelegten Doktrinen befolgend, die britischen und französischen Staatsmänner, die sich so grosse Mühe gaben, ihm zu glauben, schmählich getäuscht und verraten. Das Münchener Abkommen, welches Deutschland so grosse Vorteile brachte, ist brutal gebrochen worden. Mr. Chamberlain ist missbraucht und auf das schwerste beleidigt worden. Die ganze Maschinerie des Vertrauens und guten Willens, die in Grossbritannien eifrig aufgebaut wurde, ist in zahllose Stücke zerschlagen worden. Sie kann nie wieder instandgesetzt werden, solange die jetzige Herrschaft in Deutschland weiterbesteht. Dieser traurigen Tatsache muss

H1668-0387

ins Auge gesehen werden. In Grossbritannien ist es zu einer wahrhaften Revolution der Gefühle und der Meinungen gekommen, welche ihren Widerhall in allen autonomen Dominien findet. In der Tat ist es im gesamten britischen Weltreich überall spontan zu völlig ähnlichen Prozessen gekommen.

Diese Massenbekehrung derer, die bisher hoffnungsvoll waren, ging in einer einzigen Woche vor sich, aber nicht an einem einzigen Tag. Es war nicht eine Explosion, sondern das Glimmen eines Feuers, das sich mählich, Stunde um Stunde, zu einer gewaltigen Hochofenhitze tiefinnerster Überzeugung steigerte. Nichts kann eindrucksvoller sein als die äussere Ruhe, die gewahrt wurde. Es wurde kaum für notwendig gehalten, über die Angelegenheit zu debattieren. Wer in diesen Ereignissen die traurige Erfüllung seiner Ansichten und Warnungen sah, hat nicht gejubelt. Diejenigen, denen die Augen nun geöffnet wurden, haben nicht Widerruf geleistet: das brauchten sie auch nicht zu tun. Ihre Ziele waren ehrenhaft. Alle sind in dem Entschluss einig, der furchtbaren Gefahr entgegenzuarbeiten, welche die Zivilisation der Welt bedroht. Es herrscht das fatalistische Gefühl, dass die Ereignisse uns unseren Weg unerbittlich vorgeschrieben haben, und dass wir nichts anderes tun können als ihn mit unablässiger Ausdauer verfolgen. Der Weg ist mühsamer und gefährlicher geworden, als er im September war. Die Militärkraft des Nazitums hat eine gewaltige Verstärkung erfahren. Die Vernichtung der gut organisierten, ausgezeichnet ausgerüsteten tschechischen Armee und die Erbeutung aller Arsenale, der gesamten Artillerie und der Munitionsvorräte der gemeuchelten Republik durch Deutschland stellen für die westlichen Demokratien einen Verlust erster Grössenordnung dar.

Man kann sehr gut verstehen, wie Hitler dachte. Er sah in München einen Unterwerfungsakt Grossbritanniens und Frankreichs unter Kriegsdrohung. Niemand kannte besser als er die innere Schwäche seiner eigenen Position zu jener Zeit. Seine Generäle und Finanzfachleute hatten ihn vor den

H1668-0388

Gefahren gewarnt, auf die er sich einliess. Er hatte das Gefühl, die Grenzen der Willenskraft jener, gegen die er sich stellte, genau zu kennen. Er war sicher, dass die britische und die französische Regierung sich durch die aufrichtige Friedensliebe, die sie beseelte, dazu bringen lassen würden, unter Druck nachzugeben. Als sie dies taten, schrieb er ihre Handlungsweise nur den niedrigsten Motiven zu. Alle ihre Gewissensskrupel hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes für die Sudetendeutschen waren ihm nur Beweise ihres Mangels an kämpferischen Eigenschaften. Als das, was er seinem Kreis vorausgesagt hatte, durch die Ereignisse bestätigt wurde, stieg sein Vertrauen in seinen Instinkt und in seinen Stern hoch.

„Die Geschichte" (hatte er in *Mein Kampf* geschrieben) „lehrt uns, dass Nationen, welche einmal der Waffendrohung nachgegeben haben, ohne dazu gezwungen zu werden, lieber die grössten Demütigungen und Erpressungen hinnehmen werden, als von neuem an die Waffen zu apellieren. Wer einmal einen solchen Vorteil errungen hat, wird, wenn er klug ist, seine neuen Forderungen nur in kleinen Portionen stellen. Wenn er mit einer Nation zu tun hat, die alle Charakterkraft verloren hat, weil sie spontan nachgegeben hat, wird er berechtigt sein zu erwarten, dass seine neuen, aber stückweise vorgebrachten Forderungen von den Nationen, an welche sie gestellt werden, nicht eines Widerstandes gegen dieselben für würdig gehalten werden."

Es muss daher eine böse Überraschung für ihn gewesen sein, dass Grossbritannien mit solcher Heftigkeit auf den Raub der Tschechoslovakei reagierte. Er hatte angenommen, dass das Münchener Abkommen das definitive Ende des britischen und französischen Widerstandes gegen seine Vorherrschaft in Osteuropa bedeute. Er hielt sich für völlig sicher, wenn er seinen Begierden und seinem Ehrgeiz die Zügel voll schiessen liess. Wenn die grossen Nationen des Westens für die Tschechoslovakei nicht kämpfen wollten, solange sie stark war, warum sollten sie sich Sorgen um ihr Schicksal machen, sobald sie einmal ganz in seiner Gewalt

H1668-0389

war? Wenn sie nicht für die Tschechoslovakei kämpfen wollten, um wieviel weniger würden sie, unter viel ungünstigeren Bedingungen, für Rumänien kämpfen wollen? Eine breite Strasse durch das Donautal zum Schwarzen Meer war offen. Die Schutzbastion war aufgegeben worden. Wer sollte von nun an so unklug und, wie es ihn dünkte, so unlogisch sein, ihm den Durchzug zu versperren? Man kann nicht leugnen, dass er in seinem eigenen fieberheissen Herzen einige Gründe hatte, sich irreleiten zu lassen.

Hätte der Nazidiktator die Zeit, die englische Geschichte zu studieren, so würde er sehen, dass diese Insel bei mehr als einer berühmten Gelegenheit durch ihren gewaltigen Widerstand dagegen, sich in Kämpfe auf dem Kontinent verwickeln zu lassen, grosse militärische Einbussen erlitten und am Ende doch auf dem Weg zum Sieg vorangegangen ist. Er müsste nur über die beiden letzten Jahre der Herrschaft König Wilhelms III und die ersten Jahre der Königin Anna nachlesen, um zu erfahren, dass auf eine unbedachte Abneigung dagegen, an einem Streit teilzunehmen, die unermüdliche und triumphierende Führung in dem gleichen Streit in einem späteren und schwereren Stadium folgen kann. Wie hätte Ludwig XIV. glauben sollen, dass das England, das in aller Zahmheit zugesehen hatte, wie er 1701 alle belgischen Festungen besetzte, 1704 seinen langen Arm ausstrecken würde, um die französischen Heere an der Donau abzuwürgen.

Hitlers Enttäuschung beruht nicht nur auf der Wiederbelebung der Willenskraft bei den westlichen Demokratien. Die Gesamthaltung Osteuropas steht der Naziaggression feindlich gegenüber. Statt durch das Schicksal der Tschechoslovakei in Furcht und Schrecken versetzt zu werden, wurden Polen, Rumänien, die Türkei, Griechenland, Bulgarien und — keineswegs an letzter Stelle — Jugoslavien zu einer ausserordentlichen Belebung ihres Selbsterhaltungstriebes gebracht. Die rumänische Monarchie besitzt in ihrem Repräsentanten einen Mann von männlicher Entschlossenheit. Die gesamte Bevölkerung Rumäniens hat sich trotz

H1668-0390

H1668-0391

den schweren Spaltungen in innenpolitischen Angelegenheiten zur Verteidigung ihres Vaterlandes zusammengefunden. Eine starke reguläre Armee hält die verschiedenen Verteidigungslinien besetzt. Sowohl die Türkei wie Russland strecken ihm die Freundeshand entgegen. Es ist durchaus möglich, dass die Macht und der Einfluss Russlands unterschätzt werden. Die loyale Haltung der Sowjets gegenüber der Sache des Friedens und ihr offensichtliches Interesse an einem Widerstand gegen den Vormarsch der Nazis zum Schwarzen Meer flössen allen jetzt von den grössenwahnsinnigen Berliner Träumen bedrohten Oststaaten neuen Mut ein.

Die Lage, die Herr Hitler vor sich sieht, ist also ernst; und die Frage, deren Beantwortung jetzt offensteht, ist, wie er und sein Kreis reagieren werden. Es steht fest, dass für Deutschland keine erträglichen Beziehungen mit der Umwelt möglich sind, ehe die Tschechoslovakei befreit worden ist. Von Friedensverträgen oder herzlichen Beziehungen kann keine Rede sein, solange dieses Verbrechen noch nach Gerechtigkeit und Sühne schreit. Andererseits ist es für einen Diktator ein geradezu todesgefährlicher Schritt, zurückzuweichen und zu revozieren. Aus diesem Grund muss die gesamte Weltlage für äusserst angespannt und ernst gehalten werden.

Nur eines ist gewiss: die dem Nazitum entgegengesetzten Kräfte sind trotz allem, was geschehen ist, noch immer weitaus die stärkeren. Es mag eine Periode der Leiden infolge des Hinmordens von Nichtkombattanten aus der Luft vor uns liegen; aber diese wird, wenn sie mutig ertragen wird, die Kameradschaft vieler Nationen für die Aufgabe, sich und die Zukunft der Menschheit aus Tyrannenhand zu befreien, nur besiegeln.

H1668-0392

Am Karfreitag 1939 rückte Signor Mussolini in Albanien ein und annektierte nachher das Land. Der Widerstand der Albanier wurde mit überwältigender Macht niedergeschlagen, die Seehäfen wurden schwer bombardiert.

H1668-0393

MUSSOLINIS ALTERNATIVE

13. April 1939

In vielen Ländern sind Spekulationen darüber angestellt worden, ob Signor Mussolini Italien an der Seite Deutschlands in einen Weltkrieg führen wird. Nach dem, was in den letzten zwei Wochen geschehen ist, sind viele der Ansicht, dass diese Frage bereits entschieden worden sei. Das englisch-italienische Abkommen ist auf das gründlichste verletzt worden. Nicht ein einziger Punkt ist da, der nicht gebrochen worden wäre.

Italien versprach, sein Heer in Libyen um 30.000 Mann zu reduzieren. Es hat sie abgezogen und dann wieder zurückgeschickt. Italien versprach, seine Truppen aus Spanien abzuberufen, spätestens nach Beendigung des Bürgerkrieges. Der Bürgerkrieg ist vorüber, und die Truppen sind noch immer dort. Italien versprach, den Status quo im Mittelmeer nicht zu verändern, wozu auch die Adria gehörte, und zwar ausdrücklich gehörte. Es hat jetzt der albanischen Selbständigkeit Gewalt angetan. Es versprach, dass alle grösseren Truppenbewegungen der anderen hohen vertragschliessenden Partei vorher notifiziert würden. All diese Abmachungen sind geringschätzig zerfetzt worden. Als Täuschungsmanöver kommt noch hinzu, dass Graf Ciano dem britischen Botschafter präzise Versicherungen darüber abgab, es seien keine Eingriffe in Albanien geplant. In eben dem gleichen Augenblick setzten sich die Schiffe und die Truppen in Richtung auf ihr Opfer in Bewegung.

Ein vollständigeres Beispiel der Treulosigkeit, als hier geliefert wurde, ist unmöglich. Man mag sehr wohl fragen, ob eine Regierung, die ein feierliches, mit einer befreundeten Macht frisch eingegangenes Abkommen mit solchem Hohn

H1668-0394

behandelt und derartig mit Füssen tritt, nicht bereits den Entschluss gefasst hat, ihre Feindschaft gegen diese Macht, je nach dem, was die Gelegenheit erfordert, aufs Äusserste zu treiben. Trotzdem, auch wenn die Treue gebrochen ist, die Interessen bleiben. Eine Maxime des achtzehnten Jahrhunderts, die der grosse Herzog von Marlborough aussprach, lautete: „Interessen lügen nie." Und sicherlich würden in einem Krieg gegen Grossbritannien und Frankreich im Mittelmeer die italienischen Interessen auf das schwerste geschädigt werden. Niemals lag ein Land so hilflos da wie Italien gerade jetzt. Vier einzelne italienische Heere haben die Küsten des Landes verlassen und wären hoffnungslos abgeschnitten, wenn die italienische Marine von den Flotten Grossbritanniens und Frankreichs geschlagen würde. Diese Flotten sind unvergleichlich viel stärker als die italienische Marine. Selbst wenn alle italienischen Kriegsschiffe mit Mussolinis bemannt wären, kann man nur schwer glauben, dass sie die See gegen die schwere Übermacht, der sie ausgesetzt wären, halten könnten. Nichts, was im Krieg geschehen ist, und nichts, was wir seitdem erfahren haben, veranlasst uns zu glauben, dass die italienischen Seeleute Mann für Mann zwei- bis dreimal so gut sind wie die britischen und die französischen. Die Bescheidenheit zwingt zu Untertreibungen dieser Art.

Wenn uns allen in diesem Jahr ein Weltkrieg aufgezwungen werden sollte, könnte es sehr wohl dazu kommen, dass die ersten Entscheidungen im Mittelmeer erreicht werden, und diese Entscheidungen würden in ihrem Gefolge Unheil über die italienischen Armeen in Abessinien, Libyen, Spanien und Albanien bringen. Es gibt eine Schule britischer Strategen, die die Ansicht vertreten, dass es in einem Weltkampf mit dem Nazitum ein ausgesprochener Vorteil wäre, Italien zum Feind zu haben. In dieser langen verwundbaren Halbinsel mit ihrem Mangel an Rohmaterialien sehen diese Fachleute ein Kriegstheater, in dem wichtige Siege errungen werden könnten. Deutsche Truppen — vor allem deutsche Flieger — würden zur Verteidigung Italiens und, soweit dies

H1668-0395

möglich ist, der italienischen Überseeabenteuer eingesetzt werden.

Diese Aussicht kann für das italienische Volk durchaus nicht angenehm sein. Wenn es der Nazihegemonie gelänge, den Widerstand Frankreichs und Grossbritanniens, denen vielleicht die Vereinigten Staaten beistünden, niederzuringen, dann wäre natürlich viel Beute zu verteilen. Aber Deutschland wäre der Tiger und Italien der untergeordnete Nachläufer, der ihn auf die Jagd begleitet hätte. Die Deutschen haben, wenn sie in ein Land kommen, ihre eigene Art, sich fühlbar zu machen. Selbst wenn sich die strahlendsten Hoffnungen der Achse Berlin—Rom erfüllten, wäre Italien de facto, wenn auch nicht dem Namen nach, eine Kolonie der Nazimacht. Aber das Kriegsgeschick könnte auch einen anderen Verlauf nehmen. Es wäre schliesslich auch möglich, dass die grossen Nationen des Westens, deren Existenz auf dem Spiel stünde und deren Verbündete im Osten sich unter dem Druck der Ereignisse zusammentun könnten, erfolgreich wären. In diesem Fall hätte Italien nicht nur gelitten und den Hauptstoss im Anfang aufgefangen, es stünde am Ende ausserdem auf der geschlagenen Seite. Wie immer man also die italienischen Aussichten beurteilt, einem unbefangenen Auge können sie nicht verlockend erscheinen.

Alles spricht für die Annahme, dass dies die Ansicht des italienischen Volkes ist. Seine grosse Masse darf an der Formung seiner Geschicke nicht teilnehmen. Es wird ihnen nur gesagt, wovon man glaubt, es sei gut für sie, es zu erfahren. Jede freie Meinungsäusserung wird eifrigst verhindert. Aber wir haben uns sagen lassen, dass selbst im Grossen Faschistenrat harte Worte gegen die Politik laut wurden, Italien in einen Mittelmeerkrieg mit Grossbritannien und Frankreich zu ziehen. Ein hervorragender Führer soll erklärt haben, Italien dürfe nicht „gegen den Wunsch der Kirche, des Königs und des Volkes" in einen Krieg geschleppt werden. Soweit wir auf Grund der zahllosen Kontakte, die zwischen britischen und italienischen Einzelpersonen bestehen, feststellen können, sind diese Gefühle in

H1668-0396

ganz Italien fast allgemein. Die fleissige, sympathische italienische Bevölkerung würde sich mit aufrichtigem Kummer zu einem Kampf auf Leben und Tod mit den beiden Demokratien des Westens verurteilt sehen. Zweifellos wird ihnen versichert, die Franzosen und die Briten seien verweichlicht und dekadent; sie seien bolschewistisch verseucht; sie seien männlicher Taten nicht fähig. Aber diese Propaganda ist nicht überzeugend gewesen, und bis zu dem jetzigen Augenblick bleibt es zweifelhaft, ob Signor Mussolini, wenn er den Willen hätte, das italienische Volk zu diesem furchtbaren Todessprung zu zwingen, auch die Macht dazu hätte.

Der Bruch von Vereinbarungen mit Grossbritannien, von denen viele Leute dachten, sie seien nicht das Papier wert, auf das sie geschrieben wurden, ist nicht notwendigerweise ein endgültiges Kriterium. Die Vergewaltigung Albaniens zeigt sich wie so viele andere Episoden dieser Zeit in zwiefältiger Gestalt. Mag sein, dass sie der erste Schritt in einem deutsch-italienischen Sturm auf den Balkan ist, der unausweichlich zum allgemeinen Krieg führen müsste. Die Truppen- und Kriegsgerättransporte nach Albanien, die weit über die lokalen Notwendigkeiten hinausgehen, könnten für diese düstere Vermutung zu sprechen scheinen. Andererseits kann man sich vorstellen, dass Mussolini erklären werde, diese albanische Exkursion sei lediglich ein örtlicher Zwischenfall. Er habe, könnte er sagen, Forderungen an Frankreich gestellt, die er für gerecht halte, die aber glatt zurückgewiesen wurden. Kein Tunis, kein Korsika, kein Nizza ohne Krieg mit den Westmächten! „Wohin sonst", könnte er ausrufen, „sollte ich gehen als nach diesem Albanien, das mir etwas gibt, was ich meinem Volk nach allen seinen Entbehrungen zeigen kann, ohne es in einen direkten Konflikt mit England und Frankreich zu bringen?" Sicherlich wäre es voreilig, ein endgültiges Urteil abgeben zu wollen. Alles, was in diesen Seiten behauptet wird, ist, dass von dem Chef der italienischen Regierung bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen worden ist. Aber sehr bald muss alles

H1668-0397

klar werden. Man nimmt an, dass die britische und die französische Regierung im Begriffe stehen, Griechenland und der Türkei Garantien zu geben. Jeder Angriff auf die Integrität oder Selbständigkeit Griechenlands, das der Gefahr am nächsten liegt, würde augenblicklich den Mittelmeerkrieg herbeiführen und zweifellos das Signal für einen viel schwereren Konflikt im Norden sein.

Obgleich es gefährlich ist, im positiven Sinn voraussagen zu wollen, können wir zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, wenigstens die Überzeugung hegen, dass die Achse Berlin—Rom nicht auf heiligeren Grundlagen steht als der englisch-italienische Pakt.

H1668-0398

Am 16. April richtete Präsident Roosevelt an die beiden Diktatoren und ihre Staaten eine feierliche Anfrage über die Absichten, die sie gegenüber den Ländern an ihren Grenzen hegen. Die Antworten, die erteilt wurden, waren nicht ermutigend.

H1668-0399

NACH DER BOTSCHAFT DES PRÄSIDENTEN ROOSEVELT

20. April 1939

Man kann wohl nur schwer glauben, dass die beiden Diktatoren das faire und freundliche Angebot zurückweisen werden, das ihnen Präsident Roosevelt von der anderen Seite des Ozeans her macht. Bis zu diesem Augenblick jedoch deutet nichts darauf hin, dass sie es in dem Geist akzeptieren werden, in dem es geäussert wurde. Sollten wir schliesslich zu der Erkenntnis kommen müssen, dass es den Vereinigten Staaten ins Gesicht zurückgeschleudert wird, so wird feststehen, dass die Hoffnungen der Welt einen schweren Schlag bekommen haben. Die beiden Diktatoren und ihre Genossen werden sich selbst von den anderen abgesondert haben. Sie werden bewiesen haben, dass ihre Absichten dunkel und bösartig sind; dass ein freundschaftliches Vorgehen sinn- und nutzlos ist; und dass die Zivilisation sich in Bälde gegen den Überfall verzweifelter Männer wird zur Wehr setzen müssen. Eine solche Ablehnung wird selbst den grössten Zweiflern beweisen, dass die nazistische und die faschistische Diktatur kein Zutrauen dazu haben, dass ihre angeblichen Kränkungen und offensichtlichen Ambitionen einer genauen Überprüfung standhalten könnten.

Wenn sich dies unglücklicherweise als richtig erweisen sollte, müssen wir die Friedensbotschaft des Präsidenten nichtsdestoweniger als gewichtigen Beitrag zur Sache der kollektiven Sicherheit betrachten. Alle dreissig Staaten, an die er sich wandte, werden mit Ausnahme der vom Naziterror erfassten die Neigung verspüren, sich auf die Seite des Friedens und des Rechtes zu stellen. Die Widerspenstigen werden sich zum grössten Teil selbst in den Anklage-

H1668-0400

zustand versetzen. Der Aufbau einer grossen Allianz friedliebender Staaten gegen weitere Aggressionen muss in Europa einen bemerkenswerten Auftrieb erhalten. Die zunehmende Überzeugung der Menschen in den Vereinigten Staaten von Amerika wird eine entsprechende Stärkung erfahren. Wir können sicher sein, dass die Vereinigten Staaten in keinem britischen oder europäischen Streit intervenieren werden. Aber sie scheinen zu sehr scharf umrissenen eigenen Ansichten zu gelangen. Im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, können wir nur hoffen, dass Herr Hitler und Signor Mussolini, unterstützt von ihren Ribbentrops und Cianos, diesen neuen Lichtstrahl nicht ersterben lassen werden, ohne sich klar zu machen, dass er vielleicht nie wieder aufleuchten wird.

Unterdessen richten wir unsere Aufmerksamkeit natürlich auf die Haltung General Francos. Zweifellos unterscheidet sie sich sehr von der, die er in der Septemberkrise einnahm. Damals erklärte er sehr zum Missvergnügen Herrn Hitlers, dass er entschlossen sei, neutral zu bleiben. Aber zu jener Zeit war er durch einen Kampf auf Leben und Tod mit dem republikanischen Spanien gebunden, und alle seine Heere waren auf die langen Bürgerkriegsfronten verteilt. Jetzt, da aller republikanische Widerstand gebrochen ist, fühlt er sich vielleicht weniger von örtlichen Notwendigkeiten gefesselt, dafür aber um so fester in den Händen der Nazis und der Faschisten. Der rechte Flügel der britischen Konservativen, der ihn so leidenschaftlich unterstützt hat, muss jetzt viele böse Ahnungen haben. Es lässt sich nicht bezweifeln, dass gegenüber von Gibraltar die verschiedensten Vorbereitungen latent feindlicher Natur getroffen werden. Von allen Seiten kommen in offiziellen Kreisen nicht bestätigte Gerüchte über Truppenkonzentrationen und über die Errichtung von Flugplätzen hinter den Pyrenäen und U-Bootstützpunkten an der Nordküste Spaniens.

Was die Abziehung der italienischen Truppen betrifft, werden wir entschieden zum Narren gehalten.Sie alle sollten spätestens bei Kriegsende abtransportiert werden. Dann

H1668-0401

sollten sie Mitte April abgehen; hierauf wurden sie nicht nur nicht abgezogen, sondern es wurden noch dazu zahlreiche italienische Kontingente gelandet. Aber, so wurde uns versichert, dies sei lediglich für die Siegesparade und den Triumpheinzug in Madrid. Auch hier kommt es wieder zu Verschiebungen. Ein so freudiges Ereignis darf anscheinend nicht überhastet werden. Es wurde auf den 2. Mai festgesetzt; jetzt ist es auf den 15. Mai verschoben worden. Unterdessen ist die italienische Regierung verschwenderisch mit ihren Erklärungen, dass sie das Mr. Chamberlain und der britischen Regierung gegebene Wort halten werde. Diese Erklärungen sind an sich selbstverständlich nicht den Atem wert, mit dem sie geäussert wurden.

In noch einer anderen Beziehung ist unser Verhältnis zu General Franco schlechter, als es im September war. Damals lag Spanisch-Marokko praktisch ungeschützt da, und es wäre für eine französische oder englisch-französische Streitmacht nicht schwer gewesen, sich in den Besitz der schweren Batterien zu setzen, die an der afrikanischen Küste aufgestellt sind. Jetzt aber sind erfahrene spanische Truppen in grosser Anzahl für seine Verteidigung verfügbar. Man sagt uns, die maurischen Truppen werden nach Marokko zurückgeschafft. Dieser sehr natürliche Vorgang lässt völlig die Frage unberührt, welche Rolle diese Truppen spielen werden, sobald sie in ihrer Heimat angelangt sind. Im September vergangenen Jahres, ja noch in diesem Februar hätten britische und französische Marine-, Truppen- und Flugzeugkontingente auf Einladung einer befreundeten spanischen republikanischen Regierung die Insel Minorca besetzen können. Jetzt aber wäre eine derartige Handlung nur zu rechtfertigen, wenn General Francos Regierung eine offene Angriffshandlung begangen hätte; und dann könnte diese Aufgabe schon schwerer geworden sein.

Von dieser Grundlage aus müssen wir die Absicht der deutschen Regierung betrachten, einen Teil ihrer Flotte einen Besuch an der spanischen Küste machen zu lassen. Auf den ersten Blick könnte man annehmen, dass das be-

H1668-0402

ruhigend sei. Wenn die Naziregierung es sich leisten kann, zwei ihrer Taschenkreuzer und etliche Kreuzer mit Zerstörer- und U-Bootflottillen weit weg von ihren Heimathäfen abzuziehen und in Gewässer zu schicken, von denen eine Rückkehr unter gewissen Umständen schwer sein könnte — ist das nicht, so fragt man sich, eine Art stillschweigender Garantie dafür, dass wir eine längere Atempause haben werden? Andererseits kann man jedoch diesem Vorhaben eine unerquickliche Ausdeutung geben. Wir wissen noch gut, wie zu Anfang des Weltkrieges die „Goeben" riskiert wurde, um einen Druck auf das Vorgehen der türkischen Regierung auszuüben. Die Ankunft einer deutschen Flotte vor Cadiz oder Cartagena könnte sehr wohl den Zweck haben, General Franco die Daumschrauben anzusetzen und das spanische Volk in den Hexenkessel eines Weltkampfes zu ziehen. Gleichzeitig wären diese Taschenkreuzer in Cadiz ausgezeichnet postiert, um den ganzen Handel zu stören, der die britischen Inseln über den Atlantik erreicht. Zweifellos könnte Grossbritannien Vorkehrungen treffen, um mit einem Angriff dieser Art fertig zu werden, aber ein solches Vorgehen entspräche durchaus den Vorstellungen, die sich die nazistischen und faschistischen Mächte von ihrem sogenannten „Blitzkrieg" machen. Entschieden sollte die britische Admiralität, deren leitende Männer unsere Sicherheit in Händen haben, äusserste Wachsamkeit üben.

Es wäre schade, nicht auch die entgegengesetzten Umstände zu betrachten, die General Francos Entscheidung bestimmen könnten, wenn anders man ihm die Entscheidung überlässt. Spanien ist eben einem Bürgerkrieg entronnen, der die ganze Nation in zwei Teile zerrissen hatte. Die eine Seite hat mit ausländischer Hilfe gesiegt, und die Unterlegenen, mindestens die Hälfte der Nation, sind für den Augenblick vernichtet und ohnmächtig. Der einzige vernünftige Plan für das spanische Volk ist es, ihre in Trümmer gelegten Städte und ihr zerstörtes soziales Leben wieder aufzubauen. Diese Hoffnung kann nur durch Neutralität verwirklicht werden. Im Weltkrieg war die Neutralität sehr

H1668-0403

vorteilhaft für Spanien. Es wurde reich, während andere bluteten und sich erschöpften. Einem neutralen Spanien würden alle Kriegsteilnehmer den Hof machen. Im Interesse Spaniens liegt es, sich um sein eigenes Leben zu kümmern und seinen eigenen Garten zu pflegen.

Sollte Spanien in einen Kampf der ganzen Welt hineingezogen werden, was für dieses Land eine wilde Spekulation wäre, so ist es das Wahrscheinlichste, dass ihm gerade jene Erholungsperiode versagt bliebe, die es so bitter notwendig braucht. Wenn die totalitären Staaten nicht einen augenblicklichen überwältigenden Sieg errängen und Hitler, vielleicht mit Mussolini in seinem Schatten, zum Herrn der Welt würde, könnte General Francos Regierung niemals in der Lage sein, auch nur noch ein einziges Schiff auf die See hinauszuschicken und Seehandel zu treiben. Das Land und seine Inselbesitzungen wären die Zielscheibe mächtiger, empörter Kriegführender. Es hätte dann den Anschein, dass die Regierung, statt, was ihr so leicht möglich wäre, die Vorteile einer politisch und kaufmännisch besonders guten Position zu geniessen, sich dazu verdamme, aus Spanien eine öde Wüste zu machen, die von hungrigen Tyrannen durchzogen wird. Man muss hoffen, dass diese gesunde Betrachtung der spanischen Interessen den Sieg davontragen wird. Die Möglichkeit bleibt jedoch bestehen, dass General Franco entweder von seinem Erfolg berauscht ist oder nicht mehr die Freiheit hat, im wahren Interesse seines Landes zu handeln. Sollte die eine oder andere dieser Möglichkeiten zur Wahrheit werden, so müssten wir alle uns auf eine noch dunklere und noch gefährlichere Zukunft vorbereiten.

In einem Augenblick wie diesem kann Mr. Chamberlain in seiner schwierigen verantwortlichen Lage der allgemeinen Sympathien gewiss sein. Noch kein Ministerpräsident hat in modernen Zeiten in der Leitung der Geschäfte eine so grosse persönliche Macht gehabt. Alles, was er von der Nation gefordert hat, ist ihm gewährt worden; und wenn er nicht gefordert hat, was so viele für notwendig hielten, wurde nichts getan, was ihn dazu gezwungen hätte. Niemals hat es in

H1668-0404

England eine solche Ein-Mann-Regierung wie die gegeben, unter der wir seit einem Jahr leben. Er hat die ganze Last auf sich geladen, und wir können nur hoffen und darauf bauen, dass er ihr gewachsen sein wird.

H1668-0405

DAS RUSSISCHE GEGENGEWICHT

4. Mai 1939

Es scheint nur allzu wahrscheinlich zu sein, dass die gierigen Blicke Nazideutschlands jetzt auf Polen gerichtet werden sollen. Man mag aus Herrn Hitlers Reden auf seine Absichten schliessen können oder nicht, das offensichtliche Ziel der Kundgebung am letzten Freitag war offenbar, Polen zu isolieren, einen Prozess gegen dieses Land überaus plausibel zu machen und es unter intensiven Druck zu setzen. Der deutsche Diktator schien anzunehmen, er könne das englisch-polnische Abkommen unwirksam machen, indem er seine Forderungen auf Danzig und den Korridor konzentriere. Anscheinend erwartet er, dass die Elemente in Grossbritannien, die zu rufen pflegten: „Wer würde für die Tschechoslowakei kämpfen?" jetzt vielleicht dazu gebracht werden können, zu rufen: „Wer würde für Danzig und den Korridor kämpfen?" Er scheint der ungeheuren Wandlung nicht gewahr zu sein, die sein verräterischer Bruch des Münchener Abkommens und die völlige Umkehrung der Politik, zu der dieser Frevel die britische Regierung, insbesondere den Ministerpräsidenten, brachte, in der öffentlichen Meinung Grossbritanniens herbeigeführt hat.

Die Aufkündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes von 1934 ist ein ausserordentlich ernster und bedrohlicher Schritt. Dieser Pakt war noch im Januar dieses Jahres, als Herr von Ribbentrop Warschau besuchte, von neuem bestätigt worden. Wie der englisch-deutsche Flottenvertrag war er auf den Wunsch Herrn Hitlers getätigt worden. Beide Abmachungen erleichterten Deutschlands Position, solange es schwach war. Das Flottenabkommen lief in der Tat auf eine Gutheissung des Bruchs der Militär-

H1668-0406

klauseln im Versailler Vertrag durch Grossbritannien hinaus und führte damit sowohl die Beschlüsse der Stresafront wie die, zu deren Fassung der Völkerbundsrat bestimmt wurde, ad absurdum. Die deutsch-polnische Vereinbarung ermöglichte es den Nazis, ihre Aufmerksamkeit zuerst auf Österreich und nachher auf die Tschechoslovakei zu konzentrieren, was für diese unglückseligen Länder furchtbare Folgen hatte. Sie schwächte vorübergehend die Beziehungen zwischen Frankreich und Polen und verhinderte das Zustandekommen jeder Interessengemeinschaft zwischen den Staaten Osteuropas. Nun, da sie ihren Zweck für Deutschland erfüllt hat, wird sie durch eine einseitige Handlung beiseite geworfen. Stillschweigend wird damit Polen zu verstehen gegeben, dass es jetzt in der Zone potentieller Angriffe liegt.

Die Nazigewohnheit, Verträge, nachdem sie ihnen alle erdenkbaren Vorteile gebracht haben, unrechtmässig und treulos ohne die Zustimmung der anderen Partei ausser Kraft zu setzen, hat wohl selten eine schamlosere Form angenommen. Herr Hitler und Nazideutschland haben sich damit praktisch die Fähigkeit genommen, Abkommen welcher Art immer zu treffen, denen Rechtskraft beigemessen werden kann. Diese traurige Erkenntnis wird lange Zeit bestimmend für alle europäischen Angelegenheiten sein. Selbstverständlich besteht für Grossbritannien und Frankreich keine Notwendigkeit, polnischer zu sein als die Polen. Wenn Polen in der Lage zu sein glaubt, im Korridor und in Danzig Berichtigungen vorzunehmen, die für beide Seiten zufriedenstellend sind, wird sich niemand mehr darüber freuen als seine beiden westlichen Verbündeten. Aber sie ihrerseits werden keinerlei Anstalten treffen, um Polen zu Konzessionen zu drängen, welche seinen Interessen oder seiner Sicherheit abträglich wären.

Die Fragen, um die es zwischen Nazideutschland und den Westmächten geht, sind mehr moralischer als geographischer oder territorialer Natur. Der Friedensblock der Nationen wird gebildet, um weiteren Angriffsakten Widerstand

H1668-0407

zu leisten, und was das Verbrechen gegen den Frieden konstituiert, ist der Charakter des Aktes und der Druck, der mit ihm einher geht. Obgleich es in den allerletzten Jahren Phasen der polnischen Politik gegeben hat, die für die öffentliche Meinung Frankreichs und Grossbritanniens schmerzlich waren, findet Polen in seiner neuen Heimsuchung allgemeine Sympathien. Man möchte hoffen, dass die Geschichte Polens, die sich durch so viele tragische Wechselfälle auszeichnet, jetzt auf glatteren Pfaden wandelt. Das ungeheuerliche Unrecht der Teilung Polens ist durch die Bajonette der siegreichen Alliierten wieder gutgemacht worden. Polen wurde aus seiner einhundertfünfzigjährigen Knechtschaft befreit und unter seinen alten Bannern wiedervereinigt. Kein Teil des Versailler Vertrages stand mehr mit dem Gewissen der zivilisierten Welt in Einklang als dieser grosse Akt der Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

Das polnische Volk verstand sich darauf, in seiner langen Periode der Knechtschaft und Unterdrückung das strahlende Prinzip der nationalen Einigkeit aufrecht zu erhalten. Russland, Österreich und Deutschland hatten sich sechs Generationen hindurch mit dem „polnischen Problem" auseinanderzusetzen. Der grosse Napoleon versuchte das Seine für die Befreiung und Wiederherstellung Polens. Die Erhaltung und Integrität Polens muss als eine Aufgabe betrachtet werden, die die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erfordert. Alles spricht für die Annahme, dass die polnische Nation vorhat, für Leben und Freiheit zu kämpfen. Sie hat ein prächtiges Heer, von dem jetzt mehr als 1.000.000 Mann mobilisiert sind. Die Polen waren immer gute Soldaten, und eine Armee, die weiss, worum es geht, ist doppelt stark.

Aber der Regierung Polens muss mit der grössten Deutlichkeit klargemacht werden, dass die ernsthafte und gründliche Mitarbeit Sowjetrusslands im Friedensblock der Nationen für die Verhütung des Krieges ausschlaggebend sein kann und auf jeden Fall für den Enderfolg notwendig sein

H1668-0408

wird. Man versteht die polnische Politik des Balancierens zwischen dem deutschen und dem russischen Nachbar recht gut, aber von dem Augenblick an, da die Bösartigkeit der Nazis offenbar ist, wird eine entschiedene Zusammenarbeit zwischen Polen und Russland unerlässlich.

Das sind Tage, in denen von den Regierungen und Völkern, die danach streben, der Ausbreitung des Nazitums Widerstand zu leisten, Akte der Treue gesetzt werden müssen. Die britische Regierung, die es auf sich genommen hat, in den Krieg gegen Deutschland zu ziehen, wenn Polen das Opfer eines Angriffs wird, hat ein Recht darauf, von den polnischen Führern zu verlangen, dass sie das Problem eines russischen Bündnisses in dem aufrichtigen Bestreben studieren, es herbeizuführen und zu einem mächtigen Instrument zu machen. Wir wissen im Augenblick nicht, was für Vorschläge die russische Regierung Grossbritannien und Frankreich gemacht hat. Man hat allen Grund, zu glauben, dass diese Vorschläge kühn, logisch und weitreichend sind. Wenn das zutrifft, ist es von grösster Bedeutung, dass man sich raschestens mit ihnen auseinandersetzt. Zum Herumtrödeln haben wir keine Zeit. Der Friede kann noch durch die Vereinigung überlegener Kräfte gegen Angriffe gerettet werden. Alle Antinaziländer müssen schwere Risiken eingehen, wenn der Krieg verhütet werden soll.

Vor allem darf keine Zeit verloren werden. Schon sind zehn, zwölf Tage vergangen, seitdem das russische Angebot gemacht wurde. Das britische Volk, das jetzt unter Aufopferung hochgehaltener eingefleischter Gewohnheiten das Prinzip der Militärdienstpflicht akzeptiert hat, ist durchaus berechtigt, gemeinsam mit der französischen Republik von Polen zu verlangen, dass es der Führung der gemeinsamen Sache keine Hindernisse in den Weg lege. Es muss nicht nur die volle Mitarbeit Russlands angenommen werden, sondern auch die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland müssen in das Bündnis einbezogen werden. Für diese drei Länder mit kriegerischen Bevölkerungen, deren Armeen zusammen etwa zwanzig tapfere Divisionen zählen,

ist ein befreundetes Russland, das Kriegsgerät liefert und andere Hilfe leistet, eine Notwendigkeit.

Ohne die aktive Mithilfe Russlands gibt es keine Möglichkeit, eine Ostfront gegen Naziangriffe aufrecht zu erhalten. Russland hat das grösste Interesse daran, die Durchführung von Herrn Hitlers Anschlägen in Osteuropa zu verhindern. Noch sollte es möglich sein, alle Staaten und Völker von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer in einer gemeinsamen festen Front gegen neue Frevel oder Überfälle zusammenzuschliessen. Eine solche Front kann, wenn sie mutig und mit energischen, wirksamen militärischen Massnahmen errichtet wird, im Verein mit der Macht der Weststaaten noch Hitler, Göring, Himmler, Ribbentrop, Göbbels & Co. Kräfte gegenüberstellen, die das deutsche Volk nur sehr ungern herausfordern würde.

H1668-0409

DAS ENGLISCH-TÜRKISCHE BÜNDNIS

15. Mai 1939

Wenn man die volle Bedeutung des eben abgeschlossenen englisch-türkischen Bündnisses erfassen will, muss man ziemlich weit in die Vergangenheit zurückblicken. Im Herbst 1911 machte Italien einen unprovozierten Angriff auf die türkische Provinz Tripolis, die jetzt den Namen Libyen trägt. Eine italienische Flotte bombardierte die Küstenstädte, und ein italienisches Heer setzte sich am Land fest. In Konstantinopel waren die Jungtürken bereits an der Macht, und es wurde kräftiger Widerstand anbefohlen. Enver Pascha, der Held der türkischen Revolution, begab sich selbst durch Ägypten nach Libyen, um die Verteidigung der überfallenen Provinz zu leiten. Sein Kollege Dschavid schrieb mir (ich leitete damals die Admiralität) und bot mir für unseren Schutz gegen den italienischen Angriff ein Bündnis mit der Türkei an. Die Hauptgefahren der europäischen Situation machten es der liberalen Regierung unmöglich, eine feindliche Haltung gegen Italien einzunehmen und damit seine nominelle Zugehörigkeit zum Dreibund in eine effektive zu verwandeln. Auf Grund dieser Entscheidung machten die Jungtürken gemeinsame Sache mit Deutschland, und die Folge war eine tiefgehende Auswirkung auf den Verlauf, wenn auch nicht den Ausgang des Weltkrieges.

Aber der italienische Angriff auf die afrikanischen Besitzungen der Türkei löste eine Kette von Ereignissen aus, die etwas später in dem gemeinsamen Überfall Griechenlands, Serbiens und Bulgariens auf das, wie man glaubte, sterbende türkische Reich kulminierten; und die Jungtürken, denen es mit ihrer Aufgabe der nationalen Regene-

H1668-0410

ration ernst war, schrieben die Verantwortung für die Missgeschicke, die über sie hereinbrachen, in einem gewissen Masse Italien zu.

Viel Wasser — und viel Blut — ist seitdem geflossen; aber die Türkei hat in Italien stets ihren unangenehmsten Nachbarn im Mittelmeer gesehen. Jetzt, da die alte Gegnerschaft zwischen Russland und der Türkei verschwunden ist, betrachtet die Türkei die italienischen Bestrebungen noch immer als die unmittelbarste Gefahr, der sie ausgesetzt ist.

Die Tatsache, dass Mr. Chamberlain dieses Bündnis mit der Türkei abgeschlossen hat, zeigt, einen wie ungünstigen Eindruck das Verhalten des italienischen Diktators in den späteren Jahren seiner denkwürdigen Laufbahn auf das britische Kabinett gemacht hat. Mit einer Voraussicht, die alle Anerkennung verdient, hat Mr. Chamberlain im vergangenen Jahr durch die Gewährung eines Darlehens von zehn Millionen Pfund an die Türkei den Weg bereitet. Diese Anleihe wurde von der türkischen Nation wärmstens willkommen geheissen. Das jetzt abgeschlossene Bündnis erwuchs auf natürliche Art aus gegenseitigem Beistand und gegenseitiger Zuneigung und ist ein praktischer Ausdruck der Gemeinsamkeit des britischen und des türkischen Interesses an dem Frieden und der Freiheit des östlichen Mittelmeeres.

Im Weltkrieg wurde Konstantinopel vor allem durch die militärische Leistung und Energie des allzeit berühmten türkischen Kriegers Mustapha Kemal gerettet. Er war es, der in den dunklen Stunden der Niederlage, als alles hoffnungslos schien, sein Geburtsland vor der Unterjochung und Aufteilung rettete. Er war es, der mit hartnäckiger und ausdauernder staatsmännischer Kunst seine türkische Heimat wieder stark machte und in einer Reihe erstaunlicher, revolutionärer Reformen die Institutionen und in grossem Ausmass die Zivilisation des türkischen Volkes modernisierte. Die Grossartigkeit, mit der die Voneinanderlösung und der Austausch der Bevölkerungen zwischen Griechenland und der Türkei in den auf den Weltkrieg folgenden Jahren durch-

H1668-0411

geführt wurde, macht der Staatsklugheit der beiden Länder die grösste Ehre. Die Beziehungen der Türkei und Griechenlands sind jetzt gleich denen zwischen der Türkei und Russland durchaus harmonisch geworden. Die furchtbaren, von beiden Seiten ausgeübten und erlittenen Akte der Ungerechtigkeit, die historischen Fehden, die diese Völker Jahrhunderte hindurch heimgesucht haben, sind jetzt beigelegt. Diese Leistung, an der die Führer Griechenlands und Russlands ihren Teil gehabt haben, muss vor allem der weitblickenden, unerschütterlichen Klugheit des grossen Atatürk, des wahren Vaters seines Landes im Krieg und im Frieden, zugeschrieben werden.

Die Folgen des englisch-türkischen Bündnisses, auf das jetzt zweifellos rasch ein französisch-türkisches Bündnis folgen wird, können kaum überschätzt werden. Eine neue stabilisierende Kraft von überwältigendem Ausmass ist im Mittelmeer wirksam geworden. Ein Naziblatt schreibt zu diesem Ereignis, England habe „im Frieden gewonnen, was es mit allen seinen Anstrengungen im Weltkrieg nicht erringen konnte." Das ist richtig; und man darf hoffen, dass diese Tatsache einen ernüchternden Einfluss auf den deutschen Diktator ausüben wird.

Eine Maxime der alten Freihändler besagte: „Alle rechtmässigen Interessen stehen in Harmonie." Auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer ist dies sicherlich der Fall. Die von Grossbritannien und Frankreich Rumänien gegebenen Garantien gegen Angriffe durch das Nazitum konnten nur wirksam gemacht werden, wenn die Türkei britischen Kriegsschiffen und notfalls französischen und britischen Truppen den Zutritt zum Schwarzen Meer gestattet. Die Beherrschung des Schwarzen Meers in britischen, türkischen und russischen Händen und die freie Durchfahrt durch die Dardanellen für Schiffe der befreundeten alliierten Mächte dient den Interessen aller beteiligten Staaten. Wirksamer Schutz und Beistand — soweit die Türkei ihn braucht, denn die türkischen Heere sind stark und für ihre Kampftüchtigkeit berühmt — kann der Türkei von den West-

H1668-0412

mächten gegeben werden. Die ausgezeichneten Beziehungen zwischen der Türkei und Rumänien vermehren noch die Sicherheit der beiden Länder. Die den Westmächten gegebene Möglichkeit, durch die Dardanellen und das Schwarze Meer mit Russland Kontakt zu haben und in Verbindung zu bleiben, hat sich als lebensnotwendig für die Verteidigung Osteuropas in einem Krieg gegen deutsche Invasionen erwiesen. Der Weizen und der Handel Südrusslands hat nun, solange die britische und die französische Flotte das Mittelmeer beherrschen, freien Zugang zu den Weltmärkten, und umgekehrt kann alles, was an Kriegsgeräten und Rohmaterialien gebraucht wird, zu den russischen Häfen im Schwarzen Meer geschafft werden.

Die Türkei und Russland haben ein gemeinsames Interesse an der Selbständigkeit und Integrität Rumäniens. Ein Nazivormarsch im Donautal durch das eroberte Österreich und ein eingeschüchtertes Ungarn brächte sowohl für die Türkei wie für Russland tödliche Gefahren mit sich. Schon haben die Nazis eine mächtige, stets wachsende Donauflottille. Auf eine Eroberung der Donaumündung durch die Nazis würde rasch die Aussetzung zahlreicher zerlegt transportierter U-Boote im Schwarzen Meer folgen. Wenn Russland und die Türkei die Herrschaft über das Schwarze Meer verlören, könnte jeder Hafen an seinen Küsten die Landungsbasis für den deutschen „Marsch nach dem Osten" werden, von dem schon so lange die Rede ist. In der Tat, es gab niemals eine selbstverständlichere Einheit der Interessen als die der Anrainer des Schwarzen Meeres. Wenn sie nicht zusammenhalten, müssen wieder unendliche Leiden ihr Los sein.

All dies ist daher auf ganz natürlichem Wege zustandegekommen, ohne erzwungen oder künstlich ventiliert worden zu sein, und die beiden westlichen Demokratien waren gut beraten, als sie sich feierlich und öffentlich mit der Verteidigungsgruppe der Mächte am Schwarzen Meer zusammentaten. Niemand kann bezweifeln, dass der Friede der ganzen Welt infolge einer ehrenhaften, mutigen und klugen Handlung auf einer besseren Grundlage steht.

H1668-0413

Aber es gibt noch eine Schwarze Meer-Macht, von der ich nicht gesprochen habe. Bulgarien, das unglückliche Kind der Balkanfamilie, hält sich noch immer dem starken bewaffneten Bündnis des Ostens und den liberalen Nationen des Westens sowie Russland fern, gegen welches es sich im Weltkrieg wandte, obgleich Russland seine selbständige Existenz als Staat fördernd vorbereitete und unterstützte. Bulgarien machte eine falsche Bewegung, als es sich nach dem ersten Balkankrieg des Jahres 1913 allzu sehr auf die tapferen Dienste seiner Heere verliess. Eine zweite, noch verhängnisvollere falsche Bewegung machte es, als es sich Ende 1915 von König Ferdinand in die Reihen der Mittelmächte führen liess und sein Los auf die Seite der Verlierenden warf.

Nun bietet sich Bulgarien zum dritten Mal eine Gelegenheit, und wir können sicher sein, dass sowohl Rumänien wie die Türkei seine starke Freundschaft sehr wünschen. Zweifellos haben die Wunden und Narben früherer Konflikte schmerzende Erinnerungen zurückgelassen. Aber das gilt für alle Staaten in Osteuropa. Alle haben der Reihe nach die Schrecken des Krieges selbst erlitten und anderen zugefügt. Jetzt ist es an der Zeit, in die Zukunft zu blicken und mit gründlichen, loyalen Massnahmen dafür zu sorgen, dass Osteuropa gegen eine neue Serie grauenhafter Zerstörungen gesichert wird. Zweifellos hat Rumänien, das dem Sieg der Alliierten so grosse territoriale Gewinne verdankt und das jetzt in tödlicher Gefahr schwebt, die Pflicht, seine Bemühungen mit denen der Türkei und der Westmächte zu vereinigen, damit Bulgarien unter ehrenhaften Bedingungen in den stets wachsenden Friedensblock geführt wird. Es wäre vielleicht nicht nützlich, im einzelnen Massnahmen vorzuschlagen; aber alle Welt kann sehen, dass die Vereinigung Bulgariens mit seinen Nachbarn bei der Abwehr fluchbeladener ausländischer Invasion und mörderischen Krieges von diesen schönen Ländern und tapferen Völkern, die schon allzu lange leiden, unter Umständen eine entscheidende Rolle spielen könnte.

H1668-0414

NACHWORT

Hier also, in einer Stunde, da alles ungewiss ist, aber Hoffnung und Entschlossenheit die Herzen aufrichtet, schliesst dieser Bericht.

Grossbritannien steht in der Mitte, nein, an der Spitze einer grossen und stets wachsenden Gemeinschaft von Staaten und Nationen, die bereit sind, allem, was da kommen mag, entgegenzutreten und es zu ertragen. Es mag ein plötzlicher Schlag sein oder ein lange währender Druck: wer kann bezweifeln, dass alles in Ordnung kommen wird, wenn wir bis zum Ende ausharren.

H1668-0415

Filed March 22, 1946. 4-C

Goering Exhibit No. 1 (Goering 4044)

4-C

"Schritt Für Schritt"

Filed in Cabinet 4 C

~~C~~ "4-C"

H1668-0417